

# Info

Zeitschrift des Interdisziplinären  
Frauenforschungs-Zentrum



21. Jg. Nr. 27 / 2004

## Aufsätze

Rechtlichen Schutzmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt  
Geschlecht kommunizieren  
Monoedukative Hochschulangebote für Frauen  
Feministische Mädchenarbeit gestern und heute



## Berichte aus der Uni/FH Bielefeld

Wie wird "Entwicklung" gemacht?  
Frauenräume

## Berichte aus dem IFF

Rückblick auf die Tagung Innovation und Implementierung



**Impressum:**

IFF Info, Zeitschrift des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrums  
21. Jg., Nr. 27, 2004  
ISSN 1611-230X

Interdisziplinäres Frauenforschungs-Zentrum  
Universität Bielefeld  
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld  
Fon: 0521-1064574, Fax: 0521-1062985  
Email: [iff@uni-bielefeld.de](mailto:iff@uni-bielefeld.de)

Redaktion: Dr. Anina Mischau, Email: [anina.mischau@uni-bielefeld.de](mailto:anina.mischau@uni-bielefeld.de)  
Layout: Sonja Neuß  
Druck: Zentrale Vervielfältigung der Universität Bielefeld  
Auflage: 500

# EDITORIAL

Liebe LeserInnen,

im Oktober 2003 fand die Abschlusstagung des Projekts „VINGS – Virtual International Gender Studies“ statt. Das mit 2,3 Mio. Euro finanzierte Projekt führte die Universitäten Bielefeld, Bochum, Hannover und die FernUniversität Hagen mit dem Ziel zusammen, gemeinsam mediale Lerneinheiten der Geschlechterforschung in den Sozial- und Kulturwissenschaften für das Internet zu konzipieren, zu produzieren und im Lehrbetrieb zu erproben. Die Konsortialführung für dieses Großvorhaben lag bei Prof. Dr. Ursula Müller, Geschäftsführende Direktorin des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrums (IFF). Fünf Mitarbeiterinnen arbeiteten am IFF drei Jahre lang an der Entwicklung und Umsetzung von VINGS und konnten so, gemeinsam mit den Kolleginnen aus Bochum, Hannover und Hagen, u.a. ein Lehrangebot von mehr als 40 SWS, also im Umfang eines Masterstudiengangs, entwickeln und erproben. Hervorzuheben ist sicherlich, dass VINGS das einzige thematisch auf „Gender“ bezogene Projekt im Förderprogramm „Neue Medien in Bildung + Fachinformation“ gewesen ist. Wir gratulieren allen an der Realisierung von VINGS Beteiligten und freuen uns gemeinsam mit unseren Kolleginnen am IFF, dass VINGS zwischenzeitlich den 2. Preis für aktive Frauenförderung der Universität Hannover gewonnen hat und darüber hinaus im März 2004 als „Gender Good Practice-Projekt“ des BMBF-Begleitprojekts „Gender Mainstreaming“ ausgezeichnet worden ist. Ein detaillierter Bericht über die Abschlusstagung findet sich in der Rubrik Berichte und Beiträge aus dem IFF.

Allen Autorinnen dieser Nummer des IFF Infos sei herzlich für ihre interessanten, spannenden und informativen Beiträge gedankt. Für das nächste IFF Info möchten wir schon jetzt wieder alle LeserInnen ermutigen, durch interessante Aufsätze, Forschungsberichte, Diskussionsbeiträge, Mitteilungen, Veranstaltungshinweise, Rezensionen oder Tagungsberichte daran mitzuwirken, das IFF Info zu einer lebendigen, interdisziplinären, anregenden und diskursfreudigen Zeitschrift der Frauen- und Geschlechterforschung und zu einem Forum frauen- und geschlechterpolitischer Diskussionen werden zu lassen. Die nächste Nummer wird im Oktober 2004 erscheinen; Beiträge können bis 15. August eingereicht werden.

Für diese Ausgabe wünschen wir allen LeserInnen eine anregende Lektüre!

*Anina Mischau, Redaktion*





# IFF Info

Zeitschrift des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrums (IFF)

21. Jahrgang / Nr. 27 / 2004

## EDITORIAL

### AUFSÄTZE

Ulrike Mönig Die rechtlichen Schutzmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt	7
Sabine Marx Geschlecht kommunizieren	18
Anina Mischau Monoedukative Hochschulangebote für Frauen in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern	28
Kerstin Petersen Feministische Mädchenarbeit gestern und heute	43

### BERICHTE UND BEITRÄGE AUS DEM IFF

Ursula Müller und Silja Polzin Innovation und Implementierung	57
Kurzmeldungen aus dem IFF	68

### BERICHTE UND BEITRÄGE AUS DER UNIVERSITÄT UND FACHHOCHSCHULE BIELEFELD

Petra Dannecker und Anna Spiegel Wie wird „Entwicklung“ gemacht?	69
Christiane Maschetzke Fachtagung „Berufsorientierung in unübersichtlichen Zeiten“	72
Cornelia Thiels Frauenräume	75

### BERICHTE UND BEITRÄGE AUS NRW

Christiane Nack Schnupperstudium für Schülerinnen im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich?	80
Gisela Steins et al. Von der Mädchenschule zum Nobelpreis	83

## TAGUNGSBERICHT

Anina Mischau und Birgitta Wrede Women's Studies in the New Milenium: Does the future belong to us?	91
--	----

## REZENSION

Arlie Russell Hochschild: Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet (Mechtild Oechsle)	93
---	----

Eszter Belinszki, Katrin Hansen, Ursula Müller (Hg.) Diversity Management. Best Practices im internationalen Feld (Karin Gabbert)	98
---	----

Christiane Erlemann: Ich trauer meinem Ingenieurdasein nicht mehr nach. Warum Ingenieurinnen den Beruf wechseln – eine qualitative empirische Studie (Anina Mischau)	100
--	-----

Hildegard Macha, Claudia Fahrenwald (Hg.): Körperbilder zwischen Natur und Kultur. Interdisziplinäre Beiträge zur Genderforschung (Cornelia Muth)	102
---	-----

NEUERSCHEINUNGEN	103
------------------	-----

INFORMATIONEN	106
---------------	-----

# Die rechtlichen Schutzmöglichkeiten gegen häusliche Gewalt

Ein Beitrag zum neuen Gewaltschutzrecht

*Im Anschluss an die in dieser Zeitschrift<sup>1</sup> geführte Debatte zu Gewalterfahrungen von Frauen und Männern soll zur interdisziplinären Abrundung der Thematik der Blick auf die aktuelle Gesetzeslage im Bereich häuslicher und familiärer Gewalt gerichtet werden. Der gesetzliche Schutz in diesem Bereich ist mittlerweile deutlich verbessert worden. Was mit Hilfe der neuen Regelungen erreicht werden kann, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Darüber hinaus wird erstes aktuelles Zahlenmaterial über polizeiliche Einsätze bei häuslicher Gewalt in Nordrhein-Westfalen und im Raum Bielefeld betrachtet.*

## Einleitung

Nachdem in den neunziger Jahren das Problem der häuslichen Gewalt und dabei insbesondere der Gewalt gegen Frauen und Kinder auch in der öffentlichen Diskussion breiteren Raum eingenommen hat<sup>2</sup> und Gegenstand zahlreicher Fachveranstaltungen unterschiedlicher Disziplinen gewesen ist, wurde schließlich auch die Gesetzgebung aktiv. Gesetzgeberische Maßnahmen sind sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene getroffen worden. Am 1.1.2002 ist das *Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehe-wohnung bei Trennung* in Kraft getreten. Es ist als Artikelgesetz konzipiert, das neben dem Kernstück der neuen Regelung, nämlich den zivilrechtlichen Regelungen zum Gewaltschutz – dem sog. *Gewaltschutzgesetz* (GewSchG) – flankierende Neuregelungen, insbesondere auch Verfahrensvorschriften, enthält. Mit dem Gewaltschutzgesetz wurde der zivilrechtliche Rechtsschutz der Opfer häuslicher Gewalt insofern verbessert, als nunmehr der Grundsatz gilt: „Der Täter geht, das Opfer bleibt“. Opfern häuslicher Ge-

walt bleibt es jetzt erspart, die gemeinsame Wohnung verlassen zu müssen, während der Täter weiterhin die Annehmlichkeiten des gewohnten Wohnumfeldes genießen kann. Angesichts der Tatsache, dass bislang ca. 45.000 Frauen jährlich in einem der 435 Frauenhäuser in Deutschland Zuflucht vor der Gewalt ihres Partners gesucht haben<sup>3</sup>, stellt dies eine deutliche Verbesserung dar.<sup>4</sup>

Der Entwurf des Gesetzes geht auf einen Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zurück.<sup>5</sup> Obwohl ursprünglich der Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt im Vordergrund stand (vgl. Fn. 5) und dies auch rechtstatsächlich der Hauptanwendungsbereich des Gesetzes ist (vgl. Abschnitt C), geht der Anwendungsbereich der Neuregelungen darüber hinaus. Um im Rahmen eines effizienten Gesamtkonzeptes dem Erfordernis sofortigen Schutzes der Opfer in der aktuellen Krisensituation besser gerecht werden zu können, sind gleichzeitig mit den genannten bundesrechtlichen Regelungen in einigen Bundesländern Änderungen der Polizeigesetze in Kraft getreten; für Nordrhein-West-

falen handelt es sich dabei um § 34a Polizeigesetz NW.<sup>6</sup> Die nunmehr vorliegende Kombination polizeirechtlicher, zivilrechtlicher und strafrechtlicher Instrumente kann insgesamt gesehen durchaus als neues Interventionsrecht gegen häusliche Gewalt bezeichnet werden (vgl. Frommel 2001, S. 287f.). Für den Bereich der häuslichen Gewalt liegen mittlerweile erste Zahlen und Auswertungen polizeilicher Einsätze und im Anschluss eingeleiteter Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren vor, die Hinweise auf die praktische Umsetzung der neuen Regelungen liefern können.

## A. Zivilrechtlicher Schutz nach den Neuregelungen

Das *Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehe-wohnung bei Trennung* beinhaltet im Wesentlichen zivilrechtliche Vorschriften, denen zum einen klarstellende Funktion im Verhältnis zur bisher geltenden Rechtslage zukommt und die zum anderen einschneidende Interventionen, von denen die Wohnungszuweisung die weitestgehende ist, zulassen. Darüber hinaus trägt es deut-

lich punitive Züge (vgl. Frommel 2001, S. 288).

### **I. Das Gewaltschutzgesetz**

Das Gewaltschutzgesetz (GewSchG), bestehend aus nur vier Paragraphen, stellt das „Kernstück“ der neuen zivilrechtlichen Regelungen dar (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 16). Es sieht Schutzmaßnahmen nicht nur bei ausgeübter, sondern auch bei angedrohter Gewalt vor. Darüber hinaus regelt es die Strafbarkeit bei Zuwiderhandlungen.

#### **1. Schutzmaßnahmen bei ausgeübter Gewalt**

Nach § 1 GewSchG hat das Gericht bei einer vorsätzlichen und widerrechtlichen Verletzung des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit einer Person die zur Abwendung weiterer Verletzungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Diese allgemein gehaltenen Voraussetzungen machen deutlich, dass das Gesetz grundsätzlich für jede in dieser Form verletzte Person gelten soll – unabhängig vom Geschlecht und auch unabhängig davon, ob sich um eine Verletzung im sozialen Nahraum, z.B. um einen Fall häuslicher Gewalt, handelt oder kein besonderes Näheverhältnis besteht. Sofern im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz die rechtlichen Verbesserungen im Umgang mit häuslicher Gewalt in den Vordergrund gestellt werden, trifft dies zwar den Hauptanwendungsbereich der neuen Regelungen, ist aber insgesamt zu kurz gegriffen. Das Gericht hat die „zur Abwendung weiterer Verletzungen erforderlichen Maßnahmen“ zu treffen. Die für die Praxis wichtigsten in Betracht kommenden Schutzanordnungen zählt das Gesetz auf; hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Betretungs-, Kontakt- und Näherungsverbote. Das Gericht kann danach

dem/der Täter/in insbesondere verbieten, die Wohnung des Opfers zu betreten (Nr. 1), sich in einem bestimmten Umkreis der Wohnung der verletzten Person aufzuhalten (Nr. 2), zu bestimmende andere Orte aufzusuchen, an denen sich die verletzte Person aufhält (Nr. 3), Verbindung zur verletzten Person – auch über Fernkommunikationsmittel (nicht nur Telefon, sondern z.B. auch Fax, E-Mail, SMS) – aufzunehmen (Nr. 4) oder ein Zusammentreffen mit der verletzten Person herbeizuführen (Nr. 5). Der Katalog der möglichen Anordnungen ist, wie durch die Verwendung des Wortes „insbesondere“ deutlich wird, nicht abschließend, d.h. das Gericht kann – sofern es der Einzelfall erfordert – auch andere Maßnahmen treffen. Darüber hinaus ist es auch möglich, mehrere Maßnahmen nebeneinander anzuordnen.

Zu berücksichtigen ist, dass Anordnungen durch das Gericht nur dann getroffen werden, wenn sie „zur Abwendung weiterer Verletzungen“ erforderlich sind, d.h. es muss eine Wiederholungsgefahr bestehen. Für die Feststellung einer solchen Gefahr künftiger Beeinträchtigungen gilt im Interesse des Opfers jedoch eine Beweiserleichterung: Nicht das Opfer muss den – in der Praxis oft schwierigen – Beweis führen, dass auch zukünftig Verletzungen durch den/die Täter/Täterin in zu erwarten sind; vielmehr spricht eine tatsächliche Vermutung dafür, dass weitere Beeinträchtigungen zu besorgen sind, so dass es dem/der Täter/in obliegt, diese Vermutung zu widerlegen.<sup>7</sup> Das zum Eingreifen des Gerichts Anlass gebende Verhalten indiziert also die Wiederholungsgefahr (Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 1 Rn. 6). In dieser Beweisregelung liegt angesichts der Tatsache, dass über zukünftiges Verhal-

ten einer anderen Person nur schwer Beweis geführt werden kann, eine begrüßenswerte Begünstigung des Opfers.

Gem. § 1 Abs. 1 S. 2 GewSchG sollen die gerichtlichen Anordnungen befristet werden. Hierbei ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten, da in Rechtspositionen des Täters bzw. der Täterin eingegriffen wird. Insbesondere kommt eine Einschränkung des Rechts auf „Kommunikations- und Bewegungsfreiheit“ in Betracht (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 28). Wenn nach Ablauf der ursprünglichen Frist weitere Verletzungen zu befürchten sind, kann eine – unter Umständen auch mehrmalige – Fristverlängerung ausgesprochen werden (Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 1 Rn. 7). Damit soll gewährleistet werden, dass je nach Umständen des Einzelfalls auch längerfristige Schutzmaßnahmen getroffen werden können, insbesondere dann, wenn die Gewalteinwirkungen entsprechend schwer sind oder/und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken (vgl. Palandt/Brudermüller 2004).

Nach § 1 Abs. 1 a.E. GewSchG sind bei der Anordnung der Maßnahmen berechnete Interessen des Täters bzw. der Täterin, die einen Kontakt mit dem Opfer unumgänglich machen, zu berücksichtigen. Diese können z.B. vorliegen, wenn der/die Täter/in seinen/ihren Arbeitsplatz in der Wohnung hat oder er bzw. sie zur Durchführung des Umgangsrechts mit gemeinsamen Kindern in die Nähe der Wohnung kommen muss. Liegen solche Gegebenheiten vor, sind sie unter konkreter Bezeichnung der Umstände in der Anordnung zu benennen (vgl. Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 1 Rn. 9; BT-Drucks. 14/5429 S. 29).



## 2. Schutzmaßnahmen bei angedrohter Gewalt, Verletzung des Hausrechts und unzumutbaren Belästigungen

Schutzmaßnahmen können nicht nur bei bereits eingetretenen Rechtsgutverletzungen verhängt werden, sondern auch in Fällen, die unterhalb der oben geschilderten Verletzungsschwelle liegen. § 1 Abs. 2 GewSchG erweitert den Opferchutz auf Fälle der angedrohten Gewalt, der Verletzung des Hausrechts und unzumutbarer Belästigungen.

Die oben genannten Schutzanordnungen (vgl. Abschnitt A.I.1.) können nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 GewSchG bereits getroffen werden, wenn eine Person widerrechtlich mit einer Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit gedroht hat; zu einer Beeinträchtigung der erwähnten Rechtsgüter muss es also noch nicht gekommen sein. Ferner sind nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 a) GewSchG gerichtliche Maßnahmen auch möglich, wenn eine Person das Hausrecht einer anderen Person widerrechtlich und

vorsätzlich verletzt. Darüber hinaus wurde auch gesetzgeberischer Handlungsbedarf für Eingriffe in die Privatsphäre durch unzumutbare Belästigungen gesehen. In diesem Bereich fehlten zum einen klare zivilrechtliche Rechtsgrundlagen, zum anderen wirkte sich eine Strafbarkeitslücke zum Nachteil der Betroffenen aus (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 11). Das Gewaltschutzgesetz sieht nunmehr in § 1 Abs. 2 Nr. 2 b) vor, dass Schutzanordnungen auch beantragt werden können, wenn eine Person dadurch unzu-

### Viele Staaten ahnden inzwischen häusliche Gewalt. Von Österreich lernen

Von Ulli Schauen

Deutschland ist beim Schutz gegen häusliche Gewalt nicht gerade Vorreiter. Auf den beiden Karibikinseln Trinidad und Tobago, in einem Staat vereint, gilt schon seit 1991 ein Gesetz wie das vor zwei Jahren in Kraft getretene deutsche Gewaltschutzgesetz. Bereits in den siebziger Jahren wurde in den USA, in Australien, Neuseeland, Kanada, Schottland, England, den Niederlanden, Norwegen und Irland der zivilrechtliche – nicht der strafrechtliche – Schutz vor der Gewalt eines Partners verstärkt. Gerichte können dort seither Anordnungen zum Schutz eines Opfers erlassen; wer als Täter dagegen verstößt, muss mit Strafe rechnen.

Die europäischen Staaten sind sehr unterschiedlich mit Gewalt in Beziehungen umgegangen. So konnten sich die französischen Männer noch bis 1975 auf eine Bestimmung im Bürgerlichen Gesetzbuch berufen, die es ihnen erlaubte, Frauen zu schlagen. In Schweden dagegen wurde schon 1965 die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt (in Deutschland 1997). In Großbritannien wies das Innenministerium bereits 1986 die Polizei zu einer neuen, härteren Gangart bei Fällen häuslicher Gewalt an. 1997 folgte der Criminal Harassment Act, der Nachstellungen und Bedrohungen als Straftaten definiert.

Mittlerweile verfolgen Spanien, Frankreich und Belgien, die lange der alten Sichtweise anhängen, dass „Familienstreit“ doch nicht so schlimm sei, häusliche Gewalt besonders streng. Die neuen Paragraphen in diesen Ländern werten es als strafverschärfend, wenn die Gewalttat nicht im öffentlichen, sondern im privaten Umfeld passiert. Direktes Vorbild für den deutschen Gesetzgeber ist Österreich, wo im Mai 1997 das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie in Kraft trat, das die „Wegweisung“ des Täters vom Opfer beinhaltet. Es war von Anfang an eingebettet in ein Netz von „Interventionsstellen“, die den Opfern beistehen sollen. Von Österreich übernahmen die Deutschen auch den „proaktiven“ Ansatz, dass Beratungsstellen von sich aus auf die Opfer zugehen sollen.

Fast alle Länder haben ihre Gesetze gegen häusliche Gewalt geschlechtsneutral verfasst, also Männer wie Frauen werden als potenzielle Täter(innen) angesehen. Ausnahmen sind die USA, Bangladesch und Schweden. Die einschlägigen Gesetze dort erwähnen ausdrücklich Frauen als Opfer und Männer als Täter, wie zum Beispiel der Violence against Women Act der USA. In Schweden wurde dafür 1998 ein neuer Tatbestand geschaffen. Der Rechtsbegriff „grobe Verletzung der Integrität einer Frau“, kurz „Frauenfriedensbruch“, umschreibt wiederholte Straftaten, die von Männern an Frauen begangen werden, zu denen sie eine enge Beziehung haben. Die einzelnen Taten würden, für sich allein genommen, möglicherweise nicht verfolgt, insgesamt dagegen wiegen sie schwer genug für eine Bestrafung.

Spezialgesetze haben auch viele US-Bundesstaaten und einige lateinamerikanische Länder geschaffen, während in Deutschland für „häusliche Gewalt“ keine neuen Paragraphen ins Strafgesetzbuch eingefügt wurden. In den USA gibt es außerdem eine landesweit einheitliche Telefonnummer für Opfer, ebenso in Südkorea, wo es den Kreisen und Provinzen überdies zur Pflicht gemacht wurde, ein Netzwerk von Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen zu schaffen.

Die Beweislage ist weltweit ein Problem. Großbritannien versucht das zu ändern, indem das Opfer zu einer Aussage gezwungen werden kann. Aber dieser Paragraph wird Untersuchungen zufolge nur selten angewandt. In den USA verstärkte der Kongress im Jahr 2000 die Anstrengungen gegen häusliche Gewalt, auch finanziell. Die neue Fassung des Violence against Women Act garantiert bis 2005 einen Etat von 3,3 Milliarden Dollar für Frauenhäuser, die Ausbildung von Polizei und Justiz, Rechtsberatung für Opfer sowie den speziellen Schutz von Studentinnen gegen Gewalt.

Auch Immigrantinnen genießen den Schutz des Gesetzes, selbst wenn sie illegal ins Land kamen. Werden sie Opfer häuslicher Gewalt, dann bekommen sie einen gesicherten Aufenthaltsstatus in den USA. Dem Parlament des US-Bundesstaats Washington liegt derzeit eine Gesetzesvorlage vor, dass Täter ein Bußgeld von bis zu 100 Dollar zahlen sollen, das in die Opferhilfe fließt. Im Bundesstaat Kalifornien müssen verurteilte Täter in jedem Fall ein *anger management*-Seminar benutzen, wo sie lernen sollen, ihre Gewaltneigung in den Griff zu bekommen.

(c) DIE ZEIT 01.04.2004 Nr.15

mutbar belästigt wird, dass ihr gegen den ausdrücklich erklärten Willen wiederholt nachgestellt wird oder sie unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln verfolgt wird. Die Regelung umfasst damit Fälle des sog. „stalking“<sup>8</sup>. Durch die Einbeziehung dieser Verhaltensweisen in den gesetzlichen Schutz wird deutlich, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes keineswegs nur auf Fälle häuslicher Gewalt beschränkt ist. Mit der weiten Fassung sollte der Eindruck vermieden werden, dass der zivilrechtliche Schutz vor Gewalttaten außerhalb einer häuslichen Gemeinschaft geringer sei (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 18).

### 3. Wohnungsüberlassung

Wenn die Konfliktparteien in einer gemeinsamen Wohnung leben, kann es für das Opfer unzumutbar sein, die häusliche Gemeinschaft fortzusetzen und so möglicherweise weiterer Gewalt ausgesetzt zu sein. Bisher blieb dem Opfer oftmals nur der Ausweg, die Wohnung zu verlassen – ein Weg, der in immerhin ca. 45.000 Fällen jährlich in eines der 435 Frauenhäuser führte (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 10f. sowie Fn. 3). Nunmehr sieht das Gewaltschutzgesetz in § 2 vor, dass – unabhängig von den rechtlichen Verhältnissen an der Wohnung – dem Opfer die Wohnung vorläufig überlassen werden kann. Auch dann, wenn der/die Täter/in alleinige/r Mieter/Mieterin oder Eigentümer/in ist, kann die Überlassung der Wohnung verlangt werden. Die rechtlichen Verhältnisse bezüglich der Wohnung sind nur hinsichtlich der Dauer der Überlassung relevant. Soweit sich das Gewaltschutzgesetz mit der Wohnungsüberlassung befasst, unterscheidet es danach, ob in dem vorausgegangenem Konflikt Gewalt bereits ausgeübt oder „nur“ angedroht war.

#### a) Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung nach ausgeübter Gewalt

Liegt eine vorsätzliche Verletzung des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit vor, hat also Gewalt bereits stattgefunden, so kann das Opfer verlangen, dass ihm die gemeinsam genutzte Wohnung zur alleinigen Benutzung überlassen wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Gewalt in der Wohnung oder anderswo stattgefunden hat; ein Bezug der Tat zur gemeinsamen Wohnung wird nicht vorausgesetzt. Vielmehr geht § 2 GewSchG davon aus, dass ein Bedürfnis nach Wohnungsüberlassung unabhängig vom Tatort besteht (vgl. Schumacher 2002, S. 650).

#### (aa) Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt

Der Anspruch auf Überlassung der Wohnung setzt voraus, dass zum Zeitpunkt der Tat ein „auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt“ mit dem/der Täter/in geführt wurde. Ob diese Voraussetzung im Einzelfall gegeben ist, kann sich im Hinblick auf die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens in der Praxis als problematisch erweisen. Der Begriff stammt aus dem Mietrechtsreformgesetz vom 19.07.2001; er wird in § 563 Abs. 2 S. 4 BGB verwendet (Eintritt von Ehegatten und anderen Personen in das Mietverhältnis bei Tod des Mieters). In der Begründung dazu heißt es: *„Unter dem Begriff ‚auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt‘ ist eine Lebensgemeinschaft zu verstehen, die auf Dauer angelegt ist, keine weiteren Bindungen gleicher Art zulässt und sich durch innere Bindungen auszeichnet, die ein gegenseitiges Füreinandereinstehen begründen und die über eine reine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehen. Damit entspricht der Begriff den Kriterien der bisherigen Rechtsprechung zur ‚eheähnlichen Gemeinschaft‘, ohne dass es al-*

*lerdings auf das Vorliegen geschlechtlicher Beziehungen zwischen den Partnern ankommt. Sowohl die hetero- oder homosexuelle Partnerschaft wie auch das dauerhafte Zusammenleben alter Menschen als Alternative zum Alters- oder Pflegeheim, die ihr gegenseitiges Füreinandereinstehen zum Beispiel durch gegenseitige Vollmachten dokumentieren, können daher grundsätzlich diese Kriterien erfüllen.“* (BR-Drucks. 439/00, S. 92f.) Die Begründung macht deutlich, dass der Begriff bei Anwendung des neuen Mietrechts offenbar nicht zu weit ausgelegt werden soll. Auch überrascht, dass gerade das in der Praxis noch eher seltene Zusammenleben alter Menschen hervorgehoben wird, während die weit verbreiteten Wohngemeinschaften unter jungen Menschen gar nicht erwähnt werden.

Es ist allerdings nicht gerechtfertigt, die im mietrechtlichen Zusammenhang möglicherweise sinnvolle Definition unreflektiert auf ein anderes Rechtsgebiet zu übertragen und den persönlichen Schutzbereich auch im Rahmen des Gewaltschutzes derart eng auszulegen. Berücksichtigt man den Kontext, in dem der Begriff im Mietrecht verwendet wird, so ist festzustellen, dass dort von der Auslegung des Begriffes „auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt“ der automatische Eintritt der betreffenden Person in ein Mietverhältnis mit allen Rechten und Pflichten abhängt, also auch mit ungewollten Belastungen einhergehen kann. Im Gewaltschutzgesetz hingegen wird lediglich ein Recht des Opfers begründet, nämlich auf Überlassung der Wohnung. Dem Ziel, Opfer von Gewalt im sozialen Nahraum möglichst umfassend zu schützen, läuft eine restriktive Auslegung zuwider.<sup>9</sup> Einzubeziehen in den Schutzbereich sind daher grundsätzlich auch Wohngemeinschaften unter Studierenden und Auszubildenden, sofern sie

„auf Dauer“ beabsichtigt sind – wobei eine begrenzte Zeitdauer genügen muss, denn es heißt ja nicht „lebenslang“ – und tatsächlich gemeinsam gewirtschaftet wird. Insbesondere bei den Wohnformen, die auf ein Füreinandereinstehen hinweisen, z.B. wenn für Kinder von Wohngemeinschaftsmitgliedern Verantwortung in Form von Beaufsichtigung und Pflege übernommen wird, steht außer Frage, dass sie unter das Gewaltschutzgesetz fallen müssen. Insgesamt gesehen ist im Hinblick auf den geschützten Personenkreis ein großzügiger Maßstab anzulegen.<sup>10</sup>

#### *(bb) Dauer der Überlassung*

Liegen die oben aufgezeigten materiellrechtlichen Voraussetzungen vor, so ist dem Opfer die Wohnung zu überlassen. Für welche Dauer die Überlassung durch das Gericht angeordnet wird, hängt nach § 2 Abs. 2 GewSchG von den Rechtsverhältnissen an der Wohnung ab. Sind – wie es in der Praxis häufig der Fall ist – Täter/in und Opfer gemeinsam berechtigt, haben sie also die Wohnung<sup>11</sup> z.B. gemeinsam gemietet oder sind sie Miteigentümer, so ist die Nutzungsdauer zu befristen. Eine Höchstfrist ist im Gesetz nicht vorgesehen. Sinn und Zweck der Befristung liegt darin, während der vorläufigen Benutzung eine Regelung über die endgültige Nutzung der Wohnung, an der ja beiden Parteien Rechte zustehen, zu ermöglichen (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 31).

Steht dem Täter allein oder gemeinsam mit einem Dritten ein Recht an der Wohnung zu, so kann dem Opfer für eine Frist von maximal sechs Monaten die Wohnung überlassen werden. Da in diesem Fall das Opfer nicht Mieter/in oder Eigentümer/in der Wohnung ist, dient die Frist ausschließlich dazu,

in dieser Zeit angemessenen Wohnraum zu zumutbaren Bedingungen zu beschaffen. Gelingt dies nicht, kann das Gericht die Frist um höchstens weitere sechs Monate verlängern, wenn nicht aner kennenswerte Interessen des/der Täters/Täterin dagegen sprechen. Es kommt also, wenn dem Opfer keinerlei Rechte an der Wohnung zustehen, eine Nutzungsdauer von maximal einem Jahr in Betracht. Aus dieser Regelung wird ersichtlich, dass durch den Anspruch nach § 2 GewSchG Rechtsverhältnisse nicht umgestaltet, neu begründet oder aufgehoben werden; es handelt sich in den genannten Fällen um eine nur vorläufige Regelung.

Wenn das an der Wohnung allein berechtigte Opfer den/die Täter/in in die Wohnung aufgenommen hat und dort mit ihm/ihr in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft lebt, stehen dem/der Täter/in keinerlei Nutzungsrechte an der Wohnung zu (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 30). Diese Konstellation ist daher von den Befristungsvorschriften in § 2 Abs. 2 GewSchG nicht betroffen. Die gerichtliche Entscheidung über die Überlassung der Wohnung an das Opfer beinhaltet in diesem Fall eine endgültige Regelung der Nutzungsverhältnisse (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 30).

#### *(cc) Ausschluss des Überlassungsanspruchs*

Der Anspruch auf Wohnungsüberlassung ist nach § 2 Abs. 3 GewSchG in drei Fällen ausgeschlossen:

- wenn weitere Verletzungen nicht zu befürchten sind, es sei denn, die begangene Tat war so schwer, dass dem Opfer ein weiteres Zusammenleben nicht zuzumuten ist;<sup>12</sup>
- wenn die verletzte Person eine Frist von drei Monaten nach der Tat verstreichen lässt, ohne die

Überlassung zu verlangen;

- wenn schwerwiegende Belange des/der Täters/Täterin entgegenstehen<sup>13</sup>.

#### *(dd) Erschwerungs- und Vereitelungsverbot*

Hat das Gericht die Überlassung der Wohnung an das Opfer angeordnet, so hat der/die Täter/in gem. § 2 Abs. 4 GewSchG alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Ausübung dieses Nutzungsrechts zu erschweren oder zu vereiteln. Dies gilt sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 31 und S. 33). Wenn der/die Täter/in also Alleinmieter/in der Wohnung ist, kann das Gericht ihm/ihr untersagen, zu einem Zeitpunkt zu kündigen, zu dem das Opfer noch zur Nutzung berechtigt ist (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 31 und 33; Schumacher 2001, S. 956).

#### *(ee) Nutzungsvergütung*

Kommt es zur Überlassung der Wohnung an das Opfer, so stellt sich die Frage, ob die Alleinnutzung durch das Opfer auch zu vergüten ist. Das Gewaltschutzgesetz bestimmt in § 2 Abs. 5, dass eine Nutzungsvergütung verlangt werden kann, wenn „dies der Billigkeit entspricht“. Dies dürfte in der Regel der Fall sein, wenn z.B. der/die Täter/in aufgrund eines Mietvertrages zu Mietzahlungen verpflichtet ist<sup>14</sup>, dagegen nicht, wenn die Wohnungskosten im Rahmen einer Unterhaltsregelung berücksichtigt sind (Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 2 Rn.13, Klein 2002, S. 3).

#### **b) Wohnungsüberlassung bei angedrohter Gewalt**

Betrafen die vorherigen Ausführungen die Rechtslage bei bereits ausgeübter Gewalt, so stellt sich nunmehr die Frage, ob dem Opfer auch dann

ein Wohnungsüberlassungsanspruch zusteht, wenn ihm mit Gewalt „nur“ gedroht wurde. Aus § 2 Abs. 6 GewSchG folgt, dass in den Fällen, in denen mit einer Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit gedroht wurde (§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 GewSchG), die Überlassung der Wohnung verlangt werden kann, wenn dies erforderlich ist, um eine „unbillige Härte“<sup>15</sup> für das Opfer zu vermeiden. Die Schwelle für die Wohnungszuweisung an das Opfer ist hier also höher als in den Fällen ausgeübter Gewalt. Zum Begriff der unbilligen Härte erwähnt das Gesetz ausdrücklich, dass sie auch dann gegeben sein kann, wenn das Wohl von im Haushalt lebenden Kindern beeinträchtigt ist. Im Übrigen ist angesichts der Vielgestaltigkeit der Lebensverhältnisse bewusst davon abgesehen worden, einen Katalog von Härtefällen aufzustellen (vgl. BT-Drucks. 14/5429, S. 32 und 21). Bezüglich des Vorliegens eines auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalts, der Dauer der Wohnungsüberlassung, eines etwaigen Anspruchsausschlusses und einer Nutzungsvergütung gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die Fälle ausgeübter Gewalt (vgl. Abschnitt A.I.3. a), aa-ee).

#### 4. Strafrechtliche Konsequenzen

Wie bereits dargestellt (vgl. Abschnitt A.I.1.), kommen ganz unterschiedliche, dem jeweiligen Einzelfall angepasste Schutzanordnungen durch das Gericht in Betracht. Sie dienen dem Schutz absoluter Rechte des Opfers, wobei insbesondere in Betracht kommen: Körper, Gesundheit, Freiheit und das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Angesichts des hohen Stellenwerts der verletzten Rechte hat sich der Gesetzgeber entschlossen, einen Verstoß ge-

gen gerichtliche Anordnungen unter Strafe zu stellen. Zuwiderhandlungen gegen vollstreckbare Anordnungen werden nach § 4 GewSchG mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verfolgt. Verstößt der/die Täter/in z.B. gegen ein nach § 1 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 GewSchG verhängtes Fernhaltegebot, so macht er/sie sich allein wegen des Verstoßes gegen die Anordnung strafbar, selbst wenn er/sie dabei kein strafbares Verhalten etwa in Form von Drohungen oder Körperverletzungen zeigt. In § 4 GewSchG wird also ein Verstoß gegen eine zivilrechtliche Anordnung im Interesse hochrangiger Schutzgüter strafrechtlich sanktioniert.<sup>16</sup>

#### II. Die Neufassungen des § 1361 b BGB und des § 14 Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG)

Wenn es sich bei den Konfliktparteien um Eheleute oder Lebenspartner handelt, die getrennt leben oder bei denen ein Partner dies will, gelten für die Wohnungsüberlassung zusätzlich<sup>17</sup> Vorschriften außerhalb des Gewaltschutzgesetzes, nämlich § 1361 b BGB bzw. § 14 LPartG. Diese Vorschriften sind – systemkonform – ebenfalls durch das *Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung* in Art. 2 und Art. 14 geändert worden.

##### 1. Die „unbillige Härte“

In beiden Vorschriften, die im Wesentlichen gleichlautend sind, ist die bisherige Eingriffsschwelle der „schweren Härte“ insofern abgesenkt worden, als nunmehr bereits eine „unbillige Härte“ die Wohnungsüberlassung rechtfertigt. Eine „schwere Härte“ lag nach bisheriger Auffassung der Rechtsprechung vor, wenn der Ehegatte, der aus der

Wohnung vollständig hinausgewiesen werden soll, in grob rücksichtsloser Weise durch erhebliche Belästigungen das Wohnen für den anderen und/oder die Kinder nahezu unerträglich macht.<sup>18</sup> Ob mit der Neuformulierung tatsächlich eine Erleichterung der Wohnungszuweisung erreicht werden wird, wird z.T. bezweifelt (vgl. Grziwotz 2002, S. 872) und bleibt abzuwarten. Einen ersten Hinweis zur Richtung der Rechtsprechung könnte ein Beschluss des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg vom 5.9.2002<sup>19</sup> geben. Dort wird betont, dass sich der Anwendungsbereich der neuen Vorschrift nicht auf Gewaltanwendung und Drohung mit Gewalt beschränke, sondern dass auch Belästigungen, die zum regelmäßigen Erscheinungsbild einer zerrütteten Ehe gehörten, im Zusammenspiel mit weiteren Begebenheiten ausreichen könnten.<sup>20</sup> Auch die Begründung der Entscheidung (vgl. ebd.) gibt Anlass zu der Hoffnung, dass das Signal des Gesetzgebers auch in der Praxis angekommen ist. Hervorzuheben ist, dass in der Neufassung des § 1361 b Abs. 2 BGB und des § 14 Abs.2 LPartG ausdrücklich erwähnt wird, dass eine unbillige Härte auch dann vorliegen kann, wenn das Wohl von im Haushalt lebenden Kindern beeinträchtigt ist.

##### 2. Die weiteren Neuerungen

Die neben der Herabsetzung der Eingriffsschwelle getroffenen Neuregelungen in § 1361 b BGB bzw. § 14 LPartG sind in weiten Teilen den bereits erörterten Vorschriften des Gewaltschutzgesetzes angeglichen worden. So ist nunmehr in § 1361 b Abs. 2 BGB und § 14 Abs.2 LPartG die Wohnungsüberlassung bei Gewaltanwendung oder Androhung von Gewalt in weitestgehend ähnlicher Form geregelt worden wie in § 2 GewSchG (vgl. Abschnitt A. I. 3.).

Ebenso enthalten die Vorschriften jeweils in ihrem Absatz 3 ein Erschwerungs- und Vereitelungsverbot (vgl. Abschnitt A. I. 3. a), dd) sowie eine Regelung über die Vergütungspflicht (vgl. Abschnitt A. I. 3. a), ee).

### B. Polizeilicher Schutz bei häuslicher Gewalt in der akuten Krisensituation

Die beschriebenen Verbesserungen im zivilrechtlichen Rechtsschutz erfordern in jedem Fall eine Entscheidung des zuständigen Gerichts, die auch im Eilverfahren nicht sofort erreicht werden kann. In Fällen häuslicher Gewalt, die sich auch am Wochenende oder zur Nachtzeit ereignen, ist jedoch häufig unverzügliches Einschreiten notwendig. Zuständig für Sofortmaßnahmen zum Schutz der Opfer, aber auch zur Verfolgung etwaiger Straftaten, sind die Polizeibehörden der Länder.

In der Regel wird die Polizei als erste Institution mit Vorfällen häuslicher Gewalt befasst. Oft wird sie von den Opfern selbst oder von Nachbarn über den Notruf angefordert. Ihr obliegt es, alle eilbedürftigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Da das bisherige rechtliche Instrumentarium des Polizeirechts zur Bewältigung der akuten Krisensituation in der Praxis für unzureichend bzw. für zu unklar erachtet wurde<sup>21</sup>, haben verschiedene Bundesländer flankierend zu den zivilrechtlichen Vorschriften des Gewaltschutzgesetzes Änderungen ihrer Polizeigesetze beschlossen.<sup>22</sup> Auch in den Bundesländern, die keine polizeirechtlichen Spezialregelungen getroffen haben wie z.B. Baden-Württemberg, hat sich die Praxis im Umgang mit häuslicher Gewalt ähnlich wie in den Ländern mit speziellen Normen entwickelt.

In Nordrhein-Westfalen ist die in diesem Zusammenhang wesentliche

Neuregelung in § 34 a Polizeigesetz (PolG) enthalten. Danach wird nunmehr ausdrücklich die Möglichkeit eröffnet, als Sofortmaßnahmen eine Wohnungsverweisung und ein Rückkehrverbot bis zu zehn Tagen auszusprechen.<sup>23</sup> Wird hiervon Gebrauch gemacht, hat die gefährdete Person Zeit, einen Antrag auf Wohnungsüberlassung und evtl. weitere Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz zu stellen. Über Beratungsangebote, die ggf. auch zu vermitteln sind, ist sie nach § 34 a Abs. 4 PolG NRW durch die Polizei zu informieren. Mit den neuen Regelungen soll nach Aussage des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen<sup>24</sup> erreicht werden, dass

- „Täter erfahren, dass Gewalt in Beziehungen keine Privatangelegenheit ist und sie zur Rechenschaft gezogen werden;
- Opfer häuslicher Gewalt in dem Bewusstsein gestärkt werden, dass staatliche Stellen Hilfe leisten;
- in der konkreten Situation weitere Gewalt verhindert werden kann;
- eine konsequente Strafverfolgung gewährleistet wird;
- durch Vermittlung an Hilfe und Beratungseinrichtungen dem Opfer Hilfe geleistet wird“.

### C. Aktuelle Zahlen zum polizeilichem Einschreiten bei häuslicher Gewalt

Erstes Zahlenmaterial seit Inkrafttreten des neuen Gewaltschutzrechts liegt inzwischen vor. Ausgehend von der Überlegung, dass in der Masse aller Fälle, die staatlichen Stellen überhaupt bekannt werden, als erste Institution die Polizei mit dem Vorgang befasst ist, wurden die Zahlen zu polizeilichen Einsätzen bei häuslicher Gewalt betrachtet. Wenn es nämlich zu einer Entfernung des/der Täters/in aus der gemeinsamen Wohnung kommt, ge-

schieht dies nach bisheriger Erfahrung durchweg schon im Zusammenhang mit dem ersten Polizeieinsatz. Nur selten stellen Betroffene direkt bei dem zuständigen Gericht einen Antrag auf Wohnungsüberlassung nach dem Gewaltschutzgesetz, ohne dass zuvor die Polizei eingeschaltet war.

Zugrunde gelegt werden Daten für Nordrhein-Westfalen, die das Jahr 2002 und das 1. Halbjahr 2003 betreffen, sowie die detaillierteren Angaben der Großstadt Bielefeld für das 1. Halbjahr 2003. Dabei wurde das Augenmerk speziell auf die Anordnung von Wohnungsverweisungen und Rückkehrverboten – den beiden wichtigen Neuregelungen im Polizeigesetz –, die angezeigten Deliktsarten und die Anzahl der Anträge auf Erlass zivilrechtlicher Anordnungen gerichtet. Die Zahlen aus dem Polizeipräsidium Bielefeld ermöglichen darüber hinaus eine Aussage über die geschlechtsspezifische Verteilung im Täter-Opfer-Verhältnis.

### I. Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Statistik<sup>25</sup> enthält Angaben über Art und Anzahl der Straftatbestände, der polizeilichen Verfügungen (insbesondere Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote), der verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen sowie Zahlen über die Vermittlung der Opfer an Beratungsstellen und über Anträge auf Erlass zivilrechtlicher Anordnungen. Detailliertere Angaben, z.B. über Altersstruktur und die geschlechtsspezifische Verteilung von TäterInnen und Opfern, sind nicht vorhanden.

Im Jahr 2002 wurde landesweit in insgesamt 14.300 Fällen häuslicher Gewalt polizeilich eingeschritten, wobei in 4.894 Fällen Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote ausgesprochen wurden. Im

ersten Halbjahr 2003 kam es zu 8.284 Einsätzen, bei denen in 3.279 Fällen Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote ausgesprochen wurden. Eine deutliche Steigerung der Zahlen von Quartal zu Quartal ist dabei erkennbar; diese dürfte im Wesentlichen auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung und auf eine gesteigerte Sensibilität der Einsatzkräfte im Umgang mit häuslicher Gewalt zurückzuführen sein. Wenn bereits im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gewaltschutzrechts in gut einem Drittel und im folgenden Halbjahr in knapp 40% aller Fälle Anordnungen bezüglich der Wohnung verfügt wurden, spricht dies dafür, dass die Neuregelung im Polizeigesetz eine Problemlage trifft, die dringend einer Interventionsmöglichkeit durch öffentliche Stellen bedurfte. In 498 (2002) bzw. 334 (1. Hj. 2003) aller polizeilich bekannt gewordenen Fälle häuslicher Gewalt, d.h. in ca. 3,5% bzw. 4%, wurden innerhalb der 10-Tages-Frist zivilrechtliche Anordnungen – hierunter fallen die nach dem Gewaltschutzgesetz möglichen Maßnahmen – beantragt. Warum der Prozentsatz so gering ist, ist bisher nicht hinreichend erklärbar.

Bei den Straftatbeständen dominiert die „einfache“ Körperverletzung nach § 223 StGB (2002: 9.134 Fälle; 1. Hj. 2003: 5.238), gefolgt von der gefährlichen Körperverletzung nach § 224 StGB (2002: 2.555 Fälle; 1. Hj. 2003: 1.569 Fälle) und der Bedrohung gem. § 241 StGB (2002: 1.429 Fälle; 1. Hj. 2003: 787 Fälle). In immerhin 26 Fällen (2002) bzw. 11 Fällen (1. Hj. 2003) wurden Tötungsdelikte (Versuche eingeschlossen) angezeigt.

## II. Raum Bielefeld

Bei dem Polizeipräsidium in Bielefeld besteht seit 1999 das Interven-

tionsprojekt gegen Gewalt von Männern in Beziehungen<sup>26</sup>, dessen Ziel es ist, ein Netzwerk zwischen Polizei, kommunalen Behörden, Beratungsstellen, Frauenhäusern und der Staatsanwaltschaft zu installieren und durch abgestimmtes Verhalten aller Institutionen das Problem häuslicher Gewalt besser zu bewältigen, als es bisher der Fall war. Im Polizeipräsidium Bielefeld, dessen Zuständigkeitsbereich ca. 330.000 Einwohner/innen umfasst, werden seit 2003 mit Hilfe eines neuen Informations- und Ermittlungssystems (INES) konsequent verschiedene Daten bei Einsätzen häuslicher Gewalt erfasst. Das System, das in dieser Form in Deutschland nur in Bielefeld vorhanden ist, ermöglicht eine detaillierte Erfassung und Auswertung nach verschiedenen Merkmalen wie z.B. nach Geschlecht, Alter der Opfer und Täter/innen, Berufen, Uhrzeiten und Wochentage der Taten. An dieser Stelle soll nur auf einige Ergebnisse eingegangen werden, wobei die Daten für das 1. Halbjahr 2003 zugrunde gelegt werden.<sup>27</sup>

Im 1. Halbjahr 2003 wurden insgesamt 295 polizeiliche Einsätze in Fällen häuslicher Gewalt erfasst.<sup>28</sup> Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote wurden in 64 Fällen angeordnet, in einem Fall nur ein Rückkehrverbot. Vergleicht man diese Zahlen mit denen für Nordrhein-Westfalen insgesamt, so ist erkennbar, dass die Anzahl polizeilicher Verfügungen in Bielefeld mit ca. 22% deutlich unter dem Landesdurchschnitt von ca. 40% liegt. Die Ursachen hierfür sind bisher nicht erforscht.

Die Deliktsverteilung im Raum Bielefeld entspricht weitgehend derjenigen auf Landesebene (vgl. Abschnitt C.I.). Das häufigste Delikt stellt die Körperverletzung nach §

223 StGB dar (173 Fälle), gefolgt von Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung (jeweils 39 Fälle). In einem Fall bestand der Verdacht eines Tötungsdelikts.

Das Erfassungssystem ermöglicht darüber hinaus u.a. Feststellungen zur geschlechtsspezifischen Verteilung im Täter-Opfer-Verhältnis: In 261 Fällen waren die Tatverdächtigen männlichen Geschlechts, in 15 Fällen weiblich, in 19 Fällen handelte es sich um „keine Angaben/unbekannt/Fehleingaben“ (vgl. Fn. 28). Ordnet man die Fälle mit unbekannter Angabe vollständig jeweils dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zu, ergibt sich ein Anteil männlicher Tatverdächtiger zwischen 88,5% und 94,9%. Bei den Geschädigten handelte es sich in 243 Fällen um weibliche Personen, in 31 Fällen um männliche Personen, in 21 Fällen wurde „keine Angaben/unbekannt/Fehleingaben“ angekreuzt. Mindestens 82,4% und höchstens 89,5% der Opfer sind also weiblich, während zwischen 10,5% und 17,6% männlich sind.

## III. Die geschlechtsspezifische Täter-Opfer-Verteilung im Kontext anderer Ergebnisse

Eine Betrachtung der vorliegenden Zahlen bestätigt die der gesetzgeberischen Initiative zugrunde liegende Annahme, häusliche Gewalt gehe in der Regel von Männern aus. Opfer sind nach dem zur Verfügung stehenden Zahlenmaterial ganz überwiegend weibliche Personen. Auch wenn gelegentlich behauptet wird, Männer und Frauen seien in ungefähr gleichem Umfang gewalttätig (vgl. Bock 2001, S. 5ff.; mwN)<sup>29</sup>, weisen die zum Bereich der häuslichen Gewalt bisher konkret vorliegenden Zahlen aus dem Hellfeld auf das Gegenteil hin (vgl. Abschnitt C. I. und II.). Dies stimmt

auch mit den Ergebnissen der polizeilichen Kriminalstatistik für alle Straftaten überein (vgl. Bundeskriminalamt, 2002): Danach sind unter allen Tatverdächtigen etwa dreimal mehr Männer als Frauen (76,5% männliche, 23,5% weibliche Tatverdächtige). Schlüsselt man weiter nach Delikten auf, so ist erkennbar, dass der Schwerpunkt der Frauenkriminalität bei Diebstahlsdelikten liegt; hier beträgt ihr Anteil 31,1%. Im Bereich der Körperverletzungsdelikte werden hingegen nur 15,4% der Delikte von Frauen begangen. Gegenüber den Zahlen aus dem Hellfeld gehen Dunkelfeld-Untersuchungen zwar von einem höheren Anteil weiblicher Kriminalität aus, der auf ca. 35% an der Gesamtkriminalität geschätzt wird (Hell- und Dunkelfeld; vgl. Schwind 2003, S. 79f.; mwN). Dieser Wert entspricht aber immer noch nicht – trotz steigender Tendenz (vgl. Schwind aaO) – dem Anteil von Frauen an der Bevölkerung. Darüber hinaus sind deliktsspezifische Unterschiede zu berücksichtigen (vgl. ebd.). Betrachtet man den Bereich innerfamiliärer Gewalt, so sind hier Männer als Täter überrepräsentiert. Neuere kriminologische Forschungsergebnisse zu Misshandlungs-Delikten in der Familie haben nach Schneider (2001) Folgendes ergeben: *„(...) Frauen-Misshandlung ist 13mal häufiger als Männer-Misshandlung. Partner-Gewalt in der Familie ist ein asymmetrisches Phänomen. Männer-Misshandlung ist nicht nur seltener als Frauen-Misshandlung. Männer fügen ihren viel verletzbareren Frauen auch viel schwerere körperliche und seelische Schäden zu, und sie werden häufiger rückfällig. Frauen wenden Gewalt zumeist in für sie ausgeweglosen Situationen, in Notwehrlagen an, und sie verursachen weit leichtere körperliche Verletzungen als Männer. Frauen-Gewalt wird von Männern häufig zur Rechtfertigung ihrer eigenen Ge-*

*walt-Anwendung benutzt.“ (ebd., S. 208; mwN)*

#### D. Fazit und Ausblick

Das neue Gewaltschutzrecht ist ein guter Anfang zur Entprivatisierung häuslicher Gewalt. Seit Inkrafttreten reagieren Polizei und Justiz in zunehmendem Maße mit Interventionen, die allerdings nur ein Baustein im entschlossenen Vorgehen gegen häusliche Gewalt sein können. In diesem Bereich ist eine enge Vernetzung aller beteiligten Stellen im Hilfesystem notwendig, um die betroffenen Opfer wirksam darin unterstützen zu können, einen Schlussstrich unter den Gewaltkreislauf zu setzen. Hier bleibt noch vieles zu verbessern.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. IFF Info Nr. 24, 2002, S. 72 ff.
- 2 Der Auffassung von Meder (2001, S. 193), es sei „wie Kindesmissbrauch und Vergewaltigung in der Ehe als Modethema“ in der Presseberichterstattung sogar „teilweise überstrapaziert“ worden, kann allerdings nicht zugestimmt werden.
- 3 Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucks. 14/ 5429, S. 1, aus dem Jahr 2001. Etwas ältere Schätzungen aus dem Jahr 1995 belaufen sich auf ca. 40.000 Frauen (vgl. Schall/Schirmacher 1995, S. 11; mwN). Zutreffend wird sowohl von Peschel-Gutzeit (2001, S. 243) als auch von Schall/Schirmacher (1995), darauf hingewiesen, dass es sich um Zahlen aus dem Hellfeld handelt und das Dunkelfeld im Bereich körperlicher Gewalt gegen Frauen als sehr groß einzuschätzen ist (vgl. hierzu Schall/Schirmacher 1995, S. 11 ff.)
- 4 Inwieweit sich die neuen Regelungen tatsächlich auf die Anzahl der Inanspruchnahme von Frauenhäusern auswirkt, wäre noch zu untersuchen.
- 5 BMFSFJ, Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen. Zur Vorgeschichte des Gesetzentwurfes vgl. auch: Hermann (2002, S. 3062; mwN), Schumacher (2001, S. 953f.) und Schweikert (2000, S. 168 ff.). Einen kurzen Überblick über die Rechtslage in Österreich, an denen sich die deutschen Neuregelungen orientieren, geben u.a. Hesse/Queck/Lagodny (2002, S. 68-70), Schumacher (2001, S. 954) und Schweikert (2000, S. 169f.).

6 Die Ausführungen im Folgenden konzentrieren sich ausschließlich auf das Polizeigesetz NW; sie lassen sich inhaltlich weitestgehend auf andere Bundesländer, die ebenfalls eine Spezialregelung eingeführt haben, übertragen. In einigen Bundesländern hingegen – wie z.B. in Baden-Württemberg – hat man auf die Einführung einer Spezialregelung verzichtet und stützt die entsprechenden Maßnahmen wie die Wohnungsverweisung auf die polizeiliche Generalklausel. Die unterschiedliche gesetzliche Regelungstechnik muss m.E. keine Auswirkung auf die Effizienz polizeilicher Sofortmaßnahmen haben.

7 Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 1 Rn. 6, § 2 Rn. 17; BT-Drucks. 14/5429 S. 19 mwN aus der Rechtsprechung, die an die Widerlegung der Vermutung hohe Anforderungen stellt.

8 Der Begriff „to stalk“ stammt aus dem Englischen und bedeutet in der Jägersprache „heranpirschen, nachstellen“ (Schumacher 2001, S. 955, Fn. 24).

9 Für eine enge Auslegung jedoch Palandt/Brudermüller 2004, GewSchG § 2 Rn. 2: Selbst wenn neben dem gemeinsamen Wunsch, Wohnbedürfnisse billiger und/oder angenehmer zu befriedigen, eine gemeinsame Haushaltsführung hinzukommt, soll dies nicht ausreichen.

10 So auch Schumacher (2002, S. 650); zu weiteren Einzelfragen im Zusammenhang mit der Auslegung des Begriffes s. ebda.

11 Das Gesetz spricht zwar nur von „Wohnung“. Gemeint sind nach Sinn und Zweck des Gesetzes aber natürlich

auch Häuser, die zu Wohnzwecken genutzt werden.

12 Z.B. nach einer Vergewaltigung oder einem Tötungsversuch.

13 Z.B. wenn der/die Täter/in behindert ist und die Wohnung behindertengerecht ausgestattet ist.

14 BT-Drucks. 14/5429 S. 31f.; Palandt/Brudermüller (2004), GewSchG § 2 Rn.13. Die Nutzungsvergütung richtet sich dann nach dem Mietwert, vgl. Schweikert/Baer (2002, Rn. 77).

15 Der Begriff ist identisch mit dem nunmehr in § 1361 b BGB verwendeten.

16 Dass die Verletzung einer zivilrechtlichen Verpflichtung strafrechtlich pönalisiert wird, ist dem Gesetz durchaus nicht fremd, wie die Existenz des § 170 StGB zeigt.

17 Widersprüchlich insoweit Palandt/Brudermüller noch in der 62. Aufl. (2003) zu § 1361 b Rn. 1 und § 2 GewSchG Rn. 2; anders und klarer nunmehr in der 63. Aufl. (2004), wo es heißt, § 1361 b sei die „weitergehende Vorschrift allgemein zur Lösung von Konflikten unter Ehegatten“ (§ 1361 b Rn. 1) und die Anwendungsbereiche könnten sich überschneiden (§ 2 GewSchG Rn. 2). M.E. müssen beide Vorschriften im Interesse eines effektiven und möglichst lückenlosen Opferschutzes nebeneinander anwendbar sein.

18 Vgl. die zahlreichen Nachweise aus der Rechtsprechung bei Palandt/Brudermüller (2001, § 1361 b, Rn. 8); BT-Drucks. 14/5429, S. 11; (Grziwotz 2002, S. 872).

19 AG Tempelhof-Kreuzberg, Beschluss vom 5.9.2002 – 142 F 3248/02 – , in: Familie, Partnerschaft, Recht 2003, S. 26-28.

20 AG Tempelhof-Kreuzberg aaO, S. 27f. Zu den konkreten Einzelheiten des Falles ebd.

21 Zur bisherigen Rechtslage siehe BT-Drucks. 14/5429, S. 24 und Hermann (2002, S. 3063).

22 Einen Überblick über die Rechtslage in den verschiedenen Bundesländern

geben Schweikert/Baer (2002, Rn. 381 ff.).

23 Nach der bis Ende 2001 geltenden Rechtslage in NRW konnte die Polizei einen Schutz der Opfer vor der gewalttätigen Person nur in engen zeitlichen Grenzen gewährleisten. In Betracht kamen Ingewahrsamnahme der gewalttätigen Person bis zu einem Tag und Platzverweis.

24 IM NRW, <http://www.im.nrw.de/sch/96.htm>.

25 IM NRW, <http://www.im.nrw.de/sch/96.htm>.

26 Es steht unter Leitung der Ersten Kriminalhauptkommissarin Heike Lütger und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Bielefeld, Ilse Budde-meier.

27 Für das 2. Halbjahr 2003 liegt eine Auswertung noch nicht vor; es zeichnet sich jedoch eine Steigerung der Einsatzzahlen ab, wobei für das Gesamtjahr von ca. 640 Einsätzen auszugehen sein dürfte.

28 Zu berücksichtigen ist, dass sich das Erfassungssystem Anfang 2003 in der Anlaufphase befand und noch nicht alle Mitarbeiter/innen gleichermaßen mit dem Erfassungsbogen vertraut waren. Daraus erklärt sich die Rubrik „keine Angaben/unbekannt/Fehleingaben“. Es ist zu erwarten, dass sich die diesbezüglichen Zahlen bereits im nächsten Erfassungszeitraum deutlich reduzieren werden.

29 Bock (2001) kommt in seinem Gutachten zum Gesetzesentwurf zu der Empfehlung, ihn insgesamt abzulehnen. Seine Begründung stützt sich wesentlich darauf, die Bundesregierung habe mit ihrer Behauptung, häusliche Gewalt ginge fast ausschließlich von Männern aus, ein „geschlechtsspezifisches Bedrohungsszenario“ entworfen; der Gesetzesentwurf sei „ausschließlich auf Enteignung, Entmachtung, Ausgrenzung und Bestrafung von Männern“ gerichtet. Bock sieht hierin einen „Grundtenor“, der „eine zersetzende Wirkung ausüben“ werde „und damit

nicht nur die demographische Entwicklung negativ beeinflussen, sondern auch die Lebensqualität der Bürger und die gesellschaftliche Integration“.

## Literatur

Bock, Michael: Gutachten zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehemwohnung bei Trennung vom 15. 6. 2001, [www.vafk.de/gewaltschutz](http://www.vafk.de/gewaltschutz) [29.1.04].

Bundeskriminalamt (Hg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2002 Bundesrepublik Deutschland, <http://www.bka.de/pks/pks2002/index2.html> [31.1.04].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ; Hg.): Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Bonn 1999.

Bundesrat (BR, Hg.): Gesetzesentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts (Mietrechtsreformgesetz), Drucksache 439/00, Berlin 2000.

Deutscher Bundestag (BT, Hg.): Gesetzesentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehemwohnung bei Trennung, Drucksache 14/5429, Berlin 2001.

Frommel, Monika: Fußangeln auf dem Weg zu einer verbesserten Prävention gegen häusliche Gewalt, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 2001, S. 287-291.

Grziwotz, Herbert: Schutz vor Gewalt in Lebensgemeinschaften und vor Nachstellungen, in: Neue Juristische Wochenschrift, 2002, S. 872-874.

Hermann, Ulrike: Die Umsetzung des „Gewaltschutzgesetzes“ in das Landespolizeirecht, in: Neue Juristische



- Wochenschrift, 2002, S. 3062-3065.
- Hesse, Dörthe/Queck, Nadine/Lagodny, Otto: „Hausverbot“ für prügeln-  
de Ehemänner (?), in: Juristen-Zei-  
tung, 2000, S. 68-72.
- Interdisziplinäres Frauen-Forschungs-  
Zentrum (Hg.): Gewalterfahrungen  
von Frauen – und Männern!?, in: IFF  
Info, Zeitschrift des Interdisziplinä-  
ren Frauenforschungs-Zentrums, Jg.  
19, Nr. 24, 2002, S. 72-83.
- Innenministerium Nordrhein-Westfa-  
len (IM NRW, Hg.): Mehr Schutz vor  
häuslicher Gewalt, Statistik „häusli-  
che“ Gewalt in NRW, [http://www.  
im.nrw.de/sch/96.htm](http://www.im.nrw.de/sch/96.htm) [2.2.04].
- Innenministerium Nordrhein-Westfa-  
len (IM NRW, Hg.): Zahlen „Häus-  
liche Gewalt“ für das Jahr 2002,  
[http://www.im.nrw.de/sch/doks/  
hg\\_Jahreszahlen2002.pdf](http://www.im.nrw.de/sch/doks/hg_Jahreszahlen2002.pdf) [31.1.04]
- Innenministerium Nordrhein-Westfa-  
len (IM NRW, Hg.): Zahlen „Häus-  
liche Gewalt“ für das 1. Halbjahr  
2003, [http://www.im.nrw.de/sch/  
doks/hg\\_Jahreszahlen2003\\_1.pdf](http://www.im.nrw.de/sch/doks/hg_Jahreszahlen2003_1.pdf)  
[31.1.04].
- Klein, Michael: Opferschutz – Alterna-  
tive zur Flucht ins Frauenhaus, in:  
Familie und Recht, 2002, S. 1-6.
- Meder, Stephan: Häusliche Gewalt und  
eheliches Fehlverhalten als Kriteri-  
en für die Wohnungszuweisung ge-  
mäß § 1361 b BGB, in: Familie und  
Recht, 2001, S. 193-196.
- Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch, 63.  
Aufl., München 2004.
- Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch, 62.  
Aufl., München 2003.
- Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch, 60.  
Aufl., München 2001.
- Peschel-Gutzeit, Lore Maria: Gesetz zur  
Verbesserung des zivilrechtlichen  
Schutzes bei Gewalttaten und Nach-  
stellungen sowie zur Erleichterung  
der Überlassung der Ehwohnung  
bei Trennung (Gewaltschutzgesetz),  
in: Familie, Partnerschaft, Recht,  
2001, S. 243-245.
- Schall, Hero/Schirmmacher, Gesa: Ge-  
walt gegen Frauen und Möglichkei-  
ten staatlicher Intervention, Stuttgart  
1995.
- Schneider, Hans Joachim: Kriminolo-  
gie für das 21. Jahrhundert, Münster  
2001.
- Schumacher, Silvia: Mehr Schutz bei  
Gewalt in der Familie, in: Zeitschrift  
für das gesamte Familienrecht, 2002,  
S. 645-660.
- Schumacher, Silvia: Der Regierungsent-  
wurf eines Gesetzes zur Verbesse-  
rung des zivilrechtlichen Schutzes  
bei Gewalttaten und Nachstellungen  
sowie zur Erleichterung der Über-  
lassung der Ehwohnung bei Tren-  
nung, in: Zeitschrift für das gesamte  
Familienrecht, 2001, S. 953-958.
- Schweikert, Birgit: Interdisziplinär und  
kreativ: Das beabsichtigte Schutzge-  
setz gegen häusliche Gewalt, in: Fa-  
milie, Partnerschaft, Recht, 2000, S.  
168-176.
- Schweikert, Birgit/Baer, Susanne: Das  
neue Gewaltschutzrecht, Baden-Ba-  
den 2002.
- Schwind, Hans Dieter: Kriminologie.  
Eine praxisorientierte Einführung  
mit Beispielen, 13. Aufl., Heidelberg  
2003.

*Prof. Dr. iur. Ulrike Mönig*  
*Fachhochschule Bielefeld*  
*Fachbereich Sozialwesen*  
*Kurt-Schumacher-Straße 6*  
*33615 Bielefeld*  
*E-Mail: [ulrike.moenig@fh-bielefeld.de](mailto:ulrike.moenig@fh-bielefeld.de)*

## Geschlecht kommunizieren

### Anmerkungen zum Training sozialer Kompetenz

*Der folgende Artikel thematisiert Kommunikation von Geschlecht im Hinblick auf Veränderungen von Organisationen. Er basiert auf Praxiserfahrungen in beruflich orientierten Beratungen und Kommunikationstrainings sowie einer Untersuchung zum Thema Kommunikation in betrieblichen Arbeitsteams.<sup>1</sup> Ausgehend von Beobachtungen in der Weiterbildung wird die Frage nach der Schnittstelle Kommunikation und Organisation gestellt. Theoretische Bezüge sind Geschlecht und Organisation sowie Methoden zur kommunikativen Organisationsforschung und -entwicklung. Am Beispiel einer Textanalyse aus der Studie werden diese Überlegungen verdeutlicht. Schlussfolgerungen zur Entwicklung von Genderkompetenz in Organisationen schließen die Ausführungen ab.*

Als ich während eines Seminars an einer technischen Hochschule (vgl. Kasten S. XX) die Szene eines Mannes und einer Frau am Esstisch, analysieren ließ, stellte ich fest, dass die sich äussernden TeilnehmerInnen offenbar die Worte „Mann“ und „Frau“ vermieden und stattdessen von „linker“ und „rechter Person“ sprachen. Auf meine Rückfrage hin, warum das so sei, antwortete ein Teilnehmer mit ironischem Unterton, das läge am Einfluss der Gleichstellungsbeauftragten, die viel für die Sensibilisierung dem Thema Geschlecht gegenüber getan habe. Es schloss sich eine Diskussion über Gleichstellungspolitik in der Hochschule an.<sup>2</sup>

Seit 1998 führe ich Kommunikationstrainings durch, in Unternehmen ebenso wie in Hochschulen. Teilgenommen haben dabei bis heute schätzungsweise 700 Interessierte, Studierende und Führungskräfte, Ältere wie Jüngere, mehr Männer als Frauen; gelegentlich arbeite ich mit geschlechtshomogenen Frauen- wie Männergruppen. Gute Kommunikationstrainings ermöglichen vielfältige Erfahrungen und sind sehr lehrreich und befriedigend für die Beteiligten. TeilnehmerInnen betonen in den Trainings als beson-

ders positiv das Erlebnis produktiver Zusammenarbeit, die Orientierung an unterschiedlichen Kompetenzen und die Möglichkeit, miteinander in einen offenen und anregenden Austausch zu treten.

#### **Kompetenzen werden „zum Verschwinden gebracht“**

Zugleich berichten die Beteiligten aus ihren beruflichen Zusammenhängen häufig von mangelhaftem Austausch und unproduktiven Arbeitsbeziehungen, wo das Wissen um die Möglichkeiten produktiver Kommunikation und die entsprechenden Kompetenzen<sup>3</sup> der Beteiligten immer wieder „zum Verschwinden“<sup>4</sup> gebracht werden. Innerhalb von Organisationen scheinen vielfach andere kommunikative Faktoren am Werk zu sein, als die Grundorientierung am produktiven Miteinander. Diese Frage berührt die Grundlagen von Organisationsentwicklung und -beratung, die um eine humane und effektive Gestaltung von Organisation bemüht sind. Daher wollte ich einen systematischen Blick hinter die Kulissen von Organisation werfen und mich mit den Kommunikationsgepflogenheiten im „realen“ betrieblichen Kontext befassen. Mich inter-

essierte also besonders die Schnittstelle Kommunikation<sup>5</sup> und Organisation, der Blick nicht nur auf die individuelle Kompetenzerweiterung, sondern ebenso auf das Lernen von Organisation<sup>6</sup>.

#### **„Softe“ Qualifikationen für die „harte“ Technik**

Meine Untersuchungsgruppe bestand aus Ingenieurinnen und Ingenieuren, mit denen ich im Laufe meiner Trainingstätigkeit besonders viel zu tun hatte, und die als besonders förderungswürdige Gruppe in punkto menschliche Kommunikation angesehen wird, werden doch den technisch definierten Arbeitsbereichen eher Defizite im kommunikativen Bereich zugeschrieben. Hier scheint insofern Handlungsbedarf zu bestehen, als sich das Berufsbild von IngenieurInnen derzeit stark verändert. Die IngenieurInnen von morgen sollen nicht nur fachlich qualifiziert sein, sondern auch über kommunikative und soziale Kompetenzen verfügen, sich in anderen Sprachen und Kulturen zurechtfinden, offen sein für Veränderung.<sup>7</sup> Die neuen Ingenieursarbeitsplätze verändern ihr Gesicht und verlangen nach „soften“ Qualifikationen, die traditionell eher dem

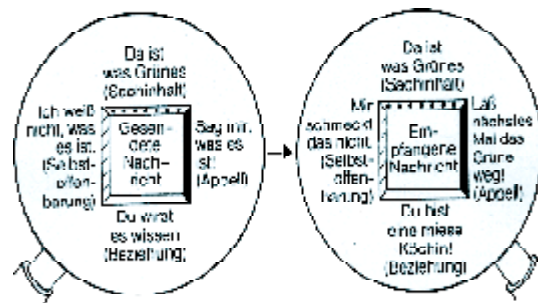
## Miteinander reden...

### Geschlechterklischees im Kommunikationsmodell Schulz von Thuns

Wer heute ein Kommunikationstraining besucht, stößt beinahe zwangsläufig auf das „Quadrat der Kommunikation“, ein Modell, das Friedemann Schulz von Thun (1985) basierend vor allem auf Watzlawick et al. (1990) entwickelt hat. Die Werke, die als populärwissenschaftliche „Standardwerke“ zum Thema menschliche Kommunikation gelten, haben zahlreiche und hohe Auflagen erreicht. Allein deshalb lohnt ein Blick auf die propagierten Modelle zur besseren Verständigung. Demnach besteht menschliche Kommunikation aus dem „Senden“ und „Empfangen“ von „Nachrichten“ auf zwei Ebenen: der „Sach-“ und „Beziehungsebene“. Schulz von Thun hat die Beziehungsebene um die Aspekte „Selbstoffenbarung“ und „Appell“ erweitert, auf denen wir sprechen und hören. Sehen wir uns eins der Beispiele an, mit dem er sein Modell erläutert (vgl. ebd., S. 62f):



In der folgenden Illustration legt er das Beispiel unter die Lupe und analysiert es anhand seines „Quadrats der Kommunikation“, um das Entstehen von Missverständnissen zu erklären und sie in der („Meta“)Kommunikation aufzulösen:



Augenfällig ist die Klischeehaftigkeit des Beispiels, in der ein Mann – ganz „urig“ – isst, was eine Frau gekocht hat und sich dabei – ganz „sachlich“ – nach den Essensbestandteilen erkundigt, woraufhin die Frau – in einer Art hysterischen Überreaktion – die Machtfrage in der Beziehung stellt. Während er also sachlich ist, reagiert sie emotional („beziehungsorientiert“). Der Autor hat ihm dabei die Senderrolle, also den „aktiven“ Part zugewiesen, während sie „passive“ Empfängerin ist. Dass der Mann dem „Grünen“ gegenüber skeptisch ist – sei es in Form gesunder Nahrung oder womöglich politisch gefärbten Inhalten – während sie diese Bestandteile ins Essen gemischt hat, und nun dieses Grüne zwischen den beiden problematisiert wird, fällt in den subtilen komischen Bereich der mit transportierten Vorurteile.

Bei Schulz von Thun ebenso wie bei Watzlawick et al. finden sich zahlreiche ärgerliche Beispiele aus dem „Spiel der Geschlechter“ (weitere nörgelnde Ehefrauen etc.), die so eine Tendenz zur Verallgemeinerung erhalten. Doch auch wenn wir diese Art Beispiele verwerfen, bleibt die Frage, ob das Modell an sich tauglich bleibt.

Prinzipiell ist es meines Erachtens eine nützliche Vereinfachung mit Werkzeugcharakter, um zwischen Beziehungs- und Sachebene von Kommunikation zu unterscheiden. Doch die Art, wie das Modell kommuniziert wird, ist problematisch. Die „sachliche“ Ebene wird als unverrückbar definiert, während emotionale beziehungsorientierte Ebenen zur Verhandlung/Disposition ausgeschrieben werden. Es gibt jedoch keine „Sachen“, die aus sich heraus unzweifelhaft existieren, während Emotionen labil und flüchtig sind. Sind nicht emotionale Aspekte ebenso – oder: ebenso wenig – Tatsachen, die Gültigkeit besitzen? Basiert nicht Kommunikation gerade auf der Kompetenz der (intuitiven) Deutungen, auf Erfahrungen? Anders gefragt: reagiert die Frau in dem Beispiel vielleicht ganz stimmig aufgrund der gemeinsamen Beziehungsgeschichte und deutet die Frage des Mannes sehr präzise als Kritik? Welche Arrangements und Aushandlungsprozesse für Miteinander haben zwischen den beiden – entlang von Geschlechterlinien – stattgefunden und wie setzen sich diese beim Essen fort? Zu welchen Formen der Verständigung zwischen Menschen führt überdies die Reduktion des gemeinsamen Nenners auf ein Rudiment „Da ist was Grünes“, während das „übrige“ kommunikative Geschehen zur potenziellen Quelle von Missverständnissen erklärt wird? An der Qualität des Modells sind also Zweifel angebracht, insbesondere wenn Geschlechtervorurteile damit verknüpft werden, wie das nach wie vor verbreitete, Männer neigten zur „sachlichen“, Frauen zur „emotionalen“ Kommunikationsweise.

„weiblichen“ Fähigkeitsspektrum zugeordnet werden. Zudem wird argumentiert, dass die Einbeziehung von Frauen wie allgemein eine Orientierung an diversifizierten Fähigkeiten der MitarbeiterInnen einen zusätzlichen Gewinn für die Unternehmen bringt.<sup>8</sup>

**„Innovativ denken“, „lebenslang lernen“**

Diese angestrebten Veränderungen stehen im Zusammenhang mit dem Entstehen neuer Organisationsformen und Managementhandeln. Die Organisation der Zukunft soll eine „lernende Organisation“ sein, die in der Lage ist, flexibel in zunehmend turbulenten Umwelten zu agieren und fortzubestehen. Flache Hierarchien, dezentrale Organisationsstrukturen, vernetzte Kommunikation und Kundenorientierung geben die Richtung der Entwicklung an. Alle Beteiligten werden aufgefordert, „innovativ“ zu denken und „lebenslang zu lernen“. Diese Leitgedanken, die an betriebliche Arbeitsbereiche und technisch-wirtschaftliche AkteurInnen herangetragen werden, lassen sich unschwer als Leitideen einer allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung identifizieren und es kann vermutet werden, dass im Ingenieurbereich wie schon in der Vergangenheit Entwicklungen vordenkend erprobt werden, denen Tendenzen zur Verallgemeinerung innewohnen.

Wenn Kommunikation ins Zentrum der Aufmerksamkeit betrieblicher Organisation gerät, als neu zu entdeckende Ressource und Produktivkraft entwickelt werden soll, wie es derzeit der Fall ist, ist zu erwarten, dass die AkteurInnen sich darin positionieren, Kompetenz (neu) verhandeln, Kommunikation im Verhältnis zu Geschlecht (neu) konstruieren und kontextualisieren. Wie dies geschieht, habe ich mittels

Gruppendiskussionen, die konversationsanalytisch ausgewertet wurden, untersucht. Die zentrale Frage dabei war, welche Bedeutungszuschreibungen die AkteurInnen in Bezug auf Kommunikation, Kompetenz und Geschlecht vornehmen.

**Theoretische Bezüge: Organisation, Sprache, Geschlecht**

Zunächst sollen die theoretischen Relevanzbezüge der Untersuchung in ihren Grundzügen dargelegt werden. Dabei geht es um Theorien von Organisation und Geschlecht, um Geschlechtersprachforschung und poststrukturalistische Organisationstheorie. Als erstes ist festzuhalten, dass trotz einer breiten internationalen Forschungsszene zum Thema Organisation und Geschlecht der Mainstream der Organisationstheorie sich bis heute kaum mit folgenden Phänomenen und Fragen befasst:<sup>9</sup>

- Wie kommt es, dass Organisationen Geschlecht gegenüber als neutral in Erscheinung treten können, obwohl sie nachweislich strukturell vergeschlechtlicht sind? Männer<sup>10</sup> besetzen die Führungsetagen, Frauen<sup>11</sup> sind auf den unteren Ebenen anzutreffen. Die selbst erzeugten Mythen über Organisation als vernünftiges, aufgabenorientiertes Unterfangen können diese Phänomene nicht erklären.
- Wie verhält sich Organisation zu ihrer Umwelt/Gesellschaft? Während Männer mittels Organisation über große gesellschaftliche Macht verfügen, sind Frauen entlang der Achse öffentlich-privat eher gesellschaftlich marginalisiert und vergleichsweise schlecht mit Machtressourcen ausgestattet.
- Welche Folgen hat die offensichtliche Vergeschlechtlichung für die Körper Organisation und die Körper

per der AkteurInnen: Wie äußert sich hier Geschlecht? Organisationen prägen Orte und Räume von Gesellschaft in Form von Häusern, Fabriken, Supermärkten, architektonischen Konzepten, der Gestaltung von Innenräumen sowie der räumlichen Organisation von Kommunikation. Frauen und Männer sind dabei im Allgemeinen äußerlich identifizierbar und zu unterscheiden.

- Wie werden Organisationen de/konstruiert und welche Rolle spielt dabei *Sprach-Handlung*? Gespräche sind ein zentraler Ort für die Herstellung von Organisation und damit auch für die Veränderung von Strukturen, sie sind ein Ort, wo Geschlecht täglich inszeniert und verhandelt wird.

**Von der Tradition zur Dekonstruktion**

Diese Fragen sollen schlaglichtartig die Relevanz feministischer Organisationsforschung beleuchten. Es lassen sich drei Ansätze feministischer Forschung zum Thema Geschlecht und Organisation unterscheiden. Diese folgen zeitlich aufeinander in der Entwicklung der Forschung, besitzen jedoch alle drei auch weiterhin Gültigkeit in der Theorie und Praxis von Organisation.

Dabei erscheint in der ersten Position Organisation als rationales, neutrales und damit auch geschlechtsneutrales soziales Gebilde.<sup>12</sup> Die – offensichtliche – Unterrepräsentanz von Frauen und hierarchische Verteilung qua Geschlecht in Organisationen wird in dieser Sichtweise nicht auf prinzipiell Frauen diskriminierende Strukturen zurückgeführt, sondern auf eine historisch gewachsene ungleiche Machtverteilung zwischen Männern und Frauen, die innerhalb der

Organisation und mit den ihr eigenen Mitteln abbaubar ist (Gleichstellungsprogramme, Qualifizierungsmaßnahmen etc.).

Die zweite Position betont vor allem die Parallelität zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Organisationsmustern. Organisationen gelten in ihren Grundvoraussetzungen und Strukturen als von Männern geprägt und dominiert, mit entsprechenden Ausschlussmechanismen und informellen Steuerungsinstrumenten, um Frauen in untergeordneten Positionen zu halten. Organisation erscheint damit als Fortsetzung gesellschaftlicher Strukturen und wird im Zusammenhang mit Produktions- und Reproduktionsverhältnissen gesehen.<sup>13</sup>

In der dritten Position erscheint Organisation weder als dem Geschlecht gegenüber neutral, noch tritt Geschlecht als allgegenwärtiges Strukturmerkmal auf, sondern vielmehr wird Organisation als *Prozess* handelnder Akteurinnen und Akteure sichtbar gemacht, auch in ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit. Geschlecht (*gender*) erscheint damit als sozial konstruiert und konstruierend, nicht definitorisch gekoppelt an Biologie (*sex*) und auch nicht automatisch verknüpft mit Geschlechterkategorien (*sex category*) (West/Zimmermann 1987). Organisationen werden definiert als *Prozess* handelnder AkteurInnen, denen weitgehende Autonomie über ihr Handeln zugemessen wird. Der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Organisation erscheint als *doing gender while doing organization*.<sup>14</sup>

### **Geschlechtersprachforschung: Dominanz, Differenz, Dekonstruktion**

An ähnlichen Theorielinien entlang entwickelte sich die Geschlechtersprachforschung. Dabei prägte in den siebziger Jahren die „Domi-

nanz-Hypothese“ den Diskurs. Im Anschluss an Sprachregelungen, die strenge Trennungen zwischen Männern und Frauen kennen, wie sie beispielsweise in einigen afrikanischen Sprachen vorzufinden sind, widmete frau sich der Frage, ob auch in westlichen Industrieländern Stile und Sprechweisen von Frauen und Männern unterschieden werden können. Die traditionelle Soziolinguistik hatte Hinweise darauf geliefert, dass es Präferenzen für bestimmte sprachliche Eigenarten in Abhängigkeit von Klasse und Geschlecht gab. Sprachsoziologisch schlossen sich Studien an, die auf die unterschiedliche Wertigkeit der Beiträge von Männern bzw. Frauen hinwiesen (Senta Trömel-Plötz: „Gewalt durch Sprache“). Der weibliche Sprechstil wurde als dem männlichen unterlegen betrachtet, die männliche Sprechweise als dominierend hervorgehoben.

Der „Dominanz-Hypothese“ schloss sich die Phase der Differenz-Gedanken an, es wurden die kommunikativen Vorteile betont, die die Besonderheiten des „weiblichen“ Sprechstils haben könnten, also etwa der „kooperativen“ im Vergleich zum „kompetitiven“ Stil. Die Verständigung zwischen Männern und Frauen erscheint aus dieser Perspektive schwierig bis unmöglich (Deborah Tannen: „Du kannst mich einfach nicht verstehen“) - eine Sichtweise, die derzeit in zweifelhafter Ratgeberliteratur fröhliche Urständ' feiert.

Eine stärker an traditionellen Wissenschaftskulturen ausgerichtete Frauenforschung, wie sie in den neunziger Jahren entstand, nahm eine Abkehr von der Annahme zweier geschlechtsspezifischer Sprachstile vor. In genaueren Untersuchungen hatte sich die Grundhypothese der nachweisbaren Verschiedenheit von Frauen- und Män-

nersprache als unhaltbar erwiesen. Das Interesse verlagerte sich nun zunehmend auf den Kontext von Kommunikation, wobei weniger das gesellschaftlich von vornherein „Gegebene“ beleuchtet wurde. Geschlechtsidentität wurde nun als Ergebnis von Kommunikation betrachtet. Damit ist die „Wort“-Ebene in den Analysen verlassen worden zugunsten der Analyse von Sequenzen, komplexeren sprachlichen Gebilden. Im Zuge dieser Verlagerung des Interessensfokus gerieten auch Männer und Männlichkeit stärker ins Blickfeld der Untersuchungen. Im Deutschen bürgerte sich der Begriff „Gender“ ein (vgl. zusammenfassend Baron 2001).

### **Poststrukturalistische feministische Organisationstheorie**

Während die frühe feministische Organisationstheorie Körper und Sexualität primär unter dem Aspekt der Gewalt betrachtete, suchen feministische poststrukturalistische Ansätze nach umfassenderen Antworten auf die Frage, wie Körper und Sexualität ihren Ausdruck finden in den Bildern und Realitäten von Organisationshandeln. Leonard (2002) skizziert eine solche Herangehensweise auf der Ebene der Metaphern feministischer Organisationstheorie, die sie im historischen Kontext darstellt.

#### *Das Projekt der Moderne: Metaphern von Organisation*

Sie beschreibt das Projekt der Moderne als Neuordnung von *Raum*, *Zeit* und *Sexualität*. Diese wird vom Entstehen neuer Metaphern begleitet und vorangetrieben. Der Kolonialismus fußte auf einer neuen *Raum*-ordnung, die die natürliche Umwelt in Form von Landkarten abbildete und einen visuellen, abstrakten Zugang zur Umgebung favorisierte. Für die Ordnung der Geschlechter

war als Folge die Trennung in „öffentliche“ und „private“ Räume kennzeichnend. Frauen konnten auf diesem Wege aus der Teilhabe an großen „sichtbaren“ Bereichen von Gesellschaft ausgeschlossen werden. Die Neuordnung von *Zeit* führte zum Primat linearer, objektiver, gleichmäßiger Vorstellungen, wie sie beispielsweise für Fabrikproduktion kennzeichnend sind. Auch die *Körper* selbst bekamen eine neue Bedeutung, der „Kopf“ wurde Leitorgan, Männern exklusiv „Geist“ zugesprochen, Frauen über „Körper/Sexualität“ definiert.

Theorien von Organisation orientieren sich bis heute an diesen (unbewussten) Leitvorstellungen: Organisationen gelten als öffentlicher, planbarer, hierarchischer Raum, der häufig in Form von Diagrammen und architektonischen Plänen dargestellt wird (Pyramide, Eiffelturm). Die entsprechende feministische Organisationstheorie ortet Frauen auf diesen Plänen und macht ihre untergeordnete Stellung sichtbar. Auf der Ebene *Zeit* werden Männer mit zielorientierten, effizienten, berechenbaren Aspekten assoziiert, die zugleich als überlegene Managementtechniken institutionalisiert werden. Frauen dagegen werden in die Nähe „organischer“ Zeitvorstellungen gerückt, die mit ihnen assoziierten Tätigkeiten wie Kindererziehung und familienähnliche Berufstätigkeiten gelten als weniger plan- und berechenbar, sie bleiben mit ihrer vermeintlich „zyklischen“ Verfügbarkeit und Herangehensweise ein Fremdkörper in Organisationen, womit mangelnde Aufstiegschancen erklärt werden. Auch die Ordnung der Sexualitäten ist eine spezifische, soweit Frauen tendenziell als Opfer sexualisierter Formen von Belästigung und Gewalt in Organisationen auftauchen, Männer als Täter in Kombination

mit heterosexueller Potenz, die zum Merkmal überlegener Managementkultur stilisiert wird.<sup>15</sup>

#### *Postmoderne Unordnungen*

Diese Stereotypisierungen und dualistischen Einordnungen bedürfen dringend einer Revision. Es müssen unterschiedliche sexuelle Orientierungen sowie Ethnizitäten im Rahmen von Organisation thematisiert werden, ebenso wie die Überlegenheit des am weißen heterosexuellen Mann orientierten Managementstils, der beispielsweise die Teilhabe an familiären Aufgaben weitgehend ausschließt und parallele niedrig entlohnte Dienstleistungen etabliert, um überhaupt entsprechend „potent“ in Erscheinung treten zu können. Frauen können dennoch nicht primär als passive Opfer sexualisierter Organisationskulturen angesehen werden. Adäquater ist eine Sichtweise auf Frauen als sexuell aktive und umfassend fordernde Individuen. Leonard (2002) verdeutlicht, wie durch diesen Blick die *Individuen* wieder stärker als HandlungsträgerInnen in den Fokus der Betrachtung gelangen. Zeitmetaphern verändern sich weg von linearen Bildern wie der regelmäßig tickenden Uhr hin zu *Flüssen, Strömen, Gleichzeitigkeiten*. Die Räume schließlich tauchen als „*meeting place*“ der AkteurInnen auf, als Bühne, auf der Unterschiede und Macht körperlich prozessual inszeniert werden, ein Abschied von abstrakter Kartographie.

Der Vorteil solcher Sichtweisen auf Organisationen ist, dass die Verschiedenheiten der Beteiligten beschrieben sowie unterschiedliche Ebenen von Handeln zusammengeführt werden können. Dies ergibt ein realistischeres Bild vom Geschehen in Organisationen und enthält zugleich visionäre Elemente. Macht und Hierarchie in Organisationen

im Zusammenspiel mit einer zweigeschlechtlichen Ordnung lösen sich jedoch nicht einfach auf, wenn neue Metaphern als Folie auf das Handlungsgeschehen gelegt werden. Problematisch erscheint überhaupt die generelle Abkehr von Ordnungsvorstellungen, wie sie Hierarchie enthält. Denn auf diesem Wege kann nicht geklärt werden, ob und wie (hierarchische) Ordnung möglicherweise erwünscht ist und befriedigend organisiert werden kann; zudem werden Wir-Bildungen aufgelöst, mittels derer strukturelle Ordnungen zumindest in der Vergangenheit erfolgreich infrage gestellt werden konnten.

#### **Organisation im Gespräch**

Bis heute liegt kein Kommunikationsbegriff vor, der in der Lage wäre, die Ebenen Sprache und Organisation sinnvoll zu verklammern. Im Hinblick auf einen Wandel von Organisation ebenso wie von kommunikativem Miteinander, wie ich ihn am Beispiel der poststrukturalistischen feministischen Organisationstheorie skizziert habe, ist die Entwicklung einer solchen Begrifflichkeit jedoch von Bedeutung. Während sich die Sprachsoziologie – vereinfacht ausgedrückt – mit Macht über Sprache im Kontext Organisation befasst, interessiert die Organisationssoziologie die Kommunikation von Organisation, fasst also Organisation selbst als Sprachform auf. So lässt sich beispielsweise die Entkörperlichung und implizite Sexualisierung von Organisation als Sprache auffassen, in der die Mitglieder der Organisation miteinander kommunizieren. Im direkten Gespräch kommunizieren die Mitglieder Organisation, auch wenn sie nicht über sie sprechen.<sup>16</sup>

### Kommunikation im Arbeitsteam: Ingenieurinnen und Ingenieure im Gespräch

Ich möchte nun auf die empirische Untersuchung eingehen, die ich mit multiprofessionellen Teams ausgewählter mittlerer und großer Betriebe von 2000 bis 2002 durchgeführt habe. Die Teams wurden zu Gruppendiskussionen eingeladen, die konversationsanalytisch ausgewertet wurden. Zugrunde gelegt werden dabei aufgezeichnete und transkribierte Texte, in diesem Fall Teamgespräche, die durch einen Gesprächsimpuls angeregt wurden. Die sich daran anschließende Diskussion verläuft weitgehend selbstgesteuert, wodurch eine spezifische Analyse der interaktionellen Handlungsmuster möglich wird. Ziel ist eine *strukturelle Beschreibung*<sup>17</sup> über die hermeneutische Interpretation der Texte hinaus.<sup>18</sup>

Eine Besonderheit meiner Methodenkonstruktion liegt im Zusammchnitt des Instrumentariums auf die Erfordernisse der Organisationsberatung. Dies dient dem Theorie-Praxis-Transfer, wie er in der angewandten Organisationsforschung an Bedeutung gewinnt.<sup>19</sup> TrainerInnen, SupervisorInnen und BeraterInnen steht damit ein theoriegeleitetes Instrument zur Verfügung, das der sich entwickelnden Profession einen systematischen wissenschaftlichen Rahmen liefert, ohne auf das aus der Praxis gewonnene Wissen und das damit verknüpfte intuitive Vorgehen verzichten zu müssen. Als „Nebeneffekt“ ist die Fein-Analyse von Texten hervorragend geeignet, um in Methoden der Organisationsberatung auszubilden und weiterzuqualifizieren.

Die Auswertung der Gruppendiskussionen besteht darin, die interaktionellen Handlungsmuster der Beteiligten zu eruieren, zu beschreiben und in einem zunehmend sich

verdichtenden Interpretationsprozess implizite wie explizite Kontextualisierungen einzubeziehen. Dieser Prozess der Interpretation ist selbst kommunikativ angelegt, das heißt, er wird im Idealfall von einer Gruppe durchgeführt und unter anderem im Feedbackgespräch einer Validierung unterzogen.

#### **Frau Neuhoff und Herr Althoff verändern Organisation**

Wie sich mein methodischer Ansatz für die Interpretation der Gruppendiskussionen und – perspektivisch – die sich anschließende Beratung fruchtbar machen lassen, möchte ich an einem Beispiel illustrieren. Es entstammt der Diskussion in einem Telekommunikationsunternehmen. Die leitende Ingenieurin ist mit der Aufgabe befasst, Teamarbeit in ihrer Gruppe einzuführen und fortgebildet in modernen Mitteln der Personalführung. Das Team, dessen Leiterin sie ist, umfasst insgesamt 15 Personen. Für die Diskussion haben sich sieben Personen gemeldet, die Teilnahme war freigestellt. Die folgende Textsequenz ist der Anfangsphase der Diskussion entnommen, sie folgt relativ bald auf den Stimulus. Es meldet sich der Mitarbeiter Althoff zu Wort, er beschreibt seine Arbeitsaufgabe im Team. Die Teamleiterin Neuhoff reagiert auf seinen Turn:

*Althoff:* ah ich denke mal ich als Disponent ah sehe meine Arbeit eigentlich hauptsächlich darin erst mal dass ich natürlich die Außendienstmitarbeiter mit Arbeit versorge (...) also muss man sie ständig an der Arbeit halten ist natürlich /schwierig/ dann auch weil ((atmet ein)) #0 im es sieht einfach so aus irgendwann ist der Kommunikationsmarkt ausgereizt #1 ((atmet aus beim Sprechen)) dann hat jeder ein ISDN Telefon und jeder hat n Faxgerät

und #0 dann kann man halt nur noch /hochrústen/ #1 ((etwas lauter)) und dafür sind die Leute dann halt ich weiß nicht wie das so weitergeht dann halt im Außendienst

*Neuhoff:* #0 gibt es neue Produkte #1 ((leise))<sup>20</sup>

#### **Inhaltliche Ebene**

Althoff beschreibt seine Tätigkeit als Disponent, die darin bestehe, die Außendienstmitarbeiter mit Arbeit zu „versorgen“. Diesen Job qualifiziert er als „schwierig“, da er auf unklaren Zukunftsperspektiven beruhe, dem irgendwann womöglich „ausgereizten“ Kommunikationsmarkt, der es unsicher erscheinen lasse, wie es weitergehen werde. Die Teamleiterin entgegnet ihm mit dem Argument, dass es dann eben neue Produkte geben werde, entwirft inhaltlich ein aussichtsreiches und in Bezug auf die geäußerten Bedenken beruhigendes Zukunftsszenario.

#### **Interaktionsebene**

Wie interagieren die beiden Personen? Welche Rollenzuschreibungen nehmen beide vor? Althoff schreibt sich eine leitende Rolle den Außendienstmitarbeitern gegenüber zu, die seiner tatsächlichen Aufgabe entspricht. Sein auf Unsicherheit verweisender Turn kann als Frage an ein Antwort gebendes Gegenüber verstanden werden. Neuhoff nimmt dieses Handlungsangebot an und positioniert sich als Antwort gebende Figur gegenüber Althoff. Damit besetzt sie zugleich die Leitungsposition, ihrer Funktion im Team entsprechend. Der Mitarbeiter Althoff wendet sich auf der Beziehungsebene mit (seinen) Sorgen an die Chefin, er sucht bildlich gesprochen „Anlehnung“. Neuhoff begegnet Althoff dabei nicht reziprok „umarmend“, sondern mit Widerspruch, sie weist das Argument und

damit den Mitarbeiter zurück. Dieses widersprechende Verhalten wird von der Inhaltsebene überlagert und konterkariert, auf der Neuhoff – scheinbar – auf die artikulierten Sorgen Althoffs eingeht. Damit hat ihre Äußerung auch den Charakter einer doppelten Botschaft.

### ***Ebene von Teamarbeit***

Althoff präsentiert sich in diesem Ausschnitt als „versorgende“ Leitungsfigur. Er definiert seine Rolle über Fürsorglichkeit. Im weiteren Gesprächsverlauf wird dieses noch deutlicher, ebenso wie seine Rolle als „informeller Leiter“ im Team. Indem die Teamleiterin eine Tendenz zeigt, Althoff zu widersprechen – ein Muster, das im Gespräch wiederholt auftaucht – unterläuft sie diese Funktion und entmutigt subtil Althoffs Beiträge. Aus der Geschlechterperspektive wird sichtbar, dass Althoff durch Bezugnahme auf einen fürsorglichen Führungsstil eher den stereotyp „weiblichen“ Part übernimmt, während sich Neuhoff eher als dem „männlichen“ Führungs-Stereotyp entsprechend präsentiert und den emotionalen Gehalt der Äußerung übergeht.

### ***Ebene von Organisation***

Althoff artikuliert in dem Ausschnitt Zukunftsängste im Unternehmen. Er gibt die Sorgen von unten nach oben weiter, bringt unklare Perspektiven zur Sprache. Die Analyse der Gruppendiskussion verdeutlicht, dass dieses Thema – Zukunftsängste, Verunsicherung – im Team, wahrscheinlich weitergehend im Unternehmen, virulent ist. Neuhoff gibt ein Programm der Organisationsentwicklung vor, das an die Unternehmensleitung angelehnt ist, nach dem Motto „Zukunft durch Innovation“. Zwar birgt dieses Programm ein Potenzial von Beruhigung – die Leitung werde sich

schon darum kümmern, dass die Leute immer genug zu tun haben – doch es wirkt nicht überzeugend, zumindest nicht in der Diskussion, wo das Thema brisant bleibt. Hinzu kommt, dass Neuhoff von ihrem Argument selbst nicht richtig überzeugt ist, wofür Hinweise an anderer Stelle sprechen, in der konkreten Situation weist das Absinken der Stimme darauf hin, dass sie womöglich Zweifel am durch sie repräsentierten Unternehmensprogramm hegt. Hier wird die Zukunft der Organisation verhandelt, wobei überzeugende Antworten fehlen. Althoffs Turn kann als Stimme der traditionellen („patriarchalischen“) Organisation gehört werden, während Neuhoff die moderne („phalokratische“) Sichtweise anklingen lässt. Im Subtext bringt Althoff damit als Mann die Überlegenheit der alten Ordnung gegenüber der neuen in Stellung und bringt Neuhoff in die zwiespältige Position, als jüngere Frau eine neue Ordnung einzuführen, ohne Belohnung durch alte Sicherheiten bieten zu können. Die Machtfrage ist offen.

### ***Ebene von Gesellschaft***

Was die AkteurInnen in dem Gesprächsausschnitt verhandeln, sind weitergehend die Zukunft von Arbeitsverhältnissen und die Maßstäbe ihrer Gestaltung. Hier interagieren die Unternehmen mit dem unberechenbar scheinenden Markt, den KundInnen und ihrem (in Zweifel gezogenen) Bedarf an technischen Kommunikationsgeräten. Eine Grenze dieses Marktes scheint denkbar, das Handeln in diesem Geschehen wird mit einer dem Krieg entlehnten Vokabel beschrieben („hochrüsten“), was die ängstliche Färbung verstärkt. Am Gegenhorizont dieses Bildes vom Wirtschaften als kriegerischem Akt, taucht die Frage auf, wie Arbeit als

Beziehung von Produkten, HerstellerInnen, VertreterInnen und KäuferInnen auf friedliche, dauerhafte Art und Weise organisiert werden könnte. Die Frage nach den lohnenswerten Visionen, von denen im Managementbereich doch so ausgiebig gesprochen wird, stellt sich hier, ohne das Echo einer Antwort.

### ***Das Feedbackgespräch mit Frau Neuhoff***

Die Ergebnisse wurden in einem Feedbackgespräch an die Gruppe zurückgegeben. Hinzu kam ein ausführliches Einzelgespräch mit Frau Neuhoff. Auf diesem Wege konnte sie mehr über ihre Art der Gesprächsführung erfahren, also beispielsweise ihre Tendenz, Äußerungen von Mitarbeiterin zu widersprechen. Solche Verhaltensweisen sind nicht als prinzipielle Inkompetenz zu bewerten, sie laufen eher „automatisch“ ab, sind auf biographische Faktoren zurückzuführen und in vielen beruflichen Situationen sicherlich nützlich. Sie zu reflektieren und auf ihren Einsatz hin zu prüfen, erhöht den Handlungsspielraum. Im Falle von Frau Neuhoff war es außerdem für sie erhellend, Althoffs informelle Leitungsfunktion im Team zu erkennen, die ihr bisher nicht so deutlich geworden war. In dem Gespräch bekundete sie, dass sie bewusst versuche, das Stereotyp der „weiblichen“ Führungskraft zu vermeiden, da es ihr nicht adäquat erscheine im Umgang mit den Mitarbeitern. Sie möchte nicht als „Weichei“ erscheinen. Hier sind Kollisionen zwischen Stereotypen, Vermeidungsstrategien und situativen Anforderungen angelegt, die zur Verhinderung einer produktiveren Beziehung zwischen Mitarbeiter und Leitung beitragen können. Die Gesprächsanalyse bot ihr reflexiv die Möglichkeit, ihr Verhaltensrepertoire anzureichern.<sup>21</sup>



Der Themenbereich erfordert eine besondere Kompetenz, damit Erfahrungen, Verhalten und Sichtweisen einer eigenen „Sortierung“ zugänglich gemacht werden können. Im Beispiel von Frau Neuhoff können *Dominanz*, *Differenz* und *De/Konstruktion* als Elemente der Geschlechterbeziehungen gleichermaßen als Quellen der Teamentwicklung nutzbar gemacht werden. Ihre – auf realem Erleben basierenden und durch Frauenbewegungskontexte gestützte – Erfahrungen von Unterordnung und Diskriminierung können nicht „einfach“ zugunsten dekonstruktiver Sichtweisen über Bord geworfen werden. Auch eine generelle Leugnung von Differenz im alltäglichen Verhalten zwischen Männern und Frauen würde ihre Handlungsspielräume zukünftig nicht per se erweitern, sondern eher einschränken. Zugleich geht es jedoch für sie darum, ihre erprobten Handlungsrahmen zu erweitern, wozu dekonstruktive Sichtweisen einen entscheidenden Beitrag liefern können. Hier wurde im Feedbackgespräch eine Differenzierung zwischen stärkenden Erfahrungen sowie schwächenden Verhaltensweisen angestoßen, wobei die Geschlechterperspektive sich als äußerst produktiv erwiesen hat.

#### **Vermittlung von Genderkompetenz als Kommunikationstraining**

Wenn ich die beschriebene Sequenz in Trainingszusammenhängen analysieren lasse, bieten sich verschiedene Lerneffekte an: Sensibilisierung für die Handlungsebene von Sprache, die Produktion von Beziehungen und weitergehend Gesellschaft im Gespräch. Im Training lässt sich so eine mehrdimensionale Betrachtung auf die Dynamik des Geschehens erarbeiten. Das genannte Beispiel illustriert anschau-

lich, wie Geschlecht konstruiert wird, wie es nicht auf „Tatsachen“ basiert, sondern hergestellt wird durch Betrachtung, Kontextualisierung, wechselseitige Interpretation. In der kommunikativen Umsetzung der Trainingssituation lernen die Beteiligten, Verhalten und Verhältnisse zwischen Männern und Frauen zu besprechen, darauf angemessen einzugehen und sie diskursiv zu verändern. Solche Gesprächsräume zu eröffnen, ist eins der Ziele guten Kommunikationstrainings. So führte in meinem Eingangsbeispiel an der technischen Hochschule, das situative „Stolpern“ über eine Begrifflichkeit (das Vermeiden der Worte Mann und Frau) zu einem produktiven Austausch des derzeitigen Standes der Geschlechter-Diskussion unter den Beteiligten.

#### **Schlussfolgerungen: Genderkompetenz als Bestandteil von Organisationsentwicklung**

Ich möchte nun die dargelegten Gedanken zusammenfassen im Hinblick auf die Konturierung möglicher Genderkompetenz, wie sie für die Entwicklung von Organisationen zukünftig meines Erachtens unabdingbar ist:

Genderkompetenz als Bestandteil von Organisationsentwicklung umfasst:

- Wissen über *strukturelle Gegebenheiten* der Hierarchisierung qua Geschlecht in Organisationen im Rahmen von gesellschaftlicher Strukturierung.
- Eine *Richtungsentscheidung* im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit, die sich in der Erarbeitung entsprechender Programme niederschlägt (Gendermainstreaming etc.).
- Wissen und Sensibilität im Umgang mit *Differenz* im Kontext von Organisation. Das beinhaltet die Kompetenz, Verschieden-

heiten in der Teamarbeit und Personalführung als Potenziale zu erkennen und nutzbar zu machen.

- Wissen über die Konstruiertheit des Faktors Geschlecht und Kompetenz im Umgang mit *De/Konstruktion* und leitbildenden unbewussten Programmen.
- *Prozesswissen*, also professionelles Know-how zu Gruppenprozessen, Konfliktbearbeitung, Personal- und -organisationsentwicklung. Dies erfordert die Einführung neuer Verfahrensweisen in der Organisation, wie z.B. Kommunikationstrainings in Verbindung mit Gender und Diversity.

#### **Anmerkungen**

1 Marx, Sabine: Kommunikation im Arbeitsteam, Frankfurt Main/New York 2003

2 Im späteren Verlauf des Trainings wurden weitere Sätze mit der Geschlechterbrille analysiert, zum Beispiel „Nächste Woche ist Demo“ sowie „Mein Vater ist Ingenieur“. Die Assoziationen der Beteiligten wurden gesammelt, je nachdem, ob der Satz von einer Studentin bzw. einem Studenten gesagt wurde. Interessant war dabei festzustellen, wie stark sich die Zuordnungen individuell unterschieden, die keinesfalls qua Geschlechterklischee erfolgten, sondern auf einer Bandbreite von Neutralität („stelle keinen Unterschied fest“) bis Klischee („empfinde starken Unterschied“).

3 Mertens (1974) führte den Begriff Schlüsselqualifikationen ein; s. zur Diskussion Marx (2003, S. 57ff.)

4 Unter der Überschrift „Disappearing Acts“ untersucht Joyce K. Fletcher (1999) dieses Phänomen: „Paradoxically, the very skills that give organizations a competitive advantage may be precisely those that prevent individual employees – especially women – from advancing.“ (edd., S. 3)

5 Zur Begrifflichkeit s. Marx (2003, S. 25ff.).

6 S. zum Lernen in Organisationen Argyris/Schön (1978), Senge (1998), zur Kritik Giebeler (1997), aus feministischer Sicht Riegraf (2000).

7 Dabei sind die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern in Bewegung geraten, auch im Ingenieurbereich. Zwar sind die Zahlen von berufstätigen Ingenieurinnen in Deutschland mit ca. 19 Prozent im Osten (fallende Tendenz) sowie 7,3 Prozent im Westen (ansteigend) nach wie vor niedrig, doch gibt es Anzeichen, dass Frauen am Beginn einer Eroberung dieses Arbeitsmarktes stehen.

8 S. zu Managing Diversity Belinszki et al. (2003), Koall (2001)

9 Zusammenfassend Wilz (2001)

10 Sofern ich im Folgenden von Männern bzw. Frauen spreche, meine ich die soziale und nicht die biologische Kategorie.

11 S. Fußnote 10

12 Organisation behandelt demnach Menschen nicht als Personen, sondern in ihren Funktionen und tritt somit auch Geschlecht gegenüber neutral auf. Diese Sichtweise von Organisation geht auf Max Webers Bürokratiebegriff zurück. Damit erscheinen moderne Organisationen auch als besonders geeignet, um mit der Zeit Frauendiskriminierung abzubauen. In der Frauenforschung wird dieser Ansatz herausragend von Rosabeth Moss Kanter (1977) repräsentiert, deren Werk den Beginn der neueren feministischen Organisationsdebatte markiert.

13 In der feministischen Organisationsdebatte ist hier Ferguson (1984) als Vertreterin zu nennen. Hierhin gehören auch Patriarchatskonzepte in Anlehnung an marxistische Analysen (Mies 1989).

14 S. zusammenfassend Müller (1999); Gottschall (1998); Riegraf (1996). Die *doing gender*-Perspektive hat jedoch nichts an der grundsätzlich hierarchischen Positionierung von Frauen- und Män-

nerarbeit ändern können, die im Verlauf der Industrialisierung erhalten geblieben ist (Gottschall 1998). Die Flexibilität der Vergeschlechtlichung von Berufsarbeit unabhängig von Inhalt und Form der Tätigkeit scheint geradezu ein Wesensmerkmal dieser historischen Prozesse zu sein.

15 Zu Beachten ist in diesem Zusammenhang Castell's These vom informationellen Zeitalter, das einen Raum der Ströme etabliert, der beginnt, die ‚guten Orte‘ zu ersetzen und zu durchdringen (s. Marx 2003, S. 44ff.).

16 Die Systemtheorie unterscheidet vom Begriff der Kommunikation die Interaktion, klammert direkte Sprache und (körperliche) Wahrnehmung aus. Ich plädiere für einen Begriff von Kommunikation, der gerade auf die Verknüpfung verschiedener Ebenen und Sprachen hin orientiert ist, sich also auf die Schnittstellen und Verständigungsformen *an Grenzen* konzentriert und weniger auf die kommunikativen Prozesse *innerhalb der Grenzen* kommunikativer Systeme.

17 Zu diesem und anderen Fachbegriffen der Konversationsanalyse s. Marx (2003, S. 100ff)

18 S. zum Verfahren der Gruppendiskussion: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (1976), Kallmeyer/Schütze (1976), Bohnsack (1997), Loos/Schäffer (2001). Zu erkenntnistheoretischen Hintergründen aus gestalttheoretischer Sicht zusammenfassend Rosenthal (1995, S. 27 ff.).

19 In der Organisationsforschung werden Gruppendiskussionen als eigenständige Methode noch wenig eingesetzt, trotz ihrer breiten Nutzung und Rezeption in der empirischen Sozialforschung. S. zu Theorie und Methode: Loos, P./Schäffer, B.: (2001); Symon, G./Cassell, C. (1998); Kühl, S./Strodt-holz (2002).

20 Die vollständige Analyse s. Marx (2003, S. 110ff), Erklärung der Transkriptionszeichen ebda (S. 107)

21 Der Fokus in dem Gespräch wie in

der Untersuchung lag nicht in der Beratung von Frau Neuhoff und Methoden der Beratung, dann hätte ein anderer Schwerpunkt gewählt werden müssen. Hier stand vielmehr die Textanalyse („Diagnose“) im Vordergrund; dennoch sollte deutlich geworden sein, dass diese beraterische Perspektiven enthält.

## Literatur

- Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen: Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd.1: Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie, Reinbek 1976.
- Argyris, Chris/Schön, Donald A.: Organizational Learning. A Theory of Action Perspective, MA 1978.
- Baron, Bettina: Sprache und Geschlecht, in: Müller-Franke, W. (Hg.), Berufswelt im Wandel – Frauen in Männerberufen am Beispiel der Frauen in der Polizei. Schrift zum Symposium an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen 2001, S. 8-17.
- Belinszki, Eszter/Hansen, Katrin/Müller, Ursula (Hgg.): Diversity Management. Best Practices im internationalen Feld, Münster 2003.
- Bohnsack, Ralf: Gruppendiskussionsverfahren und Milieuforschung, in: Friebertshäuser, B./Prengel, A. (Hg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung, München 1997, S. 492-502.
- Castells, Manuel: Das Informationszeitalter, Teil 1, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001
- Ferguson, Kathy: The Feminist Case Against Bureaucracy, Philadelphia 1984.
- Fletcher, Joyce K.: Disappearing Acts. Gender, Power, and Relational Practice, Boston 1999.
- Giebeler, Cornelia: Sattelberger, T. (Hg.), Die lernende Organisation. Konzepte für eine neue Qualität der Unternehmensentwicklung (Rezensionsaufsatz), in: DGsv aktuell,

- 1997, S. 8-9.
- Gottschall, Karin, *Doing Gender While Doing Work? Erkenntnispotentiale konstruktivistischer Perspektiven für eine Analyse des Zusammenhangs von Arbeitsmarkt, Beruf und Geschlecht*, in: Geissler, Birgit/Maier, Friederike, Pfau-Effinger, Birgit (Hgg.), *FrauenArbeitsMarkt*, Berlin 1998, S. 63-97.
- Kallmeyer, Werner/Schütze, Fritz: *Konversationsanalyse*, in: *Studium Linguistik*, Kronberg 1976.
- Kanter, Rosabeth Moss: *Men and Women of the Corporation*, New York 1977.
- Koall, Iris: *Managing Gender & Diversity - von der Homogenität in der Organisation der Unternehmung*, Münster 2001.
- Kotthoff, Helga: *Die Geschlechter im Gespräch. Kommunikation in Institutionen*, Stuttgart 1992.
- Kühl, Stefan/Strodtholz, Petra (Hgg.): *Methoden der Organisationsforschung*, Reinbek 2002.
- Leonard, Pauline: *Organizing Gender? Looking at Metaphors as Frames of Meaning in Gender/Organizational Texts*, in: *Gender, Work and Organization*, 2002, Vol. 9, Nr. 1, S. 60-80.
- Loos, Peter/Schäffer, Burkhard: *Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung*, Opladen 2001.
- Marx, Sabine: *Kommunikation im Arbeitsteam. Eine Fallstudie mit Ingenieurinnen und Ingenieuren*, Frankfurt M./New York 2003.
- Mertens, Dieter: *Schlüsselqualifikationen – Überlegungen zu ihrer Identifizierung im Erst- und Weiterbildungssystem*, in: Faltin, G./Herz, O., *Berufsforschung und Hochschuldidaktik 1*, Hamburg 1974, S. 205-230.
- Mies, Maria: *Patriarchat und Kapital*, Zürich 1989.
- Müller, Ursula: *Geschlecht und Organisation. Traditionsreiche Debatten – aktuelle Tendenzen*, in: Nickel, H.M./Völker, S./Hüning, H. (Hgg.), *Transformation – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung*, Opladen 1999, S. 53-75.
- Riegraf, Birgit: *Geschlecht und Mikropolitik*, Opladen 1996.
- Riegraf, Birgit: *Organisationswandel, Organisationslernen und das Geschlechterverhältnis*, in: Lenz, I./Nickel, H.M./Riegraf, B. (Hgg.), *Geschlecht, Arbeit, Zukunft*, Münster 2000, S. 150-177.
- Rosenthal, Gabriele: *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*, New York/Frankfurt/M. 1995.
- Schulz von Thun, Friedemann: *Miteinander reden. Störungen und Klärungen* (3 Bände), Reinbek 1985.
- Senge, Peter: *Die fünfte Disziplin. Kunst und Praxis der lernenden Organisation*, Freiburg i. Br. 1998.
- Symon, G./Cassell, C. (Hgg.): *Qualitative Methods and Analysis in Organizational Research: A Practical Guide*, London 1998.
- Tannen, Deborah: *Du kannst mich einfach nicht verstehen*, Hamburg 1991.
- Trömel-Plötz, Senta: *Gewalt durch Sprache*, Frankfurt/M. 1984.
- Watzlawick, Paul/Beavin, Janet H./Jackson, Don D.: *Menschliche Kommunikation*, Bern 1990.
- West, Candace/Zimmermann, Don H., „Doing Gender“, in: *Gender & Society*, Nr. 1, 1987, S. 125-151.
- Wilz, Sylvia M.: „Gendered Organizations“: *Neuere Beiträge zum Verhältnis von Organisationen und Geschlecht*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Bd. 11, Berlin 2001, S. 97-107.
- Wilz, Sylvia: *Geschlecht und Organisation: zwischen Differenz, Hierarchie und Kontingenz*, Opladen 2002.

*Dr. Sabine Marx  
Technische Universität Braunschweig  
Kompetenzzentrum Hochschuldidaktik  
für Niedersachsen  
Postfach 3329  
38023 Braunschweig  
Email: sabine.marx@tu-bs.de*

# Monoedukative Hochschulangebote für Frauen in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern

Erwartungen – Erfahrungen – Akzeptanz – Perspektiven

*Im Juni 2002 wurde die Autorin vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Erstellung eines Gutachtens zur „Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente bei jungen Frauen – Bestandsaufnahme und exemplarische Befragung“ beauftragt. Neben der Auswertung vorhandener Akzeptanzstudien sollten auch bisherige Erfahrungen mit in Deutschland existierenden monoedukativen Hochschulangeboten zusammengefasst werden. Beide Aspekte galt es, in den allgemeinen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs über Möglichkeiten und Chancen zur Steigerung des Frauenanteils in den Ingenieur- und Naturwissenschaften einzubetten. Der Schwerpunkt des Gutachtens lag jedoch in der Durchführung und Auswertung 34 qualitativer Interviews mit Schülerinnen und Studentinnen, die exemplarisch an zwei Hochschulorten durchgeführt wurden, an denen monoedukative Studiengänge angeboten werden. Das Gutachten nimmt eine Standortbestimmung der bildungspolitischen Diskussion um monoedukative Studienangebote vor und beschreibt auf dem Hintergrund der Ergebnisse aus den durchgeführten Interviews den sich ergebenden bildungs- und geschlechterpolitischen Handlungsbedarf. Das Gutachten wurde im Januar 2004 vom BMBF zur Veröffentlichung frei gegeben und daraufhin in unveränderter Form in der Schriftenreihe des Interdisziplinäre Frauenforschungszentrums (IFF) der Universität Bielefeld publiziert. Der Beitrag ist eine Zusammenfassung wesentlicher Punkte des Gutachtens.*

## 1. Die Situation von Frauen in Ingenieur- und Naturwissenschaften

### 1.1. Zur geschlechtsspezifischen Fächerwahl in der Schule

Der Anteil der jungen Frauen, die die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erwerben, ist seit der Bildungsexpansion in den 1970er Jahren bis heute kontinuierlich gestiegen und liegt derzeit beim Abitur bereits über, bei der Fachhochschulreife knapp unter 50% (vgl. BLK 2002, S. 27). Damit haben sich auch die Zugangschancen der Mädchen/Frauen zu weiterqualifizierenden Berufsausbildungen und Studiengängen in den letzten 25 Jahren deutlich verbessert. Allerdings hat sich trotz dieser erhöhten Bildungsbeteiligung an der bekannten geschlechtsspezifischen Wahl der Abiturprüfungsfächer nahezu

nichts geändert. Lässt man das Fach Biologie unberücksichtigt, so zeigt sich bereits zum Ende der schulischen Sozialisation eine mehr oder weniger ausgeprägte geschlechtsspezifische Fächerwahl: Jungen wählen noch immer deutlich häufiger als Mädchen Physik oder Chemie als Abiturprüfungsfach. In Mathematik gleichen sich die Anteile langsam an, da dieses Fach zunehmend Abiturflichtfach geworden ist (vgl. BLK 2002, S. 27ff.). Die in der Wahl der Abiturprüfungsfächer sichtbar werdende geschlechtsspezifische Fächerwahl hat offensichtlich Konsequenzen auf den weiteren Bildungsverlauf oder die weitere Berufswahl von Frauen.

### 1.2. Zur geschlechtsspezifischen Wahl der Studienfächer

Der Anteil von Frauen, die ein Studium aufnehmen, ist in den letzten 25 Jahren ebenfalls deutlich ange-

stiegen. Im Wintersemester 2001/2002 lag der Anteil der Studienanfängerinnen bei 48,8%. Auch hier zeigt sich jedoch: Zwar hat sich der Frauenanteil an den Studierenden – aufgrund der allgemeinen Verschiebung der Geschlechterrelation – in allen Fächergruppen und Studienbereichen erhöht. An der hinreichend bekannten geschlechtsspezifischen Wahl der Studienfächer hat sich aber kaum etwas verändert. Die niedrigsten Anteile an Studienanfängerinnen und Studentinnen finden sich nach wie vor in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften. In diesen Fächergruppen liegen die Anteile der Frauen deutlich unter ihrem allgemeinen Anteil an den Studienanfängern und -anfängerinnen bzw. Studierenden. Betrachtet man nicht nur die Frauenanteile in den jeweiligen Fächergruppen, sondern zusätzlich ihre

Anteile in den darunter subsumierten Studienbereichen, so zeigt sich aber, dass es auch in diesen Fächergruppen heute bereits einzelne Studienbereiche, wie z.B. Mathematik und Chemie gibt, in denen der Frauenanteil sehr stark geworden ist und nicht nur über dem Frauenanteil der Fächergruppen, sondern, wie in Biologie oder Architektur, sogar über dem durchschnittlichen Frauenanteil an den Studierenden insgesamt liegt. Hier kann man nicht mehr von einer Unterrepräsentanz der Frauen sprechen. In den Fächern Informatik, Physik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Elektrotechnik ist die Unterrepräsentanz von Frauen jedoch nach wie vor drastisch. Dies gilt auch für das Fach Wirtschaftsingenieurwesen. Damit ist festzuhalten, dass die sogenannten „harten“ oder stark technisch konnotierten naturwissenschaftlichen und die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge bis heute die geringsten Frauenanteile aufweisen (vgl. Statistisches Bundesamt 2001, BLK 2002).

### **1.3. Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt**

Bereits in den 1990er Jahren wurde in Politik und Wirtschaft zunehmend betont, dass sich die Einstellungschancen für Naturwissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen deutlich verbessert hätten (vgl. z.B. Ruchatz 1993, Sordon 1995, Preuss 1997). Objektiv hat sich jedoch in den letzten 10 Jahren an den Berufs- und Karrierechancen für Frauen kaum etwas geändert. Noch immer gestaltet sich der Übergang in das Beschäftigungssystem für Absolventinnen aus natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Fächern deutlich schwieriger als für Absolventen dieser Fächer. Hinzu kommt eine geringere Bezahlung, geringere Aufstiegschancen, ein höheres Arbeits-

losigkeitsrisiko und eine geringere Akzeptanz im Beruf. Derzeit sind nur rund 10 Prozent der erwerbstätigen Ingenieure und Ingenieurinnen Frauen, ihr Anteil in den Kernbereichen Maschinenbau und Elektrotechnik liegt sogar deutlich darunter. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen der Industrie, der Wirtschaft oder der Wissenschaft ist noch immer verschwindend gering und hat sich in den letzten 10 Jahren nur unwesentlich erhöht (vgl. z.B. Minks 1996, Tischer 1997, VDI 2002).

Da sich jedoch bereits heute abzeichnet, dass der derzeitige und zukünftige Fachkräftebedarf im Ingenieurbereich und in den unterschiedlichen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien nicht allein durch die zu erwartende Anzahl männlicher Absolventen entsprechender Studiengänge gedeckt werden kann (vgl. DIHK 2001, Schwarze 2002, VDI 2002), wird für die Zukunft seitens der Wirtschaft eine gute Arbeitsmarktperspektive für Ingenieurinnen prognostiziert. Nicht allein die allgemeine Arbeitsmarktlage erhöht die Berufsperspektiven für Frauen in diesen Bereichen. Im Zuge einer zunehmenden Sensibilisierung für neue personalpolitische Unternehmenskonzepte und einer konkreten Umsetzung derselben (Stichwort: Managing Diversity) nimmt die Anzahl der Unternehmen zu, die aus unternehmensstrategischen Überlegungen heraus gezielt Frauen als Mitarbeiterinnen rekrutieren (wollen).

Darüber hinaus haben die sich wandelnden Anforderungsprofile an die Ingenieurität (z.B. verstärkte Internationalität, kommunikative Kompetenz, Interdisziplinarität, Teamfähigkeit usw.) die Attraktivität für entsprechende Unternehmen erhöht, Frauen mit ihren stär-

ker ausgeprägten kommunikativen und sozialen Fähigkeiten mehr als bisher in diese Berufsfelder zu integrieren. Insgesamt kann also eine positive Beschäftigungsentwicklung für Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen erwartet werden, was noch einmal die Dringlichkeit bildungs- wie arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu einer stärkeren Motivierung und Integration von Frauen für bzw. in naturwissenschaftlich-technische Berufe betont.

## **2. Bildungspolitische Konzepte und Studienreformansätze zur Steigerung des Frauenanteils in den Ingenieur- und Naturwissenschaften**

Es ist unbestritten, dass Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen bereits in den vorbereitenden, prägenden Phasen der schulischen Ausbildung beginnen und von flankierenden Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt begleitet werden müssen. Erst durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen des Bildungs- und Ausbildungssystems sowie des Arbeitsmarktes und die verstärkte Vernetzung von Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft wird langfristig eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses in den Ingenieur- und Naturwissenschaften erreicht werden können.

In den letzten Jahren hat der Hochschulbereich zunehmend die Verantwortung erkannt, verstärkt Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität vor allem ingenieur- aber auch naturwissenschaftlicher Studiengänge für Frauen zu ergreifen und bildungspolitische Konzepte, Aktivitäten und Reformansätze in den Hochschulen und der Hochschulbildung zu erarbeiten und umzusetzen. In Deutschland werden zur

Zeit innerhalb der Ingenieur- und Informatikstudiengänge (und dies gilt bedingt auch für die Naturwissenschaften) vier große Ansätze verfolgt, um die Unterrepräsentanz von Frauen in den entsprechenden Studiengängen zu verändern (vgl. Schwarze 2001):

1. Die Einführung von Schnuppertagen, Studieren auf Probe, Sommerhochschulen usw. als spezielle Veranstaltungen für Schülerinnen und die Entwicklung von Mentoringprogrammen für Studentinnen und Absolventinnen,
2. die Veränderung und Neuprofilierung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge durch einen neuen „Fächermix“,
3. die Durchführung monoedukativer Studienreformkonzepte und
4. die Einrichtung monoedukativer Ingenieur- oder Informatikstudiengänge.

Im Ergebnis zeigt sich bisher: Die Erfahrungen mit speziellen Veranstaltungen für Schülerinnen sind gut und stoßen zunehmend auf Resonanz. Sie zeigen, dass es durchaus gelingen kann, neue Gruppen von Studentinnen für ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium zu gewinnen – Studienbewerberinnen, die ohne diese Maßnahmen kein entsprechendes Studium ergreifen hätten. Mentoringprojekte oder -programme an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder in der Wirtschaft stoßen bei Mentorinnen wie Mentees ebenfalls auf eine positive Resonanz.

Die inhaltliche Um- bzw. Neustrukturierung klassischer ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge durch einen neuen Fächermix geht nur „schleppend“ voran; ihr Effekt ist darüber hinaus bislang eher gering. Erfolge sind lediglich da zu verzeichnen, wo die neuen Anteile direkt im Namen des Studi-

engangs zu erkennen sind (Umwelttechnik etc.). Dort kommt es offensichtlich zu einer Steigerung der Anfängerinnenzahlen, in den klassischen Disziplinen hingegen zeigen sich jedoch keine nennenswerten Veränderungen.

Monoedukative Studienreformkonzepte wie z.B. die Internationale Frauenuniversität „Technologie und Kultur“ (ifu) oder die *Informatica Feminale* in Bremen stoßen zwar auf eine große Resonanz und sind in ihrer Signalwirkung auf Studienreformmaßnahmen der sie betreffenden Studien- und Fachbereiche oder Wissenschaftsgebiete unbestritten. Die Chancen der Integration oder Umsetzung dieser Studienreformkonzepte in die „normale“ Hochschulausbildung müssen zumindest derzeit als schwierig und eher gering eingeschätzt werden. Die Entscheidung, Frauenstudiengänge in Ingenieurwissenschaften und Informatik anzubieten, ermöglicht schnelle Steigerungsraten von Frauen in diesen Studiengängen und bietet Frauen zudem durch die „klassischen“ Abschlüsse in diesen Studiengängen gute berufliche Chancen. Erste Erfahrungswerte werden im Folgenden noch genauer beschrieben.

### **2.1. Koedukation und Monoedukation in der Diskussion**

Die Einrichtung monoedukativer Studiengänge/-elemente trifft bis heute in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur auf Befürworter und Befürworterinnen, sondern noch immer auf eine große Skepsis, auf Vorurteile und Gegner wie Gegnerinnen. Trotz erster positiver Erfahrungen und Evaluationsergebnisse sind diese Hochschulreformprojekte nach wie vor umstritten. Das „Für und Wider“ der durch sie ausgelösten bildungs-

und geschlechterpolitischen Diskussionen konzentriert sich im wesentlichen auf die Idee einer Geschlechtertrennung in der Hochschulausbildung, die in unterschiedlichen Ausprägungen allen diesen Reformansätzen zugrunde liegt (vgl. z.B. Glöckner-Rist/Mischau 2000).

Die Diskussion in Deutschland um die Einrichtung monoedukativer Studiengänge/-elemente wurde sehr stark durch die schulische Koedukationsdebatte und Erfahrungen aus anderen Ländern, insbesondere den USA, beeinflusst (vgl. Kahlert/Mischau 2000). Zwei Aspekte sind dabei hervorzuheben:

1. Schulexperten und -expertinnen sind sich inzwischen darin einig, dass Maßnahmen zu einer bewussten reflexiven Koedukation, u.A. auch ein zeitweise getrennter schulischer Unterricht in den „Problemfächern“, oder monoedukative Alternativangebote dazu beitragen können, Mädchen stärker für Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik zu interessieren, ihre Leistungen zu verbessern und ihr Selbstbewusstsein, auch in diesen Fächern „gut sein zu können“, zu stützen.
2. Studentinnen der Women's Colleges in den USA, dies zeigen Absolventinnenstudien immer wieder, streben im Vergleich zu Studentinnen aus koedukativen Einrichtungen überproportional häufig nach dem Undergraduate-Studium eine weitere wissenschaftliche Qualifikation an und dies gerade auch in naturwissenschaftlich-technischen Fächern. Absolventinnen der Frauencolleges sind weitaus häufiger als Absolventinnen anderer, koedukativer Bildungseinrichtungen in sog. frauenuntypischen Bereichen, d.h. in mathematisch-naturwissenschaftlichen oder technik- bzw. ingenieurwissenschaftli-

chen Berufsfeldern, tätig und nehmen dort auch weitaus häufiger Führungspositionen ein.

## **2.2. Erfahrungen mit monoedukativen Hochschulangeboten in Deutschland**

Zur Zeit der Erstellung des Gutachtens gab es in Deutschland sechs (teil-)monoedukative Hochschulangebote, die alle an Fachhochschulen angesiedelt sind (vgl. z.B. BMBF 1999, Kompetenzzentrum 2002). Der erste Frauenstudiengang startete zum Wintersemester 1997/98 in Wilhelmshaven, der „jüngste“ im Sommersemester 2002 in Furtwangen, d.h. monoedukative Studienangebote existieren in Deutschland erst seit fünf Jahren. Erste Erfahrungswerte können zwar einen Eindruck vermitteln, eine (abschließende) Bewertung über den „Erfolg“ dieser Studienangebote wäre jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht, zumal die für die meisten Studienangebote initiierten wissenschaftlichen Begleitforschungen noch nicht abgeschlossen sind.

Aus den derzeit zur Verfügung stehenden Erfahrungsberichten oder Evaluationsergebnissen (vgl. z.B. Knapp/Gransee 2002, Komoß 2001 und 2002) lassen sich folgende Tendenzen nachzeichnen:

- Die Mehrzahl der geplanten monoedukativen Studienangebote konnte aufgrund der vorhandenen Nachfrage potentieller Studentinnen auch tatsächlich eingerichtet werden.

- Frauenstudiengänge erweisen sich als bildungspolitisch geeignete Maßnahme, um Zugangsschwellen gegenüber männlich dominierten Studiengängen – die darüber hinaus mit einem nach wie vor männlich konnotierten Technikimage behaftet sind – zu verringern oder abzubauen.

- Erfahrungen der Frauenstu-

diengänge machen deutlich, dass die Studienentscheidung junger Frauen offensichtlich sehr wohl durch ein zielgruppenspezifisches und attraktives Angebot positiv in Richtung technischer oder ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge beeinflusst werden kann. Vorliegende Erkenntnisse zur Motivation der Studentinnen, ein monoedukatives Studienangebot zu wählen, zeigen, dass die inhaltliche Konzeption und Gestaltung der jeweiligen Studiengänge zumeist einen ebenso großen Einfluss auf ihre Studienfachwahl hatten, wie die Tatsache der Monoedukation.

- Die Einführung monoedukativer Studienangebote führte an allen Hochschulen zu einem deutlichen Anstieg der Frauenanteile in den entsprechenden Fach- bzw. Studienbereichen. Auch die „Verbleibquoten“ entwickeln sich überwiegend positiv.

- Erfahrungsberichte von Studentinnen aus den Frauenstudiengängen belegen in der Mehrzahl eine positive Bewertung des geschlechtshomogenen Lern- und Erfahrungsraums.

Neben diesen positiven Erfahrungen und offensichtlichen Erfolgen der Frauenstudiengänge gibt es auch negative Erfahrungen, die jedoch in der Regel nicht verallgemeinerbar sind, sondern mit spezifischen Gegebenheiten an den jeweiligen Hochschulorten zusammenhängen. Auf einen in diesem Zusammenhang sehr wichtigen und dabei doch verallgemeinerbaren Problempunkt sei jedoch hingewiesen: Monoedukative Hochschulangebote treffen nicht selten auf hochschulinterne Durchsetzungsprobleme, insbesondere dann, wenn deren Einrichtung oder die Fortführung eines als Modellversuch eingerichteten Studiengangs innerhalb der Hochschule oder der entsprechenden Fachberei-

che mit Fragen der Ressourcenverteilung oder -bindung einhergehen. Hier ist ein Umdenken und ein unterstützendes Handeln dringend notwendig, damit monoedukative Studienangebote trotz ihrer nachweisbaren Erfolge nicht deshalb zu scheitern drohen, weil die Finanzierungssysteme für Hochschulen derzeit keine explizite Honorierung dieser Reformansätze ermöglichen.

## **3. Zur Frage der Akzeptanz monoedukativer Hochschulangebote**

### **3.1. Ergebnisse bisheriger Akzeptanzstudien**

Die bislang „größte“ Akzeptanzstudie zu monoedukativen Hochschulangeboten wurde 1997-1999 von Anina Mischau und Angelika Glöckner-Rist im Auftrag des Ministeriums für Schule, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Ziel dieser Studie war es, möglichst umfassend und detailliert Begründungen für Haltungen und Einstellungen aufzudecken, die in unmittelbar betroffenen gesellschaftlichen Bereichen die Akzeptanz monoedukativer Reformprojekte für Frauen in der Hochschulausbildung beeinflussen würden. Hierzu wurden insgesamt 10 strukturierte Gruppendiskussionen mit 68 Vertretern und Vertreterinnen aus den Fokusbereichen Hochschule, Arbeitsmarkt und Schule durchgeführt.

In dieser Studie konnte u.a. folgendes verdeutlicht werden (vgl. Glöckner-Rist/Mischau 2000): Wird die Einrichtung monoedukativer Studienangebote mit Studienreformmaßnahmen verknüpft, fördert dies die Akzeptanz monoedukativer Hochschulangebote bei potentiellen Nutzerinnen, aber auch

bei potentiellen Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen. Darüber hinaus zeigte sich, dass für die Studentinnen monoedukativer Studienangebote mehrheitlich positive Effekte (z.B. hinsichtlich des Lernerfolgs, des Lernklimas, der Förderung fachlicher Kompetenzen usw.) erwartet werden.

Geäußerte Bedenken der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, dass Absolventinnen monoedukativer Einrichtungen mit dem Vorurteil einer schlechteren oder defizitären Ausbildung begegnet werden könnten, und deshalb auch auf dem Arbeitsmarkt weniger anerkannt würden, können durch eine entsprechend gute Realisierung dieser Ausbildungsangebote und eine entsprechende Informationspolitik überwunden werden. Befürchtungen, dass nicht genügend Studentinnen bereit wären, solche Einrichtungen zu besuchen, sind nach der Einschätzung der in dieser Studie befragten Teilnehmer und Teilnehmerinnen unbegründet. Auch dies hängt jedoch von einer entsprechend guten und attraktiven Gestaltung dieser Ausbildungsangebote und einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit ab.

Übereinstimmend wurde jedoch auch angenommen, dass Studentinnen und Absolventinnen monoedukativer Hochschulangebote zumindest auf längere Zeit mit einem relativ hohen Rechtfertigungsdruck (z.B. hinsichtlich der Qualität ihrer Ausbildung oder ihrer sozialen Kompetenzen) zu rechnen hätten, da das Studium in einem monoedukativen Studiengang in Deutschland nicht „als normal“ angesehen werde. Ein ganz zentrales Ergebnis war, dass die Akzeptanz monoedukativer Studienangebote erst hergestellt werden muss und nicht „per se“ erwartet werden kann.

Die Ergebnisse aus Akzeptanzstudien sind und bleiben nach wie vor problematisch und ambivalent. Kleinere lokale Akzeptanzstudien, die zur Vorbereitung oder Planung etwaiger monoedukativer Studienangebote durchgeführt wurden, bleiben in ihren Ergebnissen widersprüchlich. Einige zeigen, dass bei der Mehrzahl der Befragten keine Akzeptanz zu finden ist, andere wiederum bestätigen eine vorhandene Akzeptanz. Die bislang unbeantwortete Frage ist, wie viele Befragte überhaupt monoedukative Studienangebote akzeptieren müssen, damit sie bildungspolitisch legitimierbar sind.

Darüber hinaus ist es offensichtlich noch immer notwendig, darauf hinzuweisen, dass Akzeptanz hergestellt werden muss, da die Gefahr der Produktion von Artefakten in „Akzeptanzerfragungen“ extrem hoch ist. Dies ist ein aus der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung hinreichend bekanntes und thematisiertes Problem, dem jedoch bis heute – zumindest in der ideologisch und politisch sehr aufgeladenen Diskussion um monoedukative Studiengänge/-elemente – kaum Rechnung getragen wird. Gerade Frauen in den männerdominierten Bereichen der Ingenieur- und Technikwissenschaften neigen dazu, ihr Geschlecht möglichst „unsichtbar“ zu machen. Ansätze, in denen das Geschlecht zum strukturbildenden Moment der jeweiligen Förderstrategie wird, erfahren daher zunächst oft eine große Ablehnung. Häufig bewirken erst Erfahrungen mit entsprechenden Förderstrategien, d.h. in diesem Fall mit monoedukativen Studienangeboten, dass diese auf eine zunehmende Akzeptanz treffen.

### **3.2. Ergebnisse der vorliegenden Akzeptanzstudie**

Im Rahmen dieses Gutachtens wurden insgesamt 34 an den beiden Hochschulorten Bremen und Wilhelmshaven durchgeführte Interviews ausgewertet. Folgende Gründe waren für die Auswahl dieser beiden Hochschulorte als Befragungsorte ausschlaggebend: An der Fachhochschule Wilhelmshaven wurde mit dem „Frauenspezifischen Studium zur Wirtschaftsingenieurin“ zum Wintersemester 1997/98 der erste Frauenstudiengang in Deutschland eingerichtet. Damit liegen an dieser Fachhochschule die umfangreichsten Erfahrungen mit monoedukativen Studiengängen vor. Die Hochschule Bremen bietet seit dem Wintersemester 2000 den „Internationale Frauenstudiengang Informatik“ an. Dies ist bislang der einzige Frauenstudiengang mit einer internationalen Ausrichtung, d.h. ihm kommt, auch unter dem Aspekt einer allgemeinen Diskussion über die Notwendigkeit einer verstärkten Internationalisierung der deutschen Hochschulbildung, eine besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus bot die Auswahl dieser beiden monoedukativen Studienangebote die Möglichkeit, unterschiedliche Konzepte (Parallelstudienangebot versus Exklusivstudienangebot) und Disziplinen in die „Akzeptanzfrage“ zu integrieren. In Bremen und Wilhelmshaven wurden insgesamt 15 Schülerinnen, 10 Studentinnen aus den jeweiligen Frauenstudiengängen und 9 Studentinnen aus koedukativen Studiengängen desselben oder eines inhaltlich ähnlich gelagerten Studiengangs befragt.

Die strukturierten Leitfadenterviews hatten in erster Linie das Ziel, noch einmal vertiefend Begründungen für Haltungen und



Einstellungen aufzudecken, die die Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente in technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern bei jungen Frauen beeinflussen. In diesem Zusammenhang sollte mit den Interviewteilnehmerinnen auch diskutiert werden, wie sie die Akzeptanz bestimmter Personengruppen (z.B. Arbeitgeber, Schülerinnen) einschätzen, welche Erwartungen und „Kriterien“ sie an monoedukative Studiengänge/-elemente knüpfen und, sofern es sich um Studentinnen aus bereits bestehenden monoedukativen Studiengängen handelt, welche Erfahrungen sie damit gemacht haben.

Die Interviews dauerten zwischen 45 und 90 Minuten, sie wurden auf Tonband aufgenommen und anschließend nach den einfachsten Transkriptionsregeln verschriftet. Zur Auswertung der Interviews wurde ein exploratives, inhaltsanalytisches Verfahren angewendet. Die für qualitative Studien durchaus respektable Anzahl von 34 Interviews gewährleistet hierzu ein ausreichendes Material für fundierte wissenschaftliche Auswertungen. Für die Interpretation der Interviews ist anzumerken: Die durchgeführten Interviews und damit die folgenden Ergebnisse erheben keineswegs den Anspruch auf Repräsentativität. Sie sind vielmehr als „Momentaufnahme“ zu verstehen. Als solche geben sie jedoch ausreichend Anregungen und Antworten zur Frage (der Herstellung) einer Akzeptanz monoedukativer Hochschulangebote bei jungen Frauen. Sie verweisen darüber hinaus auf „akzeptanzfördernde“ und „akzeptanzhemmende“ Faktoren, die für weitere bildungspolitische Überlegungen relevant sind bzw. sein können.

### 3.2.1. Einstellungen und Akzeptanz bei Schülerinnen

Die Auswertung der im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten 15 Schülerinneninterviews zeigt hinsichtlich der Frage nach der Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente durch junge Frauen zusammenfassend folgende Ergebnisse:

- Obwohl die Mehrheit der Schülerinnen zum Zeitpunkt des Interviews noch nie etwas von der Existenz von Frauenstudiengängen gehört hatte, fiel ihre erste spontane Reaktion überwiegend positiv aus. Nur eine einzige Schülerin lehnte monoedukative Hochschulangebote, in welcher Form auch immer, völlig ab.

- In den ersten spontanen Äußerungen zu monoedukativen Studiengängen/-elementen zeigte sich, dass die Konzeption eines Parallelstudienganges wie in Wilhelmshaven deutlich stärker positiv bewertet wird als ein „Exklusivangebot“ wie in Bremen oder eine Konzeption, die die Monoedukation nur auf das Grundstudium beschränkt, wie z.B. bei dem Studiengang Technologiemanagement und -marketing in Kiel.

- Die Frage nach der Eigenakzeptanz von monoedukativen Studiengängen/-elementen machte deutlich, dass sich zwei Drittel der Schülerinnen zumindest vorstellen können, einen Frauenstudiengang zu besuchen. Hierunter waren gleichermaßen ausgesprochene „Befürworterinnen“ (teil-) monoedukativer Hochschulangeboten wie Schülerinnen, die ein Studium in einem Frauenstudiengang von der Konzeption des Studiengangs oder vom jeweiligen Studienfach abhängig machen würden.

- Die Frage, ob sich die Schülerinnen vorstellen könnten, dass sich genügend Schülerinnen für mono-

edukative Hochschulangebote interessieren und dadurch vielleicht auch mehr Schülerinnen naturwissenschaftlich-technische Fächer studieren würden, wurde von der Mehrzahl der Interviewpartnerinnen eindeutig positiv beantwortet.

- Die Fremdakzeptanz hinsichtlich potentieller Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen wurde in der Mehrheit sehr skeptisch und problematisch, wenn nicht sogar ablehnend eingeschätzt. Lediglich zwei Schülerinnen sahen keine Probleme bei der Akzeptanz der Absolventinnen monoedukativer Studiengänge/-elemente auf dem Arbeitsmarkt, wenn die Qualität der Ausbildung gut wäre. Alle anderen Schülerinnen rechneten mit Vorbehalten oder Vorurteilen, die zumindest Arbeitgeber haben werden. Vorbehalte, die vor allem die fachliche und die soziale Kompetenz der Absolventinnen betreffen. Die Akzeptanz von Arbeitgeberinnen hingegen wurde positiver bewertet. Da jedoch in der Realität im naturwissenschaftlich-technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Bereich Arbeitgeberinnen eine Minderheit darstellen, fällt die bei ihnen vermutete besser Akzeptanz kaum ins Gewicht.

- Auf die Frage, ob sie eine Idee oder Vorstellung davon haben, was man tun könnte, um die Akzeptanz zu erhöhen bzw. Vorurteile abzubauen, nannten die Schülerinnen vor allem zwei Aspekte:

1. Die Ausbildungsinhalte müssen auf jeden Fall denen der koedukativen Studiengänge entsprechen und die Qualität der Ausbildung muss „gleich gut“ oder „mindestens so gut“ sein.
2. Es muss mehr Informationen über diese Angebote geben und vor allem müssen die Arbeitgeber darüber informiert werden, dass die Frauen genauso gut ausgebildet sind oder vielleicht so-

gar zusätzliche Qualifikationen haben. Darüber hinaus zeigte sich: Obwohl die Mehrheit der Frauen in ihren ersten Reaktionen ein Parallelangebot u.a. wegen der Vergleichbarkeit positiver bewertet hatten, als ein „Exklusivangebot“, wurde mehrfach geäußert, dass Zusatzangebote zu den „normalen“ Studieninhalten eine Akzeptanz steigern könnten.

### 3.2.2. Einstellungen und Akzeptanz bei Studentinnen monoedukativer Hochschulangebote

Die Auswertung der im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten 10 Interviews mit Studentinnen des Frauenstudiengangs Wirtschaftsingenieurwesen in Wilhelmshaven und des Internationalen Frauenstudiengangs Informatik in Bremen zeigt hinsichtlich der Frage nach der Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente zusammenfassend folgende Ergebnisse:

- Bei der Mehrzahl der befragten Studentinnen aus dem Internationalen Frauenstudiengang Informatik war die Entscheidung, Informatik studieren zu wollen, bereits gefallen, bevor sie etwas über den Internationalen Frauenstudiengang Informatik in Bremen gehört hatten. Sie entschieden sich nach eigenen Aussagen primär für den Internationalen Frauenstudiengang Informatik, weil sie die inhaltliche Konzeption dieses Studienangebotes angesprochen und überzeugt hätte. Entscheidend war also das Curriculum des Studienangebots, nicht etwa die damit einhergehende Monoedukation. Nur eine interviewte Studentin schwankte zunächst in ihrer Studienfachwahl und entschied sich dann primär wegen der Monoedukation für diesen Studiengang. Die interviewten Studentinnen aus Wil-

helmshaven waren deutlich unentschlossener in ihrer Studienwahl gewesen. Von ihnen entschied sich die Mehrzahl primär für den Frauenstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen, weil sie die Idee, nur unter Frauen zu studieren, angesprochen und überzeugt hatte. Für sie war die Monoedukation letztlich das entscheidende Kriterium, überhaupt Wirtschaftsingenieurwesen zu studieren. Nur eine Studentin entschied sich für das Fach Wirtschaftsingenieurwesen, weil sie die Kombination von wirtschaftlichen und technischen Anteilen überzeugt hatte. Dass sie einen Frauenstudiengang wählen konnte, fand sie toll, letztlich hätte sie sich aber wohl auch für einen koedukativen Studiengang eingeschrieben, wenn sie keine Auswahlmöglichkeit gehabt hätte.

- Die überwiegende Mehrheit der hier befragten Studentinnen bewertete ihre bisherigen Erfahrungen in den jeweiligen Studiengängen positiv. Ihre Erwartungen hinsichtlich eines besseren und offeneren Lernklimas unter Frauen, eines stärkeren Zusammenhalts in der Gruppe, des Leistungsniveaus und der Lerninhalte hatten sich weitgehend erfüllt.

- Die allgemeine Einschätzung oder Bewertung der Konzeption eines monoedukativen Studienangebots als Exklusivangebot wie in Bremen im Vergleich zu einem Parallelangebot wie in Wilhelmshaven brachte ein erstaunliches Ergebnis hervor: Ungeachtet ihrer eigenen Studiengangwahl und ihrer persönlichen Erfahrungen bewertete die große Mehrzahl der befragten Studentinnen eine Parallelkonzeption zu einem koedukativen Studiengang positiver als ein Exklusivangebot nur für Frauen.

- Die Frage, ob durch die Ein-

richtung monoedukativer Ausbildungsangebote mehr Frauen naturwissenschaftlich-technische oder ingenieurwissenschaftliche Fächer studieren würden, wurde von allen Studentinnen übereinstimmend bejaht.

- Auch die hier interviewten Studentinnen waren über die Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt geteilter Meinung. Nur drei Studentinnen sahen keine Probleme bei späteren Arbeitgebern. Eine von ihnen wiederholte das bereits bekannte Argument, dass es nur auf die Leistung und die Qualität der Ausbildung ankommen würde, dann wäre die Tatsache, ob man monoedukativ oder koedukativ studiert hätte, unerheblich. Zwei führten ihre positive Einschätzung der Akzeptanz auf eigene Erfahrungen bei der Suche nach einem Praktikumsplatz oder bei sonstigen Firmenkontakten zurück. Alle Studentinnen waren sich darin einig, dass die Akzeptanz potentieller Arbeitgeber nicht von vorneherein bestehen wird, sondern erst hergestellt werden muss.

- Von allen im Rahmen des Gutachtens interviewten Zielgruppen konnten erwartungsgemäß die Studentinnen der Frauenstudiengänge am konkretesten und am umfassendsten Kriterien und Maßnahmen benennen, die ihrer Ansicht nach die Akzeptanz monoedukativer Hochschulangebote fördern (würden). Dabei hatten sie sowohl potentielle Nutzerinnen im Blick, für die in erster Linie das Angebot attraktiv sein muss, wie auch potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, für die die Einstellung der Absolventinnen attraktiv sein muss. Im wesentlichen können die genannten Kriterien und Maßnahmen in drei Aspekte eingeteilt werden: die „organisatorischen Rahmenbedingungen“ eines solchen Studienangebots, die inhaltliche Gestaltung und die für den Prozess der Herstellung von

Akzeptanz notwendige Öffentlichkeitsarbeit.

Als wesentliche akzeptanzfördernde Aspekte bei den *organisatorischen Rahmenbedingungen* wurden folgende Punkte genannt:

- Für potentielle Nutzerinnen kann ein monoedukativer Studiengang nach Ansicht der hier befragten Studentinnen attraktiv sein, weil er im Gegensatz zum sonstigen Hochschulbetrieb ein Studium in kleineren Gruppen anbietet. Dies ermöglicht nicht nur eine intensivere fachliche Ausbildung und Betreuung, sondern auch einen stärkeren Zusammenhalt zwischen den Studentinnen und ein offenes und kooperatives Lernklima.

- Eine starke Präsenz von Frauen im Lehrkörper steigert nach Meinung einiger Studentinnen ebenfalls die Attraktivität monoedukativer Studienangebote für potentielle Nutzerinnen. Weibliche Vorbilder und Identifikationsmodelle sind für den eigenen Berufsweg für Schülerinnen und Studentinnen nicht nur wichtig, sie werden auch zunehmend „eingefordert“, d.h. Frauen wünschen sich zunehmend, auch von Frauen unterrichtet zu werden.

- Frauenstudiengänge sollten, so die Mehrzahl der Studentinnen, in die jeweiligen technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Fachbereich integriert sein und nicht etwa isoliert werden oder sich sogar selbst isolieren. Das Angebot oder die Förderung gemeinsamer Veranstaltungen, Projekte oder fachlicher Wettbewerbe mit Studierenden aus demselben oder einem fachlich ähnlichen koedukativen Studiengang würde auch die Attraktivität steigern und vorhandene Vorurteile, monoedukative Studentinnen hätten nicht gelernt mit Männern umzugehen oder könnten sich nicht durchsetzen, entkräften.

Als wesentliche akzeptanzfördernde

Aspekte bei der *inhaltlichen Ausgestaltung* wurden folgende Punkte hervorgehoben:

- Monoedukativer Studiengänge sollten, so die einheitliche Meinung, das gleiche Niveau und die gleichen fachlichen Ausbildungsinhalte haben, wie vergleichbare koedukative Studiengänge.

- Die deutliche Mehrheit der Studentinnen begrüßte Studienreformmaßnahmen wie eine noch stärkere Praxisorientierung und eine stärkere internationale Ausrichtung technischer und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge, wollte diese jedoch auch in koedukativen Studiengängen integrieren.

- Darüber hinaus begrüßte etwa die Hälfte der Studentinnen, dass Zusatzangebote in das Curriculum integriert werden, um besonders Frauen zu fördern bzw. ihre Potentiale zu stärken.

Zur *Öffentlichkeitsarbeit* als zentrale Aufgabe zur Herstellung von Akzeptanz wurde angemerkt, dass die Studentinnen aus eigenen Erfahrungen wissen, wie wichtig und notwendig eine gute Informationspolitik und eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit ist, um Vorbehalte und Vorurteile gegenüber monoedukativen Studienangeboten, deren Studentinnen und deren Absolventinnen abzubauen und damit eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz herzustellen. Notwendig sei hierbei eine Zielgruppenspezifische Informationspolitik für potentielle Nutzerinnen und potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen.

### 3.2.3. Einstellungen und Akzeptanz bei Studentinnen koedukativer Studiengänge

Die Auswertung der im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten 9 Interviews mit Studentinnen aus demselben oder den monoedukativen Studienangeboten vergleichba-

ren koedukativen Studiengängen an der Fachhochschule Wilhelmshaven und der Hochschule Bremen zeigt hinsichtlich der Frage nach der Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente zusammenfassend folgende Ergebnisse:

- Die Mehrzahl der hier befragten koedukativen Studentinnen hat sich bewusst gegen den an ihrer Hochschule existierenden monoedukativen Studiengang entschieden und lehnte monoedukative Studienangebote zumindest für sich selbst kategorisch ab. Die ablehnende Haltung hat dabei nichts mit etwaigen Inhalten dieser Studienangebote oder mit deren Konzeption zu tun, sondern äußert sich als generelle Ablehnung einer Geschlechtertrennung in der Hochschulausbildung. Häufig wurde zur Begründung das hinreichend bekannte Argument vorgebracht, dass man im Berufsleben ja auch mit Männern zusammen sei und deshalb ein Studium nur unter Frauen realitätsfremd wäre. Sie begründeten ihre Ablehnung auch mit den Argumenten, es würde mehr Spaß machen, gemeinsam mit Männern zu studieren, Männer wären im Umgang unkomplizierter und hilfsbereiter, während Frauen unter sich sehr problematisch und „zickig“ wären. Darüber hinaus zeigte sich, wie bereits bei einigen Schülerinnen, dass sich auch die koedukativen Studentinnen deutlich von Nutzerinnen monoedukativer Angebote abgrenzten, da sie diese Studiengänge nicht „nötig hätten“ und diese Angebote ihrer Ansicht nach nur für jene Frauen eingerichtet würden, die unsicher seien oder sich das Studium mit Männern gemeinsam nicht zutrauten. Eine Ausnahme bildeten drei in Wilhelmshaven befragte „Wechslerinnen“, die ihr Studium im Frauenstudiengang begonnen und dann, da die Monoedukation inzwischen nur noch auf

das Grundstudium beschränkt ist, in den koedukativen Parallelstudiengang wechseln mussten.

- Die allgemeine Einschätzung oder Bewertung der Konzeption eines monoedukativen Studienangebots als Exklusivangebot wie in Bremen im Vergleich zu einem Parallelangebot wie in Wilhelmshaven brachte dasselbe Ergebnis, das sich bereits bei den monoedukativen Studentinnen zeigte. Ungeachtet ihrer eigenen Wahl eines koedukativen Studiengangs und der Ablehnung monoedukativer Studiengänge für sich selbst oder ihrer Situation als „Wechslerin“ und damit der eigentlichen Befürwortung monoedukativer Studiengänge, bewerteten alle befragten Studentinnen eine Parallelkonzeption zu einem koedukativen Studiengang eindeutig positiver als ein Exklusivangebot nur für Frauen.

- Die Frage, ob die Studentinnen, wären sie in dieser Entscheidungsposition, monoedukative Studienangebote einrichten würden, wurde überraschenderweise von der Mehrheit bejaht. Lediglich eine Studentin hält monoedukative Hochschulangebote für einen „totalen Quatsch“ und meinte, man sollte sich lieber anstrengen, die Frauen für einen koedukativen Studiengang zu gewinnen. In der Mehrzahl wurde jedoch aus allgemeinen bildungspolitischen Gründen die Einrichtung von monoedukativen Hochschulangeboten befürwortet. Alle Studentinnen betonten jedoch noch einmal, dass ihr positives Votum nicht für ein Exklusivangebot, sondern nur für einen Parallelstudiengang gelten würde.

- Die Frage, ob durch die Einrichtung monoedukativer Ausbildungsangebote mehr Frauen naturwissenschaftlich-technische oder ingenieurwissenschaftliche Fächer studieren würden, wurde von der

großen Mehrheit der koedukativen Studentinnen bejaht.

- Auch die koedukativen Studentinnen und die „Wechslerinnen“ schätzten die Akzeptanz der Absolventinnen von monoedukativen Studiengängen bei späteren Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen als eher problematisch oder sogar ablehnend ein. Mehr als die Hälfte war der Ansicht, die Akzeptanz würde sehr stark von dem jeweiligen Arbeitgeber selbst abhängen. Möglicherweise würde es einige wenige geben, die hier offener reagierten oder es sogar gut fänden. Einige würden sich vielleicht auch in Vorstellungsgesprächen von der fachlichen Qualität, der Leistungsfähigkeit oder der Person selbst überzeugen lassen, sofern sie diese Frauen überhaupt einladen würden. Die überwiegende Anzahl der Arbeitgeber würde jedoch nach Ansicht dieser Studentinnen eher skeptisch und mit Vorurteilen reagieren.

- Einzelne Studentinnen bezogen die Frage nach der Fremdakzeptanz von sich aus auch auf die hochschulinterne Akzeptanz. Damit werden natürlich in erster Linie spezifische Probleme oder Akzeptanzschwierigkeiten an den jeweiligen Hochschulen angesprochen, die in der Regel nicht so einfach zu verallgemeinern sind. Auf zwei der genannten Aspekte soll jedoch hier eingegangen werden, da hiermit in der Tat verallgemeinerbare akzeptanzhemmende Faktoren benannt werden, die es für die Herstellung einer hochschulinternen Akzeptanz bei zukünftigen Planungen zur Einrichtungen monoedukativer Studienangebote zu vermeiden gilt. Aus Bremen wurde berichtet, dass die Studentinnen des Internationalen Frauenstudiengangs Informatik viel besser ausgestattet seien und sich selbst völlig isolierten. Beides würde die Atmosphäre an der Hoch-

schule und einen „normalen“ Umgang miteinander erheblich stören bzw. erschweren. Aus Wilhelmshaven wurde berichtet, dass sich koedukative Studentinnen wie Studenten nicht nur genervt, sondern auch benachteiligt fühlten, weil die Frauen aus dem Frauenstudiengang ständig in der Presse und an der Hochschule herausgehoben und ins Rampenlicht gestellt würden. Auch die Werbemaßnahmen hätte die Frauen, die koedukativ studieren, irgendwie „runter gemacht“, weil überall betont wurde, die Frauen, die im Frauenstudiengang studieren, wären etwas ganz besonderes und bekämen dort eine einmalige tolle „Top-Ausbildung“. Auch wenn sich diese Situation inzwischen in Wilhelmshaven etwas normalisiert hätte, so hätten diese „Aktionen“ die Probleme in der Hochschule erst richtig „hochgekocht“ und man müsste sich nicht wundern, wenn es dann in der Hochschule an Akzeptanz mangle.

- Auf die Frage, ob sie eine Idee oder Vorstellung davon haben, was man tun könnte, um die Akzeptanz zu erhöhen bzw. Vorurteile abzubauen, nannten die koedukativen Studentinnen die folgenden Aspekte, die bereits aus den anderen Interviews deutlich wurden: Die Ausbildungsinhalte müssten auf jeden Fall denen der koedukativen Studiengänge entsprechen. Eine internationale Ausrichtung und eine starke Praxisorientierung könnten vielleicht die Akzeptanz bei Arbeitgebern steigern. Dies gilt auch für gemeinsame Kurse mit Männern, die von Anfang an in das Studium integriert werden sollten. Zur Herstellung einer größeren Akzeptanz wäre es notwendig, in Schulen mehr Informationsveranstaltungen zu machen und/oder direkt in Unternehmen den Kontakt und Austausch zu suchen.

#### 4. Folgerungen und Handlungsempfehlungen

Im Zentrum des Gutachtens stand die Frage der Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente bei jungen Frauen. Auf der Basis einer Reflexion und Standortbestimmung der bildungspolitischen Diskussion um monoedukative Studienangebote in Deutschland und vor dem Hintergrund aktueller Ergebnisse aus exemplarisch durchgeführten qualitativen Interviews gilt es, Folgerungen und den sich ergebenden Handlungsbedarf bzw. Handlungsempfehlungen zu formulieren. Hierzu werden zunächst die wichtigsten Ergebnisse aus den Interviews einer zielgruppenübergreifenden Betrachtung unterzogen, da erst eine gemeinsame Ergebnisanalyse, die auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Zielgruppen eingeht, erlaubt, Folgerungen zu ziehen und Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen zu beschreiben.

##### 4.1. Zielgruppenübergreifende Ergebnisse

###### 4.1.1. Zur Einschätzung der „Nachfrage“

Die erste bildungspolitische Frage, die es zu beantworten gilt, ist: „Lohnt“ sich die Einrichtung monoedukativer Studienangebote, d.h. wird es genügend potentielle Nutzerinnen geben, um die (weitere) Einrichtung monoedukativer Studienangebote bildungspolitisch zu legitimieren?

Dabei ist zu beachten: Monoedukative Hochschulangebote sind immer „alternative“ Angebote im ansonsten breitgefächerten Spektrum koedukativer Studiengänge. Monoedukative Studiengänge/-elemente werden im deutschen Hochschulsystem auch perspektivisch nicht die Rolle eines „Massenangebotes“ ein-

nehmen, müssen vor diesem Hintergrund also auch nicht von der „breiten“ Masse der Studierwilligen akzeptiert werden.

In der durchgeführten Akzeptanzstudie wurde deutlich: Monoedukative Studienangebote treffen bei den hier befragten Schülerinnen auf eine hohe Eigenakzeptanz. Zwei Drittel der Schülerinnen konnten sich vorstellen, alternativ auch ein monoedukatives Studienangebot zu besuchen. Die Frage, ob sich die Teilnehmerinnen vorstellen könnten, dass sich genügend Schülerinnen für monoedukative Hochschulangebote interessieren und dadurch vielleicht auch mehr Schülerinnen ingenieur- oder naturwissenschaftliche bzw. technische Fächer studieren würden, wurde von der großen Mehrheit der Schülerinnen, der „koedukativen“ Studentinnen und von allen „monoedukativen“ Studentinnen eindeutig positiv beantwortet. Folgende Begründungen wurden für diese Einschätzungen vor allem mit Blick auf ingenieurwissenschaftliche und technische Studiengänge genannt:

- Monoedukative Hochschulangebote könnten für Frauen, die in ihrer Studienfachwahl unentschlossen oder hinsichtlich ihrer fachlichen Kompetenz unsicher sind, die Hemmschwelle zur Aufnahme eines ingenieurwissenschaftlichen oder technischen Studiums erheblich senken.

- Auch für Frauen, die von ihrer fachlichen Kompetenz überzeugt sind, vor einem technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Studium aber zurückschrecken, weil sie dort in der Minderheit wären, würden monoedukative Studienangebote neue Perspektiven und Optionen eröffnen.

- Darüber hinaus wird es einerseits Frauen geben, die die inhaltliche Konzeption des jeweiligen Stu-

diengangs überzeugen wird und die sich deshalb entscheiden werden, ein solches Angebot zu nutzen, für die aber die Monoedukation nicht das entscheidende Kriterium sein wird. Andererseits wird es Frauen geben, die sich explizit wegen der Monoedukation für einen solchen Studiengang entscheiden, obwohl sie vorher überhaupt nicht über ein Studium dieser Richtung nachgedacht haben.

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass es auch in Zukunft genügend Interessentinnen und potentielle Studentinnen für monoedukative Studienangebote geben wird. Inwieweit diese potentiellen Nutzerinnen solche Angebote auch wählen werden, kann aber von der Konzeption und der Qualität des jeweiligen Hochschulangebotes abhängig sein.

###### 4.1.2. Die Bewertung unterschiedlicher Modelle monoedukativer Studienangebote

Die zweite Frage, die für bildungspolitische Planungen zur (weiteren) Einrichtung monoedukativer Studienangebote ausschlaggebend ist, lautet: Welches Modell hat die „größten Erfolgchancen“ sowohl seine Attraktivität und Akzeptanz bei potentiellen Nutzerinnen als auch die Akzeptanz seiner Studentinnen oder Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt betreffend?

Dabei ist zu beachten: Die mögliche Präferenz eines bestimmten Modells spricht in erster Linie die organisatorische Umsetzung eines solchen Angebots an und bewertet nicht die damit möglicherweise zusammenhängende inhaltliche Konzeption bestehender Angebote

Aus den Interviews wurde deutlich: In allen Zielgruppen wurde die Konzeption eines Parallelstudienanges gegenüber einem koedukativen Studiengang deutlich positiver

bewertet wurde als ein „Exklusivangebot“ nur für Frauen. Folgende Begründungen wurden für diese Einschätzung genannt:

- Durch ein Parallelangebot wie in Wilhelmshaven bleibt die Option zum Wechseln offen, egal ob und aus welchen Gründen diese genutzt oder eben nicht genutzt wird. Bei einem Exklusivangebot muss man, sollte man feststellen, ein Frauenstudiengang ist doch „nicht das Richtige“, entweder eine andere Studienfachrichtung wählen oder im schlimmsten Fall sogar noch einmal neu mit einem anderen Studium beginnen. Bei einer nur auf ein Grundstudium beschränkten Monoedukation ist man gezwungen, dann koedukativ weiter zu studieren. Dies hätte den „Beigeschmack“, dass Frauen erst ein bisschen Nachhilfe brauchen, bevor sie „normal“, d.h. koedukativ, studieren können.

- Die Konzeption als Parallelangebot ermöglicht eine Vergleichbarkeit im Leistungsniveau, in den Ausbildungsinhalten und damit auch in der Qualität der Ausbildung bzw. hinsichtlich der erworbenen fachlichen Kompetenz, die für das eigene Selbstbewusstsein, aber auch für eine Beurteilung durch spätere Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, von Bedeutung sein kann.

- Ein Exklusivangebot wie in Bremen eröffnet zwar die Chance, zusätzliche arbeitsmarktrelevante Kompetenzen zu erwerben. Es kann jedoch nach Ansicht der Teilnehmerinnen die eigene Unsicherheit und den Rechtfertigungsdruck gegenüber potentiellen Arbeitgebern hinsichtlich der „eigentlichen“ fachlichen Qualifikation erhöhen.

- Zusätzlich wurde von den „koedukativen“ Studentinnen angeführt, dass ein Exklusivangebot dem Postulat „Gleiche Bildungschancen für alle“ entgegenstehen und „Män-

ner benachteiligen“ würde. Die Ergebnisse, die sich hinsichtlich der Bewertung unterschiedlicher Modelle monoedukativer Studienangebote gezeigt haben, lassen darauf schließen, dass eine organisatorische Umsetzung als Parallelstudiengang am erfolgversprechendsten ist, zumindest was die Frage der Akzeptanz betrifft.

#### 4.1.3. Die Einschätzung der Fremdakzeptanz bei potentiellen Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen

Eine entscheidende bildungs- und arbeitsmarktpolitische Frage ist: Führen monoedukative Studienangebote Studentinnen oder Absolventinnen arbeitsmarktpolitisch möglicherweise in eine „Sackgasse“, da sie schlechtere Berufschancen als Absolventen und Absolventinnen koedukativer Studiengänge haben, oder eröffnen sie ihnen zumindest die gleichen oder sogar bessere Berufschancen? Die Einrichtung monoedukativer Studienangebote zur Steigerung der Frauenanteile in natur- und ingenieurwissenschaftlichen wie technischen Fächern macht nur dann Sinn, wenn diese Frauen anschließend auch vom Arbeitsmarkt angenommen werden.

Dabei ist zu beachten: Bei der Einschätzung der Fremdakzeptanz durch potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen handelt es sich nicht um etwaige Erfahrungswerte, sondern bei den meisten der hier befragten Personen um „reine Vermutungen“, da sie weitgehend selbst noch keine entsprechenden Kontakte mit dem Arbeitsmarkt hatten. Diese Einschätzungen müssen also nicht unbedingt mit der Realität übereinstimmen. Veränderungen in der Arbeitswelt führen auch zu Umdenkungsprozessen in Unternehmen, die jedoch die Wahrnehmung und das Vorhandensein „alter Vor-

urteile“ und „bisheriger Handlungsweisen“ nur sehr langsam aufbrechen.

Im Ergebnis zeigte sich: Die Mehrzahl der Schülerinnen und die Mehrzahl der „koedukativen“ Studentinnen schätzen die Akzeptanz der Absolventinnen monoedukativer Studiengänge auf dem Arbeitsmarkt sehr skeptisch, zumindest problematisch, wenn nicht sogar ablehnend ein. Auch die „monoedukativen“ Studentinnen waren sich einig, dass die Akzeptanz potentieller Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen nicht von vorne herein besteht, sondern erst hergestellt werden muss, aber auch hergestellt werden kann. In der Tendenz bewerteten sie damit die Akzeptanz leicht besser als die beiden anderen Zielgruppen. Folgende Begründungen wurden für diese Einschätzungen angeführt:

- Die Befragten aller drei Zielgruppen rechnen mit Vorbehalten oder Vorurteilen vor allem seitens der Arbeitgeber, die möglicherweise die fachliche und die soziale Kompetenz der Absolventinnen betreffen. Hinsichtlich der fachlichen Kompetenzen werden Absolventinnen monoedukativer Studiengänge sicherlich mit dem Vorurteil konfrontiert werden, dass sie in einem „Studiengang-light“ oder „Schonstudiengang“ studiert und damit eine defizitäre Ausbildung hätten. Hinsichtlich der sozialen Kompetenzen wird ihnen ggf. entgegengebracht werden, dass sie sich nicht gegen Männer durchsetzen könnten, nicht in männerdominierte Betriebe integrieren ließen oder sogar „Angst vor Männer hätten“.

- Vor allem die Schülerinnen und „koedukativen“ Studentinnen argumentierten, dass aus den genannten Gründen Arbeitgeber, sofern sie überhaupt Frauen einstellten, wohl lieber Absolventinnen koedukativer

Studiengänge nehmen würden, da sie dann wüssten, die haben dieselbe Ausbildung wie Männer und haben auch gelernt, sich mit bzw. gegen Männern „durchzubeißen“. Die „monoedukativen“ Studentinnen hingegen vertraten die Meinung, dass die Absolventinnen monoedukativer Studiengänge zumindest derzeit noch einem höheren Erklärungsbedarf oder Rechtfertigungsdruck über ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen ausgesetzt seien. Unter der Voraussetzung, dass eine entsprechende Informationspolitik stattfindet und Kontakte und Kooperationen zwischen den Studiengängen und Firmen aufgebaut und verstärkt werden, war jedoch die Mehrzahl der Studentinnen der Meinung, dass Absolventinnen monoedukativer Hochschulangebote zumindest perspektivisch die gleichen, vielleicht sogar eher bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben würden als Absolventinnen aus koedukativen Studiengängen. Die geäußerten Einschätzungen der Fremdakzeptanz bei potentiellen Arbeitgebern (und Arbeitgeberinnen) lassen darauf schließen, dass hier nach wie vor die größten Probleme gesehen bzw. vermutet werden. Dies sind Probleme, die vor allem Vorurteile und Vorbehalte betreffen, mit dem Bildungsangebot selbst aber nur wenig zu tun haben. Sie verweisen in erster Linie auf die Notwendigkeit, bildungspolitische Entscheidungen eng mit flankierenden Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt zu verknüpfen, um ihren Erfolg nicht zu gefährden. Darüber hinaus heben sie besonders deutlich hervor, dass Akzeptanz nichts „Naturgegebenes“ ist, sondern immer erst hergestellt werden muss. Dieser „Herstellungsprozess“ erst wird es ermöglichen, nicht nur vermutete oder tatsächlich vorhandene Vorbehalte und Vorurteile potentieller

Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen abzubauen, sondern in der Folge auch offensichtlich noch vorhandene Scheren in den Köpfen potentieller Nutzerinnen oder anderer Gruppen zu überwinden.

#### 4.1.4. Akzeptanzfördernde Kriterien und Maßnahmen

Die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen, die hinter der Frage nach möglichen Kriterien oder Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz monoedukativer Studienangebote und deren Studentinnen bzw. Absolventinnen stehen, betreffen einerseits die Frage der „Qualitätskriterien“ der Studiengänge selbst und andererseits die Frage nach unterstützenden Maßnahmen im Prozess der Herstellung von Akzeptanz.

Dabei ist zu beachten: Der Fokus des Gutachtens liegt auf der Frage der Akzeptanz monoedukativer Studienangebote bei jungen Frauen. Daher wurde die Frage nach möglichen akzeptanzfördernden Kriterien oder Maßnahmen auch in erster Linie mit Blick auf die Attraktivität dieser Bildungsangebote für potentielle Nutzerinnen gestellt. Darüber hinaus wurde die Frage auf den Arbeitsmarkt erweitert, da eine fehlende Akzeptanz bei potentiellen Arbeitgebern unmittelbar das „Wahlverhalten“ potentieller Nutzerinnen beeinflussen kann. D.h. bildungspolitisch richtige und wichtige Studienangebote werden auch nur dann von potentiellen Nutzerinnen angenommen werden, wenn diese davon überzeugt sein können, damit auch eine gute Arbeitsmarktperspektive zu erhalten.

Da von den Zielgruppen selbst die Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt problematisiert wurde, ist es nur folgerichtig, ihre Vorstellung zur Erhöhung der Akzeptanz bei potentiellen Arbeitgebern und Arbeitge-

berinnen in die Betrachtung zu integrieren. Der eigentlich notwendige, ergänzende Blick von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen war nicht Gegenstand dieses Gutachtens, soll an dieser Stelle aber als Forschungsdesiderat hervorgehoben werden. Dies gilt auch für Kriterien oder Maßnahmen für (die Herstellung) eine(r) hochschulinterne(n) Akzeptanz.

Im Ergebnis zeigte sich: Von allen im Rahmen des Gutachtens interviewten Zielgruppen konnten erwartungsgemäß die Studentinnen der Frauenstudiengänge am konkretesten und am umfassendsten Kriterien und Maßnahmen benennen, die ihrer Ansicht nach die Akzeptanz monoedukativer Hochschulangebote fördern (würden). Auch die Schülerinnen und die „koedukativen“ Studentinnen griffen diese Frage auf, blieben in ihren Ausführungen aber relativ allgemein. Folgende Kriterien und Maßnahmen wurden übereinstimmend genannt:

- Um das Vorurteil, Frauenstudiengänge wären „Schonprogramme“ oder „Studiengänge-light“ zu entkräften und die Attraktivität monoedukativer Studiengänge für potentielle Nutzerinnen und deren Absolventinnen für potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen zu erhöhen, sollten, so die einheitliche Meinung in allen Zielgruppen, diese zumindest das gleiche Niveau und die gleichen fachlichen Ausbildungsinhalte haben, wie vergleichbare koedukative Studiengänge. Damit wird indirekt noch einmal die Präferenz eines Parallelstudiengangs hervorgehoben, denn nur in dieser organisatorischen Konzeption kann eine Vergleichbarkeit des Ausbildungsniveaus und der Ausbildungsinhalte gewährleistet werden.

- Dies bedeutet keineswegs, dass die jeweiligen Ausbildungsinhalte unverändert bleiben sollten. Die

Mehrzahl der Befragten verwies darauf, dass Studienreformaßnahmen wie eine Praxisorientierung und eine internationale Ausrichtung, die Attraktivität monoedukativer Studienangebote bei potentiellen Nutzerinnen steigern würden. Dies gilt ihrer Ansicht nach auch für die Attraktivität der Studentinnen und Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt.

- Teilnehmerinnen aus allen drei Zielgruppen verwiesen darauf, dass „Zusatzangebote“ zu der rein fachlichen Ausbildung ebenfalls akzeptanzfördernd wären. In diesem Zusammenhang wurden vor allem Kurse zur Förderung von sozialen Kompetenzen, Managementfähigkeiten oder kommunikativen Kompetenzen genannt. Diese Zusatzqualifikationen erhöhen vor allem die Akzeptanz der Absolventinnen auf dem Arbeitsmarkt, da diese damit nicht nur die fachlichen Kompetenzen, sondern auch die von der Industrie und Wirtschaft seit längerem eingeforderte „soft-skills“ mitbringen. Um mögliche Hemmschwellen potentieller Nutzerinnen vor einem technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Studium zu verringern, könnten darüber hinaus, so ein Vorschlag der „monoedukativen“ Studentinnen, in monoedukativen Studienangeboten zu Beginn des Studiums „Förderkurse“ oder „Vertiefungskurse“ eingerichtet werden, die mögliche fachliche Defizite ausgleichen und in kurzer Zeit aufholen lassen.

- Monoedukative Studienangebote sollten, so die Mehrzahl der „monoedukativen“ und einige der „koedukativen“ Studentinnen, in die jeweiligen technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche integriert sein und nicht isoliert werden oder sich selbst isolieren. Das Angebot oder die Förderung gemeinsamer Veranstaltungen, Pro-

jekte oder fachlicher Wettbewerbe mit Studierenden aus koedukativen Studiengängen würde auch die Attraktivität steigern. Außerdem könnte man damit zwei möglichen Vorurteilen aktiv vorbeugen bzw. begegnen: Vermutete Vorbehalte von potentiellen Nutzerinnen oder Interessentinnen, dass dort nur Frauen studieren, die vielleicht Angst davor haben, sich mit Männern zu messen, könnte man mit integrierten koedukativen Bausteinen entkräften. Vermutete Vorbehalte bei potentiellen Arbeitgebern, Frauen aus monoedukative Studiengänge hätten nicht gelernt, mit Männern umzugehen und könnten sich in (bislang noch) männerdominierten Betrieben und Unternehmen nicht durchsetzen, wären ebenfalls entkräftet. Für die Studentinnen selbst hätten solche Veranstaltungen oder gemeinsame Projekte zusätzlich den Vorteil, dass sie die Chance eröffnen würden, ihre fachliche Qualifikation mit denen der koedukativ Studierenden zu vergleichen. Auch für die hochschulinterne Akzeptanz und den Abbau gegenseitiger Vorbehalte wären gemeinsame Projekte von Vorteil.

- In allen drei Zielgruppen wurde mehrheitlich für eine deutlich stärkere Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit votiert, damit überhaupt Akzeptanz hergestellt werden kann. Potentielle Nutzerinnen müssen durch verstärkte Informationsveranstaltungen in Schulen erst einmal die Chance haben, von diesen Angeboten zu erfahren und sich ggf. mit deren Studentinnen auszutauschen. Potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen müssen darüber informiert werden, dass diese Studentinnen die gleiche fachliche Ausbildung erhalten wie Studierende in koedukativen Studiengängen und darüber hinaus noch Zusatzqualifikationen vorweisen

können. Notwendig ist aber auch, dass potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen mit diesen Studentinnen oder Absolventinnen positive Erfahrungen machen, um evtl. vorhandene Vorbehalte abbauen zu können. Frühzeitige Firmenkontakte, ein kontinuierlicher Austausch und enge Praktikums- oder Projektkooperationen zwischen den Studiengängen und Unternehmen können dabei unterstützende Maßnahmen sein. Darüber hinaus sahen einzelne Schülerinnen und Studentinnen in der Erstellung und stärkeren Verbreitung von Evaluationsergebnissen aus den Studiengängen selbst, aber auch über die Leistungen der Studentinnen und Absolventinnen im Berufsleben, wichtige flankierende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Ergebnisse, die sich hinsichtlich der Einschätzung akzeptanzfördernder Kriterien und Maßnahmen gezeigt haben, lassen darauf schließen, dass in der Öffentlichkeitsarbeit deutliche Defizite vermutet werden oder vorhanden sind. Dies wird dadurch bestätigt, dass die überwiegende Mehrzahl der befragten Schülerinnen, die alle aus Schulen an Hochschulorten kommen, an denen monoedukative Studienangebote existieren, diese nicht gekannt haben. Bei den eher inhaltlichen „Qualitätskriterien“ werden überwiegend Aspekte genannt, denen in einzelnen Modellen monoedukativer Studiengänge bereits Rechnung getragen wird. Andere Kriterien gilt es zu überdenken und ggf. perspektivisch in die jeweiligen Konzepte zu integrieren. Diese zu allgemeingültigen Kriterien zu erklären und in (weiteren) bildungspolitischen Planungen umzusetzen, wäre ein erstrebenswertes Ziel, da nicht nur die Attraktivität dieser Angebote für potentielle Nutzerinnen, sondern offensichtlich auch die



vermutete Attraktivität deren Absolventinnen für potentielle Arbeitgeber in einem engen Zusammenhang mit der inhaltlichen Ausgestaltung gebracht wird.

## 4.2. Handlungsempfehlungen

### 4.2.1. Ausweitung monoedukativer Studienangebote

Die beschriebenen positiven Erfahrungen und Erfolge mit bestehenden monoedukativen Studienangeboten in Deutschland, aber auch die Ergebnisse aus den Interviews lassen den Schluss zu: Monoedukative Studienangebote sind eine bildungspolitisch geeignete Maßnahme, um Zugangsschwellen gegenüber männlich dominierten Studiengängen zu verringern oder abzubauen. Die Studienentscheidung junger Frauen kann offensichtlich sehr wohl durch ein zielgruppenspezifisches und attraktives Angebot positiv in Richtung technischer oder ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge beeinflusst werden. Damit sind monoedukative Studienangebote ein wichtiger bildungspolitischer Baustein, um das gesamtgesellschaftliche Ziel, den Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in ingenieurwissenschaftlichen und technischen Studiengängen wie Berufsfeldern, zu erreichen. Eine Ausweitung dieser Studienangebote „in die Fläche“ kann nur empfohlen werden. Hierzu sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, monoedukative Studienangebote auch in den Bundesländern einzurichten, in denen es bislang kein entsprechendes Angebot gibt. Zu prüfen wäre, inwieweit eine Ausweitung dieser Angebote im Zuge allgemeiner Studienreformmaßnahmen auch auf Universitäten möglich ist.

### 4.2.2. Umsetzung und Qualitätskriterien

Bei der Einrichtung neuer, aber auch der Weiterführung bestehender, monoedukativer Studienangebote sollten die in den Interviews deutlich gewordenen akzeptanzfördernden inhaltlichen Kriterien Berücksichtigung finden. Dies gilt auch für die sichtbar gewordene Präferenz einer organisatorischen Umsetzung als Parallelstudiengang zu einem koedukativen Studiengang. Empfehlenswert wäre die Erstellung und Umsetzung eines allgemeingültigen „Kriterienkatalogs“ als qualitätssichernde Maßnahme, wie er bereits von der BLK (2002, S. 79) formuliert wurde.

### 4.2.3. Finanzielle Ressourcen und Förderung

Die Einrichtung monoedukativer Studienangebote kann nicht zum „Nulltarif“ erfolgen. Wie dargestellt, treffen monoedukative Hochschulangebote nicht selten auf hochschulinterne Durchsetzungsprobleme, insbesondere dann, wenn deren Einrichtung oder die Fortführung eines als Modellversuch eingerichteten Studiengangs innerhalb der Hochschule oder entsprechender Fachbereiche mit Fragen der Verteilung/Bindung von Ressourcen einhergehen. Hier ist ein Umdenken und ein unterstützendes Handeln dringend notwendig. Für Hochschulen, die monoedukative Studienangebote (auf Dauer) einrichten, müssten finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Erforderlich ist vor allem eine ausreichende Betreuung der Studentinnen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Die Vergabe von Lehraufträgen an Dozentinnen bzw. die zusätzliche Einrichtung mindestens einer Professorinnenstelle sollte ermöglicht werden.

### 4.2.4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Informationspolitik über monoedukative Studienangebote ist sowohl auf lokaler, regionaler wie überregionaler Ebene zu verstärken. Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, zu denen hier in den Interviews einige Vorschläge genannt wurden, müssen sich vor allem an die beiden Zielgruppen der potentiellen Nutzerinnen und der potentiellen Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen und nicht so stark wie bislang an die „Fachöffentlichkeit“ richten. Ohne eine entsprechende Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit kann keine breitere gesellschaftliche Akzeptanz für monoedukative Studienangebote hergestellt und kann auch keine ausreichende Anzahl zukünftiger Studentinnen gewonnen werden.

### 4.2.5. Forschungs- und Handlungsfelder

Die Forschungslage über monoedukative Studiengänge ist gut und die noch zu erwartenden Ergebnisse der bislang noch nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen Begleitforschungen an einzelnen Studienorten runden dieses Bild hinreichend ab. Weitere Forschung und bildungspolitische Aktivitäten sollten sich daher auf folgende Felder richten:

- Die Durchführung einer Studie über Erfahrungen von Unternehmen mit Studentinnen (z.B. im Praktikum) und Absolventinnen (als Berufseinsteigerinnen) monoedukativer Hochschulangebote und umgekehrt die Erfahrungen der Studentinnen und Absolventinnen mit und in Unternehmen (z.B. bei der Praktikums- oder Arbeitsplatzsuche bzw. im Praktikum und in der ersten Arbeitsstelle).
- Die Initiierung eines Programms zur Intensivierung der Kommunikation und Vernetzung zwischen den jeweiligen Studien-

gängen und Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, der Industrie und entsprechenden Berufsverbänden. Dieses Programm sollte mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung verbunden werden. Hiervon könnte auch eine Signalwirkung auf weitere Studienreformaßnahmen und auf die allgemeine Integration von Frauen in diesen Berufsbereichen ausgehen.

• Empfehlenswert wäre auch, bisherige Erfahrungen in den bereits erfolgreich existierenden monoedukativen Studienangeboten, aber auch in den „gescheiterten“ Vorhaben zu bündeln und einer gemeinsamen Betrachtung und Auswertung zu unterziehen. Der eigentlich notwendige und ergänzende Blick von Seiten der Vertreter und Vertreterinnen der jeweiligen (realisierten oder geplanten) Hochschulangebote ist für die Erarbeitung von Qualitätskriterien für (weitere) monoedukative Studienangebote, aber auch für Fragen der Herstellung einer hochschulinternen Akzeptanz wichtig. Ein solcher Austausch könnte z.B. ebenfalls in Form eines „Runden Tisches“ erfolgen und mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung verbunden werden.

#### Literatur

- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Frauenstudiengänge in Ingenieurwissenschaften und Informatik – Chancen für die Zukunft. Dokumentation der Fachkonferenz vom 14.-15. Dezember 1999 in Bonn.
- BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hg.): Frauen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung Heft 10, Bonn 2002.
- DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Arbeitskräftemangel trotz hoher Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung Herbst 2001.
- Glöckner-Rist, A./Mischau, A.: Wahrnehmung und Akzeptanz von Frauenhochschulen und Frauenstudiengängen in Deutschland. Eine empirische Studie, Baden-Baden 2000.
- Kahle, I./Schaeper, H.: Bildungswege von Frauen. Vom Abitur bis zum Berufseintritt, hrsg. v. Hochschul-Informations-System (HIS), Hannover 1991.
- Kahlert, H./Mischau, A.: Neue Bildungswege für Frauen. Frauenhochschulen und Frauenstudiengänge im Überblick, Frankfurt/New York 2000.
- Knapp, G.-A./Gransee, C.: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des „Frauenstudiengangs Wirtschaftsingenieurwesen“ an der Fachhochschule Wilhelmshaven, Hannover 2002.
- Komoß, R.: Modellstudiengang Internationaler Frauenstudiengang Informatik (IFI) an der Hochschule Bremen. 1. Zwischenbericht, Bremen 2001.
- Komoß, R.: Arbeitsbericht zum Internationalen Frauenstudiengang Informatik in Bremen, unveröffentl. Manuskript, Bremen 2002.
- Kompetenzzentrum frauen in informationsgesellschaft und technologie (Hg.): Innovative Studienreformprojekte für Frauen, Bielefeld 2002.
- Minks, Karl-Heinz: Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Ein Vergleich der Berufsübergänge von Absolventinnen und Absolventen. Hrsg. v. der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), Hannover 1996.
- Preuss, E.: Die Frau als Manager: Vorurteile, Fakten, Erfahrungen, 1997.
- Ruchatz, T.: VDI-Nachrichten, Nr. 42, 1993, S. 5.
- Schwarze, B.: Studienreform-Maßnahmen für Frauen im Ingenieur- und Informatikstudium, Vortragsmanuskript, Bielefeld 2001.
- Schwarze, B.: Reformimpulse für Frauen in Ingenieur- und Naturwissenschaften nutzen – Wettbewerb und Benchmarking um die Besten im Lande, unveröffentl. Manuskript, Bielefeld 2002.
- Statistisches Bundesamt: Bildung im Zahlenspiegel 2001, Wiesbaden 2001.
- Sordon, E.: Frauen in Führungspositionen in Großunternehmen, 1995.
- Tischer, U.: Arbeitsmarkt für Akademikerinnen – Entwicklungen, Tendenzen, Handlungsfelder, in: Vorbereitungsgruppe Hannover (Hg.): 23. Kongreß von Frauen in Naturwissenschaft und Technik, 9. bis 11. Mai 1997 in Hannover. Dokumentation, Darmstadt 1997, S. 43-49.
- VDI – Verein Deutscher Ingenieure (Hg.): Ingenieure und Ingenieurinnen in Deutschland. Situation und Perspektiven, Düsseldorf 2002.
- Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform im Land Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ingenieurinnen erwünscht! Handbuch zur Steigerung der Attraktivität ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge für Frauen, Bochum 2002.

*Anina Mischau*  
*Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum (IFF)*  
*Universität Bielefeld,*  
*Postfach 100131, 33501 Bielefeld*  
*Email: anina.mischau@uni-bielefeld.de*

## Feministische Mädchenarbeit gestern und heute

*Vor gut 30 Jahren begannen Pädagoginnen feministische Mädchenarbeit als ein eigenständiges pädagogisches Prinzip zu entwickeln. Die feministische Mädchenarbeit wird bis heute immer wieder neu von Theoriedebatten der Frauen- und Geschlechterforschung beeinflusst; eine „Beeinflussung“ die sie selbst immer wieder zur kritischen Reflexion ihrer eigenen theoretischen Prämissen und Praxis „zwingt“. Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht die Frage, ob und wie die beiden Theorierichtungen der Konstruktion bzw. De- Konstruktion von Geschlecht in die Praxis feministischer Mädchenarbeit und die Diskurse ihrer Akteurinnen Eingang gefunden haben. Ausblickend wird skizziert, inwieweit der theoretische Ansatz eines geschlechtshierarchischen Verdeckungszusammenhangs neue Anregungen für die pädagogische Praxis und für einen anderen Umgang mit der Kategorie „Mädchen“ geben kann.*

### 1. Grundlagen und Prämissen in den Anfängen der feministischen Mädchenarbeit

Die theoretischen Grundlagen feministischer Mädchenpolitik- und Mädchenarbeit bauen auf der in den 1970er Jahren entwickelten feministischen Theorie und Gesellschaftsanalyse auf, die sich nach einem Buchtitel von Ursula Scheu (1977) folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Wir werden nicht als Mädchen geboren – wir werden dazu gemacht.“ Zwei Erkenntnisse dieser (frühen) feministischen Gesellschaftsanalyse prägten lange Zeit die theoretische wie praktische Entwicklung der feministischen Mädchenarbeit, die in ihren Anfängen auch als „kleine Schwester der Frauenbewegung“ bezeichnet wurde (vgl. Boller/Mirsch 1996). Diese waren:

1. dass die in der BRD vorherrschende Gesellschaftsform als Patriarchat zu bezeichnen war und ist, und dass zur Aufrechterhaltung dieses Machtsystems offene und subtile Gewalt angewendet wurde und wird, und
2. dass das gesellschaftliche hierarchische Geschlechterverhältnis komplexe Folgen für das Leben von Frauen und Mädchen hat.

Die Veränderung bzw. Überwin-

nung geschlechtshierarchischer, patriarchaler Machtstrukturen in der Gesellschaft avancierte daher auch in der Selbstdefinition der feministischen Mädchenpolitik zu einem zentralen Ziel. Sie beschränkt sich dabei nicht nur auf die Benennung der Reduzierung, Diskriminierung und Zurichtung des weiblichen Geschlechts, sondern versucht darüber hinaus zu ergründen, wie die bestehenden Strukturen die Abwertung und Funktionalisierung von Frauen und Mädchen und die Herstellung der männlichen Gattung als über Frauen verfügende Herrschende ermöglichen (vgl. Heiliger 1993). In den 1980er Jahren beeinflussten die psychoanalytische Identitätstheorie von Nancy Chodorow und das kognitionstheoretische Konzept der weiblichen Moral von Carol Gilligan die Praxis und Konzeptentwicklung der Mädchenarbeit sehr stark (vgl. Chodorow 1986, Gilligan 1991). Durch sie wurden weitere wichtige Aspekte und Prämissen der feministischen Mädchenpolitik, die bereits in ihren Anfängen formuliert wurden, konkretisiert. Diese sind: die Entwicklung der eigenständigen und unabhängigen Persönlichkeit von Mädchen, ihrer Individualität, Ganzheitlichkeit und Selbstbestimmtheit, die Gewährleistung ih-

rer körperlichen und seelischen Integrität und ihrer Widerstandskraft, die positive Bewertung von Weiblichkeit jenseits patriarchaler Normen, sowie die Unterstützung bei der Überwindung und Heilung von oft schon erfolgten tiefen Verletzungen. Die Umsetzung dieser somit gleichsam als Ziele einer feministischer Mädchenpolitik formulierten Prämissen erfolgen in der Praxis der feministischen Mädchenarbeit:

- durch das Aufzeigen und Entlarven des Mythos von männlicher Stärke und Überlegenheit und der Ideologie von der Allgemeingültigkeit patriarchaler Normen;
- im Aufbrechen der Magie der Unterwürfigkeit und der Zerstörung der Idee von auswegloser Abhängigkeit und Angewiesenheit von Mädchen und Frauen auf das männliche Geschlecht und
- durch ein präventives Eingreifen in den Prozess der Aneignung von weiblichen Rollenbildern und Rollenausgestaltung und Zurichtungsmechanismen (vgl. Heiliger 1993).

Das für die Anfänge der Frauenforschung formulierte Postulat der Parteilichkeit (vgl. Mies 1984) entwickelte sich sehr schnell auch zum

politischen und pädagogischen Prinzip der feministischen Arbeit mit Mädchen.<sup>1</sup> Parteilichkeit wurde von Mitarbeiterinnen in Frauen- und Mädchenprojekten als Kernstück ihrer grundsätzlichen Frauenorientierung benannt, wobei die parteiliche Haltung der Pädagogin nicht etwa so verstanden werden sollte, dass die Pädagogin vorbehaltlos alles, was Mädchen machen, als gut und richtig erachten muss. Sie beinhaltet vielmehr, dass sie die Mädchen als Unterdrückte und Gewordene in ihrem Ist-Zustand vorurteilsfrei annimmt (vgl. Klees/Marburger/Schumacher 1989).

Zentrale Aspekte der parteilichen Haltung einer Pädagogin sind demnach:

- Mädchen zum Mittelpunkt des pädagogischen Handelns zu machen;
- den Mädchen jegliche Unterdrückung von Frauen und Mädchen aufzuzeigen und diese zu bekämpfen;
- das Empfinden, Denken, Handeln und Verhalten der Mädchen zum jetzigen Zeitpunkt als das maximal Mögliche zu akzeptieren und wertzuschätzen;
- die Bedürfnisse, Interessen, Wünsche, Lebensvorstellungen und Zukunftspläne von Mädchen aus deren Perspektive wahr und ernst zu nehmen;
- pädagogische Hilfe zum Entdecken der eigenen Bedürfnisse und Interessen der Mädchen, zum Erwerb und zur Erweiterung der Fähigkeit zur Selbst-Definition und Selbst-Organisation und zur Durchsetzung ihrer Belange anzubieten;
- ganzheitliche Gegenerfahrungen zu alltäglichen Diskriminierungen zu ermöglichen, damit das Selbstvertrauen der Mädchen wächst, um beispielsweise eigene Lebenspläne zu entwerfen,

oder über vorhandene Lebenspläne eigenständig entscheiden zu können.

Die parteiliche Haltung der Pädagogin beinhaltet damit, dass sie sich in ihrer Zielsetzung, ihrem Verhalten und Handeln an die Seite der Mädchen stellt, mit der Absicht, der täglichen offenen und subtilen Diskriminierung von Frauen und Mädchen entgegenzuwirken (vgl. Klees/Marburger/Schumacher 1989). Ein wesentlicher Punkt der Parteilichkeit als pädagogischem Grundsatz ist, dass Frauen und Mädchen aus der Opferrolle herausgeführt werden und von individuellen Schuldzuschreibungen, z. B. bei Gewalterfahrungen, befreit werden (vgl. Bitzan 1993a). Parteilichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass die gesellschaftliche Zuordnung von Eigenschaften, Fertigkeiten und Fähigkeiten von Menschen in „weibliche“ und „männliche“ und die sich anschließende Abwertung weiblicher Eigenschaften und Kompetenzen, durchbrochen und überwunden werden muss. Da im feministisch-pädagogischen Ansatz davon ausgegangen wird, dass menschliche Eigenschaften und Kompetenzen nicht an einen männlichen oder weiblichen Körper gebunden sind, ist es einerseits Aufgabe einer feministischen Mädchenarbeit, den Mädchen Handlungsspielräume zu eröffnen, in denen sie sich sogenannte männliche Eigenschaften und Kompetenzen aneignen können, da diese Kapazitäten bislang nur durch die Erziehung zur Weiblichkeit in ihrer Person unterdrückt wurden. Andererseits ist es aber auch notwendig, die sogenannten weiblichen Fähigkeiten der Mädchen aufzuwerten, um so das Selbstvertrauen, und das Selbstwertgefühl der Mädchen zu stärken. Damit diese pädagogischen Ziele erreicht werden können, bedarf es einerseits Pä-

dagoginnen, die sich der formulierten Parteilichkeit „verpflichtet fühlen“ (vgl. Klees/Marburger/Schumacher 1989), andererseits aber auch neue (Frei-)Räume für eine solche parteiliche pädagogische Arbeit.

Konsequenterweise avancierte damit der Anspruch, dass feministische Mädchenarbeit in geschlechtshomogenen Räumen und Gruppen stattfinden sollte, zu einer weiteren zentralen Prämisse des eigenen Selbstverständnisses. Als Vorteil einer pädagogischen Arbeit mit Mädchen in geschlechtshomogenen Gruppen und Räumen wurde angesehen, dass die Mädchen lernen können, sich gegenseitig wahrzunehmen und anzuerkennen. Durch die Abwesenheit von Jungen entfällt die ständige Präsenz männlicher Werte, Normen, Erwartungen und Anforderungen. Dass die geschlechtshomogenen Gruppen und Räume frei von Jungen sind, bedeutet zwar nicht, dass das Klima in der Mädchengruppe zwangsläufig harmonisch ist, doch sind Mädchen in gleichgeschlechtlichen Gruppen eher bereit, sich mit ihrer persönlichen Eigenart und der Art anderer Mädchen auseinander zu setzen. Hier können sie eigenen Bedürfnissen, Empfindungen, Interessen, Kränkungen und Verletzungen Beachtung schenken, untereinander Probleme und Schwierigkeiten austauschen und sich darüber gegenseitig anerkennen und bestätigen. In geschlechtshomogenen Gruppen besteht für die Mädchen die Möglichkeit, sich von gesellschaftlichen Rollenzuweisungen zu lösen. Diesen Freiraum können sie nutzen, um neue Verhaltensweisen auszuprobieren, ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und dadurch ihr Selbstbewusstsein und ihr Selbstvertrauen in ihre eigene Kompetenz zu stärken. Mädchen, die so gestärkt in den Alltag gehen, können, so die

Annahme, mit den sie alltäglich umgebenden unterdrückenden Strukturen anders umgehen (vgl. Klees/Marburger/Schuhmacher 1989).

## 2. Neuere theoretische Einflüsse auf die feministische Mädchenarbeit

Die feministische Mädchenarbeit wird bis heute – und dabei gleichsam immer wieder von neuem – von theoretischen Strömungen aus der Frauen- und Geschlechterforschung beeinflusst; eine „Beeinflussung“ die die feministische Mädchenarbeit selbst immer wieder zur kritischen Reflexion ihrer theoretischen Prämissen und ihrer praktischen Umsetzung „zwingt“. Seit Anfang der 1990er Jahre haben die beiden Theorierichtungen der Konstruktion bzw. Dekonstruktion von Geschlecht zunehmend Eingang in und Einfluss auf die Diskurse und Theorieentwicklungen der deutschen Frauen- und Geschlechterforschung gefunden. Mögliche Konsequenzen dieser theoretischen Debatten und des damit einhergehenden Perspektivenwechsels auf die feministische Mädchenarbeit wurden bislang noch wenig beachtet und diskutiert. In den folgenden Abschnitten 3 und 4 soll diese Diskussion aufgenommen und einige zentrale und weiterführende Gedanken reflektiert werden. Zunächst jedoch werden noch einmal die Theorierichtungen der Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht zusammenfassend skizziert.

### 2.1. Theorieansätze zur (De-)Konstruktion von Geschlecht

(De-)konstruktivistische Theorieansätze finden ihren Ausgangspunkt darin, dass sie die in der westlichen Welt vorherrschende Alltagstheorie der kulturellen Zweigeschlechtlichkeit in Frage stellen; eine Alltags-

theorie, die davon ausgeht, dass die Geschlechtszugehörigkeit eindeutig, naturhaft und unveränderbar ist: Im täglichen Umgang wird ohne bewusstes Überlegen impliziert, dass jeder Mensch entweder weiblich oder männlich ist, und dass das Geschlecht im Umgang eindeutig erkennbar ist (Eindeutigkeit). Im Weiteren sei die Geschlechtszugehörigkeit körperlich begründet (Naturhaftigkeit) und gelte als angeboren und könne sich nicht ändern (Unveränderbarkeit). Diesem „unreflektierten“ Alltagsdenken zufolge, „haben“ Menschen ihr Geschlecht also ein Leben lang, sie sind Männer und/oder Frauen, Mädchen und/oder Jungen. Es besteht weder die Möglichkeit, einem anderem als dem männlichen oder weiblichen Geschlecht anzugehören, noch gibt es die Möglichkeit, gar keinem Geschlecht anzugehören oder das Geschlecht zu wechseln (vgl. Kessler/McKenna 1978).

Der Theorieansatz zur Konstruktion von Geschlecht, wie er im deutschen feministischen Kontext verwendet wird, steht in der Theorie- und Forschungstradition der Ethnomethodologie, die ihr Forschungsinteresse auf die interaktive Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit richtet. Auf der Ebene von Alltagswissen und Alltagshandeln fragt sie nach den Konstruktions- und Selbstkonstruktionsprozessen von Geschlechtszugehörigkeit bei InteraktionsteilnehmerInnen. Die ethnomethodologische Geschlechtersoziologie fand ihren Ausgangspunkt bei Garfinkel (1967) und seiner Studie über „Agnes“, einer Mann-zu-Frau Transsexuellen. Dem ethnomethodologischen Selbstverständnis folgend, die eigene Gesellschaft hinsichtlich ihrer alltagsweltlichen Normalität zum erklärungsbedürftigen Gegenstand zu machen, analysierte

Garfinkel mit dieser Studie das Geschlecht zum ersten Mal als sozial produzierte Kategorie. 1978 wurde dann die erste explizit feministisch ausgerichtete ethnomethodologische Studie von Susanne J. Kessler und Wendy McKenna vorgelegt. In ihrem Buch „Gender. An Ethnomethodological Approach“ geht es den Autorinnen um eine generelle Perspektive auf die Konstruktion von Geschlecht in heutigen Gesellschaften. Dabei konkretisieren die beiden Autorinnen den Begriff des „doing gender“, ein Begriff, der in den darauf folgenden Diskursen der Frauen- und Geschlechterforschung den Weg zu einem völlig neuen Verständnis von „Geschlecht“ eröffnen und prägen sollte.

Der Theorieansatz der sozialen Konstruktion von Geschlecht geht davon aus, dass Geschlecht nicht etwas ist, was Individuen haben oder sind, sondern etwas, was sie tun. Danach wird Geschlecht in jeder alltäglichen Interaktion durch den Prozess der Geschlechtsdarstellung, der Geschlechtswahrnehmung und der Geschlechtszuschreibung konstruiert, wobei das wahrnehmende und einordnende Gegenüber den Hauptteil der „Konstruktionsarbeit“ leistet. In diesem Ansatz werden gesellschaftliche Machtverhältnisse auf die Ebene der sozialen Kontrolle von InteraktionsteilnehmerInnen verlagert und sozialstrukturelle Bedingungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der sozialen Handlungen von Individuen betrachtet (vgl. Wartenpfehl 1996). Aus dieser Sichtweise heraus ist Geschlecht nicht etwas, was wir „haben“ oder sind, sondern etwas, was wir machen (vgl. Hagemann-White 1993). In der westlichen Welt bewegen und verständigen wir uns nicht nur in einem „symbolischen System der Zweigeschlechtlichkeit“ (Hagemann-

White 1984), sondern wir wirken bei dessen kultureller Konstruktion täglich mit (vgl. Hagemann-White 1993). Bei der täglichen Interaktion handeln Individuen geschlechtlich, dabei konstruieren sie eine Sozialordnung und Systeme von Dominanz und Unterordnung (vgl. Lorber 1987). Wenn die Individuen täglich in der Interaktion beim „doing gender“ die Zweigeschlechtlichkeit herstellen, vollziehen und bestätigen sie deren immanente Hierarchie. Diese Hierarchie beinhaltet, dass die Höherwertigkeit des Männlichen in der Interaktion symbolisch als Dominanz und Weiblichkeit als Subordination vollzogen wird, dass also Individuen täglich bei der Fortschreibung patriarchaler Ungleichheit mitwirken (vgl. Hagemann-White 1993).

Im Gegensatz zur Idee der Eigenverantwortlichkeit der Individuen bei der interaktiven, normativen Herstellung von Geschlecht geht der dekonstruktive Ansatz nach Butler (1991) – in Anlehnung an Foucault (1979) – davon aus, dass durch Sprache die Konstruktion von Geschlecht hervor gebracht wird. Butler verfolgt hierbei den Prozess, in dem Sprache die Konstruktion von Geschlecht jeweils hervorbringt und dabei zugleich als ontologische Kategorie wieder verschleiert. Butler räumt damit der Sprache einen wahrheits- und wirklichkeitserzeugenden Status ein. Das bedeutet, dass die Sprache, in der wir denken und die auch die Sprache jener kritischen Diskurse ist, schon immer von den Machtstrukturen der Gesellschaft durchdrungen ist und diese zwar ungewollt, aber wirksam, reproduziert. In diesen vorhandenen Machtverhältnissen wird auch Sexualität konstruiert und es gibt kein vor, außerhalb oder jenseits dieser Macht (Butler 1991). Foucault (1979) richtete sein Augen-

merk darauf, wie sich „der Gebrauch der Lüste“ im Verlauf der Geschichte veränderte und wie die Körperidentitäten kulturell geprägt wurden. Butler geht darüber hinaus: Der Körper wird ihrer Ansicht nach nicht nur überformt, sondern existiert nur im und durch den Diskurs. Während jedoch bei Foucault die Beschreibung der Materialität als unkenntlich gewordene Wirkung von Macht eine erkenntnisreiche Pointe hat und die Limitiertheit unseres Erkenntnisvermögens beschreibt, nimmt diese Argumentation bei Butler eine ontologische Richtung: Für Butler existiert keine vorgegebene Natur. Ihr zufolge sind natürliche Gegebenheiten Materialisierung diskursiver Praktiken (vgl. Butler 1991). Damit verwendet sie den Begriff des „Konstruierens“ im Sinne von „erzeugen“ (Nagl-Docekal 1999).

Aus dieser Perspektive ist es folgerichtig, die Behauptung aufzustellen, dass nicht nur „gender“ also das soziale Geschlecht, sondern auch „sex“, also das biologische Geschlecht, performativ hergestellt wird. In diesem Zusammenhang ist Geschlechtsidentität weder wahr noch falsch, weil sie auf keiner inneren Identität mehr beruht. Geschlechtsidentität ist diesem Diskurs zufolge eine auf den Körper geschriebene „Phantasie“. So schreibt Butler (1991): „Wenn die innere Wahrheit der Geschlechtsidentität eine Fabrikation/Einbildung ist und die wahre Geschlechtsidentität sich als auf der Oberfläche der Körper instruierte und eingeschriebene Phantasie erweist, können die Geschlechtsidentitäten scheinbar weder wahr noch falsch sein. Vielmehr werde sie lediglich als Wahrheits-Effekte eines Diskurses über die primäre, feste Identität hervorgebracht.“ (ebd., S. 201).

Die Kritik des dekonstruktiven

Theorieansatzes an der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht geht über den theoretischen Konstruktionsansatz der Kategorie Geschlecht insofern hinaus, da er einen normativen Zusammenhang zwischen Geschlechtszugehörigkeit und Heterosexualität herstellt. Butler (1991) stellt die gesellschaftliche vorgegebene heterosexuelle Matrix in Frage. Die gesellschaftliche sanktionierte Funktion der Heterosexualität ist, dass sie die Kontrolle der Sexualität sichert und damit die Reproduktion der Gesellschaft erhält. Dieses geht einher mit der Ausgrenzung von Homosexualität, da diese im Sinne der Reproduktion nicht sinnvoll ist. Demnach ist Heterosexualität eine spezielle Variante der Sexualität, aber keine natürliche Notwendigkeit von zwei binär organisierten Körpern.

Beide Theorieansätze gehen davon aus, dass die Geschlechtszugehörigkeit nicht biologisch vorgegeben ist, sondern durch wiederholte Handlungen und Darstellung normativer, kultureller Vorgaben hergestellt wird. In diesem Zusammenhang hat Butler die Idee „Parodie als Politik“ entwickelt. Durch eine Verschiebung der symbolischen Systeme „Männlichkeit“ bzw. „Weiblichkeit“, durch subversive Wiederholungen, kann eine Neuverhandlung sowie eine Erweiterung von geschlechtlichen Zuschreibungs- und Darstellungsformen geschehen. Butler bezieht sich an dieser Stelle auf Geschlechterparodie, Travestie sowie auf Stilisierungen sexueller Identitäten, wie sie im angloamerikanischen Umfeld der „queer politics“ entwickelt wurden (vgl. Butler 1991). Durch die Theorien der (De-) Konstruktion von Geschlecht wird die Frage aufgeworfen, worauf das feministische Identitätssubjekt „Frau“ denn beruht, wenn Weiblichkeit an keinen weiblichen Kör-

per gebunden ist (vgl. Hagemann-White 1993, Butler 1991); eine Frage mit weitreichenden Folgen nicht nur für den feministischen Theoriediskurs, sondern auch für eine feministische Politik oder Praxis z.B. in der Mädchenarbeit.

### 3. Auswirkungen des Perspektivenwechsels auf die feministische Mädchenarbeit

Unter Bezugnahme auf die theoretischen Ansätze der (De-)Konstruktion stellen sich für die Mädchenarbeit derzeit u.a. folgende Fragen: Was ist oder macht überhaupt ein Mädchen aus? Und welche Auswirkungen hat dieses nicht mehr eindeutige Wissen darüber, was ein Mädchen ausmacht, auf die Pädagogik in der Mädchenarbeit? Mit diesen Fragen steht das Verhältnis zum anderen Geschlecht – bisher strukturell ein sehr wichtiger Punkt für die Theorie der feministischen Mädchenarbeit – wieder zur Disposition.

Eine Auseinandersetzung über mögliche Konsequenzen des Perspektivenwechsels, der sich aus den Theorien der (De-)Konstruktion von Geschlecht für die Praxis feministischer Mädchenarbeit ergibt oder ergeben könnte, scheint dringend notwendig. Dies vor allem in folgender Hinsicht: Bisher wurde in der Mädchenarbeit von der Möglichkeit einer eindeutigen Definition von „Mädchen“ ausgegangen. Diese Eindeutigkeit wird durch die konstruktivistische wie die dekonstruktivistische Theoriediskussion in Frage gestellt. Feministische Mädchenarbeit muss sich dem „Vorwurf“ stellen, dass sie bislang Differenzen innerhalb des Begriffes „Mädchen“ vernachlässigt und sich zudem an der Affirmation des binären Geschlechtersystems beteiligt habe (vgl. Voigt-Kehlenbeck 2001). Darüber hinaus scheint auch die

Legitimation der in der feministischen Mädchenarbeit bisher zentral verfolgten Maxime, die pädagogische Arbeit in geschlechtshomogenen Gruppen, durch die konstruktivistische und dekonstruktivistische Theoriediskussion neu zur Disposition gestellt. Auch deshalb muss sich die feministische Mädchenarbeit einem kritischen Selbstreflexionsprozess stellen und eine neue Positionsbestimmung vornehmen. Mögliche Konsequenzen der konstruktivistischen und der dekonstruktivistischen Perspektive auf die Mädchenarbeit zu skizzieren und damit Ansatzpunkte und Anregungen für weitergehende Diskussionen zu beschreiben, ist das Anliegen der folgenden Betrachtung.

#### 3.1. Mögliche Auswirkungen der Ansätze zur (De-)Konstruktion von Geschlecht auf die feministische Mädchenarbeit

Ein zentrales Prinzip der feministischen Mädchenarbeit war es bisher, Weiblichkeit aufzuwerten. Dieses beinhaltete u.a., dass Geschlechtshomogenität in der Mädchenarbeit eine wichtige Stellung einnahm. Durch die aktuellen gesellschaftlichen Einflüsse auf die Kategorie Geschlecht hat sich herausgestellt, dass die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zum Teil geringer sind als beispielsweise zwischen privilegierten und nicht privilegierten Mädchen. Bei der Anwendung der (de-) konstruktivistischen Theorien auf die feministische Mädchenarbeit geht es nicht darum, eine ganz neue Mädchenarbeit zu erfinden, sondern um eine Weiterentwicklung des feministisch-pädagogischen Ansatzes.

Die (De-)Konstruktionsansätze könnten insoweit Auswirkungen auf die Praxis der feministischen Mädchenarbeit zeigen, als eine veränderte Haltung gegenüber Mäd-

chen eingenommen, und der Ausschluss von Jungen aufgehoben wird. Für die Angebote in der Praxis würde dies bedeuten, dass sie zwar weiterhin an den Interessen der Mädchen ausgerichtet würden; die Frage der Geschlechtszugehörigkeit jedoch marginalisiert würde. Um diesen Umgang mit der Kategorie Geschlecht angemessen in einen pädagogischen Begriff zu fassen, plädiert z.B. Voigt-Kehlenbeck (2001) für eine Weiterentwicklung der geschlechtsdifferenzierenden Pädagogik hin zu einer geschlechterreflektierenden Pädagogik: „Eine geschlechterreflektierende Pädagogik gibt den Verweis auf die besonderen Probleme und Unterstützungsbedürftigkeit von Mädchen auf und konzentriert sich statt dessen auf den Unterstützungsbedarf im Prozess der Herstellung im Prozess des doing gender.“ (Voigt-Kehlenbeck 2001, S. 251).

Damit erlangt die kritische Reflexion der und die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des Herstellungsprozesses des „doing gender“, eine zentrale Bedeutung innerhalb einer geschlechterreflektierenden Pädagogik. Was ist darunter zu verstehen? In der westlichen Kultur besteht für Individuen die Notwendigkeit, sich innerhalb einer durch die Zweigeschlechtlichkeit geprägten „Alltagskultur“ als ein Geschlecht inszenieren zu müssen. Diese Inszenierung des weiblichen oder männlichen Geschlechts trägt zugleich aber auch zur Ausweitung, Verunsicherung und Wandlung des Geschlechterverhältnisses selbst bei. Der Prozess der Herstellung der Geschlechtsidentität birgt auf der einen Seite das Potenzial zur Veränderung der Geschlechter und zur Auflösung eindeutiger Geschlechtszuschreibungen. Auf der anderen Seite wird damit aber auch das Konfliktpotenzial benannt, worin die

Bewältigung der Schwierigkeiten und Widersprüche der Geschlechtszuschreibungen für die einzelne Person liegt. Die Herausforderung an eine geschlechterreflektierende Pädagogik liegt in der Begleitung der Kinder und Jugendlichen bei diesem Prozess. Wenn die Herstellung der Geschlechtsidentität als zentrale Bewältigungsanforderung gesehen wird, die als ständiger Zwang zur Selbstinszenierung bzw. Selbststilierung wirksam wird, so stellt diese Perspektive neue Anforderungen an eine feministische Mädchenarbeit (vgl. Voigt-Kehlenbeck 2001).

Es kann davon ausgegangen werden, dass jeder Mensch unabwendbar seine Geschlechtsidentität eigenständig herstellen muss, dabei bleibt der Einzelne lebenslangen Veränderungen unterworfen (vgl. Maihofer 1995). Bei dem Bewältigungsprozess der jeweiligen Herstellung des „doing gender“ sollte eine begleitende Sozialpädagogik eine Haltung der begleitenden Offenheit einnehmen (vgl. Voigt-Kehlenbeck 2001). Dies bedeutet: Es ist notwendig, sich von der Vorstellung zu verabschieden, dass Menschen eine stabile Geschlechtsidentität erreichen und lebenslang haben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Individuen mit lebenslangen variablen und diversen Selbstentwürfen jonglieren (vgl. Bilden/Keupp 1989). Für die pädagogische Praxis könnte daraus folgen, dass die pädagogische Begleitung der AdressatInnen nicht mehr auf die Stabilisierung von Geschlechtsidentität ausgerichtet sein kann. Stattdessen muss berücksichtigt und anerkannt werden, dass die Identität von Menschen wandlungsfähig ist, und Widersprüche der Geschlechterzuschreibung immer neu bewältigt, variiert und ausgehandelt werden müssen. Dies hat aber auch zur Folge, dass die zu bewältigenden Kon-

flikte jeder einzelnen Person ggf. auch zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Unterstützungsleistungen erfordern (vgl. Voigt-Kehlenbeck 2001). „Das *doing gender* (Hervorhebung im Original) lässt deutlich werden, dass grundsätzlich von einer konflikthaft und widersprüchlich angelegten Geschlechterordnung auszugehen ist, die für beide Geschlechter eine Bewältigungsstruktur darstellt. Methodisch erfordert eine geschlechterreflektierende Haltung nicht nur eine sorgfältige Analyse der jeweils divergierenden Problemfelder der verschiedenen Mädchen- beziehungsweise Jungenlebenswelten.“ (Voigt-Kehlenbeck 2001, S. 251f.)

Diese veränderte Sichtweise auf Geschlechtsidentität hat auch spezifische Auswirkungen auf die pädagogische Professionalität. Da nicht mehr davon gesprochen werden kann, „das brauchen Mädchen“ oder „das brauchen Jungen“, muss der Blick stärker auf die Unterschiede bei der Herstellung der Geschlechtsidentität in den Geschlechtergruppen selbst gerichtet werden, also z.B. auf Unterschiede im Herstellungsprozess zwischen privilegierten und nicht-privilegierten Mädchen oder Jungen. Für das pädagogische Fachpersonal ist die Selbstreflexion eine sehr wichtige Voraussetzung, um eine adäquate pädagogische Haltung einnehmen zu können, die dem „Klientel“ vor allem einen (pädagogischen) Raum anbietet, in dem dieses die Herstellung von Geschlechtsidentität ausprobieren kann, damit eine Gleichzeitigkeit von Veränderung, Wandel und Problemlösung stattfinden kann. Für Pädagoginnen bedeutet dies, dass eine pädagogische Begleitung immer zwischen den Erfordernissen pädagogischer Unterstützungsleistungen und der Bereitstellung von pädagogischen Freiräumen

schwanken wird. „Diese Kunst, die Konflikte und Probleme der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit der Zuschreibung qua Geschlecht zu erkennen – und ihnen zugleich Raum für eigene Lösungsversuche zu gewähren – ist meines Erachtens die eigentliche Professionalisierungsherausforderung einer geschlechterreflektierenden Pädagogik“. (Voigt-Kehlenbeck 2001, S. 252)

Am Beispiel von lesbischen Mädchen wird ein zentraler Aspekt der möglichen Auswirkungen der Dekonstruktion von Geschlecht auf die feministische Mädchenarbeit in Zusammenhang mit der „Queer Theory“ deutlich. Diese<sup>2</sup> bietet eine theoretische Grundlage, die es gestattet, Geschlecht und Sexualität von einer dekonstruktiven Sichtweise her zu analysieren. Bisher wurde die Kategorie Sexualität in der Mädchenarbeit, verstanden als heterosexuelle Norm, zumeist nicht weiter kritisch hinterfragt. Sexualität war auf das System der Zweigeschlechtlichkeit gestützt und dabei mit vielen für selbstverständlich gehaltene Normen und Werten verbunden. Durch die „Queer Theory“ wird der Effekt des Natürlichen der (Hetero-) Sexualität in Frage gestellt. Dabei ist Queer keineswegs als neue sexuelle Identität im vertrauten Sinne zu verstehen, also als Folge von Heterosexualität, sondern wird jenseits von Identitätsstrukturen, d. h. ohne Ein- und Ausschlüsse oder Normierungen, als verbindendes Element gesehen (vgl. Howald 2001). In diesem Sinne gilt es, das Mädchenbild in der Mädchenarbeit zu dekonstruieren, um vorhandene implizite Normen (wie etwa Heterosexualität) aufdecken zu können. „Den Begriff *Mädchen* (Hervorhebung im Original) zu dekonstruieren bedeutet, die Existenz der Kategorie Geschlecht zwar als gesell-



schaftliche Realität zu erkennen, aber nicht mehr definieren zu können, was *Mädchen* (Hervorhebung im Original) sind.“ (Howald 2001, S. 304f.)

Damit eröffnet sich für die Praxis der Mädchenarbeit die Möglichkeit, mit einer Vorstellung von Geschlecht und Sexualität jenseits von festschreibenden Identitätskonstruktionen zu arbeiten (vgl. Howald 2001). Welche Auswirkungen könnte dies auf die Arbeit der Pädagoginnen haben?

Die neuen Perspektiven, die sich aus der dekonstruktivistischen Theorie auf Macht, Geschlecht und Subjekt ergeben und sich auf pädagogische Handlungspraxen der Mädchenarbeit auswirken, können dazu beitragen, die normativen Vorstellungen, die Pädagoginnen von Mädchen haben, zu überprüfen. Diese normativen Vorstellungen von Pädagoginnen könnten beinhalten, dass sie ein feministisches Ideal (etwa vom starken, selbstbewussten Mädchen) konstruiert haben und darauf hinarbeiten. Diese idealen Vorstellungen können sich unter anderem in einem verdeckten androzentristischen Maßstab widerspiegeln, entlang dem Mädchen bestehen sollen. Dieser Maßstab beinhaltet auch bestimmte Vorstellungen über bestimmte Identitäten, die die Mädchen ausformen, beziehungsweise annehmen sollen. Stattdessen plädiert z.B. Schmidt (2001) für ein „Denken der Unentscheidbarkeit“: „Um die Perspektive der Mädchen im Sinne von Akzeptanz und Anerkennung wach halten zu können, ist das poststrukturalistische Denken der Unentscheidbarkeit von Bedeutung. Die Akzeptanz dessen, die Mädchen nicht einordnen zu können, weder ihre Auswirkungen auf das eigene Handeln noch die Wirksamkeit des eigenen Handelns auf die Mädchen berech-

nen zu können, bedeutet einen Abschied von einer pädagogischen Fiktion, Menschen nach Idealbildern formen zu können. Poststrukturalismus und Dekonstruktion auf pädagogische Praxis zu beziehen, heißt nicht Handlungsfähigkeit, sondern eine Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, indem Widersprüche und Brüche eben nicht geglättet werden, sondern eine Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, indem Widersprüche und Brüche eben nicht geglättet werden, sondern indem sie aufgegriffen und pädagogische Prozesse initiiert werden können.“ (ebd., S. 278f.)

Innerhalb der dekonstruktivistischen Sichtweise auf Macht, Subjekt und Geschlecht kann die Pädagogin Verhaltensweisen und Selbstinszenierungen von Mädchen akzeptieren und nicht, wie bisher, als veränderungsbedürftig und defizitär begreifen. Die Deutungen von pädagogischen Interaktionen sollten sich nicht nur ausschließlich in der Kategorie Geschlecht erschöpfen, vielmehr muss ihre Verwobenheit mit anderen Kategorien berücksichtigt werden. Für die Praxis der feministischen Mädchenarbeit kann diese Sicht auf Mädchen darüber hinaus bedeuten, dass die Pädagogin die eigenen Ansprüche, das eigene Tun und die eigenen Identifizierungen und Abwehrmechanismen immer wieder reflektieren muss. Feministische Mädchenarbeit mit Mädchen ist ein von der jeweiligen persönlichen Betroffenheit bestimmtes Feld. Das heißt, in der Arbeit mit Mädchen sind Pädagoginnen mit ihren eigenen Lebensgeschichten und ihren eigenen Emanzipationsprozessen konfrontiert. Auf diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, neue Konzepte für die feministische Mädchenarbeit, bezogen auf die Anforderungen an die Pädagoginnen, zu ent-

werfen. „So würden nicht neue Forderungen und mithin Zuschreibungen an Mädchen im Mittelpunkt konzeptioneller und praktischer Überlegungen stehen, sondern eine noch weitergehende Fundierung von Handlungs- und Reflexionskompetenzen von Pädagoginnen.“ (Schmidt 2001, S. 279)

Aus den Theorierichtungen der (De-)Konstruktion von Geschlecht ergibt sich anschließend die Frage, ob Parteilichkeit, in den Anfängen der feministischen Mädchenarbeit als eine ihrer zentralen Prämissen formuliert, noch ein wichtiges Prinzip sein soll oder kann.

### **3.2. Die aktuelle feministische Diskussion zur „Parteilichkeit“ und ihre Auswirkungen auf die feministische Mädchenarbeit**

Ziel feministischer Theorie und Sozialarbeit war und ist es, Parteilichkeit für Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt des feministischen Erkenntnisinteresses und ihrer Praxis zu stellen, um jegliche Herrschaftsverhältnisse überwinden zu können. Aus der zweiten Frauenbewegung ist sowohl eine hohe Aufmerksamkeit für Ausgrenzungs- und Benachteiligungsmechanismen von Frauen und Mädchen, als auch eine wachsende Sensibilität für geschlechtsspezifische Segmentierungen und Rollenzwänge entstanden. Die Hoffnung, die am Anfang in der Frauenbewegung vorherrschte, dass aufgrund der gemeinsamen Betroffenheit von Gewalt und Unterdrückung eine schwesterliche Solidarität aller Frauen zu einer Überwindung der Männerherrschaft führen könnte, hat sich nur zum Teil erfüllt (vgl. Hartwig/Weber 2000). Im Laufe der Jahre hat sich die Prämisse der Solidarität innerhalb der Frauen- und Mädchenprojekte von der solidarischen zur parteilichen Arbeitshaltung weiterentwickelt. Dies führ-

te dazu, dass der Ansatz der Betroffenheit oder Solidarität in eine „bewusste Parteilichkeit“ (vgl. Tatschmurat 1996) überführt worden ist. Der Ansatz der „bewussten Parteilichkeit“ meint, dass sich eine Frau emphatischer als ein Mann in die Situation einer anderen Frau hineinversetzen kann, die in einer Gewaltsituation war oder ist. Auch wenn die Beraterin in einer anderen, z.B. finanziellen Situation als die Ratsuchende ist (und sich so ein anderes Hilffsystem aufbauen kann), so kann sie als Frau die Gewaltsituation doch eher nachvollziehen, da in dieser Gesellschaft immer noch potenziell alle Frauen von Gewalt bedroht sind. Eine parteiliche Haltung wurde weiterhin als unumgänglich begriffen, da vom Prinzip her die Differenzen unter Frauen nicht der geteilten gesellschaftlichen Machtlosigkeit und dem Ausgeliefertsein an Gewaltverhältnisse von Frauen insgesamt überwiegen (vgl. Tatschmurat 1996). „Die ‚Betroffenheit‘ lässt sich dann überführen in eine bewusste Parteilichkeit, (Hervorhebung im Original) (...). Aus dieser gemeinsamen Betroffenheit, der im Prinzip geteilten Machtlosigkeit und dem Ausgeliefertsein an Gewaltverhältnisse (wenn auch aus hierarchisch unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen heraus), aber auch aus dem unterschiedlich großen Aktionsradius der je konkreten Frau und der verfügbaren Ressourcen resultiert Parteilichkeit auch in der feministischen Sozialen Arbeit.“ (Tatschmurat 1996, S. 13)

Einen weiteren Einfluss auf die Diskussion hatten die Thesen über die Dominanzkultur von Birgit Rommelspacher (1995) und die von Christina Trümmer-Rohr (1989) initiierte Debatte über Mittäterschaft der Frau im Patriarchat. Durch deren Thesen wurde deutlich, dass eine gesellschaftliche Ein-

bindung und Mitverantwortung der Frauen an den existierenden Lebensverhältnissen besteht, ohne dabei die gesellschaftliche Vormachtstellung des Mannes oder die reale Gewaltausübung von Männern zu leugnen. Um die Gewalttätigkeiten von Frauen nicht ausblenden oder tabuisieren zu müssen, hilft eine Sicht auf die Eingebundenheit von Frauen in patriarchale Logik und Aktion (vgl. Kavermann 1997).

### **3.2.1. Die feministische parteiliche Haltung der Pädagogin**

Als professionelle Haltung ist Parteilichkeit eine politische, d.h. patriarchatskritische und auf gesellschaftliche Veränderung angelegte Perspektive. Die Umsetzung der Haltung geschieht in der direkten Arbeit mit dem Klientel. Dabei wird die Geschlechterhierarchie als zentrale Kategorie von Frauenunterdrückung benannt, die es u.a. mit den Mitteln der professionellen Sozialarbeit abzubauen gilt. Ziel parteilicher Frauen- und Mädchenarbeit ist die Selbstbestimmung und Autonomie der einzelnen Frau oder des Mädchens bei gleichzeitigem politischem Engagement für das gesellschaftliche Ziel der Chancengleichheit. Eine wichtige Anforderung an die parteiliche Haltung der Pädagogin ist, dass sie bei professioneller Hilfestellung keine Lösungen vorgibt. Des Weiteren ist ein wichtiger Bestandteil dieser parteilichen Haltung, Widersprüche im weiblichen Lebenszusammenhang aufzudecken, die sie als Beraterin nicht auflösen kann, zu thematisieren und auch auszuhalten. Dieses besagt auch, dass Frauen und Mädchen von der Pädagogin weder idealisiert noch als bedürftige Opfer gesehen werden sollen (vgl. Hartwig/Weber 2000). Von Anfang an hat die feministische Theorie darauf hingewiesen, dass Parteilichkeit auf kei-

nen Fall eine völlige Identifikation z.B. zwischen Beraterin und Projektnutzerin bedeutet. Die Identifikation kann sicher immer nur eine Teilidentifikation sein, d. h., sich auf das Erkennen von Gemeinsamkeiten und Trennendem beziehen (vgl. Mies 1984). Sollte dieses nicht geschehen, läuft professionelle Hilfe auf der einen Seite Gefahr, Mädchen und Frauen auf ihre Geschlechtszugehörigkeit zu reduzieren und sie in ihrer Individualität mit ihren biografischen, kulturellen, sozialen etc. Erfahrungen nicht ernst zu nehmen. Auf der anderen Seite droht seitens der Beraterin die Beschränkung der eigenen Wahrnehmung, in dem nur das Gemeinsame und Verbindende angesprochen wird. So sollte sich jede Fachfrau ihres eigenen Standorts bewusst bleiben, damit sie sich der Ratsuchenden als ernstzunehmende Gesprächspartnerin anbieten kann (vgl. Hartwig/Weber 2000).

Ursula Müller entwickelte für diese Perspektive und Standortbestimmung den Begriff „Blick von der Seite“ (vgl. Müller 1991), der von der feministischen Parteilichkeitsdiskussion aufgenommen wurde. Die Umsetzung des „Blickes von der Seite“ findet in der Form statt, dass die Fachfrau sich den ratsuchenden Frauen und Mädchen solidarisch zur Seite stellt, dabei aber für die subjektive Situation der Frau oder des Mädchens wachsam ist und die einwirkenden Faktoren und den eigenen Standpunkt nicht aus den Augen verliert (vgl. Kavermann 1997).

### **3.2.2. Denkanstöße aus dem Diskurs der (De-)Konstruktion von Geschlecht auf die Parteilichkeitsdiskussion**

Das Postulat der Parteilichkeit ist noch immer ein wichtiger Bezugspunkt der feministischen Mädchen-

arbeit. Dennoch ist festzuhalten: Zurzeit existiert innerhalb der feministischen Mädchenarbeit keine allgemein geteilte Definition des Parteilichkeitsbegriffs (vgl. Bitzan 2000). Es scheint daher sinnvoll, die (de-)konstruktivistische Kritik an einem einheitlichen Begriff „Frau“ bzw. „Mädchen“ aufzugreifen und nicht nur für die feministische Mädchenarbeit insgesamt zu reflektieren, sondern auch deren Auswirkungen auf die Debatte um eine feministische Parteilichkeit und deren Potential für eine Neudefinition derselben zu betrachten. Dieser Diskurs steckt jedoch bislang noch „in den Kinderschuhen“. Im Folgenden sollen Denkanstöße, die sich aus der (de-)konstruktivistischen Theorie ergeben, skizziert und damit zu einer neuen Diskussion „eingeladen“ werden.

Durch die (de-)konstruktivistischen Theoriediskurse wurde eine kritische Auseinandersetzung um die „Neudefinition“ der feministischen Parteilichkeit angeregt. Die Kategorie Geschlecht würde, so deren Impulse, als alleiniges Differenzierungsmerkmal keinesfalls ausreichen. Die Lage der Frauen sei zu individuell und vom gesellschaftlichen Status her wenig vergleichbar, zudem gäbe es kulturelle, ethnische, schichtspezifische und biographische Unterschiede. Das alle verbindende Kennzeichen „Frau als potentielles Opfer“ reiche nicht (mehr) aus (vgl. Hartwig/Weber 2000). Der neue Ansatz in der feministischen Parteilichkeitsdiskussion geht daher davon aus, dass die Unterschiedlichkeiten zwischen Frauen, zwischen Mädchen sowie zwischen Frauen und Mädchen zu erkennen und anzuerkennen sind. Eine „reflektierende“ Parteilichkeit muss demzufolge ein Nebeneinander von Gleichheit und Ungleichheit zwischen Frauen und Mädchen zulassen.

„So universell die Unterdrückung von Frauen in dieser männlich dominierten Gesellschaft auch ist, so unangemessen ist jede Analyse, die nicht neben der Hervorhebung der Gemeinsamkeiten die Differenzen genau betrachtet.“ (Kavermann 1997, S. 195)

Das Prinzip der Parteilichkeit hat sich in der feministisch orientierten Sozialarbeit bislang bewährt und sollte als grundlegende Prämisse einer feministischen Mädchenarbeit auch keinesfalls „aufgegeben werden“. Gleichwohl ist ein Umdenkungsprozess und eine Neuorientierung notwendig, da durch die Diskussionen der Ansätze zur (De-)Konstruktion von Geschlecht immer unklarer geworden ist, wer mit wem und warum parteilich sein sollte. „Als Orientierung für die Gegenwart und die nächste Zukunft bleibt zunächst nur dies: Es ist notwendig, die Aporie zu leben zwischen der Schwierigkeit, theoretisch genau bestimmen zu können, was „Frau“ ist und gleichzeitig so zu handeln, als ob dies zweifelsfrei feststünde.“ (Tatschmurat 1996, S. 22).

Eine andere, sich durch die Erkenntnisse der (de-)konstruktivistischen Ansätze eröffnende Umgangsweise mit dem Thema Geschlecht in der Parteilichkeitsdiskussion wäre, die Differenzperspektive abwechselnd ernst zu nehmen (in der Praxis) und wieder außer Kraft zu setzen (in der Theorie). Damit ist gemeint, dass einerseits die Unterscheidbarkeit und die vermeintliche Differenz von Frauen gegenüber Männern vorausgesetzt werden muss, sich andererseits aber auf deren einfühlsame Beschreibung eingelassen werden muss (vgl. Hagemann-White 1993).

#### **4. Zur Pluralisierung der Geschlechtsidentitäten und dem Ansatz des geschlechtshierarchischen Verdeckungszusammenhangs**

Im Zuge sozialer Entstrukturierungs- und Individualisierungsprozesse hat sich auch die Heterogenität innerhalb der Geschlechtergruppen (noch einmal) vergrößert. Individualisierung, verstanden als „Herauslösung“ der Individuen aus traditionellen Bindungen und Vorgaben, d.h. auch aus geschlechtsspezifischen Vorgaben, meint jedoch keinesfalls eine „Entnormierung“ der Gesellschaft. Vielmehr haben sich „Normalitäten“ vervielfältigt; Individuen haben die Möglichkeit, zwischen diesen Normalitäten zu wählen und zu wechseln. Dadurch entstehen aber auch neue Zwänge. Die Individuen kreieren nun unterschiedlichste geschlechtsspezifische – womöglich wechselnde – Stile. Sie sind nicht mehr auf zwei oder wenige Geschlechternormalitäten festgelegt, sondern der/dem BetrachterIn bietet sich ein vielfältiges Bild von geschlechtlichen Selbstinszenierungen (vgl. Rose 2000). Eine so verstandene Flexibilisierung von Normalitäten innerhalb der Gesellschaft bedeutet jedoch nicht, dass sich die biographische Aufgabe der geschlechtsspezifischen Normalisierung verflüchtigt hat. Sehr wohl haben Jugendliche sich immer noch als Mädchen oder Junge zu inszenieren. Im Gegenteil: Es scheint eher so, dass die geschlechtsspezifischen Markierungen gerade angesichts der gesellschaftlichen Aufbrüche und Zerfaserungen zu einer der letzten „Sicherheiten“ im Pluralismus geworden sind (vgl. Preuss-Lausitz 1996). „Wo die alten schicksalhaften sozialen Verortungen qua Geburt als identitätsstiftende Kennzeichnung wie auch als biographische Landkarte zerfallen, kann das

Geschlecht zu einem letzten klaren Bezugspunkt werden, kann der Rückgriff auf rigide polarisierte und traditionelle Geschlechterbilder zu einer sichernden Zuflucht werden.“ (Rose, 2000 S. 245)

Rose (2000) stellt eine soziale Widersprüchlichkeit fest: Neben der Durchmischung von Geschlechternormalitäten finden gleichzeitig Prozesse der Wiedereinsetzung traditioneller Geschlechternormalitäten statt. Gerade weil die Geschlechterkonturen ihre Eindeutigkeit verlieren, erhalten Geschlechterbilder mit besonders scharfem Profil eine besondere Attraktivität. Entscheidend ist bei alledem, dass jenes, was das „richtige“ Mädchen ausmacht, nicht mehr in die Wiege gelegt wird, sondern persönlich entdeckt und gebastelt werden muss, ganz im Sinne der „Patchworkidentität“ (vgl. Keupp 1988). Allerdings vermutet z.B. Preuss-Lausitz (1996), dass die Chancen der persönlichen Möglichkeiten von Mädchen bei der Darstellung von Geschlecht größer sind als bei Jungen. Dabei sollten aber auch andere soziale Differenzierungen berücksichtigt werden. Zwar hat sich die Chance, die eigene geschlechtliche Identität zu basteln, für Heranwachsenden aller regionalen, schichtspezifischen und ethnischen Herkunft in Deutschland erhöht, aber mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichen Konflikten.

In einer kritischen Auseinandersetzung mit den Thesen einer zunehmenden Pluralisierung von Geschlechtsidentitäten und der Freisetzung von Frauen aus traditionellen Geschlechterrollen hat Bitzan (2000) den Ansatz des geschlechthierarchischen Verdeckungs Zusammenhangs entwickelt. Dieses Theorem ist eine offene Denkfigur, die bestimmte Analysen- und Handlungsperspektiven nahe legt. Es ver-

sucht, das moderne Geschlechterverhältnis in einer Methode zu theoretisieren, in der nicht Ist-Zustände als statische Gegebenheiten, sondern moderne Lebenslagen als subjektive Herausforderungen und (sozial-)politische Ansprüche beschrieben werden. Dieser Ansatz thematisiert Kompetenzen, Bedingungen und Voraussetzungen für Bearbeitungs- und Bewältigungsmöglichkeiten, ohne sie aus dem Zusammenhang herauszulösen und isoliert zu debattieren (vgl. Bitzan/Daigler 2001). In der reflexiven Moderne, mit den viel beschriebenen Pluralisierungs- und Individualisierungsmöglichkeiten und -zwängen, kommen Ungleichheiten in anderen Erscheinungsformen vor. Dieses stellt sich in einer eng verstrickten Vermischung von Chancengleichheits- und Machbarkeitssuggestionen, sowie in tabuisierten Begrenzungserfahrungen dar (vgl. Beck 1993). Die aktuelle Bedeutung des Geschlechterverhältnisses ist weder in seinen hierarchischen Verstrickungen noch in seinen prägenden Orientierungsfunktionen so offensichtlich und erkennbar, wie z.B. noch in den 1970er Jahren, als sich die neue Frauenbewegung in der BRD als neue soziale Kraft entwickeln konnte. Vielmehr ist die neue Frauenbewegung selbst Teil dieser Modernisierung, die Mädchen u. a. die Möglichkeit eröffnet, neue, andere und mehr Ansprüche zu stellen (vgl. Bitzan/Daigler 2001).

In aktuellen Untersuchungen über Lebenslagen, Einstellungen und Orientierungen von Mädchen und jungen Frauen wird beschrieben, dass sich Optionen erweitert haben und sich nicht mehr unter die klassischen weiblichen Lebensentwürfe subsumieren lassen. Für das Leben junger Frauen ist prägend, dass sie sich mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die aus den An-

sprüchen an Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit und an ein Leben mit Kindern erwachsen, und dass es dafür keine ausreichenden gesellschaftlichen Lösungen gibt (vgl. Oechlse 2000). In unserer Gesellschaft sind in den meisten Fällen immer noch Frauen für die Reproduktionstätigkeit zuständig. Dieses bedeutet, dass Frauen für die praktischen und pflegerischen Tätigkeiten zuständig und damit auch verantwortlich für die Planung eines Lebens sind, in dem diese Aufgaben und Ansprüche einen Platz haben. Daran neu ist, dass die Reproduktionstätigkeit als individuelles Problem, als Thema der individuellen Wahl und Entscheidung behandelt, und nicht im Zusammenhang mit ungeeigneten und daher diskriminierenden Strukturen diskutiert wird (vgl. Diezinger/Rerrich 1998). Darüber hinaus besteht weiterhin für Mädchen die Notwendigkeit Gewalterfahrungen zu bewältigen, deren Verbreitung und Bedeutung für den Alltag verschwiegen wird. Außerdem müssen sich junge Frauen mit einer absolut körperorientierten sexuellen Identitätsanforderung auseinandersetzen, die in gleicher Weise in die individuelle Bearbeitung und Verdrängung geschoben wird (vgl. Bitzan/Daigler 2001).

„Die heutigen Anforderungen an Mädchen (und sie sind nicht gleich, je nach sozialer Herkunft, ethnischer Orientierung, Bildungsstand etc. differierend) lassen sich zusammenfassen als *Anspruch, erfahrbare und erlebte Diskrepanzen allein bewältigen zu müssen* (Hervorhebung im Original) – Diskrepanzen zwischen den Gleichheitsversprechen der Moderne, die Mädchen entsprechend selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, und deren Nichtrealisierung, die im Gewande *individuellen Nicht-Gelingens* (Hervorhebung im Original) daherkommen.

Die Botschaft heute lautet: alles ist machbar, du musst selbst kompetent dafür sein. Damit zurechtzukommen macht stark und einsam!“ (Bitzan/Daigler 2001, S. 207).

Dadurch werden Mädchen mindestens zwei Botschaften vermittelt:

1. Ein modernes Bild von einer erfolgreichen Jugend. Die Mädchen wollen und müssen dem Bild entsprechen, um „cool“ zu sein. Dieses bedeutet für sie, dass sie Widersprüche zudecken und Unsicherheiten tabuisieren, um Kompetenz und Souveränität zu zeigen.
2. Im Weiteren sind die Mädchen mit weiblichen Vorbildern (Mütter, Pädagoginnen, Lehrerinnen) konfrontiert, die vorgeben, alles individuell geregelt zu haben und, die öffentlich und gegenüber Töchtern, Schülerinnen und Adressatinnen negieren, was sie die Bewältigung des modernen weiblichen Alltages an Lebensqualität kostet.

Damit werden Erscheinungen und Erfahrungen von Zurücksetzungen, von Gewalt und Übergängen werden zugedeckt, genauso wie Ansprüche, und Vorstellungen an ein besseres Leben, die nicht im Mithalten aufgehen (vgl. Bitzan/Daigler 2001). Die eben aufgeführten Verhältnisse beschreiben Funk/Schwarz (1999) als Derealisationen. Darüber hinaus wird Mädchen durch aktuelle Mädchenbilder – u.a. in den Medien – suggeriert, dass Mädchen stark sein sollten, was die Verunsicherungen, den Verlust des Selbstbewusstseins durch diffuse, sich widersprechende Anforderungen an das Mädchen-Sein, durch den aufgesetzten und von außen erlebten Druck, unterstützt. Diese Mädchenbilder können den Mädchen auf der einen Seite Unterstützung bieten, auf der anderen Seite können sie aber auch eine erdrück-

kende Wirkung haben (vgl. Stauber 1999). Danach sind diese ineinander verwobenen Prozesse zwischen Angleichung der Chancen und Verhaltensweisen von Mädchen und Jungen fortgesetzte (De-)Thematizierungen sozialer Notwendigkeiten, Erlebnisweisen und Zurücksetzungen. Diese Benachteiligungen der Mädchen stellen sich in der modernen Lebenslage äußerst unterschiedlich dar, je nach Ressourcen für materielle und psychische Unterstützung, sowie regionalen und subjektiven Lebenswelten. Bitzan/Daigler (2001) zufolge besteht für die Theorie und Praxis feministischer Mädchenarbeit die Notwendigkeit, eine Vorgehensweise zu entwickeln, die gefundene und von den Mädchen präsentierte Lösungen ihrer Lebenssituation als Bewältigung interpretiert, und dieses als Ergebnis eines inneren Austarierens von Widersprüchen und ambivalenten Herausforderungen sieht. „Mädchen lernen, so zu tun, als ob – das heißt, sie sind aktiv, sie integrieren etwas und sie lernen, den schwankenden Boden, auf dem sie stehen, als Normalfall zu begreifen und zu ignorieren“ (Bitzan/Daigler 2001, S. 208).

In dieser Betrachtungsweise stellt Geschlecht eine fundamentale aber ambivalente Bewältigungsform dar. Für die „Mädchen“ bedeutet die Rückbeziehung auf Weiblichkeit, dass sie in eine bekannte Form schlüpfen können, die sie entlastet, weil sie allgemein anerkannt ist. Folglich können durch die Bezugnahme irritierende Erfahrungen normalisiert werden. Zugleich bedeutet „Mädchen-Sein und Frau-Werden“ eine Anforderung an die Person, die zunehmend diffuser wird. Die Mädchen sollen etwas werden, von dem in der heutigen Zeit nicht (mehr) klar ist, was es wirklich bedeutet. An dieser Stelle

findet eine Verschränkung alter und neuer Widersprüchlichkeiten der Geschlechtsidentität statt. Für die feministische Theorie und Praxis stellt sich an dieser Stelle die Frage: Wie können Probleme und Konflikte von Mädchen erkannt werden, wenn ihre Bewältigung für das Erscheinungsbild verschwiegen werden muss, weil sie nach außen hin darstellen, dass sie keine Probleme haben, nicht benachteiligt sind und dass sie kompetent sind? „Hieraus folgt, den Begriff „Mädchen“ als politische Kategorie zu betrachten, mit der bestimmte Prozesse thematisiert werden können. Auf dieser Ebene bewegt sich u.E. feministische Mädchenarbeit – ein Zurechtkommen mit gemachten Unterschieden, ein Bewältigen und Unterstützen von Überschreitungen“ (Bitzan/Daigler 2001, S.212).

## 6. Zusammenfassung/Ausblick

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung der feministischen Mädchenarbeit in den letzten Jahren. Auf die Grundsätze der feministischen Mädchenarbeit und auf die Entwicklung der Parteilichkeit innerhalb der feministischen Sozialarbeit wurde eingegangen, weil dies originäre Leistungen der Frauenbewegung und Frauenforschung sind. Die theoretischen Diskurse der Frauenbewegung und der Frauen- und Geschlechterforschung hatten – insbesondere in den 1970er bis Anfang der 1990er Jahre – starke Einflüsse auf die feministische Mädchenarbeit. Ein wichtiger Einfluss zu Beginn der feministischen Mädchenarbeit waren Theorien der geschlechtsspezifischen Sozialisation; wobei sicherlich Ursula Scheu (1977) mit ihrem Buch: „Was geschieht mit kleinen Mädchen“ als wegweisend herauszustellen wäre. Das Innovative an ihrem Ansatz war, dass sie Ge-

schlecht als sozial hergestellt betrachtet und nicht, wie damals gängig, als biologische Kategorie.

In aktuellen Diskussionen über feministische Mädchenarbeit scheint ein Perspektivenwechsel stattgefunden zu haben, ausgelöst durch neue theoretische Diskussionen der Frauen- und Geschlechterforschung hinsichtlich der Kategorie Geschlecht (vgl. Plößer 2002). Diese Ansätze tragen, wie aufgezeigt wurde, derzeit zu einer Veränderung und Infragestellung des Verständnisses aktueller feministischer Mädchenarbeit bei. Insbesondere der (de-)konstruktivistische Theoriediskurs hat einerseits die Wahrnehmung dafür geschärft, dass die Unterschiede zwischen Mädchen größer sein können als die zwischen einem Mädchen und einem Jungen, andererseits aber darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Erweiterung des Spielraums der Kategorie „Mädchen“, die Eindeutigkeit darüber, was ein Mädchen ausmacht, verloren gegangen ist. Auswirkungen dieser Sichtweise auf die Praxis einer feministischen Mädchenarbeit wurden u.a. hinsichtlich der Weiterentwicklung des Parteilichkeitsbegriffes behandelt. Für die Praxis der Mädchenarbeit ist der dekonstruktivistische Ansatz eine Chance, jene Ausschlussverfahren aufzudecken, mittels derer Mädchenarbeit nur für weiße, heterosexuelle Mädchen gedacht und praktiziert wurde. Diese Sichtweise ermöglicht, verschiedene Gruppen von Mädchen (wie z.B. behinderte, lesbische u.a.) intensiver als bisher in die Betrachtungsweise der praktischen pädagogischen Arbeit einzubeziehen (vgl. Schmidt 2001). Bislang steht eine Umsetzung der (de-)konstruktivistischen Ansätze in der praktischen feministischen Mädchenarbeit noch aus. Beachtenswert bei der praktischen Um-

setzung ist der Widerspruch zwischen einer parteilicher Haltung für die Mädchen und den theoretischen Anforderungen an die Auflösung der Geschlechtertrennung. Diesen Widerspruch hat bereits Hagemann-White (1993) so formuliert, dass einerseits Zweigeschlechtlichkeit theoretisch hinterfragt werden soll, andererseits aber Zweigeschlechtlichkeit als soziale Realität die Praxis bestimmt. Für Pädagoginnen in der feministischen Mädchenarbeit bedeutet dies, diesen Widerspruch in der alltäglichen Arbeit aushalten zu können. Hilfreich ist dafür m.E. der Leitsatz von Tatschmurat: „parteilich handeln – dekonstruktivistisch denken“ (Tatschmurat 1996).

Der letzte Punkt des Beitrages streifte noch kurz den relativ neuen Diskursstrang um den Ansatz des geschlechtshierarchischen Verdeckungs Zusammenhangs, der – die Individualisierungs- und Pluralisierungsdebatten aufnehmend – davon ausgeht, dass geschlechtsspezifische Diskriminierungen sich nur verschoben haben und nicht mehr offen sichtbar sind. Diskussionen, welche Auswirkungen dieser Ansatz perspektivisch für das Selbstverständnis der feministischen Mädchenarbeit und deren Praxis hat, haben erst begonnen, deuten jedoch in der Tendenz eher eine erneute „Repolitisierung“ derselben und damit möglicherweise eine „Wiederaufnahme“ der Prämissen und Diskussionen der „ersten Jahre“ an.

#### Anmerkungen

1 Sehr bald wurde erkannt, dass die wesentlichen Prozesse und Strukturen für geschlechtstypisches Verhalten in der Kindheit begründet waren (vgl. Bitzan 1993a). „Die Sozialisation der Mädchen, ihre gesellschaftliche wenig wahrgenommene Position, ihre Schwierigkeiten und ihre Fähigkeiten sollen fortan be-

achtet und positiv beeinflusst werden.“ (Bitzan 1993a, S. 199)

2 Die Absicht der „Queer Theory“ ist es nicht, Kategorien abzuschaffen, sondern Normierungen in Bezug auf Geschlecht und Sexualität aufzudecken und damit hegemoniale gesellschaftliche Machtverhältnisse in Frage zu stellen (vgl. Howald 2001).

#### Literatur

- Beck, Ulrich: Die Erfindung des Politischen, Frankfurt 1993.
- Bilden, Helga/Keupp Heiner: Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel, Göttingen/Toronto/Zürich 1989.
- Bitzan, Maria: Parteilichkeit zwischen Politik und Professionalität, in: Heiliger, Anita/Kuhne, Tina (Hgg.): Feministische Mädchenpolitik, München 1993a, S. 196-206.
- Bitzan, Maria: In Widersprüchen ganzheitlich arbeiten? Methodische Überlegungen aus der Gemeinwesenarbeit mit Frauen, in: Rauschenbach, T./Ortmann, F./Karsten, M. (Hgg.): Der sozialpädagogische Blick. Lebensweltorientierte Methoden in der sozialen Arbeit, Weinheim 1993b, S. 129-155.
- Bitzan, Maria: Veränderte Mädchenwelten und Parteilichkeit. Neue Herausforderungen, in: Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V., 3.Rundbrief: Erster Vernetzungskongress „Mädchenarbeit in NRW“, 2000, S. 9-17.
- Bitzan, Maria: Geschlechtshierarchischer Verdeckungs Zusammenhang. Überlegungen zur sozialpädagogischen Mädchen- und Frauenforschung, in: Lemmermöhle, Doris/Fischer, Dietlind/Klika, Dorle/Schlüter, Anne (Hgg.): Lesarten des Geschlechts. Zur De-Konstruktionsdebatte in der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung, Opladen 2000, S. 146-160.
- Bitzan, Maria/Daigler, Claudia: Eigensinn und Einmischung. Einführung

- in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit, München 2001.
- Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M. 1991.
- Boller, Elke/Mirsch, Gabriele: „Wie alles begann...“, in: Hörmann, Martina/Reinhold, Brigitte (Hgg.): Die kleine Schwester der Frauenbewegung – Mädchenarbeit gestern, heute, morgen, Frankfurt a. M. 1996, S. 25-32.
- Chodorow, Nancy: Das Erbe der Mütter, Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter, München 1986.
- Diezinger, Angelika/Rerrich, Maria S.: Die Modernisierung der Fürsorglichkeit in der alltäglichen Lebensführung junger Frauen: Neuerfindung des Altbekanntes? in: Geissler, Birgit/Oechsle, Mechthild (Hgg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen 1998, S. 165-184.
- Funk, Heide/Schwarz, Anne: Bedürfnisse und Konfliktlagen von Mädchen, in: Bitzan, Maria/Daigler, Claudia/Rosenfeld, Edda/SPI (Hgg.): Neue Maßstäbe: Mädchen in der Jugendhilfeplanung/ SPI Berlin, Bundesmodell „Mädchen in der Jugendhilfe, Berlin, 1999, S. 88-102.
- Hagemann-White, Carol: Die Konstrukteure des Geschlechts auf frischer Tat ertappen? Methodische Konsequenzen einer theoretischen Einsicht, in: Feministische Studien, Jg. 11., H. 2, 1993, S. 68-78.
- Hartwig, Luise/Weber, Monika: Parteilichkeit als Konzept der Mädchen-Frauenarbeit, in: Hartwig, Luise/Merchel, Joachim (Hgg.): Parteilichkeit in der sozialen Arbeit, Münster 2000, S. 25-48.
- Heiliger, Anita: Grundsätze feministischer Mädchenpolitik, in: Heiliger, Anita/Kuhne, Tina (Hgg.): Feministische Mädchenpolitik, München 1993, S. 20-31.
- Howald, Jenny: Ein Mädchen ist ein Mädchen ist kein Mädchen? Mögliche Bedeutung von „Queer Theory“ für die feministische Mädchenarbeit, in: Fritsche, Bettina/Hartmann Jutta/Schmidt, Andrea/Tervooren, Anja (Hgg.): Dekonstruktive Pädagogik. Erziehungswissenschaftliche Debatten unter poststrukturalistischen Perspektiven, Opladen 2001, S. 295-310.
- Garfinkel, Harald: Studies in Ethnomethodology, New York 1967.
- Gilligan, Carol: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1991.
- Gildemeister, Regine: Soziale Konstruktion von Geschlecht: Fallen, Missverständnisse und Erträge einer Debatte, in: Rademacher, Claudia (Hg.): Geschlecht – Ethnizität - Klasse: zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz, Opladen 2001, S. 65-87.
- Kahlert, Heike: Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht, in: Lemmermöhle, Doris/Fischer, Dietlind/Klika, Dorle/Schlüter, Anne (Hgg.): Lesarten des Geschlechts. Zur De-Konstruktionsdebatte in der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung, Opladen 2000, S. 20-44.
- Kavermann, Barbara: Zwischen Politik und Professionalität: Das Konzept der Parteilichkeit, in: Hagemann-White, Carol/Kavermann, Barbara/Ohl, Dagmar (Hgg.): Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis, Bielefeld 1997, S. 179-229.
- Klees, Renate/Marburger, Helga/Schumacher, Michaela: Mädchenarbeit. Praxishandbuch für die Jugendarbeit, Weinheim/München 1992.
- Oechsle, Mechthild: Gleichheit mit Hindernissen, in: SPI Berlin Bundesmodell „Mädchen in der Jugendhilfe“, Berlin 2000.
- Plößer, Melanie: Ist ein Mädchen (K)ein Mädchen? Begriffsreflexionen zur aktuellen Gender Debatte, in: Landesgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V.: 5. Rundbrief: Gender Mainstreaming, S. 11-15.
- Preuss-Lausitz, Ulf: Gender Patchwork: Fremd-Selbstbilder der Geschlechter im Umbruch, in: Zeiher, Helga/Büchner, Walter/Zinnecker, Jürgen (Hgg.): Kinder als Außenseiter. Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit, München 1996, S. 189-205.
- Rodriguez, Encarnacio'n Gutierrez: Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau... Über die Notwendigkeit einer kritischen Dekonstruktion in der feministischen Forschung, in: Fischer Ute/ Kampshof, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hgg.): Kategorie: Geschlecht. Empirische Analysen und feministische Theorien, Opladen 1996, S. 163-190.
- Rose, Lotte: Mädchenarbeit und Jugendarbeit in der Risikogesellschaft, in: neue praxis, Jg. 30, Heft 3, 2000, S. 240-253.
- Maihofer, Andrea: Geschlecht als Existenzweise, Frankfurt a.M. 1995.
- Mies, Maria: Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel Gewalt gegen Frauen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 7, Heft 11, 1984, S. 7-26.
- Müller, Ursula: Gleichheit im Zeitalter der Differenz: Einige methodologische Erwägungen zur Frauenforschung, in: Psychologie und Gesellschaftskritik Nr. 59/60, 1991, S. 73-89.
- Nagl-Docekal, Herta: Feministische Philosophie: Ergebnisse, Probleme, Perspektiven, Frankfurt a.M. 1999.
- Scheu, Ursula: Wir werden nicht als Mädchen geboren, wir werden dazu gemacht, Frankfurt a.M. 1977.
- Schmidt, Andrea: Poststrukturalistische Perspektiven. Ein Beitrag zur Reflexion sozialpädagogischer Handlungspraxen, in: Fritsche, Bettina/

- Hartmann, Jutta/Schmidt, Andrea/Tervooren, Anja (Hgg.): Dekonstruktive Pädagogik. Erziehungswissenschaftliche Debatten unter poststrukturalistischen Perspektiven, Opladen 2001, S. 269-280.
- Stauber, Barbara: Starke Mädchen – Kein Problem?, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 22, Heft 51, S. 53-64.
- Szemere'dy, Susanne: Oh boy, its´a girl. Die Kritik der Kategorie Geschlecht - dekonstruktivistisches Denken: Angriff auf oder geheimer Impetus feministisch orientierte(r) Sozialarbeit, im besonderen bezogen auf eine Übergangseinrichtung für missbrauchter/misshandelter „Mädchen“?, in: Kath. Stiftungsfachhochschule: Unveröffentlichte Diplomarbeit, München 1995.
- Tatschmurat, Carmen: Feministisch orientierte soziale Arbeit: Parteilich handeln, dekonstruktivistisch denken?, in: Miller, Tilly/Tatschmurat, Carmen (Hgg.): Soziale Arbeit mit Frauen und Mädchen. Positionsbestimmungen und Handlungsperspektiven, Stuttgart 1996, S. 9-28.
- Voigt-Kehlenbeck, Corinna: „...und was heißt das für die Praxis?“ Über den Übergang von einer geschlechterdifferenzierenden zu einer geschlechterreflektierenden Pädagogik, in: Fritsche, Bettina/Hartmann Jutta/Schmidt, Andrea/Tervooren, Anja (Hgg.): Dekonstruktive Pädagogik. Erziehungswissenschaftliche Debatten unter poststrukturalistischen Perspektiven, Opladen 2001, S. 237-254.
- Wartenpfehl, Birgit: Dekonstruktion – Konstruktion - Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung, in: Fischer Ute/Kampshof, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hgg.): Kategorie: Geschlecht. Empirische Analysen und feministische Theorien, Opladen 1996, S. 191-209.

*Kerstin Petersen  
derzeit Praktikantin im  
IFF, Universität Bielefeld  
Postfach 10 01 31  
33501 Bielefeld  
Email: kerstin.petersen1@uni-  
bielefeld.de*



Ursula Müller und Silja Polzin

## „Innovation und Implementierung“

Tagung des IFF-Projektes VINGS

Als ungewöhnlich erfolgreich und anregend empfanden die über 60 Teilnehmenden die große Abschlusstagung des Projekts „VINGS – Virtual International Gender Studies“, die am 30. und 31. Oktober 2003 in der Universität Bielefeld stattfand. Das mit 2,3 Mio. Euro finanzierte Projekt führte die Universitäten Bielefeld, Bochum, Hannover und die FernUniversität Hagen mit dem Ziel zusammen, gemeinsam mediale Lern-einheiten der Geschlechterforschung in den Sozial- und Kulturwissenschaften für das Internet zu konzipieren, zu produzieren und im Lehrbetrieb zu erproben. Die Konsortialführung für dieses Großprojekt lag bei Prof. Dr. Ursula Müller vom Interdisziplinären Frauenforschungszentrum (IFF) der Universität Bielefeld.

Das Projekt VINGS – Virtual International Gender Studies – ist ein Kooperationsprojekt der Universitäten Bielefeld, Bochum, Hannover sowie der FernUniversität Hagen. Es realisiert zwei bundesweit einmalige Online-Studienangebote: das Studienprogramm VINGS im Bereich der Internationalen Frauen- und Geschlechterforschung und das Weiterbildungsangebot „VINGS Qualifizierung Gleichstellung“. VINGS ist das *einzigste* Gender-Projekt im Projektverbund „Neue Medien in der Bildung + Fachinformation“ und wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, dem Frau Prof. Dr. Britta Schinzel (Vorsitzende), Frau Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, Herr Prof. Dr. Norbert Eder, Frau Prof. Dr. Brigitte Young, Herr Prof. Dr. Matthias Albert sowie Frau Prof. Dr. Heidi Schellhowe angehören.

Der erste Tag der Tagung widmete sich der gender-bezogenen Mediendidaktik sowie den Möglichkeiten der Integration virtueller Lehre in Präsenzuniversitäten. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aller Gruppen, in deren Handlungsbereich die virtuelle Lehre an Präsenzuniversitäten fällt, wurden die vielschichtigen Aspekte der Implementierung von E-Learning deutlich. Am zweiten Tag beleuchtete eine Präsentation von Konzepten und Produkten von VINGS die Vielfalt medialer Umsetzungen computergestützter Lehre in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften. Die Einbettung in einen Kontext thematisch benachbarter Projekte des Förderprogramms eröffnete einen breiten Reflexionsrahmen. Diese Projekte präsentierten sich ferner, zusammen mit VINGS-Studieren und VINGS-Qualifizie-



*Der Rektor der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Dieter Timmermann, und Projektleiterin Prof. Dr. Ursula Müller eröffnen die Tagung. Von links: Prof. Dr. Britta Schinzel, Prof. Dr. Brigitte Young, Prof. Dr. Ilse Lenz, Prof. Dr. Michiko Mae und Cornelia Schneider vom Projektträger „Neue Medien in der Bildung + Fachinformation“.*

ren, in einer zweistündigen Open-Space-Veranstaltung, die es allen Teilnehmenden gestattete, sich im Detail und praktisch mit diesen Konzepten und Produkten bekannt zu machen. Der abschließende Teil der Tagung war dem Gender-Mainstreaming im Bereich des virtuellen Lehrens und Lernens gewidmet; hier wurden erste Ergebnisse aus dem entsprechenden Begleitprojekt des Förderprogramms vorgestellt.

### **Paradebeispiel für interdisziplinäre Forschung**

In seiner Begrüßungsansprache betonte Rektor Prof. Dr. Dieter Timmermann, die Universität Bielefeld fühle sich durch den Erfolg des Projekts VINGS darin bestärkt, die Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität hervorzuheben und die Möglichkeit von Lehren und Lernen im Internet verstärkt zu erproben. Gender Studies seien geradezu ein Paradebeispiel für interdisziplinäre Forschung, der sich die Universität Bielefeld in besonderem Ausmaß verschrieben habe – genauso wie der hochschulübergreifenden Kooperation, die auch in VINGS gepflegt werde. Bielefeld habe eine lange Tradition in der Frauenforschung, was sich nicht zuletzt in einer Reihe von Frauenforschungsprofessuren ausdrücke, und nehme die praktische Gleichstellungsarbeit sehr ernst. Beides wäre ohne die jahrzehntelange Arbeit des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrums (IFF) nur schwer bewegt worden, weshalb es ihn besonders freue, dass das IFF diese Rolle mit der Konsortialführung von VINGS weiterführe und dabei viel sichtbare, aber auch viel unsichtbare Arbeit leiste. Deutschland belege im E-Learning keineswegs einen Spitzenplatz; dies liege nicht zuletzt an einer Skepsis gegenüber Vorstellungen einer grundlegenden Revolutionierung des Lehrbetriebs durch E-learning. Diese zurückhaltende Sicht gehe weiterhin von der grundlegenden Bedeutung der face-to-face-Kommunikation im Lernprozess aus. Unumstritten sei aber mittlerweile, dass E-Learning eine wertvolle und zunehmend unentbehrliche Ergänzung des Hochschulbetriebs sei – sowohl für Studierwillige, denen eine physische Anwesenheit im Hörsaal nicht möglich sei, wie auch bezogen auf das lebenslange Lernen.

### **Einziges Gender bezogenes Projekt im Förderprogramm**

Die anschließenden Eröffnungsworte von Prof. Dr. Ursula Müller, Konsortialführung VINGS und Geschäftsführende Direktorin des IFF, stellten den prozessualen und kontextuellen Charakter von VINGS in den Mittelpunkt. VINGS, das einzige thematisch auf „Gender“ bezogene Projekt im Förderprogramm „Neue Medien in Bildung + Fachinformation“ habe in seiner knapp dreijährigen Laufzeit ein Lehrangebot von mehr als 40 SWS, also im Umfang eines Masterstudiengangs entwickelt, sowie 18 SWS für wissenschaftliche Weiterbildung.

Hierzu hatte das Projekt auf vielfältige Weise Grundlagen- und Entwicklungsarbeit zu leisten. Als ein innovatives Ergebnis in VINGS nannte sie das von didaktischen Erwägungen geleitete funktionale und gestalterische Design der Lern- und Kursumgebung sowie die mediale Umsetzung des Gegenstandsbezugs in den sozial- und kulturwissenschaftlichen Gender Studies. Die Curriculum- und Content-Entwicklung sei im Bereich der virtuellen Lehre in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften immer noch Neuland.

VINGS qualifiziere aber nicht nur Studierende für die und mit der Online-Lehre, sondern auch Lehrende; es habe ein flexibles Konzept von begleitenden Kompetenzteams entwickelt, die Lehrende im Prozess der Kursentwicklung und -durchführung qualifizieren. Das versetze Lehrende – auch im Sinne der Nachhaltigkeit – in die Lage, sich eigenständig neue Räume in der virtuellen Lehre zu eröffnen. Zusammengefasst sei VINGS ein Projekt mit einer Vielzahl für die universitäre Lehre konkret nutzbarer Ergebnisse, aber auch mit hohem Anregungscharakter, das insbesondere Beiträge lei-

ste zu den Bereichen „Gegenstandsbezug und mediale Umsetzung“, „Gendersensible Gestaltung“<sup>1</sup>, „Qualifizierung von Lehrenden und Studierenden für das Lehren und Lernen im Netz“, „Qualifizierung von Lehrenden für eigenständige mediale Umsetzung“, „Intensivierung der Lehr-Lern-Situation“ sowie „tool-unterstützte Kooperation“ und „Wissensmanagement“.

Mit der Entwicklung des umfangreichen Studienprogramms Virtual International Gender Studies, der Produktion von Studienmodulen für die computergestützte Lehre in medial bisher noch wenig bearbeiteten Lehrgebieten habe das Projekt VINGS als einziges derzeit bekanntes Projekt im Rahmen des Verbundes seinen Auftrag voll erfüllt und zudem, ebenfalls eine Rarität, mit seinem gesamten, auf zwei Studienjahre angelegten Programm einen sehr erfolgreichen Probelauf durchgeführt. Die Lehrveranstaltungen würden zudem begleitend intern und extern evaluiert.

VINGS sei jedoch damit konfrontiert, dass die Integration virtueller Elemente in die Hochschullehre noch am Anfang stehe. Trotz wegweisender Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz und der Bund-Länder-Kommission<sup>2</sup> würden die Potentiale dieser Entwicklungen bisher nur von wenigen Hochschulen erkannt und aufgegriffen. Die Hochschulen seien noch wenig vorbereitet auf virtuelle Lehre, insbesondere wenn sie dann auch noch kooperativ sei.

Da zudem der betreuende Projektträger die Regeln, nach denen er berate, teilweise erst begleitend entwickelt habe und seinerseits mit ständig wechselnden Rahmenbedingungen konfrontiert gewesen sei<sup>3</sup> – vom kontinuierlichen Wechsel der stets engagierten AnsprechpartnerInnen für VINGS einmal ganz zu schweigen –, habe VINGS unter dem Motto „Probleme als Herausforderungen begreifen“ zu einem Projekt werden müssen, das sich seine Durchführungsbedingungen fortwährend selbst erschaffen hat.

Als eine dieser Herausforderungen nannte Prof. Dr. Ursula Müller auch den unerwarteten Umstand, dass eine wesentliche Voraussetzung, nämlich die Bereitstellung einer den Anforderungen des Projekts angemessenen Lernplattform, nicht wie erwartet zu Kursbeginn vom dafür zuständigen Partner, der Fernuniversität Hagen, bereitgestellt werden konnte, weshalb in Bielefeld eine Lernplattform<sup>4</sup> auf eigene Faust installiert wurde, um den Start des Studienprogramms möglich zu machen und den Projektlauf zu sichern.

Bezogen auf die Nachhaltigkeit gelte insbesondere die Prozesshaftigkeit der Rahmenbedingungen: Bis heute seien wichtige Rechtsfragen nicht nur auf Projektebene, sondern generell ungeklärt bzw. in der Praxis der virtuellen Lehre schwierig zu lösen. Dies betreffe z.B. die Anerkennung von Zertifikaten, welche in der Theorie gegeben, in der Praxis gewöhnungsbedürftig sei. Deputatsregelungen für Lehrende, die die Mehrbelastung durch mediale Umsetzung und kooperative Lehre ausgleichen könnten, seien unbefriedigend bzw. mehrheitlich nicht vorhanden. Urheber- und Nutzungsrechte seien – insbesondere für Kooperations-Projekte – eine so vielschichtige und komplexe Materie, dass im Grunde über die realen Bedingungen nachhaltiger Nutzung heute noch wenig gesagt werden könne. Vor diesem Hintergrund sei der Erfolg des Projekts umso beachtenswerter.

### Frauen ausgrenzende Strukturen im E-Learning verhindern

Das erste Grundlagenreferat hielt Frau Prof. Dr. Britta Schinzel vom Institut für Informatik und Gesellschaft der Universität Freiburg zum Thema „Good practice für gendersensitive e-learning Projekte“. Wie Frau Schinzel ausführte, führen Erfahrungen im Bereich des Teleteaching einerseits und die Beschäftigung mit curricularen Fragen des Einschlusses von Frauen in Informatik und Mathematik andererseits dazu, bei der Herstellung von Gendersensitivität das Feld zu öffnen für die Diversität von Lernsti-

*1 VINGS hat zwischenzeitlich den 2. Preis für aktive Frauenförderung der Universität Hannover gewonnen und ist als „Gender Good Practice-Projekt“ des BMBF-Begleitprojekts „Gender Mainstreaming“ ausgezeichnet worden (vgl. S.67).*

*2 vgl. Strategiepapier der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) vom 17. Juni 2002 zum breiten Einsatz von Neuen Medien in der Hochschule. URL: [http://www.blk-bonn.de/neue\\_medien\\_hochschule.htm](http://www.blk-bonn.de/neue_medien_hochschule.htm)*

*3 Der Projektträger war zu Beginn bei der GMD - Forschungszentrum Informationstechnik GmnH angesiedelt, im weiteren Projektverlauf zur Fraunhofer-Gesellschaft und schließlich zu Deutschen Vereinigung für Luft- und Raumfahrt gewechselt.*

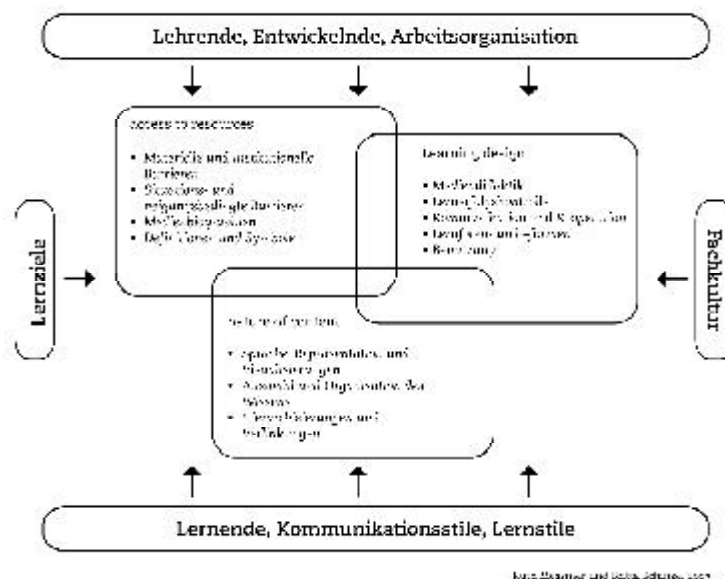
*4 Die VINGS-Lernumgebung basiert auf dem System C::Web der Bielefelder AMMMa AG ([www.amma.de](http://www.amma.de)), das an der Universität Bielefeld u. a. auch in der Bioinformatik und im Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung eingesetzt wird,*

len, Interessen, Erfahrungen und Orientierungen, und *weniger* dazu, eine spezifische Didaktik für Frauen zu fordern. Durch eine „frauenspezifische“ Didaktik würden Frauen erneut auf ein rollenspezifisches Verhalten festgelegt, dem sie wohlmöglich durch die Beschäftigung mit Neuen Medien und Natur- und Technikwissenschaften zu entkommen suchen.

Es wäre allerdings falsch, sich mit einer Kritik an der androzentrischen Kultur der Natur- und Technikwissenschaften, verstärkt durch die der Informationstechnik, zu begnügen und (lediglich) aufzuzeigen, wie diese Strukturen, Gewichte und Symbole setzt. Die Neuen Medien eignen sich nach Meinung von Frau Schinzel besonders für die Bedienung unterschiedlicher kognitiver Stile, Interessen und Orientierungen, da sie gleichzeitig alternative Angebote erlauben, wobei sich die Alternativen auf Orte, Personen, Medienwechsel und Interaktivität beziehen können.<sup>5</sup> Dieser neu eröffnete Raum kann dazu genutzt werden, die Herausbildung von frauenausgrenzenden Strukturen im Bereich der E-Lehre zu verhindern. Dies ist jedoch ein komplexes Unterfangen, wie sich an der folgenden Systematisierung der Einflussgrößen auf Gender und E-Lehre zeigt:

5 Der sehr detaillierte Foliensatz von Britta Schinzel ist als PDF-Datei auf der VINGS Website (www.vings.de) abgelegt und kann von dort herunter geladen werden.

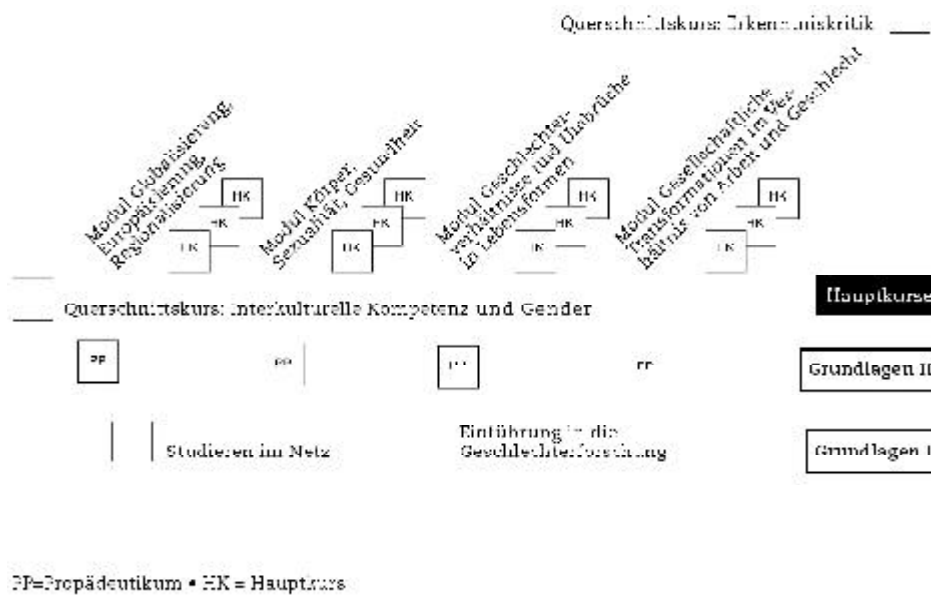
### Systematisierung des Forschungsstandes E-Learning und Gender



### Strukturierte Komplexität: Das VINGS-Curriculum

In ihrem Beitrag „Strukturierte Komplexität – Das VINGS-Curriculum“ bezeichnete Dr. Paula Villa, Universität Hannover, Virtual International Gender Studies als ein komplexes, heterogenes und außerordentlich interdisziplinäres Feld: Gender Studies thematisierten immer auch grundsätzliche Fragen der je vertretenen Disziplinen und fokussierten diese zugleich anhand eines Gegenstands (Gender), der seinerseits hochgradig reflexiv verhandelt werde. Eine zentrale Frage von Gender Studies sei demnach die nach der raum-zeitlichen, historischen, kulturellen, ökonomischen, individuellen, sozio-politischen Verfasstheit von Geschlecht. Die Bearbeitung dieser Komplexität sprengt in produktiver Weise traditionelle disziplinäre Curricula. Um Studierende nicht mit einem akademischen „Alles-hängt-mit-allem-Zusammen“-Chaos zu über-

fordern, habe VINGS in Anlehnung an bisherige Erfahrungen mit der Lehre von Gender Studies und in Anknüpfung an gegenstandsbezogene Systematisierungen ein modularisiertes Curriculum entwickelt, das den Anspruch erhebt, Komplexität in strukturierter Weise zu vermitteln. Studierende sollen anhand von Propädeutika, Querschnitts- und nach thematischen Schwerpunkten geordneten Kursen herangeführt werden an ein wissenschaftliches Feld, das sich zwar nicht gänzlich in einem Curriculum abschließend aneignen lasse, aber doch mit den entsprechenden Grundlagen systematisch überschaut werden könne. Die curriculare Struktur von VINGS in Zusammenhang mit den Inhalten und den zusätzlichen Schlüsselqualifikationen, die durch das Online-Studium erworben werden, zeigt die folgende Grafik:



### Potentiale von Internationalität

In ihrem Beitrag „Vernetztes Lehren und Lernen: Chancen von internationalen virtuellen Gender Studies“ befasste sich Prof. Dr. Ilse Lenz, Ruhr-Universität Bochum, mit den Anforderungen und den Potentialen von „Internationalität“. Sie erörterte Internationalität in drei Bezügen: der internationalen curricularen Entwicklungs-Zusammenarbeit von VINGS mit WissenschaftlerInnen und Institutionen in Russland, der Schweiz, Österreich, den USA, Australien und Korea; der Nutzung, dem Aufbau und der Pflege internationaler Informationsressourcen; und schließlich den Herausforderungen, die Internationalisierung für die mediendidaktische Umsetzung von Gender Studies bedeutet. Für diese sei die Entwicklung kritischer Kompetenz und Reflexionsfähigkeit zentral, sowohl bezogen auf die sozialen Konstruktionen von Kultur wie von Geschlecht; beide verwiesen auf die Notwendigkeit der Herausbildung eines kritischen Kulturbegriffs. Die mit dieser konzeptionellen Arbeit verbundene Mühe werde durch eine Reihe von Vorzügen der internationalen Lehre belohnt; wichtige Vorteile böten zum einen in erkenntnistheoretischer Perspektive die Nutzung von Vergleich und Universalisierung als methodische Leitprinzipien, zum anderen die Herausbildung internationaler Kompetenz als Schlüsselqualifikation der Zukunft.

### **Brücke von der Wissenschaft in die Praxis der Gleichstellungsarbeit**

Einblicke in einen weiteren Arbeitsbereich von VINGS gaben AOR Ulrike Schultz und Ass. jur. Kirsten Pinkvoss von der Fernuniversität Hagen in ihrem Beitrag „Theorie-Praxisbezug: Das weiterbildende Studium VINGS. qualifizieren“. Das neben dem Studienprogramm im Projektrahmen entwickelte und erprobte Weiterbildungsangebot wolle eine Brücke schlagen zwischen Wissenschaftlerinnen einerseits, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, Politikerinnen sowie in Vereinigungen und Organisationen engagierten Frauen andererseits.

Das weiterbildende Studienangebot biete allen, die mit Frauenförderung, Gleichstellung und dem europäisch vorgegebenen Ziel des Gender Mainstreaming befasst sind, die Möglichkeit, ein wissenschaftliches Fundament und praktische Grundlagen für ihre Tätigkeit zu erwerben, über Fragestellungen der Praxis zu reflektieren und sich auszutauschen. Damit leiste VINGS. qualifizieren einen Beitrag zur Professionalisierung der Gleichstellungsarbeit. Das gebührenpflichtige einjährige Weiterbildungsprogramm ist als Fernstudienangebot (mit einigen Präsenzphasen) an der Fernuniversität Hagen konzipiert. Das Internet werde dabei zur Kommunikation und Distribution von schriftlichen Materialien eingesetzt, die dem Medium entsprechend gestaltet und aufbereitet seien.

### **Innovative Formen vernetzter Kooperation**

In ihrem Beitrag „VINGS: kooperatives Lehren und Lernen im Netz“ setzte sich Silja Polzin, Universität Bielefeld und zentrale Koordinatorin von VINGS, mit dem in VINGS formulierten Anspruch auseinander, eine virtuelle Lernumgebung zu schaffen und medial vermittelte Lernarrangements zu gestalten, die Anwendungsbedingungen und Lernanforderungen weiblicher und männlicher Studierender gerecht werde. Kommunikation und Kooperation spielten dabei eine Schlüsselrolle – sowohl in den didaktischen Szenarien medial vermittelten Lehrens und Lernens als auch im komplexen Implementierungsprozess im Rahmen einer länderübergreifenden Hochschulkooperation. Der erst lange nach Projektbeginn vom Projektträger verteilte Gender Mainstreaming-Leitfaden zur gender-sensitiven Gestaltung von E-Learning enthalte Anregungen, die VINGS in der Gestaltung seiner Lernumgebung bereits vorab berücksichtigt habe.

In ihrem Vortrag beleuchte Frau Polzin innovative Formen der Kooperation in VINGS auf verschiedenen Ebenen: der Ebene der vernetzten Zusammenarbeit im Verbundprojekt, der Ebene der vernetzten Lehre und der Ebene vernetzten Lernens. VINGS sei, wie die Ergebnisse zeigten, eine außerordentlich erfolgreiche Kooperation. Kooperative Lern- und Arbeitsprozesse – noch dazu an verteilten Standorten – bedeuteten für alle Beteiligten einen Gewinn durch Synergien, führten aber auch zu Reibungsverlusten, die es zu minimieren gelte; oder sie stießen auf Grenzen, die nicht immer im kurzen Lebenszyklus eines Projekts überwindbar seien. VINGS habe dabei auf vielen Ebenen mit kooperativen Arbeits-, Lehr- und Lernprozessen experimentiert. Neben den hochschulübergreifenden, interdisziplinären und auch internationalen Lehrkooperationen via Internet sei hier auf die interuniversitäre Zusammenarbeit von drei Präsenzhochschulen mit einer FernUniversität mit ihren unterschiedlichen didaktischen Konzeptionen und institutionellen Strukturen zu verweisen.

Als innovativen Ansatz der Bearbeitung von Projektaufgaben nannte Frau Polzin die Einrichtung standortübergreifend kooperierender, interdisziplinärer Arbeitsgruppen (Curriculum, Mediendidaktik, Technik, Evaluation). Damit unterscheide sich VINGS deutlich vom Lösungsmuster anderer Projekte, die die Anforderungen an eine hochschulübergreifende Kooperation durch eine strikte standortbezogene Problem- und Arbeitsteilung zu bewältigen trachteten. Bei der Contententwicklung und

Medienproduktion habe VINGS ein Konzept qualifizierender Multi-Kompetenzteams umgesetzt. Quer zu hierarchischen und institutionellen Strukturen wurden interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppen gebildet, in denen Designerin, Mediendidaktikerin, Informatikerin, Fachexpertinnen und Lehrende zusammenarbeiteten. Die Praktizierung dieses Modells verfolgte zwei Ziele: die Entwicklung medialer Studienmodule und eine über die Projektlaufzeit hinaus wirkende Weiterqualifizierung im Bereich des Einsatzes neuer Medien in der Lehre.

Auf der Ebene des Lehrens und Lernens in Computernetzen seien vornehmlich von kommunikativen und kooperativen Prozessen getragene didaktische Szenarien konzipiert und erprobt worden. Daher sei die funktionale Integration der dazu notwendigen Werkzeuge, wie webbasierte Diskussionsforen, Chat, Instant Messenger und BSCW, bei der Realisierung der VINGS-Lern- und Kursumgebung von zentraler Bedeutung gewesen.

### **Gegenstandsbezug und mediale Umsetzung**

Prof. Dr. Gudrun-Axeli Knapp, Universität Hannover, setzte in ihrem Beitrag „Gegenstandsbezug und mediale Umsetzung“ die vordergründig anwendungsorientierte Frage nach der medialen Gestaltung von Lerninhalten in den größeren Kontext der Grundlagenforschung. Aufgabe der Deutungswissenschaften sei es, die kulturellen Implikationen des Wandels zur Mediengesellschaft auch in ihren Tiefenschichten kritisch zu durchleuchten.

Dies gelte ebenso in Bezug auf allgemeine Entwicklungstrends wie mit Blick auf besondere Konstellationen. Dazu gehörten auch praktische Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die in einer *anwendungsorientierten* Perspektive ausloten wollen, wo im Gegenstandsbereich der Geistes- und Sozialwissenschaften Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes der neuen Medien liegen. Der Freiburger Soziologe Frank Welz habe das genannt, den Spieß umzudrehen: „Fachwissen und Fachlehre sollen nicht den neuen Bildungsmedien, sondern vielmehr die Nutzung der neuen Bildungsmedien der Eigenart der Sozialwissenschaftslehre angepasst werden.“

Dabei legten nicht nur *disziplinäre* Traditionen, sondern auch spezifische *Problembe-reiche* und *Gegenstände* unterschiedliche Nutzungsformen der neuen Medien nahe. Aber die Frage nach einem gegenstandsaffinen Einsatz der neuen Medien gehöre zu den eher unterbelichteten Bereichen der Diskussion über den Einsatz dieser Technologien in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehre.

Über Fragen der medialen Übersetzung reflektierte Frau Knapp anhand von Beispielen aus der VINGS-Werkstatt an der Universität Hannover. Dort wurden Lehr- und Lernmaterialien im Umfang kompletter Seminare didaktisch konzipiert, medial umgesetzt und auf CD-ROM gebrannt, so dass sie sich für den Einsatz in unterschiedlichen Lehr-Lernarrangements eignen: für Online-Kurse, blended learning und als ergänzende Medien in der Präsenzlehre. Neben theoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Gegenstand und Medium standen dabei Erfahrungen mit der Einbeziehung von Studierenden in solche Übersetzungsprozesse im Mittelpunkt.<sup>6</sup>

### **Concept-maps als Mittel der Visualisierung**

Zum gleichen Kontext, aber in anderem Zugriff auf die Thematik, referierte Prof. Dr. Regina Becker-Schmidt, Universität Hannover, in ihrem Beitrag „Concept-maps als Mittel der Visualisierung in der Online-Lehre“. Concepts-maps (Novak) seien Versuche, komplexe theoretische Konstruktionen im wörtlichen Sinn „einsichtig“ zu machen. Sie dienten dem Zweck, das Gedächtnis durch optisches Memorieren zu aktivieren. Unter der Bezeichnung „Begriffslandschaften“ (Jüngst) sei das Verfahren auch in deutschen Universitäten eingeführt worden, um Lernprozesse kognitiv zu unterstützen.

<sup>6</sup> Die von Gudrun-Axeli Knapp und anderen erstellte CD „Denkverhältnisse“, an deren Beispiel sie ihr Thema erläuterte, wird demnächst käuflich erwerbbar sein. Näheres bald auf der VINGS-Webseite: [www.vings.de](http://www.vings.de).

7 Auch die von Regina Becker-Schmidt erstellte CD „Arbeitsverhältnisse – Geschlechterverhältnisse“, in der sie concepts-maps verwendet und deren Entstehungsgeschichte in einem ausführlichen Exkurs erläutert, wird demnächst käuflich erwerbbar sein. Wir werden darüber auf der VINGS-Webseite ([www.vings.de](http://www.vings.de)) informieren.

8 Informationen über alle vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten E-Learning-Projekte bietet die Webseite des Projektträgers „Neue Medien in der Bildung + Fachinformationen“, [www.medien-bildung.net](http://www.medien-bildung.net).

9 Der im Gender-Arbeitskreis des Begleitprojekts entwickelte „Gender Mainstreaming Leitfaden“ findet sich unter [www.pt-dlr.de/PT-DLR/nmb/Leitfaden\\_Empfehlungen\\_aktuell\\_2006032.pdf](http://www.pt-dlr.de/PT-DLR/nmb/Leitfaden_Empfehlungen_aktuell_2006032.pdf)

„Begriffslandschaften“ seien vor allem nützlich bei der Erschließung von Wissensbeständen, die in ihrer Logik konsistent sind. Für den Umgang mit sozialen Konstellationen, in denen gegenläufige Entwicklungen und widersprüchliche Strukturierungen zu untersuchen seien, wie z.B. Geschlechterverhältnisse, habe eine neue Zeichensprache erfunden werden müssen. Soziale Relationen verwiesen auf Formen der Separierung und Verbundenheit, auf einseitige und reziproke Abhängigkeiten, auf Interdependenzen bei gleichzeitiger Hierarchisierung, u.a.m.

Frau Becker-Schmidt stellte die von ihr entwickelte topologische Zeichensprache am Anwendungsbeispiel multimedialer Studien- und Lernmaterialien zur komplexen Thematik „Geschlechterverhältnisse – Arbeitsverhältnisse“ vor, die im Rahmen von VINGS konzipiert, produziert und in der Lehre eingesetzt worden sind. Dabei sei der Rahmen der üblichen concept-maps durch die Einbeziehung von Anschauungsmaterialien aus der bildenden Kunst, durch Sequenzen aus Dokumentarfilmen und Fotoserien überschritten worden. Durch unterschiedlich gestaltete sub-maps und sub-scripts ließen sich verschiedene Ebenen eines Problemzusammenhanges entdecken und die mit digitalen Medien erschließbare virtuelle Räumlichkeit für die Analyse von Tiefenstrukturen nutzen.<sup>7</sup>

### **Gender Mainstreaming und Bildungsmedien**

Ein in vielerlei Hinsicht „quer“ liegendes Projekt im Förderprogramm „Neue Medien in der Bildung“ ist das von Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel und Dipl.-Soz. Marion Kampfans, Universität Dortmund, vorgestellte Vorhaben „Gender Mainstreaming – Medial“. Seine Aufgabe lag in der gender-bezogenen Beratung und Evaluierung von etwa 100 Forschungskonsortien mit insgesamt über 500 Teilprojekten<sup>8</sup>; aktiv bereit zur Evaluierung war allerdings nur ein kleiner Teil dieser Projekte. Das Begleitprojekt hat ferner den Auftrag, einige Projekte des Förderprogramms als „good-practice-Beispiele“ auszuwählen.

Der Beitrag ging von der These aus, Lehren und Lernen rückten beim Einsatz digitaler Medien stärker aneinander, da auch die Lehrenden lernen (müssen), wie sie die Entwicklung von Lernmodulen und virtuellen Studienelementen gestalten und einsetzen können. Viele Studierende hätten einen Vorsprung vor den Lehrenden in der Nutzung dieser Medien. Der Generationen-Gap sei möglicherweise bedeutsamer als der Gender-Gap. In Anlehnung an die Genderdebatte und als work in progress wurde diskutiert, welche Formen des Lehrens und der studentischen Beteiligung lernförderlich sind und welche Rolle die (geschlechtsbezogenen) „Bilder im Kopf“ bei Lehrenden und Lernenden spielen. Im zweiten Teil wurde vorgestellt, wie die Einbindung einer Gender-Perspektive im Bereich digitaler Medien in der Umsetzung aussehen könne. Generell zeige sich, dass die Gender-Perspektive von den Überlegungen zu einer nutzer/innen-freundlichen Didaktik nicht getrennt werden könne. Als Felder, in denen die Genderdimension eine Rolle spiele, nannten sie höchst unterschiedliche Ebenen und Inhaltsbereiche: Projektorganisation & Kommunikation, Technik & Design, Lehr- & Lerninhalte, Didaktik & Mediendidaktik sowie Evaluation. In einem im Projektrahmen entwickelten Leitfaden sind Ansätze einer Konkretisierung von Gender Mainstreaming in der Praxis von E-Learning-Projekten zusammengefasst.<sup>9</sup>

### **Podiumsdiskussion Implementierung von E-Learning und Virtual Gender Studies in Präsenzuniversitäten**

Moderiert von Prof. Dr. Brigitte Young, Universität Münster, diskutierten zum Thema „Implementierung von E-Learning in Präsenzuniversitäten mit Blick auf die Integration virtueller Gender Studies“ zwei Prorektoren der an VINGS beteiligten Universitäten, Prof. Dr. Gerhard Sagerer, Prorektor für Lehre Bielefeld und Prof. Dr. Uwe



Schimank, Prorektor für Lehre Hagen, die Konsortialführung des VINGS-Projekts, Prof. Dr. Ursula Müller, als Vertreterin der Prorektorin Bochum und aktiv in VINGS Lehrende Jun. Prof. Dr. Cilja Harders, Dr. Bernd Kleimann vom PT-Begleitprojekt zu Nachhaltigkeitsstrategien für E-Learning an Hochschulen, HIS Hannover, Dipl.-Päd. Cornelia Schneider vom Projektträger „Neue Medien in der Bildung + Fachinformation“ sowie Andreas Wolfrum vom Universitätsverbund MultiMedia NRW.

In ihren Diskussionsbeiträgen gingen die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Problematik ein, dass der Bund mit seinem Förderprogramm eine riesige Anschubleistung erbracht habe in der Erwartung, die Projekte würden sich, falls sie überzeugend ausfielen, in der recht kurzen Projektlaufzeit von drei Jahren auf eine selbsttragende Grundlage stellen können. Diese Erwartung erwies sich als verfehlt, wie Frau Schneider vom Projektträger einräumte und Herr Kleimann anhand einer Online-Befragung aller Projekte zur bisher erreichten Nachhaltigkeit untermauern konnte. Nur wenige Projekte verfügen bereits über entwickelte Geschäftsmodelle, und nur wenige Hochschulen haben bisher deutliche Schritte in Richtung Verstetigung getan.

Angesichts sich verschärfender Rahmenbedingungen sehen die Hochschulen, wie beide Prorektoren betonten, ihre Möglichkeiten als sehr begrenzt an. Nicht viel anders stellte es sich bei der Initiative des Landes NRW dar, so Andreas Wolfrum vom Universitätsverbund Multimedia NRW. Andererseits sei die Bedeutung von E-Learning nicht zu bestreiten, und angesichts des Bologna-Prozesses (Umstellung aller Studiengänge in der EU auf ein BA/MA/PhD-System bis 2010) gewönne die Entwicklung auch in der Hinsicht an Fahrt, dass sich die Unterschiede zwischen Präsenz- und Fernuniversitäten tendenziell angleichen (Schimank).

Auch Ursula Müller und Cilja Harders sowie Diskutantinnen aus dem Publikum thematisierten den Bologna-Prozess mit Bezug auf Fragen nach der disziplinären vs. interdisziplinären Verortung der Gender Studies sowie der angemessenen Berücksichtigung der Genderperspektive und der Geschlechterforschung insgesamt.

Aus Sicht des Projektträgers bedarf die Nachhaltigkeit der Projekte der Unterstützung, wie Cornelia Schneider betonte. Im Frühjahr 2003 sei ein Arbeitskreis zum Thema Nachhaltigkeit ins Leben gerufen worden, der die Aufgabe habe, für die Projekte einen Leitfaden zur Implementierung virtueller Lehre zu entwickeln. Um einer langfristigen Förderstrategie im Bereich Neuer Medien in der Hochschullehre den Boden zu bereiten, die Erfahrungen und Ergebnisse der Projekte integriere, werde derzeit im Auftrag des BMBF ein Audit durchgeführt, in dem Expertinnen und Experten die laufenden Fördermaßnahmen begutachten und Empfehlungen für zukünftige Fördermaßnahmen abgeben. Diese und weitere Ergebnisse der Gesamtfördermaßnahmen sollen in einem Abschlussworkshop im September 2004 präsentiert werden.<sup>10</sup>

*10 Die Podiumsdiskussion in redaktionell überarbeiteter Fassung ist in ganzer Länge zu sehen unter [www.vings.de](http://www.vings.de).*

## **Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Praxis von E-Learning-Projekten**

### **Prometheus**

Die Projektkoordination des Verbundprojekts „prometheus“, Dr. Ute Verstegen, Kunsthistorisches Institut der Universität zu Köln, nannte ihren Vortrag „Männer in der Minderheit – Genderaspekte im BMBF-Projekt“. Im Rahmen des Projekts „Prometheus“ wurde ein netzbasiertes Verbundarchiv aufgebaut, das Studierenden und Lehrenden die Suche und Nutzung digitaler Bilder in den Bereichen Archäologie, Kunst- und Designgeschichte ermöglicht.

Projektwebseite: <http://www.prometheus-bildarchiv.de>

**Educational Media**

Ilke Nübel und Dipl.-Päd. Britta Voß, Universität Duisburg-Essen, Institut für Erziehungswissenschaften, stellten das Projekt „Educational Media“ vor. Der Beitrag dokumentierte die Strategien des Projekts, Gender Mainstreaming in Konzeption, Umsetzung und Durchführung eines weiterbildenden Online-Studienprogramms einzu-binden. Dabei beleuchteten sie exemplarisch die Projektorganisation im Sinne einer paritätische Besetzung des Educational Media Teams und der Durchführung eines Gendertrainings, sowie die Inhalte und Materialien, die gendersensibel überarbeitet wurden. Hinsichtlich Technologie, Design und Mediendidaktik betonten sie die ziel-gruppengerechte Aufbereitung von und Zugangsmöglichkeiten zu Informationen so-wie individualisiertes Feedback der Studierenden über ihren Leistungsstand.

Projektwebseite: <http://online-campus.net/em>

**Physik multimedial**

Dipl.-Inf. Helmut Schottmüller, Universität Bremen, berichtete über das Projekt „Physik multimedial – Lehr- und Lernmodule für das Studium der Physik als Nebenfach“. Zu den Projektaufgaben gehörte die Erstellung einer internet-gestützten Lehr- und Lern-umgebung, die von Lehrenden und Studierenden mit den unterschiedlichsten Eingangs-kompetenzen genutzt wird. Während der Projektlaufzeit seien Workshops und Evalua-tionen durchgeführt worden, um auf die spezifischen Wünsche und Bedürfnisse von Nutzerinnen und Nutzern, in zwei Fällen sogar explizit auf die Wünsche und Bedürf-nisse weiblicher Nutzerinnen einzugehen und diese in die Inhalte und die technische Umsetzung einzuarbeiten, erläuterte der Referent, der Mitglied im Arbeitskreis des Begleitprojekts „Gender Mainstreaming in den neuen Medien in der Bildung“ gewe-sen ist.

Projektwebseite: <http://www.physik-multimedial.de>

**RION - Rechtsinformatik online**

In dem Beitrag von Dr. Bernd Remmele, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, der das Projekt „RION – Rechtsinformatik online“ vorstellte, ging es um gendersensitive Transformationen bei der Virtualisierung des RION-Verbundseminars. Er präsen-tierte erste Ergebnisse und Schlussfolgerungen zur geschlechtsspezifischen Nutzung von IuK-Technologien in spezifischen „Experimentierfeldern“ des Projekts, das den Beteiligten die Möglichkeit geboten habe, die Form des RION-Verbundseminars rela-tiv frei zu entwickeln. Auf diese Weise seien insbesondere die kommunikativen Potentia-le der IuK-Technik voll ausgeschöpft worden, um damit dem spezifischen gender-bias der Technik, wie er in eher distributiv ausgerichteten E-Learning-Modellen zum Tragen komme, entgegenzuwirken. Zu Lehr- und Lernzwecken sei ein MOO (JurMOO <http://moo1.iig.uni-freiburg.de:7000/>) aufgebaut und dessen Nutzung untersucht worden.

Projektwebseite: <http://www.ri-on.de>

*Prof. Dr. Ursula Müller und Silja Polzin M.A.  
Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum (IFF)  
Universität Bielefeld,  
Postfach 100131, 33501 Bielefeld  
Email: [silja.polzin@uni-bielefeld.de](mailto:silja.polzin@uni-bielefeld.de)*



Für die beispielhafte Umsetzung des Gender Mainstreaming-Konzepts wurde VINGS als Good Practise Projekt ausgezeichnet



*Im Rahmen des Tempus-Projektes - ein Gemeinschaftsprojekt des IFF der Universität Bielefeld, dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien und der Fakultät für Soziologie der Universität St. Petersburg - "Geschlechterstudien als Bestandteil soziologischer Lehre. Curriculumentwicklung im Bereich Geschlechterstudien mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Bürgerinitiative und Sozialarbeit in der russischen Transformationsgesellschaft" waren zu einem Studien- und Forschungsaufenthalt im Wintersemester 2003/2004 die Studentinnen Dariya Wassilewa, Maria Alekseeva und Ekatarina Golik (v.l.) zu Gast am IFF.*

## Neu erschienen in der IFF Forschungsreihe



Anina Mischau  
Akzeptanz monoedukativer Studiengänge/-elemente bei jungen Frauen – Bestandsaufnahme und exemplarische Befragung  
Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung  
IFF Forschungsreihe, Band 15  
Bielefeld 2004  
103 Seiten, 5,50 €, ISBN 3-932869-14-1

Preis zuzüglich Porto von 1,50 €  
Bestellung bitte an:  
Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum  
Universität Bielefeld  
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld  
Fon: 0521-1064574, Fax: 0521-1062985  
Email: iff@uni-bielefeld.de

## Wie wird „Entwicklung“ gemacht?

*Am Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie/Sozialanthropologie an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, wurde Ende letzten Jahres mit dem Forschungsprojekt „Wie wird „Entwicklung“ gemacht? Handlungsspielräume und translokale Netzwerke von Frauenorganisationen in muslimischen Gesellschaften“ begonnen. Das von der VolkswagenStiftung finanzierte Projekt untersucht die Aushandlung von Entwicklungskonzepten in drei muslimischen Ländern. Im Sudan, in Malaysia und im Senegal wird den Fragen nachgegangen, wie globale Entwicklungskonzepte, wie z.B. Armutsbekämpfung, Menschenrechte oder Geschlechtergleichheit, lokal ausgehandelt werden. Das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure, d.h. staatlicher Institutionen, transnationaler Entwicklungsorganisationen und zivilgesellschaftlicher Gruppen, steht dabei im Zentrum des Interesses. Dabei gehen die Forscherinnen davon aus, dass neue Räume in der Aushandlung von Entwicklungskonzepten geschaffen und insbesondere von Frauen genutzt werden. Ziel des Projektes ist es, zu einem besseren Verständnis von Entwicklungsprozessen und Entwicklungskonzepten beizutragen, gerade in Ländern, in denen der Islam als Vehikel für Partikularisierungen und Konfrontationen an Bedeutung zugenommen hat.*

### Einleitung

Globalisierung ist kein eindimensionaler Prozess. Vielmehr verbergen sich hinter diesem Schlagwort eine Vielzahl komplexer Prozesse, die auf verschiedenen Ebenen stattfinden und widersprüchliche Auswirkungen haben können. So lassen sich empirisch Phänomene kultureller Vereinheitlichung und eine globale Ausbreitung universalistischer Konzepte und Organisationsmuster beobachten. Gleichzeitig finden jedoch auch Prozesse der Heterogenisierung in Form der Wiederentdeckung und Neuinszenierung partikularer nationaler und ethnischer Identitäten statt. Diese scheinbar gegenläufigen Entwicklungen verlaufen nicht unabhängig voneinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Vorstellungen von einer gewünschten gesellschaftlichen Entwicklung stellen in diesem Zusammenhang ein besonders interessantes Forschungsfeld dar, um genau diese Widersprüchlichkeiten als grundlegenden Bestandteil von Globalisierungsprozessen zu untersuchen.

So werden auf der einen Seite von global agierenden Institutionen Entwicklungskonzepte und Visionen formuliert, die universelle Gültigkeit und Umsetzung beanspruchen, wie z.B. das Konzept der Menschenrechte, die Idee der Geschlechtergleichheit oder das entwicklungspolitische Ziel der Armutsbekämpfung. Auf der anderen Seite wird genau dieser Anspruch auf Allgemeingültigkeit von verschiedenen politischen Akteuren und Bewegungen kritisiert und infrage gestellt, wobei mit einem Instrumentarium kultureller und ethnischer Differenz operiert wird, das dazu dient, einen Gegenpol zu „westlicher“ Kultur zu formulieren.

### Globalisierung und Islamisierung

Im Kontext aktueller Islamisierungsprozesse haben Bewegungen, die sich explizit vom „Westen“ abgrenzen und Alternativen zu entsprechenden Entwicklungsvorstellungen artikulieren, an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig wird „Der Islam“ und „Die muslimische Welt“ aus westlicher Perspektive als homogene Kategorie konstruiert und steht damit sinnbildlich für die „Anderen“, die durch ein Entwicklungsdefizit gekennzeichnet sind. Darin kommt eine doppelte Abgrenzungslogik zum Ausdruck.

Globale Entwicklungskonzepte wie Menschenrechte werden besonders in muslimischen Kontexten kontrovers diskutiert und bieten dort eine Folie, vor der Aspekte kultureller Eigenständigkeit und eine Distanzierung zu westlichem Lebensstil thematisiert werden. Den als kulturell fremd definierten Konzepten werden lokale Visionen von Entwicklung entgegengesetzt. Diese lokalen Visionen von Entwicklung und ihre Konstruktionsprozesse in sozialen geschlechtsspezifisch strukturierten Räumen zu untersuchen, ist das Ziel des Forschungsprojektes „Negotiating Development: Trans-local Gendered Spaces in Muslim Societies“ am Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie/Sozialanthropologie der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

### **Die Aushandlung von Entwicklungsprozessen**

Entwicklungsprozesse lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen und dann Punkt für Punkt exakt umsetzen. Vielmehr werden sie in Interaktionen zwischen Akteuren verschiedener Ebenen ausgehandelt und nehmen erst dabei Gestalt an. Die Aushandlung von Entwicklungsprozessen findet heute zwischen globalen, translokalen und lokalen Organisationen und Institutionen statt. Der Fokus auf die durch Interaktionsprozesse konstituierten Arenen ermöglicht es, zu untersuchen, wie die Vorstellungen und Erwartungen der beteiligten Akteure sich wechselseitig bedingen und beeinflussen. Diese Wechselwirkungen bleiben sonst allzu oft in den jeweiligen exklusiven und essentialistischen Konstruktionen, z.B. in der Gegenüberstellung der „muslimischen Welt“ und des „Westens“, ausgeblendet.

Durch translokale Netzwerke, getragen von Entwicklungsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, werden globale Konzepte und Visionen auf lokaler Ebene angeeignet und in lokale Diskurse übersetzt, wobei sich ihre Bedeutungen entsprechend verändern. In muslimischen Gesellschaften werden westliche Konzepte sozialer, ökonomischer und politischer Entwicklung vor allem hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit sogenannter „lokaler Kultur“ und einer spezifisch islamischen Identität diskutiert.

Diese Diskussionen finden auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen statt. Austausch, Vernetzungsprozesse und Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren wie lokalen und transnationalen NGOs, dem Staat, ausländischen Geber-Institutionen und supra-nationalen Institutionen (UNO, WHO, Weltbank) tragen zur Entstehung neuer (sozialer) Räume bei.

Mit sozialem Raum ist hier eine von den Subjekten in ihrem Alltagshandeln geschaffene Sinnstruktur gemeint, in der materielle und symbolische Elemente der Lebenswelt zueinander in Bezug gesetzt werden. Dieser Raum ist Schauplatz vielfältiger Aushandlungsprozesse von Identitäten, mittels derer sich die Akteure im jeweiligen Kontext positionieren.

### **Entwicklung, Geschlecht und Islam**

Der Bezug zur jeweiligen nationalen, kulturellen oder islamischen Identität wird hinsichtlich der Unterstützung oder Ablehnung spezifischer Entwicklungsvorstellungen relevant. Eine Vielzahl von Akteuren und sozialen Kräften mit unterschiedlichen Orientierungen präsentieren sich auf lokaler Ebene und konkurrieren um den „richtigen“ Weg und die „richtige“ Strategie, um ihre Vision von Entwicklung zu realisieren. Oft stehen Geschlechterbeziehungen im Zentrum dieser Auseinandersetzungen. Hinsichtlich islamischer Identitätspolitik ist die Kategorie Geschlecht von entscheidender Bedeutung. Auch auf globaler Ebene dient die Konstruktion von Geschlecht und Geschlechterbeziehungen der Grenzziehung zwischen „westlichen Kulturen“ und den muslimischen „Anderen“. Dabei sind Frauen trotz ihrer Instrumentalisierung im Zuge der Konstruktion nationaler islamischer Identitäten in unterschiedlichen gesellschaftli-

chen Räumen als Akteurinnen wesentlich an der Umsetzung und auch an der Veränderung der islamistischen Restrukturierung des öffentlichen Raumes beteiligt.

### Das Forschungsprojekt

Das von der VW-Stiftung für einen Zeitraum von zwei Jahren (01.10.03 - 01.10.05) geförderte Forschungsprojekt „Negotiating Development: Trans-local Gendered Spaces in Muslim Societies“ ist in den Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie/Sozialanthropologie der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld eingebettet. Im Zentrum des Projektes stehen Prozesse der Aushandlung von Entwicklungskonzepten und Visionen in drei Regionen, in denen Islamisierungsprozesse ganz unterschiedlicher Ausformung ablaufen (Ostafrika, Südostasien und Westafrika). Dabei werden die sozialen Akteure und ihre Strategien, Vernetzungen und die entsprechende Konstitution sozialer Räume untersucht. Die Analyse geht dabei nicht von gegebenen sozialen Strukturen aus, sondern von den Perspektiven der Akteure, ihren Handlungsrationali-täten und Strategien. Ziel ist es, die Konstruktionsprozesse lokaler Visionen von Entwicklung und deren Einbettung in von Frauenorganisationen aufgebaute translokale Netzwerke zu untersuchen. Indem die komplexen Beziehungsgeflechte zwischen Re-gionen aufgezeigt werden, die häufig in vereinfachender Weise als getrennte kulturelle Räume behandelt werden, können gängige Dichotomien hinterfragt werden.

### Die Fragestellung

Konkret soll das Forschungsprojekt über folgende Fragen Aufschluss geben:

- Wie werden Entwicklungskonzepte im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure – staatlicher Institutionen, transnationaler Entwicklungsorganisationen und zivil-gesellschaftlicher Gruppen – lokal ausgehandelt?
- Welche neuen Räume werden in der Aushandlung von Entwicklungskonzepten in translokalen Netzwerken geschaffen und wie werden sie von Frauen genutzt?
- Welche Rolle spielen Aushandlungsprozesse von Entwicklungskonzepten für die Identitätskonstruktionen unterschiedlicher Gruppen?

### Die Forschungsmethode

Um diese Ziele zu erreichen, ist interkulturelle und interdisziplinäre Kooperation die Voraussetzung. Methodologisch wird ein interpretatives, qualitatives Vorgehen angewandt. In drei Ländern, dem Sudan, Malaysia und Senegal, werden intensive empiri-sche Feldforschungen durchgeführt, um Frauenorganisationen und -gruppen zu identifizieren und über teilnehmende Beobachtungen ihre Entwicklungsvorstellungen, ihre translokalen Vernetzungen und die Interaktionsprozesse mit anderen Akteuren, z.B. dem Staat, internationalen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen, zu unter-suchen. Qualitative Interviews mit relevanten Akteuren in den jeweiligen Arenen wer-den nach einem speziellen Design (theoretical sampling) durchgeführt. Außerdem werden typische biographische Verläufe (trajectories) von Frauen nachgezeichnet, die aktiv an der Aushandlung von Entwicklungsprozessen und Identitätskonstruktionen partizipieren.

Eine vergleichende Perspektive wird eingenommen um herauszuarbeiten, unter wel-chen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen Entwicklungskonzepte in dem jeweiligen Kontext eine spezifische Bedeutung erlangen. Über die Kontextu-alisierung des empirischen Materials und den Vergleich der einzelnen Fallstudien soll zu einem besseren Verständnis von Entwicklungsprozessen und Entwicklungskonzepten beigetragen werden. Dies ist insbesondere für Regionen von aktuellem Interesse, in denen der Islam als Vehikel für Partikularisierungen und Konfrontationen an Bedeu-tung zugenommen hat.

### Forscherinnenteam

*Dr. Petra Dannecker*  
([petra.dannecker@uni-bielefeld.de](mailto:petra.dannecker@uni-bielefeld.de))

*Prof. Gudrun Lachenmann*

([gudrun.lachenmann@uni-bielefeld.de](mailto:gudrun.lachenmann@uni-bielefeld.de))

*Dr. Salma Nageeb*  
([snageeb@yahoo.com](mailto:snageeb@yahoo.com))

*Dr. Nadine Sieveking*  
([nadine.sieveking@uni-bielefeld.de](mailto:nadine.sieveking@uni-bielefeld.de))

*Anna Spiegel*  
([anna.spiegel@uni-bielefeld.de](mailto:anna.spiegel@uni-bielefeld.de))

Christiane Maschetzke

## Fachtagung „Berufsorientierung in unübersichtlichen Zeiten: Anforderungen, Strategien, Konzepte“

*Die Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Umbruch und mit ihr verändern sich auch Anforderungen an Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung. Die Verhältnisse werden unübersichtlicher und der Bedarf an Orientierung steigt. Was können Schule und Arbeitsamt, Unternehmen und Universitäten anbieten, um Jugendlichen in ihrer Berufsorientierung zu unterstützen?*

Mit diesen und anderen Fragen befasste sich die zweitägige Fachtagung „Berufsorientierung in unübersichtlichen Zeiten“ am 11. und 12. Dezember 2003, zu der über 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Wissenschaft und Praxis ins Jugendgästehaus Bielefeld gekommen waren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsentierten aktuelle Forschungsergebnisse, Experten und Expertinnen aus verschiedenen Bereichen stellten einschlägige Praxisprojekte vor.

Veranstaltet wurde die Tagung von Prof. Dr. Mechtild Oechsle und den Projektmitarbeiterinnen Dr. Helen Knauf, Christiane Maschetzke und Elke Rosowski, die Ergebnisse

ihrer Studie über Berufsorientierung und Lebensplanung von Abiturientinnen und Abiturienten präsentierten. Eröffnet wurde die Tagung durch Prof. Dr. Mechtild Oechsle (Universität Bielefeld), Professor Dr. Christoph Gusy (Rektorat der Universität Bielefeld), sowie Ministerialrat Ulrich Thünken (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW). Die Tagung wurde gefördert vom Zentrum für Lehrerbildung, dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW und dem Interdisziplinären Frauenforschungszentrum (IFF).

In der Plenarveranstaltung am Donnerstag Nachmittag standen Strukturveränderungen der Arbeitswelt und veränderte Orientierungen von Jugendlichen im Mittelpunkt der Vorträge. Prof. Dr. Günter Voß (Universität Chemnitz) skizzierte den „Arbeitskraft-

unternehmer“ als neuen Typus von Arbeitskraft in einer postfordistischen Arbeitswelt und empfahl eine radikale Subjektivierung von Berufsorientierung und Berufsberatung. Dr. Martin Griepentrog (Hochschulteam Arbeitsamt Bielefeld) beschrieb auf dem Hintergrund eigener Beratungserfahrung eine zunehmende Erlebnisorientierung bei Berufswahlentscheidungen und skizzierte Konsequenzen für die Berufsberatung. Prof. Dr. Mechtild Oechsle (Zentrum für Lehrerbildung, Universität Bielefeld) gab einen Einblick in die Bandbreite von Orientierungen und Strategien von AbiturientInnen zwischen Arbeitsmarktorientierung und Selbstverwirklichung und forderte eine stärkere Individualisierung der Angebote zur Berufsorientierung. Dr. Barbara Stauber (Universität Tübingen) beschäftigte sich mit neuen Lernformen von Jugendlichen als



*Veranstalterinnen und ReferentInnen der Tagung „Berufsorientierung in unübersichtlichen Zeiten“*



Ressource für den Übergang in die Arbeitswelt. Alle Vorträge machten deutlich, dass Berufsfindungsprozesse sich ausdifferenziert und individualisiert haben, und dass Angebote zur Berufsorientierung sich weniger denn je auf Information beschränken können und mehr an individueller Beratung und Orientierung bieten müssen.

Am Freitag Vormittag wurden in drei parallelen Workshops ausgewählte Aspekte von Berufsorientierung diskutiert.

Workshop I „Berufsorientierung und Geschlecht: Neue Orientierungen – alte Konzepte?“ befasste sich mit dem Einfluss von Geschlecht auf Berufsorientierungsprozesse und diskutierte die Frage, welche Konzepte geeignet sind, Mädchen und junge Frauen in ihren Berufswahlentscheidungen zu unterstützen. Stephanie Große (Universität Göttingen) beschrieb biographische Lernprozesse als Aushandlungsprozess zwischen subjektiv motiviertem Handeln einerseits und sozialen Strukturen, institutionellen Mustern und normativen Vorgaben andererseits.



Elke Rosowski (Universität Bielefeld) stellte in ihrem Beitrag die Frage nach dem möglichen Einfluss von privater Lebensplanung auf berufliche Pläne und Orientierungen von jungen Frauen und Männern. Dr. Agnes Dietzen und Gisela Westhoff (BIBB, Bonn) befassten sich mit den Chancen einer neuen Beruflichkeit für Frauen am Beispiel der IT-Berufe. Ergebnisse aus den Projekten „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ und „idee-it“ präsentierten Ulrike Struwe und Wenka Wentzel (Kompetenzzentrum Bielefeld).

Der zweite Workshop beschäftigte sich mit der Frage „Institutionelle Angebote zur Berufsorientierung – was leisten Schule und Universität, Arbeitsamt und Unternehmen?“ Prof. Dr. Gerd Famulla (Universität Flensburg) eröffnete die Vortragsreihe und fragte auf dem Hintergrund des Projektverbundes „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ nach den Kompetenzen, die Jugendliche im Übergang Schule-Arbeitswelt benötigen und wie sie gefördert werden können. Die Analyse schulischer Angebote zur Berufsorientierung stand bei Dr. Helen Knauf (Universität Bielefeld) im Vordergrund, während Christian Strijewski (Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg) über die zukünftige Rolle von Berufsorientierung und Berufsberatung in einer reorganisierten Bundesagentur für Arbeit berichtete. Dr. Wolfgang Eimer (Weidmüller Stiftung, Detmold) stellte erfolgreiche Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Unternehmen vor. Frauke Isenberg (Universität Heidelberg) berichtete über das Heidelberger Tutorenprogramm „Abitur – und was dann?“, das AbiturientInnen bei der Klärung ihrer beruflichen Interessen und Neigungen unterstützt.

Der dritte Workshop stand unter dem Thema „Eltern und Peers: Welchen Einfluss haben sie auf die Berufsorientierung?“ Prof. em. Dr. Lothar Beinke (Osnabrück) berichtete über die aktuelle Bedeutung der Peer-Group und der Eltern im Prozess der Berufsorientierung. Christiane Maschetzke (Universität Bielefeld) analysierte in ihrem Beitrag direkte und indirekte Einflüsse der Eltern auf den Berufswahlprozess. Dr. Christoph Heine (HIS, Hannover) untersuchte den Einfluss von sozialer Herkunft und Geschlecht auf Studienentscheidungen und präsentierte hierzu aktuelle Daten einer HIS-Studie. Dr. René Bendit (Deutsches Jugendinstitut München) unterstrich in seinem abschließenden Vortrag noch einmal die wichtige Rolle der Familie beim Übergang Jugendlicher in das Beschäftigungssystem und stellte Ergebnisse einer international vergleichenden Studie vor.

Eine Podiumsdiskussion beschloss die Tagung. Dr. Wolfgang Eimer (Weidmüller Stiftung, Detmold), Prof. Dr. Gerd Famulla (Universität Flensburg), Renate Hendricks (Vorsitzende des Bundeselternrates, Bonn), Dr. Jutta Obbelode (Schulleiterin Anne-Frank-Gesamtschule, Gütersloh), Christian Strijewski (Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg) und Prof. Dr. Günter Voss (Universität Chemnitz) diskutierten gemeinsam mit den TagungsteilnehmerInnen darüber, welche Kompetenzen Jugendliche für den Übergang Schule-Arbeitswelt brauchen und wie sie durch institutionelle Angebote und das soziale Umfeld unterstützt werden können. Moderiert wurde die lebhafte Diskussion von Christiane Wauschkuhn (Rudolf-Rempel Berufskolleg, Bielefeld).

Nähere Informationen zur geplanten Tagungsdokumentation sowie zum Projekt „Berufsorientierung und Lebensplanung – Jugendliche in der Sekundarstufe II“ und zum Folgeprojekt „Abitur und was dann? Biographische Verläufe und Orientierungsprozesse nach dem Abitur“ sind erhältlich unter [www.berufsorientierung-und-lebensplanung.de](http://www.berufsorientierung-und-lebensplanung.de) oder bei Prof. Mechtild Oechsle, Telefon 106-4235, 4248 (Sekretariat). Die Ergebnisse des Forschungsprojekts werden im Frühjahr bei Leske + Budrich veröffentlicht.

*Christiane Maschetzke  
Zentrum für Lehrerbildung  
Universität Bielefeld,  
Postfach 10 01 31  
33501 Bielefeld  
Email: [christiane.maschetzke@uni-bielefeld.de](mailto:christiane.maschetzke@uni-bielefeld.de)*

## Frauenräume

Zunächst zum Titel dieses Essays. Vor zweierlei möchte ich warnen. Erstens glaube ich, dass es nur wenig wirklich Frauenspezifisches gibt bei der „Gestaltung öffentlicher Räume und Arbeitsplätze“ (so der Titel einer Veranstaltungsreihe an der Universität Bielefeld, die Anlass für diese Überlegungen war). Eine der Ausnahmen ist die meist unzureichende Anzahl von Damentoiletten in Kulturbauten etwa, so dass Frauen meist während Konzert-, Theater- oder Opernpausen in entwürdigender Weise in oder vor Waschräumen Schlange stehen.

Stillräume sind möglicherweise ein weiteres geschlechtsspezifisches Bedürfnis, wobei ich mich allerdings frage, ob Frauen ihrem Kind nicht mindestens so pläsiert auf einer weniger abgeschotteten Sitzgelegenheit die Brust geben können. Nur rauchfrei und ein wenig gemütlich dürfte dieser Platz schon sein. Aber welche nicht stillende Person würde sich nicht auch über derartige Einrichtungen freuen. Vielleicht könnte man dann sogar wieder durch Stufenlagerer unbehindert die Treppen der Universität und Fachhochschule ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung entsprechend nutzen. Falls doch Verborgenheit und Stille beim Stillen gewünscht wird, wäre ein Ruheraum geeignet. Es soll sogar einen an der Universität Bielefeld geben. Nur ist er so versteckt, dass wenige von ihm wissen und gerade Erschöpfte ihn nicht finden. Ich sehe übrigens keinen Grund, warum nicht auch Männern Ruheräume zur Verfügung stehen sollen, womit sich die vermeintliche Geschlechtsspezifität von Stillräumen wieder in Nichts auflöst. Das erinnert mich an die deutlich als solche ausgeschilderten Rampen für Behinderte oft an abgelegenen Stellen. Sie könnten ebenso in viele Treppen integriert werden, vielleicht sogar als ein formal reizvolles architektonisches Element, wodurch Kinderwagen Schiebende und andere Behinderte (im Sinne von behindert werden) nicht auch räumlich zur Randgruppe degradiert würden.

Ich warne aber davor, die Forderung nach Wickeltischen, Spielräumen und -plätzen, Kindergärten, Tagesstätten, kinderwagengerechten Möglichkeiten, um Höhenunterschiede zu überwinden und dergleichen, zu einem Frauenproblem zu machen. Wenn so genannte „Mütterräume“ in Damentoiletten integriert sind, kann selbst der engagierte Vater nicht die Windeln wechseln, ohne Anstoß zu erregen. Natürlich können Frauen sich für die Belange von Eltern einsetzen. Wir müssen aber darauf achten, dass wir es nicht in einer Weise tun, die Väter aus ihrer Pflicht entlässt.

Weitere Warnungen bezüglich des Titels betreffen den Trugschluss, dass es bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen im Wesentlichen um die Gestaltung von *öffentlichen* Räumen gehe, und dass sich soziale Fragen in erster Linie architektonisch beantworten ließen. Gebautes kann bestenfalls den Rahmen für soziales Geschehen bieten und dieses dadurch anregen und erleichtern. Erzwingen kann Architektur aber kaum etwas, auch keine Kommunikation durch einen Gemeinschaftsraum. Schon eher kann etwa der Bau einer Schnellstraße durch ein Wohngebiet nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Seiten dieser Schneise behindern. Dennoch halten es (meist männliche) Politiker im Allgemeinen für ihre Karriere dienlich, (aus Steuern) finanzierte Bauwerke einzuweihen. Es hat sich aber hoffentlich inzwischen herumgesprochen, dass selbst mit den besten technischen Geräten ausgestattete Krankenhäuser nur dann vollen Nutzen erbringen, wenn ausreichend Personal zur Belegung aller Betten vorhanden ist. Analog sind Kindergärten und Tagesstätten mit jahrelanger Warteliste auch bei ansprechendster Bauweise wenig hilfreich. Das Einsetzen einer Arbeitskraft zur Bedarfsermittlung halte ich in diesem Zusammenhang für zynische Augen-

wischerei und Verschwendung von Steuergeldern. Auch kann es bei der „Gestaltung öffentlicher Räume und Arbeitsplätze für Frauen“ nicht um Blümchentapeten und rosa Vorhänge gehen, sondern um flexible und Teilzeit Arbeitsangebote für Frauen und Männer, um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gleiche Aufstiegschancen bei gleicher Qualifikation.

1 Jacobs, J (1961): *The death and life of great American cities*. New York, Vintage Books

2 Newman, O (1973): *Defensible space: crime prevention through urban design*. New York, Collier Books

Dennoch will ich mich dem Thema „Gestaltung öffentlicher Räume für Frauen“ widmen und dabei mit Fragen der Sicherheit beginnen, die Frauen tatsächlich mehr betreffen wegen ihrer geringeren Muskelkraft, und weil die meist männlichen Täter sich meist weibliche Opfer suchen. Spätestens seit den Klassikern „The death and life of great American cities“ (1961) von Jane Jacobs<sup>1</sup> und „Defensible Space“ (1973) von Oskar Newman<sup>2</sup> ist bekannt, dass Sicherheit von Raum durch die Augen, die auf ihm ruhen, zu gewährleisten ist. Im privaten Bereich ergibt sich das meist aus dem Eigeninteresse der Besitzer, der Überschaubarkeit des Geländes und den zum Zutritt berechtigten Personen. Die Sicherheit öffentlicher Räume dagegen wird durch die ständige Anwesenheit potentieller Zeugen und Verteidiger – also durch die gemischte Nutzung rund um die Uhr statt reinen Büro- und Geschäftszentren – gefördert. Dann besteht auch die Aussicht, dass Zivilisten zur Sicherung ausreichen. Es kann im öffentlichen aber – im Gegensatz zum privaten – Raum auch Polizei zur Verhinderung von Straftaten eingesetzt werden. Am gefährlichsten sind Räume, die weder eindeutig privat noch öffentlich und zudem schlecht einsehbar sind. Treppen- und Parkhäuser, Wohnsilos ab einer gewissen kritischen Geschoss- und Wohnungszahl sowie üppig bewachsene Grünanlagen sind unerfreuliche Beispiele dafür. In diesen Fällen ist ein architektonischer Beitrag zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems möglich. Sichtbarmachung von Territorialgrenzen ermutigt zur Übernahme persönlicher Verantwortung für den eigenen Bereich, was zusätzlich durch Gestaltungsmöglichkeiten für ständige Benutzer gefördert wird. Gute Beleuchtung, Vermeidung toter Winkel und halbprivater oder halböffentlicher Zonen und die bereits erwähnte gemischte, zeitlich gestaffelte und intensive Nutzung schützen, da Täter im Allgemeinen nicht gesehen werden wollen.

Auch dem Vandalismus, der allerdings nicht nur Frauen betrifft, als Täter sogar deutlich weniger als Männer, kann durch die „Gestaltung öffentlicher Räume“ vorgebeugt werden. Liebevoll gepflegte Einrichtungen sind selten das Ziel von Zerstörungswut, wenn nicht ein finanzieller Gewinn anreizt wie etwa bei Automaten und Münzfernsprechern. Primäre Prävention besteht also in der Schaffung *und Erhaltung* ansprechender und widerstandsfähiger Einrichtungen und von Karten- statt Münztelefonen. Zigarettenautomaten sollten ohnehin aus gesundheitspolitischen Gründen abgeschafft werden. Falls aber doch ein Sitz aufgeschlitzt oder eine gelungene gestaltete Fläche durch Graffiti verunziert wird, muss zur Sekundärprävention sofort repariert oder überstrichen werden. Denn nichts reizt so zum Vandalismus wie bereits teilweise zerstörtes. Graffiti an Manifestationen staatlichen Unrechts wie der Berliner Mauer oder optischer Gewalt wie manchen Fußgängerunterführungen (zur größeren Bequemlichkeit der Autofahrer) halte ich für phantasievolles Aufbegehren, das man nicht direkt, sondern an seinen Wurzeln bekämpfen sollte.

Bei der übrigen „Gestaltung öffentlicher Räume und Arbeitsplätze“ geht es meines Erachtens nicht darum, dies speziell für Frauen zu tun, sondern eher darum, der in fast allen Kulturen anerkannten und genutzten Fähigkeit *von* Frauen, ein Heim und damit Innenräume zu gestalten, freiere Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Leider sind – gerade öffentliche – Gebäude meist von männlichen Architekten geschaffen. Einige Ausnahmen in Deutschland sollen aber nicht ungenannt bleiben: Zaha Hadids derzeit als Stuhlmuseum genutzte Feuerwache des Vitra Design Museums in Weil am Rhein, Gesine Weinmillers Bundesarbeitsgericht in Erfurt, Ingeborh Kuhlers Muse-

um der Arbeit in Mannheim. Im Großraum Berlin finden sich das „Weiberwirtschaft“ genannte Gründerinnen- und Gewerbezentrum von Inken Baller (Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin 1999), Felicitas Mossmanns Spielhaus für Jugendliche (Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin 1999), Mara Pinardis Kindergarten in Karow, Karola Schäfers Kindergärten ebendort und in Biesdorf sowie ihre Grundschule Landstadt Gatow, Gabriele Ruoffs Studentenwohnheim am Augustenburger Platz und Regina Polys Theodor-Wolff-Park in Berlin (Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin 1999). Viele Architektinnen arbeiten in Bürogemeinschaften. Beispielsweise hat Charlotte Frank mit Axel Schultes das Kanzleramt (Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin 1999<sup>3</sup>) entworfen, wurde aber von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ lange Zeit nicht genannt. Die beiden haben auch das weniger umstrittene Krematorium in Berlin-Treptow entworfen. Matthias Sauerbruch und Louisa Huttons werden erfreulicherweise gemeinsam für die Hauptverwaltung der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) gepriesen (Berliner Festspiele und Architektenkammer Berlin 1999). Sie ist zwar nicht öffentlich im engeren Sinn, aber weithin aufs Angenehmste sichtbar.

Auf ihre Karriere bedachte Architekten legen oft Wert darauf, dass ihre Kreationen sich so gut fotografieren lassen, dass sie auf dem Titelblatt eines Architekturmagazins erscheinen und damit auch den nicht zu ihnen Pilgernden bekannt werden. Außerdem ist es vielen Baumeistern wichtiger, von ihren Kollegen anerkannt zu werden als den Benutzern einen Dienst zu erweisen. So sind auch die In-jokes und architekturhistorischen Verweise der Postmoderne zu verstehen, z. B. an James Stirlings schauerlich türkis-rosa gestreiftem Wissenschaftszentrum (von den respektlosen Berlinern „Schwulengefängnis“ getauft). Gerade die erfolgreicherer Architekten fühlen sich oft als Künstler, die den Gesetzen der Inspiration oder berühmten Vorbildern folgen, anstatt sich mit den psychologischen und soziologischen Erkenntnissen vertraut zu machen, die vorauszusagen helfen, welche Bauten die größte Aussicht haben, ihren Zweck zu erfüllen.

An dieser Stelle möchte ich eine Anmerkung über das Missverständnis des Begriffes „Funktionalismus“ in der Architektur einfügen. Die Funktion eines Gebäudes ist es keineswegs nur, Schutz vor Witterungseinflüssen und Lebewesen zu bieten und bestimmte Handlungen zu ermöglichen. Die Befriedigung ästhetischer Bedürfnisse, der Ausdruck kultureller Zugehörigkeit und nicht zuletzt Statusdemonstration sind andere Funktionen, die von manchen sich „Funktionalisten“ Nennenden gelegnet werden. Beispiele aus der Arbeitswelt sind Raum- und Schreibtischgröße, die meist wenig mit der darin oder daran verrichteten Tätigkeit zu tun haben, aber viel mit der Stellung des Nutzers. Auf den riesigen Schreibtischen großer Industriebosse steht häufig nur eine kostbare Schreibgarnitur. Aber solch ein Möbel schafft Distanz zum Gesprächspartner und soll beeindrucken. Insofern halte ich es auch für müßig zu diskutieren, ob Frauen schwere schwarze Ledersessel mögen. Sollten sie wirklich einmal Chefin werden, nähmen sie solche Ungetüme entweder gern in Kauf oder wären in der Lage, sie durch Ansprechenderes ersetzen zu lassen.

Es kommt mir also nicht darauf an, eine spezifisch weibliche Raumästhetik zu ermitteln und dann zur Ausstattung von Vorzimmern zu fordern. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass Frauen im Allgemeinen eher als Männer in der Lage sind, ihrer Umgebung eine persönliche Note zu geben, falls das – meist von Männern entworfene – Gebäude sie dabei nicht zu sehr behindert. Frauen verbringen selten viele Stunden des Tages umgeben von kahlen Wänden, Aktenbergen und einem Computer, wie man das gelegentlich bei anderweitig gebildeten und begabten Männern beobachtet. Aber es gibt Räume, denen nur mit größter Mühe beizukommen ist wie etwa durch einen selbst beschafften Teppich, der dann vom Reinigungspersonal

*3 Berliner Festspiele und  
Architektenkammer  
Berlin (1999): Berlin:  
Offene Stadt.  
Nicolaische Verlagsbuch-  
handlung*

nicht angerührt wird. Da wäre es natürlich günstiger, von vornherein graue Pegulan-Platten zu vermeiden und zwar nicht nur an Arbeitsplätzen für Frauen. Wände, an denen sich nur mit Hilfe eines Schlagbohrers Bilder aufhängen lassen, setzen ebenfalls einer Personalisierung großen Widerstand entgegen.

Wichtig erscheint mir also die Veränderbarkeit. Selbst wenn wir wüssten, dass 70% aller Frauen besonders zufrieden und leistungsmotiviert in hellgelb gestrichenen Räumen arbeiten, wäre damit noch lange nicht den übrigen 30% gedient.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, die zukünftigen Nutzer schon in die Planung eines neuen Gebäudes oder Umbaus einzubeziehen. Dabei ergeben sich allerdings gerade im öffentlichen Raum Schwierigkeiten. Anders als beim Entwurf eines Einfamilienhauses ist der zukünftige Benutzer oft nicht bekannt und wechselt auch häufiger. Das erklärt vielleicht unter anderem, warum viele Architekten zumindest ein passables Einfamilienhaus zustande gebracht, aber selbst berühmte Baumeister wie Le Corbusier und Scharoun Vorschläge zur Stadtplanung gemacht haben, deren Realisierung uns zum Glück erspart blieb.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass viele Menschen nur ungenaue Vorstellungen haben, in welchen noch nicht existierenden Räumen sie sich wohl fühlen könnten. Deshalb sollten meiner Meinung nach wohlmeinende Bestrebungen wie „Demokratie Bauherr“ und Mietermitbestimmung nicht über ihr Ziel hinausschießen. Es empfiehlt sich nicht einfach abstimmen zu lassen, wie hoch der schlanke Turm eines ansonsten eher niedrigen Wohnhauses werden darf. Dabei geraten – wie beispielsweise der spanische Beitrag zur zweiten Internationalen Bauausstellung in Berlin und der Bau mit der Dreiecksfahne von Kleihues gegenüber dem Theater des Westens in Berlin zeigen – elegante Entwürfe zu unproportionierten Manifestationen des jeweils herrschenden Aberglaubens, in diesem Falle, dass hohe Gebäude grundsätzlich von Übel seien.

Aber nicht nur künftige Nutzer sind modischen Strömungen unterworfen. Auch oder gerade wohlmeinende Baumeister sind oft ideologiefähig. Ein besonders abschreckendes Beispiel war die im Süden von Amsterdam liegende Trabantenstadt Bijlmermeer. Anfang der 1970er Jahre wurden dort Wohnblocks mit viel Licht und Luft, ausgedehnten Grünanlagen, direkter U-Bahnbindung, ungestopften Zubringern und ausreichend Parkplatz gebaut. Stinkende und lärmende Autos in unmittelbarer Nähe von Wohnungen sowie hässliche, kapitalistische Reklame waren zunächst verboten. Wer würde nicht vermuten, dass bei Erfüllung all dieser auch heute noch für viele gültigen Kriterien wahrhaft sozialen Bauens ein Paradies entstand? Nur wollte niemand dort wohnen. Eine Zeit lang konnte das Verlustobjekt mit Immigranten aus ehemaligen niederländischen Kolonien gefüllt werden, was seine Attraktivität für andere Mieter nicht eben steigerte. Mitte der 1980er Jahre versuchte man schließlich durch verzweifelte Anbiederung die ökonomische Notwendigkeit eines euphemistisch „Rückbau“ genannten Abtragens oberer Stockwerke zu verhindern, wie er in einem ähnlichen Fall in Schweden durchgeführt wurde. In der Bundesrepublik und in Großbritannien sind sogar ganze Nachkriegswohnblöcke abgerissen worden. Ironischerweise wurde in Bijlmermeer genau das geändert, worauf die Schöpfer so stolz gewesen waren. Frauen brauchen jetzt nicht mehr den Einkauf für die ganze Familie von dem ohnehin kriminalitätsgefährdeten Parkdeck bis zu einem Kilometer weit in ihre Wohnung schleppen. Jeder darf jetzt vor der Haustür parken. Die üppig angewachsenen Büsche und Bäume wurden gerodet, um die Grünanlagen wieder von Fenstern und Balkonen aus einsehbar zu gestalten. Unter dem Sichtschutz der Blätter waren nämlich so viele Verbrechen geschehen, dass sich niemand mehr in dieses Stückchen Natur traute. Jegliche Werbung wurde zugelassen und die aller vulgärste machte sich breit. Mieter durften bestimmen, wie die schlicht einfarbigen, wohlproportionierten Fassaden ge-

strichen werden sollten. Das wahllos bunte Ergebnis hat zumindest mir nicht gefallen.

Die Kunst besteht wohl darin, durch intensive Auseinandersetzung mit den künftigen Nutzern und ihrer Kultur, durch verhaltenswissenschaftliche Kenntnisse und natürlich auch durch ästhetisches Empfinden und Kreativität etwas zu schaffen, das die Bedürfnisse der unmittelbaren Benutzer erfüllt, sondern ebenso allgemeineren ästhetischen Anforderungen genügt. Denn auch Vorübergehende oder -fahrende und zukünftige Generationen sind Nutzer im weitesten Sinne. Beispiele wie das Sydney Opera House und das Frankfurter Kunstgewerbemuseum zeigen, dass wirklich gute Architektur auch heute allen Bevölkerungsschichten, Nationalitäten und Altersgruppen gerecht werden kann.

Ich fasse zusammen: Architektur allein kann soziale Probleme nicht lösen und darf nicht als Alibi missbraucht werden. Es gibt nur wenige frauenspezifische Anforderungen an Architektur. Sie sollten diskret erfüllt werden und nicht zur Ausgrenzung führen. Frauen sind durchaus in der Lage, zumindest Innenräume eher besser zu gestalten als Männer. Man(n) muss sie nur lassen. Menschen sind unterschiedlich, wobei sich Frauen und Männer im Geschmack weniger voneinander unterscheiden als verschiedene Sozialschichten und Nationalitäten. Außerdem sind Menschen und ihre Bedürfnisse wandelbar. Architektur sollte deshalb vielfältig und flexibel sein und all ihren Nutzern im weitesten Sinn dienen, anstatt nur den Bauherren, Schöpfern und anderen Eingeweihten. Zu allen Zeiten hat wirkliche Baukunst – ohne sich anzubiedern – fast alle beglückt, nicht zuletzt Frauen.

### **Danksagung**

Gabriele Ruoff nannte mir etliche Namen von Architektinnen und ihre Projekte. Dr. Volker Heise informierte mich über die Entstehungszeit der hier beschriebenen Trabantenstadt Bijlmermeer.

*Prof. Dr. med. Cornelia Thiels  
Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen  
Kurt-Schumacher-Str. 6  
33615 Bielefeld  
Tel. 0521/132822, E-Mail: [cornelia.thiels@fh-bielefeld.de](mailto:cornelia.thiels@fh-bielefeld.de)*

Christiane Nack

## Schnupperstudium für Schülerinnen im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich

Die Veranstaltung ging in die zweite Runde und stieß zum wiederholten Mal auf positive Resonanz

*Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten und des Projektes „Frauen gestalten die Informationsgesellschaft“ der Universität Paderborn wurde auch im Herbst 2003 wieder ein Schnupperstudium speziell für Mädchen und junge Frauen initiiert. Schülerinnen der Jahrgangsstufen 10 bis 13 aus den unterschiedlichsten Teilen der Region erhielten an drei Tagen die Gelegenheit, sich über die Studiengänge Chemie, Elektrotechnik, Informatik, Informationstechnik, Maschinenbau, Mathematik, Physik, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsingenieurwesen direkt an der Universität zu informieren. Ziele des Schnupperstudiums bestehen in der Erweiterung des Berufs- und Studienwahlspektrums junger Frauen und im Abbau möglicher Hemmschwellen in Bezug auf naturwissenschaftlich-technische Inhalte sowie insgesamt in der Weitergabe gezielter Informationen über die entsprechenden Studiengänge.*

### Große Nachfrage

Das Pilotprojekt, das im Herbst 2002 an der Paderborner Universität startete (vgl. IFF Info 20. Jg., Nr. 25/2003), erhielt auch 2003 durchweg positive Resonanz.



*120 interessierte Schülerinnen in der Einführungsveranstaltung*

Besonders herausragend waren die Anmeldezahlen: Bereits im Vorjahr wurde die Anzahl der Plätze von sechzig auf knapp neunzig Plätze erhöht; im Herbst 2003 konnten dann jedoch letztendlich über 120 Anmeldungen verzeichnet werden. Die Evaluation zeigt, dass die Teilnahme an diesem Projekt für viele Schülerinnen mit einem direkten Interesse an den verschiedenen vorgestellten Fächern einherging sowie als Informationssuche und Entscheidungshilfe für die Zukunft genutzt werden sollte. Schülerinnen zeigen demnach ein zunehmendes Interesse an naturwissenschaftlich-technischen Fächern und möchten sich vorab genauer über einzelne Studiengänge „vor Ort“ informieren. Erstmals wurden gezielt auch Schülerinnen der 10. Jahrgangsstufe angesprochen.

Hintergrund ist, dass Schülerinnen bereits vor der Wahl der Leistungskurse Gelegenheit bekommen sollen, Einblicke in naturwissenschaftlich-technische Bereiche zu erhalten, und die daraus gewonnenen positiven Erfahrungen eine mehr und mehr von geschlechtsspezifischen Prägungen freie Fachwahl in der Oberstufe ermöglichen.



### Vorlesungen, Workshops, Rahmenprogramm...

Die Studienrichtungen und die entsprechenden Berufsfelder wurden wie im vorangehenden Jahr in speziell konzipierten Vorlesungen vorgestellt, die die Schülerinnen neben allgemeinen Informationsveranstaltungen rund ums Studium (z.B. zum Thema Bafög, zu Jobmöglichkeiten, Freizeitangebote für Studierende etc.) vormittags besuchten. Neben den genannten Vorträgen konnten die Schülerinnen auch die Möglichkeit nutzen, ausgewählte reguläre Vorlesungen der Fachrichtungen für die Anfangssemester zu besuchen, um – ihre Wünsche vom Vorjahr berücksichtigend – einen Eindruck davon zu gewinnen, „wie das richtige Uni-Leben aussieht“. Außerdem konnten persönliche Gesprächstermine mit der Studienberatung vereinbart werden. Am Nachmittag hieß es: Selber aktiv ausprobieren. Es bestand die Möglichkeit verschiedene Aufgaben mit einem Mini-roboter in dem Workshop „Künstliche Wesen“ durchzuführen, ein virtuelles „Marionettentheater im Internet“ oder auch chemische Experimente im Workshop „Vom Erdöl zum Aspirin“ zu entwickeln.



Schülerinnen im Chemie-Workshop „Vom Erdöl zum Aspirin“

Aufgrund der positiven Rückmeldungen der Schülerinnen der Pilotveranstaltung im Herbst 2002 wurde auch wieder eine Talkrunde initiiert. Hier erhielten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, Einblicke in die persönlichen Erfahrungen, Studien- und Berufswegen verschiedener Frauen aus der Berufspraxis (u. a. in ortsansässigen Firmen wie Benteler, Bosch, E.ON Westfalen Weser, Hella GmbH, INCONY AG, Fujitsu Siemens tätig) zu gewinnen, Realisierungsmodelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und letztendlich positive weibliche Vorbilder kennen zu lernen.

Abgerundet wurde das Schnupperstudium mit einem neuem Programmpunkt, einer Führung durch die Stadt, die auch die „Lebenswege berühmter Paderborner Frauen“ integrierte. Auf diese Weise konnten gerade auch die angereisten Teilnehmerinnen das Umfeld der Paderborner Universität näher kennen lernen. Eine „Uni-Rallye“ begleitete das Gesamtprogramm und lieferte den Schülerinnen die Möglichkeit, einzelne hochschulinterne Institutionen und Anlaufstellen kennen zu lernen und für richtige Rallye-Ergebnisse letztendlich in der Abschlussrunde einen Preis zu erhalten.

### Von Schülerinnen produzierte Radiosendung zum „Berufsbild der Informatikerin“

Schülerinnen des Projekts „Jetzt bist Du dran! MiM – Mädchen in Medienberufe“ erhielten die Gelegenheit, eine einstündige Radiosendung über das Berufsbild der „Informatikerin“ zu produzieren und das Schnupperstudium für ihre Recherchen zu nutzen. Hinter dem Projekttitel „MIM“ steht ein praxis- und produktorientiertes Kompaktseminar der Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Medienarbeit NRW, das vom Schulministerium gefördert wird und erstmalig mit großem Erfolg mit dem Schnupperstudium verzahnt wurde. So lernten die Schülerinnen, wie Interviews geführt und Radiobeiträge geschrieben, wie „O-Töne“ geschnitten und Sendungen moderiert werden und stellten in einem regionalen Radiobeitrag die interessanten und vielseitigen Berufsmöglichkeiten einer Informatikerin heraus.



*Schülerinnen in einer Vorlesung*

### **Schnupperstudium als „Klasse Entscheidungshilfe“**

In der abschließenden Feedback-Runde wurde vor allem das große Angebot an Informationsmöglichkeiten von den Schülerinnen positiv bewertet und „dass man so viele Freiheiten hatte, sich das auszusuchen, was einen wirklich interessiert hat.“ Den Schülerinnen gefielen auch die Workshops, die neben Hintergrundinformationen praktische studienrelevante Anteile geboten haben: „Die Workshops waren echt toll. Erst wurden uns die Grundlagen erklärt, dann konnten wir selber Dinge ausprobieren, die auch später im Studium vorkommen.“ Für rund 85% der Teilnehmerinnen ging das Schnupperstudium insgesamt mit neuen Denkanstößen und einer genaueren Vorstellung von einem Studium in diesen Bereichen einher.

„Das Schnupperstudium ist eine Klasse Entscheidungshilfe für Schülerinnen, damit wir uns leichter entschließen, einen naturwissenschaftlichen Studiengang zu belegen! Wir fühlten uns hier sehr gut aufgehoben, haben neue Informationen bekommen und dadurch auch neue Denkanstöße. Es hat mir bei meiner Berufsentscheidung sehr geholfen.“

Aufgrund der positiven Resonanz und der großen Nachfrage ist eine Weiterführung des Projekts im Herbst 2004 geplant.

#### **Kontakt:**

Christiane Nack, Frauenbüro, Universität Paderborn,  
Tel.: 0 52 51/60-32 96, E-Mail: c.nack@hrz.upb.de.

Gisela Steins, Britta Blum, Alexandra Bremkens, Ann-Kathrin Fleurkens, Pia Grensemann, Melanie Platzköster, Christiane Roth, Sven Sach, Benedikt Sunderhaus & Melanie Unglaub

## Von der Mädchenschule zum Nobelpreis?

*Die Berufswünsche von Abiturientinnen monoedukativer Gymnasien sowie Jungen und Mädchen koedukativer Gymnasien werden miteinander verglichen. Die Ergebnisse der Forschung in diesem Bereich weisen Inkonsistenzen auf, die in der vorliegenden Untersuchung ebenfalls auftreten und unter dem Aspekt weiterführender Forschung in diesem Bereich diskutiert werden.*

Die folgende Untersuchung wurde durch die Diskussion verschiedener Beobachtungsstränge im Bereich der geschlechtsspezifischen Identitätsentwicklung angeregt, nämlich durch (1) die statistischen Befunde zur Berufswahl von Jungen und Mädchen, (2) die innerhalb der Koedukationsdebatte zusammengetragenen Ergebnisse und (3) den Versuch der weiterführenden Schulen in NRW, Profile auszubilden.

### **Geschlechtsspezifische Berufswahl**

Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Ungleichverteilung von Jungen und Mädchen auf verschiedene Berufsfelder (Statistisches Bundesamt 2003). Die Zahlen hierzu zeigen, dass trotz der durchschnittlich besseren Schulleistungen von Mädchen im Vergleich zu Jungen, Jungen eine Berufswahl zu treffen scheinen, die ihnen, biographisch betrachtet, längerfristig stärkere Anerkennung, bessere Aufstiegschancen, ein höheres Gehalt und größeres Prestige sichert (Stainton Rogers/Stainton Rogers 2001, Steins 2003). Der Zusammenhang zwischen schulischer Leistung und späterem beruflichen Erfolg ist also bei Männern proportional, bei Frauen disproportional. Diese ungleichen Zusammenhänge kommen vor allem dadurch zustande, dass Jungen vorwiegend klassisch männliche Berufe wählen, die in unserer Gesellschaft auf mehr Anerkennung stoßen, Mädchen hier jedoch zurückhaltend sind, und ihre Präferenzen überwiegend auf weibliche Domänen beschränken, die längerfristig weniger Anerkennung versprechen (Maccoby 2000, Steins 2003).

### **Ko- und Monoedukation**

Die Debatte um Vor- und Nachteile der Mono- bzw. Koedukation geht grundsätzlich darum, bereits im schulischen Vorfeld Bedingungen zu schaffen, in denen Mädchen mehr Selbstvertrauen in die eigenen Kompetenzen in Hinblick auf klassisch männliche Domänen entwickeln können, also insbesondere im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich (Hannover/Kessels 2001) und neuerdings auch im Bereich der Informationstechnologien. Die Forschung hierzu zeigte jedoch, dass es, auch wenn man die methodisch immensen Probleme jeder Feldforschung berücksichtigt (Rost/Pruisken 2000), hierzu keine einheitlichen Ergebnisse gibt (vgl. z.B. Stürzer/Roisch/Hunze/Cornelißen 2003, Rendtorff 2003). Im Rahmen der reflexiven Koedukation (Faulstich-Wieland 1991) geht man deshalb davon aus, dass der Faktor Geschlecht für den Lehrkörper ein Thema sein sollte, um die Bedingungen für Mädchen und Jungen gleichberechtigt zu gestalten (Kraul/Horstkemper 1999).

### **Profilbildung weiterführender Schulen in NRW**

Umso erstaunlicher ist es, dass im Zuge der Profilbildung der weiterführenden Schulen in NRW die bisherigen Ergebnisse der Koedukationsdebatte dennoch einseitig

„vermarktet“ werden. In einer Reihe von Profilen von Mädchengymnasien wird Monoedukation als ein klarer Vorteil dargestellt, der darin bestehe, dass Mädchen unter Mädchen mehr Selbstvertrauen in den klassisch männlichen Domänen entwickeln könnten.

### **Vorliegende Fragestellung**

Die Ergebnisse der Koedukationsdebatte lassen sich nicht so einfach zusammenfassen wie es aus der Profilbildung monoedukativer Gymnasien hervorgeht, sondern führen zu dem Ausgangspunkt, dass es eine Vielzahl von Faktoren gibt, die Bedingungen für Jungen und Mädchen gleich förderlich machen; Bedingungen, die möglicherweise nicht nur durch den Faktor Geschlecht zu beschreiben sind.

Um den jetzigen Stand der Dinge auch empirisch zu schärfen, starteten wir im Januar 2004 die vorliegenden Untersuchungen in Essen. Wir wählten zunächst für die erste Untersuchung ein Einzugsgebiet in Essen aus, in dem sich zwei koedukative Gymnasien und ein monoedukatives Gymnasium befinden. Innerhalb dieser verschiedenen Schularten führten wir eine Befragung in den Leistungskursschienen der jeweiligen Gymnasien durch. Der Charakter unserer Untersuchungen war explorativ: Folgen wir der Argumentation im Profil der monoedukativen Schulen sollten wir dort häufiger als in koedukativen Schulen beobachten können, dass Mädchen hier eine Berufswahl treffen wollen, die in klassisch männlichen Domänen liegt. Folgen wir hingegen den Ergebnissen der Koedukationsdebatte, sollte es sehr wahrscheinlich sein, dass wir keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen finden.

### **Vorgehensweise**

#### **Berufswahl**

Mit verschiedenen Methoden haben wir versucht, den Berufswunsch der Schüler und Schülerinnen zu erfassen. Zunächst sollten sie eine Prioritätenliste von unterschiedlichen Berufsfeldern erstellen. Die Frage war: „*In welchem Bereich möchtest Du später arbeiten?*“ Es wurden elf verschiedene Bereiche aufgeführt, die nach ihrer Beliebtheit von 1 (der Bereich, der dich am meisten interessiert) bis 11 (der Bereich, der dich am wenigsten interessiert) geordnet werden sollten. Die Bereiche lauteten: musikalisch-künstlerisch, sprachlich, sportlich, mathematisch-naturwissenschaftlich, technisch, handwerklich, gesellschaftlich-geisteswissenschaftlich, kaufmännisch-wirtschaftlich, sozial, medizinisch. Der letzte Bereich wurde für individuelle Nennungen offen gelassen.

Danach folgten die Fragen „*Was ist Dein Berufswunsch?*“ und „*Wenn Du ein Studium machen möchtest, welches?*“.

#### **Aktuelle fachliche Interessen**

Um Informationen über die derzeitigen fachlichen Interessen zu bekommen fragten wir nach den belegten *Leistungskursen* und *dem Lieblingsfach*.

#### **Kontrollvariablen**

Wir hatten zwar im Vorfeld darauf geachtet, dass die in die Untersuchung einbezogenen Schulen ein vergleichbares Einzugsgebiet aufweisen, dennoch entschieden wir uns dafür, weitere Variablen zu erheben, die möglicherweise die späteren Berufsinteressen beeinflussen könnten: (1) das Geschlecht und das Fach des/der *Lieblingslehrers/in*, (2) welche *Schulform* (mono- oder koedukativ) Vater/Mutter/Geschwister besucht haben, (3) das *Berufsfeld* des Vaters/der Mutter/der Geschwister.

### **Das Setting der Befragung**

In Absprache mit der jeweiligen Direktion haben wir Mitte Januar 2004 insgesamt 174 Schüler/innen befragt. Die koedukativen Gymnasien liegen in unmittelbarer Nachbarschaft und kooperieren wegen knapp belegter Leistungskurse, so dass hier von einer Vergleichbarkeit ausgegangen werden kann. 46 Schüler/innen (82.1%) stammen aus der einen Schule, 10 Mädchen (17.9%) aus der anderen Schule. Es gibt hinsichtlich der erhobenen Variablen keinerlei Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen, so dass sie im weiteren als eine Gruppe betrachtet wird. In einem ähnlichen Einzugsgebiet liegt das Mädchengymnasium, in dem wir die Parallelerhebung durchgeführt haben. Das Erhebungsgebiet der Schulen spiegelt ein eher bürgerliches und ökonomisch gehobenes Milieu wieder.

Die Schüler/innen füllten in den jeweiligen Kursen den Fragebogen jeweils in Anwesenheit des/der jeweiligen Lehrers/Lehrerin und einer Person unserer Arbeitsgruppe aus, die für Rückfragen zur Verfügung stand. Sie bekamen vorab die sowohl mündlich als auch schriftlich kurz gehaltene Instruktion, sie würden zu ihren beruflichen Interessen befragt werden.

### **Ergebnisse**

#### **Äquivalenz der Stichproben**

Insgesamt nahmen an der Befragung 174 Schüler/innen teil. Die Mädchen der monoedukativen Schule waren durchschnittlich 18.9 Jahre alt ( $SD = 0.87$ ;  $N = 58$ ), die Mädchen der (2) koedukativen Schulen 18.57 Jahre ( $SD = 0.60$ ;  $N = 56$ ), die Jungen der koedukativen Schulen 18.88 ( $SD = 0.67$ ;  $N = 60$ ). Die Anzahl der Geschwister in beiden Gruppen ist vergleichbar ( $M_{\text{MonoMäd}} = 1.40$ ,  $SD = 1.01$ ;  $M_{\text{KoMäd}} = 1.21$ ,  $SD = 1.06$ ;  $M_{\text{KoJun}} = 1.30$ ,  $SD = 0.94$ ). Auch bezüglich der Berufsfelder, die für die Eltern angegeben wurden, ergaben sich keinerlei Unterschiede.

Vorab ist anzumerken, dass weder die Berufsfelder der Eltern, noch das Geschlecht der Lieblingslehrperson bedeutsam mit den Berufs-, Studienwünschen oder Fächerwahlen der Schüler/innen einherging.

#### **Klassisch männlich oder nicht?**

Die Angaben zur Berufswahl lassen sich unter mehreren Gesichtspunkten auswerten. Für die vorliegende Fragestellung schätzen wir ein, ob ein klassisch männliches Berufsfeld als Tätigkeitsbereich gewünscht wird oder nicht. Hierfür wurden die jeweiligen Berufsfelder/Berufs- und Studienwünsche sowie Fächer der Oberstufe von unserer Arbeitsgruppe blind als *klassisch männlich* oder *nicht klassisch männlich* eingeschätzt. Die Bereiche sportlich, mathematisch-naturwissenschaftlich, technisch, handwerklich, kaufmännisch-wirtschaftlich und medizinisch wurden als klassisch männliche Berufsfelder betrachtet.

Die Berufe wurden entsprechend ihres Hauptmerkmals in Bezug auf diese Felder ebenfalls als *klassisch männlich* oder *nicht klassisch männlich* eingeschätzt. „Der Arzt“ ist beispielsweise noch immer der gängigere Begriff als „die Ärztin“. Auch ist „der Profisportler“ im Alltagsbewusstsein präsenter als „die Profisportlerin“. Der Lehrberuf hingegen ist nicht unbedingt ein klassisch männlicher Beruf, auch nicht Modedesigner. Die Fächer ließen sich ebenfalls so einordnen: Physik, Chemie, Mathematik und Sport sind eher klassisch männliche Fächer.

#### **Die beruflichen Bereiche**

Betrachten wir hier die jeweiligen Häufigkeiten für die Einschätzungen 1 (größtes Interesse) und 11 (geringstes Interesse) zeigt sich, dass sich die drei Gruppen in ihren

Angaben nur hinsichtlich dreier Berufsfeldern statistisch bedeutsam unterscheiden. Wie zu erwarten lehnen bedeutsam mehr Jungen ( $N_{\text{Jun}} = 19$ ) als Mädchen ( $N_{\text{MonoMäd}} = 6$ ;  $N_{\text{KoMäd}} = 5$ ) einen Beruf im musikalisch-künstlerischen Bereich ab und geben seltener hierfür eine Präferenz an ( $N_{\text{Jun}} = 7$ ;  $N_{\text{MonoMäd}} = 10$ ;  $N_{\text{KoMäd}} = 11$ ;  $\chi^2(4) = 10.42$ ,  $p < .03$ ). Zwei weitere Ergebnisse akzentuieren die Unterschiede zwischen den beiden Mädchengruppen. In der Gruppe der Mädchen der koedukativen Schule finden sich überzufällig viele, die einen Beruf im sportlichen Bereich präferieren ( $N_{\text{KoMäd}} = 12$ ) im Vergleich zu den beiden anderen Gruppen ( $N_{\text{Jun}} = 3$ ;  $N_{\text{MonoMäd}} = 3$ ;  $\chi^2(4) = 9.97$ ,  $p < .04$ ). Die Häufigkeiten für ein Desinteresse an diesem Berufsfeld sind hingegen gleich verteilt ( $N_{\text{Jun}} = 6$ ;  $N_{\text{MonoMäd}} = 3$ ;  $N_{\text{KoMäd}} = 4$ ). Im sozialen Bereich hingegen finden wir eine überzufällig häufige Präferenz bei den Mädchen der monoedukativen Schule ( $\chi^2(4) = 10.31$ ,  $p < .03$ ). Abgelehnt wird dieser Bereich am häufigsten von den Jungen ( $N_{\text{Jun}} = 6$ ;  $N_{\text{MonoMäd}} = 3$ ;  $N_{\text{KoMäd}} = 1$ ).

*Die Berufswünsche*

In Abbildung 1 sind die Berufswünsche der drei Gruppen dargestellt. Alle detaillierten Werte befinden sich in Tabelle 1. Eine auffällige Häufung ergab sich nur für die Mädchen der koedukativen Schule; hier geben sieben Mädchen an, später Ärztin werden zu wollen. Insgesamt zeigen die Daten klar, dass die Jungen signifikant häufiger Berufe angeben, die als klassisch männlich zu bezeichnen sind und seltener Berufe angeben, die nicht als klassisch männlich zu bezeichnen sind, als die Mädchen der beiden anderen Gruppen ( $\chi^2(1) = 19.75$ ,  $p < .001$ ). Die Mädchen der koedukativen Schulen hingegen geben marginal signifikant häufiger Berufe an, die als klassisch männlich zu bezeichnen sind und seltener nicht klassisch männliche Berufe an, als die Mädchen der monoedukativen Schule.

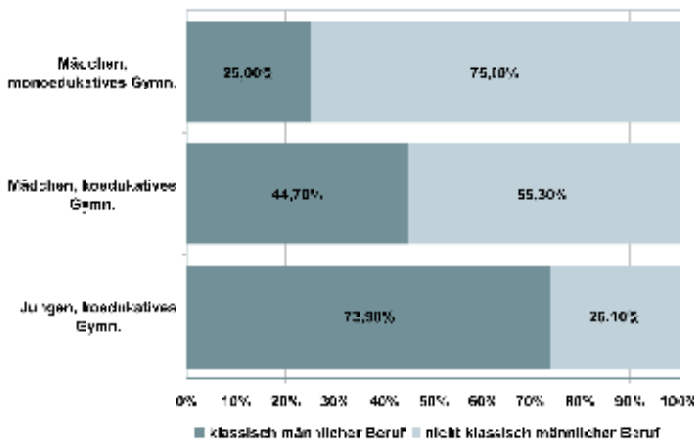


Abb.1: Berufswünsche in Abhängigkeit von Mono- bzw. Koedukation

*Die Studienwünsche*

Noch deutlicher fallen die Befunde hinsichtlich des gewünschten Studiums aus. Wie aus Abbildung 2 und Tabelle 1 ersichtlich ist, finden wir auch hier wieder unter den Jungen die meisten Interessenten für ein Studium in einem klassisch männlichen Berufsfeld, gefolgt von den Mädchen der koedukativen Schulen. Auch hier bevorzugen vergleichsweise wenige Mädchen der monoedukativen Schule ein solches Berufsfeld. Die Verteilung für die nicht klassisch männlichen Berufsfelder ist entsprechend symmetrisch. Die Jungen unterscheiden sich hoch signifikant von den Mädchen ( $\chi^2(1) = 20.76$ ,  $p < .001$ ), die Mädchen der koedukativen Schule unterscheiden sich hoch signifikant von den Mädchen der monoedukativen Schule, dergestalt, dass sie häufiger ein Studium in einer klassisch männlichen Domäne bevorzugen.

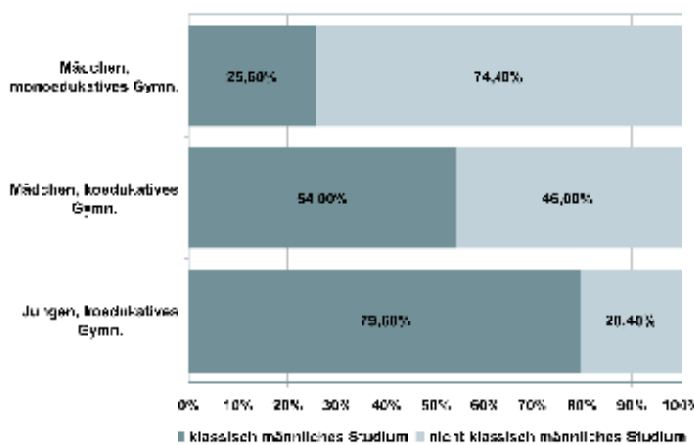


Abb.2: Studienwünsche in Abhängigkeit von Mono- bzw. Koedukation

**Die Leistungskurswahl**

Die Häufigkeitsverteilungen hinsichtlich der Leistungskurswahl weicht sowohl für Leistungskurs 1 ( $\chi^2(2) = 9.25, p < .01$ ) als auch für Leistungskurs 2 ( $\chi^2(2) = 7.59, p < .02$ ) signifikant von der erwarteten Häufigkeitsverteilung ab. Die Abweichungen ergeben sich aus der Wahl der Mädchen des koedukativen Gymnasiums. Die Mädchen der koedukativen Gruppen wählen relativ selten einen Leistungskurs aus einem klassisch männlichen Feld ( $N_{Jun} = 16; N_{MonoMäd} = 16; N_{KoMäd} = 4$  für LK1;  $N_{Jun} = 8; N_{MonoMäd} = 12; N_{KoMäd} = 2$  für LK2) und entsprechend häufiger einen Leistungskurs aus einem nicht klassisch männlichen Bereich ( $N_{Jun} = 44; N_{MonoMäd} = 42; N_{KoMäd} = 52$  für LK1;  $N_{Jun} = 46; N_{MonoMäd} = 54; N_{KoMäd} = 54$  für LK2). Sie unterscheiden sich daher signifikant von den anderen Schülerinnen ( $\chi^2(1) = 8.23, p < .004$  für LK1 und  $\chi^2(1) = 7.75, p < .005$  für LK2), die mit den Jungen vergleichbare Präferenzen aufweisen. In Abbildung 3 sind die Häufigkeiten für die Kombination der Leistungskurswahl wiedergegeben (siehe auch Tabelle 1). Die beiden Mädchengruppen unterscheiden sich statistisch hoch signifikant voneinander.

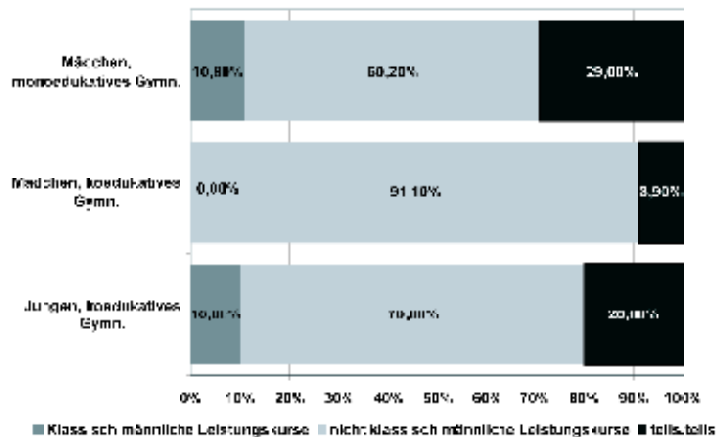


Abb.3: Leistungskurswahl in Abhängigkeit von Mono- bzw. Koedukation

**Das Lieblingsfach**

Es gibt keine statistisch bedeutsamen Unterschiede in Bezug auf das Lieblingsfach der Schüler/innen. Jeweils 12 Personen aus den drei Gruppen präferieren ein Fach aus einem klassisch männlichen Bereich. Die Mehrzahl aller Schüler und Schülerinnen präferiert jedoch ein Fach aus einem nicht klassisch männlichen Bereich. Gleicht man das Lieblingsfach inhaltlich mit der Leistungskurswahl ab, so zeigt sich, dass nur 19 Jungen ihr Lieblingsfach als Leistungskurs gewählt haben (36.5%), im Gegensatz zu 31 Mädchen der mono- (46.9%), und 23 Mädchen der koedukativen Schule (57.4%). 33 Jungen haben nicht ihr Lieblingsfach als Leistungskurs gewählt (63.5%). Dies gilt auch für 23 Mädchen der mono- (53.1%), und 26 Mädchen der koedukativen Schule (42.6%).

**Zwischenbilanz**

Die Befunde sind teilweise erwartungskonträr. Wenn wir Unterschiede aufgrund der Profilbildung monoedukativer Gymnasien erwartet hätten, dann nicht in die Richtung, dass Mädchen monoedukativer Schulen weitaus seltener als Mädchen koedukativer Schulen einen Beruf und ein Studium in einer klassisch männlichen Domäne anstreben.

Erwartungskonsistent mit der Profilbildung von Mädchengymnasien fällt hingegen die Wahl der Leistungskursfächer aus. Es ist auffallend, wie deutlich die beiden Mädchengruppen hier voneinander abweichen: Die Mädchen der monoedukativen Schule zeigen ein mit den Jungen der koedukativen Schule vergleichbares Präferenzverhalten. Dennoch finden wir keine Unterschiede hinsichtlich des Lieblingsfaches. Wie können wir dieses Datenmuster bewerten?

Die Ergebnisse zur Studiums- und Berufswahl lassen keinesfalls den einfachen Schluss zu, dass Mädchen auf koedukativen Schulen freier ihre maskulinen Fähigkeiten entfalten können, weil dies durch die Leistungskurswahl nicht bestätigt werden kann, jedoch wiederum durch ihre Interessen für den sportlichen Bereich. Gleicher-

weise gilt dies für die Mädchen der monoedukativen Schule. Auch hier kann eine Interpretation auf den ersten Blick, Mädchen wären in einem geschützteren Raum, in dem sie sich freier entfalten könnten – wie sich durch die Wahl der Leistungskurse zu bestätigen scheint – nicht gehalten werden, wenn wir uns die Studiums- und Berufswünsche genauer anschauen und ebenfalls die Interessen für den sozialen Bereich. Interessant ist jedoch, dass die Studiums- und Berufswünsche und auch die Wahl der Leistungskurse nicht unbedingt konsistent mit dem Lieblingsfach der befragten Schüler und Schülerinnen ist – dies gilt für alle drei Gruppen gleichermaßen.

Kann es also sein, dass Jungen und Mädchen unter einem bestimmten Druck stehen, einem bestimmten Profil zu entsprechen und sich deshalb in ihrem aktuellen Kontext dementsprechend anpassen? Die Bewertung der Ergebnisse fällt besonders schwer, weil dieses Datenmuster konträr zu unserem breiten Erwartungsspektrum liegt und wir nur ein einziges monoedukatives Gymnasium in die Befragung einbezogen hatten. Aus diesem Grund entschlossen wir uns für eine Nacherhebung, die Ende Januar erfolgte.

**Nacherhebung**

Hierzu wurde ein weiteres Mädchengymnasium kontaktiert, welches aus Mangel an Alternativen einen anderen Einzugsbereich als das bereits beschriebene Mädchengymnasium umfasst. Der Einzugsbereich dieser Schule zeichnet sich dadurch aus, dass er sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckt. In zwei Kursen wurden insgesamt 35

Maße für Berufsinteressen	Gruppen			
	Jungen Koedukatives Gymn.	Mädchen Koedukatives Gymn.	Mädchen Monoedukatives Gymn.	Mädchen Monoedukatives Gymn.
Gewünschter Beruf (N: %) klassisch männlich nicht klassisch männlich	5 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 54 73,9 % 12 26,1 %	2 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 21 44,7 % 26 55,3 %	2 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 4 <sup>c</sup> 13 25,0 % 38 75,0 %	5 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 18 58,7 % 13 41,0 %
Gewünschtes Studium (N: %) klassisch männlich nicht klassisch männlich	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 4 <sup>c</sup> 43 79,6 % 11 20,4 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 4 <sup>c</sup> 27 54,0 % 23 46,0 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 4 <sup>c</sup> 11 25,5 % 32 74,4 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 17 53,7 % 15 46,3 %
Kombination der Leistungskurse (N: %) klassisch männlich nicht klassisch männlich teils/teils	3 <sup>a</sup> 6 10,0 % 42 70,0 % 12 20,0 %	2 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 4 <sup>c</sup> 5 <sup>d</sup> 0 0 % 31 51,1 % 3 4,8 %	3 <sup>a</sup> 4 <sup>b</sup> 5 <sup>c</sup> 3 8,8 % 33 60,3 % 13 21,0 %	3 <sup>a</sup> 5 14,3 % 21 60,0 % 9 25,7 %
Lieblingsfach (N: %) klassisch männlich nicht klassisch männlich	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 18 34,8 % 34 65,4 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 12 24,5 % 37 75,5 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 12 22,2 % 42 77,8 %	4 <sup>a</sup> 3 <sup>b</sup> 5 16,1 % 25 63,9 %

1  $\chi^2(1) = 8,22, p < .004$ ; 2  $\chi^2(1) = 23,39, p < .001$ ; 3  $\chi^2(1) = 4,24, p < .039$ ; 4  $\chi^2(1) = 9,97, p < .003$ ; 5  $\chi^2(1) = 28,34, p < .001$   
 6  $\chi^2(1) = 4,04, p < .045$ ; 7  $\chi^2(1) = 7,73, p < .005$ ; 8  $\chi^2(1) = 7,22, p < .007$ ; 9  $\chi^2(2) = 9,63, p < .008$ ; 10  $\chi^2(1) = 15,20, p < .001$   
 11  $\chi^2(2) = 14,57, p < .001$

Tab. 1: Überblick über die gesamten Ergebnisse: Statistische Kennwerte

Mädchen befragt, die durchschnittlich 18.60 Jahre ( $SD = 0.69$ ) alt waren. Wenn wir die Werte in Tabelle 1 betrachten, dann erstaunen die Unterschiede zwischen den beiden monoedukativen Mädchengruppen hinsichtlich des gewünschten Berufes und des gewünschten Studiums.

Mehr als doppelt soviel der bei der Nacherhebung befragten Mädchen wünschen einen Beruf in einem klassisch männlichen Feld als bei den Mädchen der monoedukativen Gruppe der ersten Befragung. Ein vergleichbares Datenmuster finden wir für die Studiumswünsche. Bezüglich Berufs- und Studiumswunsch verhalten sich die Mäd-



chen der koedukativen Schule und diejenigen der Nacherhebung vergleichbar. Auch eine vergleichbar hohe Zahl hat ihr Lieblingsfach zum Leistungskurs gewählt ( $N = 19$ ; 61.3%). Hinsichtlich der Wahl der Leistungskurse finden wir auch in dieser Gruppe wie in der anderen monoedukativen Gruppe, dass die Wahl der LKs häufiger in eine klassisch männliche Domäne fällt als bei den Mädchen der koedukativen Schule.

### **Gesamtdiskussion**

Insgesamt spiegeln die Daten folgendes Muster wieder:

1. Es gibt keinen systematischen Zusammenhang zwischen dem Faktor Ko-/Monoedukation und den Berufs- und Studienwünschen der befragten Mädchen.
2. Mädchen auf monoedukativen Gymnasien wählen auffallend häufiger als Mädchen auf koedukativen Gymnasien Leistungskurse, die in eine klassisch männliche Domäne fallen.
3. Insgesamt finden wir bei einem Vergleich von Jungen und Mädchen, dass Jungen auffallend häufiger als Mädchen – egal welchen Schultyps – ein Studium anstreben, das in eine klassisch männliche Domäne fällt.

### **Schlussfolgerungen**

Wir ziehen aus diesen drei Beobachtungen zunächst folgende Schlüsse:

1. Mädchen genießen keine eindeutig definierbaren Vor- und Nachteile einer ko-/monoedukativen Schulbildung. Es müssen andere Beeinflussungsfaktoren wirksam sein, sonst würden wir die Unterschiede in dieser Deutlichkeit nicht bei den beiden monoedukativen Gruppen beobachten können.
2. Die vergleichbare LK-Wahl der Mädchen auf den monoedukativen Gymnasien (trotz der deutlich unterschiedlichen beruflichen und studienbezogenen Interessen) könnte darauf hinweisen, dass im Rahmen der Schule Mädchen monoedukativer Schulen ein breiteres Interessenspektrum entwickeln. Möglicherweise werden sie von dem jeweiligen Lehrkörper aber auch eher dazu angehalten, sich im Sinne einer Profilbildung der Schule so zu verhalten.
3. Die Unterschiede zwischen den Jungen und der Gesamtheit der Mädchen bezüglich des angestrebten Studiums zeigen, dass Jungen zu einem relevanten Zeitpunkt ihrer Biographie (kurz vor dem Abitur) eine Ausbildung planen, die ihnen, falls sie auch beruflich auf diesem Felde tätig werden sollten, ein höheres Prestige und ein höheres Einkommen verschaffen wird.

### **Ausblick**

Unsere Untersuchung hat bei uns mehrere Fragen aufgeworfen. Die Berufswünsche und Studienwünsche könnten auch nach anderen Gesichtspunkten als lediglich nach klassisch männlich oder nicht eingeteilt werden, so zum Beispiel nach dem Gehalt (vgl. Steins/Sprehe 2003). Auch die subjektiven Gründe für die beruflichen und ausbildungsbezogenen Interessen wären interessant.

Abschließend verweist die Untersuchung vor allem auf einen Punkt: Die durchgeführte, kleine Befragung führt zu den klassischen Problemen des Untersuchungsfeldes. Die Kontrolle der grundsätzlich wirksamen Variablen kann erst erfolgen, wenn diese deutlich werden. Deshalb könnte es ein hilfreicher Grundsatz für die Forschung in diesem Bereich sein, die Kategorie Geschlecht nicht mehr als entscheidende Variable zu betrachten, sondern stets als Variable in Wechselwirkung mit grundlegenden Prozessen. Ein solcher grundlegender Prozess könnte ein subtiler Erwartungsdruck der Umgebung sein, der differenziert mit dem Faktor *soziales Geschlecht* interagiert.

Ein Anhaltspunkt hierfür in den vorliegenden Daten ist darin zu finden, dass die Mädchen der monoedukativen Gymnasien sich ganz im Sinne der jeweiligen Profilbil-

dung ihrer Schulen verhalten: Während das erste Gymnasium hier den Schwerpunkt auf Sozialverhalten legt und wir finden, dass die Mädchen auch in diesem Bereich ein starkes berufliches Interesse entwickeln, finden wir analog, dass die Mädchen der zweiten monoedukativen Schule mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften hier ein großes berufliches Interesse entwickeln. Mädchen und Frauen sind konformistischer – im Sinne einer expressiv-interpersonellen Ausrichtung sind sie an den Wünschen der sozial relevanten Umgebung orientiert (Alfermann 1994). Möglicherweise gelingt diese Eichung auf das Profil einer Schule besonders gut, wenn die Gruppe homogen ist, also Mädchen unter sich sind. Eine komplexe Analyse solcher grundlegenden Prozesse und ihrer Wechselwirkungen mit dem sozialen und biologischen Geschlecht wird längerfristig zu mehr Klarheit in diesem Forschungsgebiet führen.

Könnte unsere These einer Wechselwirkung der höheren Beeinflussbarkeit mit dem sozialen Geschlecht in einer homogenen Umgebung nachgewiesen werden, müssten Eltern und Lehrkörper die Profilbildung und deren Umsetzung äußerst ernst nehmen. Diese hätte nämlich dann einen so enormen Einfluß auf die Schüler/innen, dass Schulen möglichst bald angehalten werden sollten, ihre Arbeit zu evaluieren.

Halten wir zunächst als gewagte und provokant formulierte These – die unsere zukünftige Forschung auf diesem Gebiet leiten wird – fest: *Wenn Sie eine Tochter haben, die Nobelpreisträgerin der Mathematik werden soll, wählen Sie eine Mädchenschule und achten Sie auf deren Profil. Ansonsten wird Sie wahrscheinlich „nur“ Mathematiklehrerin.*

#### Literatur

- Alfermann, Dorothee: Geschlechterrollen und geschlechtstypisches Verhalten, München, 1994.
- Faulstich-Wieland, Hannelore: Koedukation – enttäuschte Hoffnungen? Darmstadt 1991.
- Gemein, Elisabeth: Auf dem Weg zur geschlechterbewussten Schule. Konzept der Mädchenförderung am Mädchengymnasium Essen-Borbeck – Verbindung mit der Arbeit am Schulprogramm, in: Barbara Koch-Priewe (Hrsg.), Schulprogramme zur Mädchen- und Jungenförderung, Weinheim 2002.
- Hannover, Bettina/Kessels, Ursula: Monoedukativer Anfangsunterricht in Physik in der Gesamthochschule, in: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 33, 2001, S. 201-215.
- Kaeremann-Walter, Jaqueline/Kreienbaum, Maria Anna/Metz-Göckel, Sigrid: Formale Gleichheit und diskrete Diskriminierung: Forschungsergebnisse zur Koedukation, in: Rolf, Hans-Günter/Klemm, Klaus/Pfeiffer, Hermann/Rösner, Ernst (Hrsg): Jahrbuch der Schulentwicklung (Band 5, 157-188), Weinheim 1988.
- Kraul, Margret/Horstkemper, Marianne: Reflexive Koedukation in der Schule. Evaluation eines Modellversuchs zur Veränderung von Unterricht und Schulkultur, Mainz 1999.
- Maccoby, Eleanor E.: Psychologie der Geschlechter, Stuttgart 2000.
- Rendtorff, Barbara: Kindheit, Jugend und Geschlecht, Berlin 2003.
- Rost, Detlef H./Pruiken, Christiane.: Vereint schwach? Getrennt stark? Mädchen und Koedukation, in: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie 14, 2000, S. 177-193.
- Stainton Rogers, Wendy/Stainton Rogers, Rex: The psychology of gender and sexuality. Philadelphia, 2001.
- Statistisches Bundesamt: Zur Berufswahl junger Frauen. Pressemitteilung vom 6. Mai 2003. [www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/p1780071.htm](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/p1780071.htm).
- Steins, Gisela: Die Entwicklung von Mädchen zu Frauen und Jungen zu Männern. Perspektiven auf die Entwicklung geschlechtsspezifischer Identität, Lengerich 2003.
- Steins, Gisela/Sprehe, Birgit: Maskulin oder schön, Mann oder Frau? Maskulin schön!, in: Zeitschrift des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrum, Jg. Nr. 25, 2003, S. 7-15.
- Stürzer, Monika/Roisch, Henrike/Hunze, Annette/Cornelißen, Waltraud: Geschlechterverhältnisse in der Schule, Opladen 2003.

Prof. Dr. Gisela Steins,  
Universität Duisburg-  
Essen, FB 2,  
Universitätsstraße 12,  
45117 Essen,  
Email: [gisela.steins@uni-essen.de](mailto:gisela.steins@uni-essen.de).

## „Women's Studies in the New Millennium: Does the future belong to us?“

Denkt man an Zypern, ist damit meist der griechische Teil von Zypern gemeint, zumeist verbunden mit Bildern von Meer, Strand und Urlaub. Dass es einen nördlichen und südlichen Teil gibt, der durch eine für die ZypriotInnen selbst nahezu undurchlässige Grenze mit einer sogenannten Green Line getrennt ist, rückte wohl erst in letzter Zeit (wieder oder erstmals so richtig) durch die Diskussion um den geschlossenen Beitritt der Gesamtinsel in die EU ins Bewusstsein. Ein Beitritt, der durch die negative Abstimmung im südlichen, d.h. griechischen Teil der Insel verhindert wurde. Bislang unbekannt war uns auch, dass es in der TRNC (Turkish Republic of Northern Cyprus) an einer der sechs Universitäten ein Women's Studies Center gibt, auf das wir nun erstmals durch die Einladung zur Konferenz „Women's Studies in the New Millennium: Does the future belong to us?“ aufmerksam wurden; einer Einladung, der wir gerne gefolgt sind.

Das Center for Women's Studies an der Eastern Mediterranean University in Farmagusta wurde vor sechs Jahren gegründet. Laut seiner Selbstbeschreibung und den Erzählungen der dort arbeitenden Frauen, fördert das Zentrum vor allem Diskussionen der Frauen- und Geschlechterforschung, in dem es z.B. entsprechende



Vortrags- und Austauschprogramme organisiert. Es widmet sich darüber hinaus gleichstellungspolitischen Fragen inner- aber auch außerhalb der Universität und bietet vor allem für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs spezielle (Förder-)Programme an, um diese auf Führungsaufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen vorzubereiten und speziell bei einer akademischen Karriere zu unterstützen. Ziel dieser ersten internationalen Konferenz des Zentrums war es, Projekte und Initiativen der Frauen- und Geschlechterforschung aus unterschiedlichen Ländern zusammen zu bringen und die internationale

Vernetzung des Zentrums mit anderen Institutionen der Frauen- und Geschlechterforschung auszubauen. An der Konferenz nahmen 65 Wissenschaftlerinnen aus 15 Ländern und unterschiedlichen Disziplinen (Sozialwissenschaft, Erziehungswissenschaften, Geschichtswissenschaft, Sprach- und Literaturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften) teil.

Einen Schwerpunkt der Tagung bildeten Beiträge zur Situation von Frauen in (Nord-)Zypern und der Türkei. Diese, in der Mehrzahl von WissenschaftlerInnen aus den beiden Ländern selbst gehaltenen Beiträge, vermittelten einen guten Ein- und Überblick über derzeitige Forschungsschwerpunkte der Frauen- und

Geschlechterforschung in Nordzypern und der Türkei. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sich die Forschungsfragen und -themen der zypriotischen und türkischen KollegInnen im Wesentlichen nicht von unseren eigenen Forschungsfragen und -themen oder denen anderer „westlicher“ KollegInnen unterscheiden. In diesen thematischen Block gehörten z.B. Vorträge zur Selbstwahrnehmung weiblicher Managerinnen, über Auswirkungen der Privatisierung und Globalisierung auf die weibliche Erwerbstätigkeit in der Türkei, zur Entwicklung und



*Assoc. Prof. Dr. Gül Celkan, Direktorin des EMU-Centre of Women's Studies (3. von links) und ihr Team*

Veränderung der weiblichen Erwerbstätigkeit in Nordzyprien, über Modelle des Dual-Career Lifestyle in der Türkei, zur Reproduktion von Geschlechterverhältnissen in und durch die Medien, zur Rolle der Frauen in der zypriotischen Minderheit der Roma und Sinti, zum „klassischen“ Problemfeld der Work-Life-Balance.

Weitere Themenblöcke der Tagung, auf denen Beiträge aus unterschiedlichen Ländern präsentiert wurden, waren: Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Einkommen und Geschlecht, Repräsentationen von Geschlechterbildern in der Literatur, Mutterschaft in unterschiedlichen Kulturen sowie Frauen, Karriere und Führung. Im Rahmen dieser Schwerpunkte hielten auch wir unsere beiden Vorträge; Birgitta Wrede zu ihrem Forschungsschwerpunkt „Money and Gender“ und Anina Mischau aus ihrem laufenden Forschungsprojekt „Doing Gender in Mathematics“.

Kritisch ist leider anzumerken, dass etwa die Hälfte der Beiträge, trotz des internationalen Anspruchs der Tagung, auf türkisch gehalten wurden. Bei diesen, parallel zu den englischsprachigen Veranstaltungen stattgefundenen Sessions blieben die türkischsprachigen Teilnehmerinnen zwangsläufig unter sich, was den intendierten internationalen Austausch erschwerte. Auf den vielen englischsprachigen Sessions, in denen auch türkische und zypriotische KollegInnen mit Beiträgen vertreten waren, in den Pausen und anderen „Social Spaces“ war der wissenschaftliche und interkulturelle Austausch dagegen sehr groß. Hier sind, neben Ideen zu gemeinsamen Forschungsprojekten, die Grundlagen für einen weiteren Austausch und den Aufbau einer Vernetzung geschaffen worden, an dessen Ausbau das IFF in Zukunft aktiv beteiligt sein wird.

Die überaus offene und warmherzige Atmosphäre während des gesamten Kongresses und nicht zuletzt das Konferenzdinner in dessen späteren Verlauf die zypriotischen und türkischen KollegInnen uns „Ausländerinnen“ in traditionelle nationale Tänze „einwiesen“, lässt sich wohl am besten mit dem Satz beschreiben:



*Der Kongress tanzt*

„Wir kamen als Fremde und gingen als Freunde“. Alles in allem eine überaus gelungene Tagung, die den eigenen wissenschaftlichen wie kulturellen „Horizont“ der TeilnehmerInnen deutlich erweiterte. Es bleibt zu hoffen, dass die geplante Wiederholung in zwei Jahren realisiert werden kann.

*Anina Mischau und Birgitta Wrede  
Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum (IFF)  
Universität Bielefeld  
Emails: [anina.mischau@uni-bielefeld.de](mailto:anina.mischau@uni-bielefeld.de) und  
[birgitta.wrede@uni-bielefeld.de](mailto:birgitta.wrede@uni-bielefeld.de)*

**Arlie Russell Hochschild: Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Opladen, Leske + Budrich 2002, 305 Seiten, 18,00 € ISBN: 381003620X**

***Keine Zeit – Ein Blick in die Innenwelt amerikanischer Familien und eine mögliche Zeitreise in die Zukunft deutschen Familienlebens***



„Während meiner ersten Recherchewoche für dieses Buch gab es einen Moment, in dem es mir schien, dass der Gegenstand meiner Untersuchung womöglich gar nicht existierte“ (Hochschild 2002, S. XXV)

Mit diesem Rückblick auf den eigenen Forschungsprozess beginnt Hochschilds Einleitung zu ihrer Studie „Keine Zeit“ („The Time

Bind“). Geplant hatte Hochschild eine Fallstudie über die Umsetzung des Work-Life-Balance Programmes bei Amerco, einem amerikanischen Unternehmen, das in dem Ruf stand, Vorreiter einer familienfreundlichen Personalpolitik zu sein. Untersucht werden sollte die Umsetzung dieses Programms, seine Akzeptanz bei den Beschäftigten und die Folgen für das Familienleben. Dieses ‚Best Practice –Beispiel‘ hatte einen einzigen Schönheitsfehler – obwohl die Eltern über Zeitnot klagten, nutzten sie die Möglichkeiten dieses Programms kaum.

„Nur drei Prozent aller Beschäftigten mit Kindern von 13 Jahren und jünger arbeiteten Teilzeit. Ein Prozent machte Job Sharing. Ein Prozent nutzte die Möglichkeit des flexiblen Arbeitsplatzes. Ein Drittel der berufstätigen Eltern machte Gebrauch von flexiblen Arbeitszeiten, aber viele arrangierten nur einen unveränderten Neun- oder Zehnstudentag um ihre übrigen Alltagstermine herum. Ein paar junge Väter hatten sich informell beurlauben lassen, aber im ganzen Unternehmen gab es nur einen Mann, der ganz offiziell im Elternurlaub war. Ich stand vor einem Rätsel“ (Hochschild 2002, S. XXVI).

Wie Arlie Russel Hochschild dieses Rätsel löst und welche Einblicke sie nicht nur in das Familienleben und den Arbeitsalltag der Beschäftigten, sondern auch in

die Unternehmenskultur von Amerco gewinnt, das allein macht dieses Buch zu einer Fundgrube nicht nur für die Familiensoziologie. Dass dieses Buch aber weit mehr als eine sorgfältige Fallstudie über die letztlich gescheiterte Umsetzung eines Work-Life-Balance Programms ist, ist dem wissenschaftlichen Spürsinn, der Beobachtungsgabe und der soziologischen Phantasie von Hochschild zu verdanken. Dank ihrer Fähigkeit, neue Fragen aufzuwerfen und an Einzelfällen gesellschaftliche Trends wie im Brennglas sichtbar zu machen, ist dieses Buch, das in den USA längst zu einem Bestseller geworden ist, zu einer Studie über die kulturelle Dominanz der Erwerbsarbeit und die Folgen für das Familienleben geworden.

In eindrucksvollen und spannend geschriebenen Portraits beschreibt Hochschild das Alltagsleben der Beschäftigten am Arbeitsplatz und zu Hause und sie nimmt dabei alle Ebenen der betrieblichen Hierarchie in den Blick, von den untersten Rängen in der Fertigung bis in die Chefetagen. Sie beschränkt sich nicht darauf, die Beschäftigten am Arbeitsplatz zu befragen, sie folgt ihnen auf dem Nachhauseweg, begleitet sie beim Abholen der Kinder, nimmt am Abendessen teil und beobachtet die abendlichen Familienrituale. Sie untersucht aber auch die mikropolitischen Aushandlungsprozesse im Betrieb, die Bedeutung von Familienfotos auf den Schreibtischen von Managern und weiblichen Angestellten, sie nimmt an firmeninternen Meetings und Workshops teil und wertet Firmenstatistiken aus.

Und sie verknüpft ihre Beobachtungen zu Hause und am Arbeitsplatz in einer Weise, die ein neues Licht auf beide Lebensbereiche wirft. Sie stellt fest, dass für die Befragten der Arbeitsplatz zu einem Ort der Anerkennung und der Wertschätzung geworden ist, zu einem Ort vielfältiger sozialer Beziehungen, freundschaftlicher Verbundenheit, emotionaler Unterstützung und Momenten der Entspannung, die es zu Hause immer weniger gibt. Im Gegenzug wird die Zeit zu Hause immer knapper und stressiger. Verkürzt auf wenige Stunden „Quality Time“ am Abend und am Wochenende gerät das Familienleben zunehmend unter ein tayloristisches Zeitregime. Familiäre Tätigkeiten werden verdichtet und rationalisiert und in immer kürzere Zeiteinheiten gepackt, Familienleben findet auf Knopfdruck und in einem engen Zeitkorsett statt. Obgleich diese zweite oder gar dritte Schicht, wenn die Folgen dieses Zeitdrucks wieder aufgefangen werden müssen, von den Eltern ein Höchstmaß an Anstrengung abverlangt, bleibt sie in gewisser Weise unsichtbar, es gibt keine Anerkennung dafür, keine Anstecknadeln wie bei Amerco, keine Rituale der Anerkennung und Wertschät-

zung. Die Folge davon ist, dass die von Hochschild Befragten das Zuhause mehr und mehr wie einen Arbeitsplatz erleben, während sie sich am Arbeitsplatz wie zu Hause fühlen, nicht zuletzt dank einer Unternehmenskultur, die Elemente des Familienlebens aufgegriffen und in die betriebliche Arbeitswelt integriert hat.

Diese emotionale Umpolung zwischen der Arbeit und dem Zuhause sieht Hochschild als wesentliche Ursache für die geringe Inanspruchnahme des Work-Life-Balance Programms von Amerco, vor allem der Elemente, die dazu beitragen sollten, mehr Zeit für das Familienleben zu schaffen. Die emotionale Anziehungskraft der Erwerbsarbeit gilt für beide Geschlechter und das Muster einer zunehmenden Familienflucht findet sich auch bei Frauen, verbunden mit ambivalenten Orientierungen und einem schlechten Gewissen gegenüber den Kindern. Die langen Arbeitszeiten führen zu einem Zeitkrieg zwischen den Geschlechtern, der auf dem Rücken der verletzlichsten Mitglieder dieses Systems, den Kindern und anderen pflegebedürftigen Personen, ausgetragen wird.

An dieser Stelle Hochschild misszuverstehen, wäre bedauerlich. Sicher, sie fragt nach den Kosten dieses Zeitarrangements für das Familienleben und vor allem für die Kinder. Aber nichts liegt ihr ferner, als diese Kosten auf das Konto der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbuchen. Sie zeigt, warum für Männer wie für Frauen die Erwerbsarbeit so attraktiv ist, sie analysiert, wie im Zuge einer neuen Unternehmenskultur und der damit verbundenen Anerkennung der Arbeitsplatz noch mehr an Anziehungskraft gewinnt – und das Zuhause an Attraktivität verliert. Sie beschreibt eindringlich die Folgen dieses Wertewandels für die Familie und fragt, wieviel Elternzeit Kinder brauchen und wieviel Betreuung durch Institutionen. Diese Frage richtet sich jedoch an beide Geschlechter gleichermaßen. Sie ignoriert keineswegs die kulturellen und institutionellen Rahmenbedingungen dieser Werteverstärkung, zeichnet aber akribisch nach, wie Individuen sich angesichts dieser Parameter orientieren und welche Entscheidungen sie treffen.

Arlie Hochschild macht aber auch deutlich, dass es bei der Zeitfrage um mehr geht als um individuelles Zeitmanagement oder um individuelle biographische Entscheidungen. Sie skizziert mögliche Ziele und Akteure einer neuen Zeitbewegung und betont die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Regulierung von Arbeitszeit. Nur auf diese Weise kann es zu einer Balance zwischen der Erwerbsarbeit und dem Zuhause, zwischen der Arbeitszeit und der Zeit für Familienleben und der Sorge für Andere.

Die emotionale Umpolung zwischen dem Zuhause und der Arbeit wird durch neue Leitbilder von Kindheit flankiert. Hochschilds Streifzug durch die amerikanische Ratgeberliteratur hinterlässt ein Gefühl der Beklemmung. Im Mittelpunkt dieser Ratgeberliteratur mit Titeln wie „So lernt Ihr Kind, allein zu Hause zu sein“, „Ich komme allein zurecht“ steht das autonome, das selbstständige Kind, das sich selbst betreut und von dem erwartet wird, dass es sich an den Arbeitszeitrhythmus der erwerbstätigen Eltern anpasst und, gleichsam als kindliche Entsprechung des Zero-Drage-Angestellten, keine Reibungsverluste durch querliegende kindliche Bedürfnisse und Zeitansprüche produziert. Im Fokus der Aufmerksamkeit dieser Ratgeber steht mehr die Seelenruhe der Erwachsenen als die Gefühlslage der Kinder; den Eltern sollen Schuldgefühle und Unsicherheit genommen werden und den Kindern wird Rücksicht auf die Gefühle ihrer Eltern nahegelegt. Ein Ratgeber empfiehlt den Kindern, morgens keinen Streit mit den Eltern anzufangen, weil das „deine Mutter und deinen Vater sonst noch einen guten Teil des Tages beunruhigt“. (Hochschild 2002, S. 246). Auch Lehrer sind in dieser Perspektive Erwachsene, auf deren Arbeitsbelastungen Kinder Rücksicht nehmen sollen. Der Ratgeber empfiehlt: „Geh nicht zu früh zur Schule, nur weil du nicht gerne alleine zu Hause bleibst. Die Lehrer sind mit Unterrichtsvorbereitungen beschäftigt, und es wird auch nicht von ihnen erwartet, dass sie sich vor dem offiziellen Unterrichtsbeginn um die Schüler kümmern“ (ebd.). Für Hochschild ist diese kulturelle Konstruktion von Kindheit Teil einer Strategie der Gefühlsaskese, des emotionalen Downsizing angesichts der zunehmenden Anforderungen der Arbeitswelt.

Hochschilds Thesen sind auch in den USA nicht unumstritten. Während Autoren wie etwa Reich (2002) oder schon Schor (1992) zu ähnlichen Einschätzungen hinsichtlich der Auswirkungen langer Arbeitszeiten auf das Familienleben kommen, sehen andere Autoren das Problem weniger dramatisch und kommen zu optimistischeren Aussagen. Das vielleicht prominenteste Beispiel ist Galinsky, die in ihrer Studie „Ask the Children. What America's Children really think about Working Parents“ ein repräsentatives Sample von Kindern mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens über ihre Wünsche und Bedürfnisse befragt hat (Galinsky 1999). Sie stellt u.a. fest, dass gemeinsame Zeit mit Eltern nicht oben auf der Wunschliste der Kinder steht. Nur 10% der befragten Kinder wollen mehr Zeit mit ihren Müttern und 15,5% mit ihren Vätern als ersten Wunsch. Diese Statistiken sind mehrfach in den Medien in den USA zitiert worden. Lange (2003) hat auf mögliche

Fehlinterpretationen dieser Daten hingewiesen: „Es heißt nicht, dass nur zehn Prozent der Kinder mehr Zeit mit ihren Müttern wollen! Es bedeutet vielmehr, dass zehn Prozent diesen Wunsch zum Topwunsch gemacht haben. Dazu kommt, dass die anderen Wunschaussagen mit der Elternzeit eng verknüpft sind: Kinder wünschten sich für die Mütter, dass diese mehr Geld verdienen (23%), weniger von der Arbeit gestresst würden, und weniger müde von der Arbeit kämen (14%)“ (Lange 2003). Immerhin 31% der Kinder waren der Meinung, dass sie „zu wenig Zeit“ mit ihren Eltern hätten. Galinsky selbst relativiert diese Zahl mit dem Hinweis auf den wesentlich höheren Anteil von erwerbstätigen Eltern (nämlich 53 %), die die Zeit für ihre Kinder als zu gering einschätzen. Die Botschaft, die dahinter steht, ist, dass Eltern das Problem überschätzen und dass Kinder sehr viel weniger unter einem Mangel an Zeit mit ihren Eltern leiden, als dies Eltern selbst annehmen.

Polatnik (2002), die im Rahmen einer qualitativen Studie Kinder über ihre Wünsche nach Zeit mit den Eltern gefragt hat, bezweifelt, ob mit generellen Item-Formulierungen wie bei Galinsky Wünsche und Bedürfnisse der Kinder zu diesem emotional wichtigen Thema adäquat erfasst werden können. Sie stellt fest, dass die Gefühle der Kinder hinsichtlich der Zeit mit den Eltern komplex und widersprüchlich sind. In den qualitativen Interviews werden emotionale Turbulenzen sichtbar, die im Rahmen standardisierter Erhebungen nicht auftauchen. Besonders ältere Kinder wissen, dass ihre Wünsche bezüglich der Elternzeit in Verbindung mit ökonomischen Notwendigkeiten gesehen werden müssen. Bis zu einem gewissen Grad stellen die Arbeitszeiten und -arrangements der Eltern für die Kinder Rahmenbedingungen dar, die sie nicht ändern können und die sie deshalb akzeptieren (vgl. Lange 2003). Die „Galinsky-Polatnick-Kontroverse“ macht die besonderen methodischen Probleme deutlich, die mit der Erforschung des Themas elterliche Arbeitszeiten und die Auswirkungen auf Kinder verbunden sind und auf die Lange kürzlich im Rahmen einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung über „Familienpolitik für moderne Familien“ hingewiesen hat (ebd.).

Die Zeitnöte amerikanischer berufstätiger Eltern, die Hochschild so eindrücklich beschreibt und analysiert – inwieweit sind sie auf die Situation in der Bundesrepublik übertragbar? Sind diese überlangen Arbeitszeiten und die damit verbundene Zeitkultur nicht ein amerikanisches Phänomen, weit entfernt von der bundesrepublikanischen Wirklichkeit mit einer tariflichen Wochenarbeitszeit von teilweise 35 Stunden, bis zu 30 Ta-

gen Jahresurlaub, 14 Wochen bezahltem Mutterschutz und drei Jahren Elternzeit? Auch familiäre Erwerbsmuster und die Erwerbsintegration von Frauen in den USA und Deutschland sind nur bedingt miteinander zu vergleichen. Trotz einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen kann, zumindest für Westdeutschland, noch immer von der Dominanz eines wenn auch modernisierten männlichen Ernährermodells ausgegangen werden. Auch dies ist sicher ein Grund dafür, dass das Problem einer Balance von Arbeit und Leben in der amerikanischen Gesellschaft früher zum Gegenstand eines öffentlichen Diskurses geworden ist.

Ist Hochschilds Beschreibung der Zeitfalle auf Deutschland also nicht übertragbar? Die große Resonanz, die die deutsche Übersetzung von „The Time Bind“ gefunden hat, lässt anderes vermuten. Sie spricht dafür, dass Hochschilds Diagnose auch bei uns einen Nerv getroffen hat. Schleichende und offene Arbeitszeitverlängerung, eine zunehmende Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten haben dazu geführt, dass auch Deutschland nicht mehr das arbeitszeitpolitische Paradies ist, das Hochschild in Deutschland zumindest zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von „The Time Bind“ 1997 noch gesehen hat. Trotz aller gewerkschaftlichen Bemühungen um weitere Arbeitszeitverkürzung gibt es seit längerem eine Stagnation bei der tariflichen Arbeitszeitverkürzung und in den 1990er Jahren eine Verlängerung der effektiven Arbeitszeiten in einigen Bereichen. Eine jüngst erschienene Studie geht davon aus, „dass die 40-Stundenwoche in Deutschland günstigstenfalls weiterhin die faktische Durchschnittsarbeitszeit für Vollzeitkräfte ist und vielleicht sogar davon ausgegangen werden muss, dass die 40-Stunden-Schwelle ungefähr die Mitte zwischen tariflichen und tatsächlichen Arbeitszeiten in Deutschland markiert“ (Bosch u.a. 2002, S. 39). Seit Mitte der 1990er Jahre lassen sich Tendenzen einer offenen Arbeitszeitverlängerung auch im Bereich tariflicher Vereinbarungen feststellen und insgesamt eine zunehmende Spreizung sowohl bei der tariflich vereinbarten wie der effektiven Dauer der Arbeitszeit bei verschiedenen Beschäftigtengruppen (Rinderspacher 2003). Flankiert wird diese Ausweitung der Arbeitszeiten durch einen Diskurs, der die Verlängerung der alltäglichen wie der Lebensarbeitszeit zur ökonomischen Notwendigkeit erklärt und innerhalb kurzer Zeit zu einer Erosion und Delegitimierung bislang gültiger Standards geführt hat.

Die Verlängerung von Arbeitszeiten ist eingebettet in einen Prozess zunehmender Flexibilisierung, nicht nur im Bereich traditioneller Formen wie Teilzeit, Gleitzeit, Schicht und Wochenendarbeit, sondern verstärkt

in Form von Arbeitszeitkonten und Vertrauensarbeitszeit. Die mit der Flexibilisierung von Arbeitszeiten verbundene Hoffnung auf mehr Zeitsouveränität und bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit, die, neben der Angst um den eigenen Arbeitsplatz, sicher auch zur Akzeptanz flexibler Arbeitszeitmodelle beigetragen hat, ist inzwischen einer deutlichen Skepsis und Ernüchterung gewichen. Bislang vorliegende Studien für Deutschland zeigen, dass die Flexibilisierung von Arbeitszeiten in ihren Auswirkungen auf das Familienleben höchst ambivalent einzuschätzen ist. Arbeitszeitkonten erweisen sich nicht selten als „Konten ohne Vollmacht“ (Jürgens 2002); weitergehende Formen von Arbeitszeitflexibilisierung wie die Vertrauensarbeitszeit, bei der vollständig auf eine betriebliche Zeiterfassung verzichtet wird und Leistung und Anwesenheit über Zielvereinbarungen kontrolliert werden, führen eher zu einem „Arbeiten ohne Ende“ (Pickshaus 2000) als zu einer besseren Balance von Arbeit und Leben. Wie sich solche Arbeitszeitmodelle auf die Vereinbarkeit auswirken, hängt nicht zuletzt von der Arbeitszeitkultur der jeweiligen Unternehmen ab (vgl. Böhm/Herrmann/Trinczek 2002) und auch hier zeichnen sich ähnliche Tendenzen in Richtung postfordistischer Managementstrategien und Unternehmenskulturen ab, wie sie Hochschild beschrieben hat, die eher auf eine Steigerung von Leistungsnormen als auf eine Begrenzung von Verfügbarkeit für das Unternehmen abzielen.

Die deutsche Übersetzung von Hochschilds „Time Bind“ trifft auf eine Situation, in der postfordistische Verhältnisse den Druck auf die alltägliche Lebensführung von Familien eher verschärfen und das Thema einer besseren Balance von Arbeit und Leben eine neue Brisanz gewonnen hat. Ob der aktuelle Diskurs über Work-Life-Balance mehr ist als ein Etikettenschwindel und entsprechende Angebote in den Betrieben mehr sind als punktuelle Benefits zur Mitarbeiterbindung, bleibt kritisch zu prüfen. Sicher gibt es handfeste ökonomische Gründe dafür, dass Unternehmen in eine bessere Balance von Arbeit und Leben investieren (Erler 2004) und es ist wichtig zu zeigen, dass sich solche Investitionen auch rechnen.

Wenn wir der kulturellen Dominanz der Erwerbsarbeit und der Dominanz des Marktes als Zeitgeber (Rinderspacher 2003) etwas entgegensetzen wollen, dann brauchen wir jedoch einen Blick auf Familie, der das Problem der Balance von Arbeit und Leben nicht nur von der Seite der Erwerbsarbeit her denkt und Familie nicht nur auf eine Arbeitsmarkt- und Konsumfunktion in der globalen Wirtschaft reduziert und dies auch noch als Familienfreundlichkeit verkauft (Ostner 2002). Dann

müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, welchen Zeirythmen das Familienleben folgt und welche Quantität und Qualität an Zeit Kinder und ihre Eltern brauchen. Solche Fragen in aller Schärfe aufgeworfen zu haben, ist das besondere Verdienst von Hochschilds „Keine Zeit“. Ihr Blick in das Innenleben von Familien konfrontiert uns mit unangenehmen Erkenntnissen. Gerne würden wir Beispiele gelungener Zeitarrangements, einer gelungenen Balance von Arbeit und Familie lesen, aber das Bild, das Hochschild uns zeigt, steht in schmerzhaftem Widerspruch zu den Hochglanzbroschüren, die uns eine spielend gelungene Balance versprechen. Ihre Analyse der Strategien der Gefühlskese, des Outsourcings von Familie und der Vertagung des Familienlebens auf einen imaginären Zeitpunkt, an dem wir endlich ‚Zeit haben‘, konfrontiert uns mit der Frage, wie weit sich Familie eigentlich marktförmig organisieren lässt und wo mögliche Grenzen der Vermarktlichung von Familienfunktionen liegen.

Sind Familien Organisationen, die effizient gemanagt werden müssen, mit einer möglichst weitgehenden Delegation familialer Funktionen an professionelle Fachkräfte (Priddat 2002) oder ist Familie doch mehr? Was kommt nach der fordistischen Familie (Bertram 2002), die in der Tat kein brauchbares Modell für die Zukunft liefern kann, beruht sie doch auf einer asymmetrischen geschlechtlichen Arbeitsteilung, die mit der zunehmenden Erwerbsintegration von Frauen obsolet wird.

Die Auseinandersetzung mit solchen Fragen scheint im bundesrepublikanischen Kontext besonders schwierig zu sein. Das strukturelle Defizit an Betreuungsmöglichkeiten in Deutschland hat wie in einigen anderen Ländern zu einem starken Rückgang der Geburtenrate geführt und dem Thema der Familienpolitik eine neue demographisch Brisanz verliehen. Auf dem Hintergrund dieser Rückständigkeit, was die Institutionalisierung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten betrifft, könnte die Frage nach der Zeit, die Kinder und Eltern brauchen, um nicht nur den Alltag „auf die Reihe zu kriegen“, sondern einen gemeinsamen Lebenszusammenhang als Familie herzustellen und zu bewahren (Jürgens 2003) leicht als Versuch mißverstanden werden, Frauen auf ihre Zuständigkeiten in der Familie zu verweisen – und in Teilen des öffentlichen Diskurses über Familie schwingt ein solcher Tonfall durchaus mit. Vielleicht gibt es gerade wegen dieser Rückständigkeit aber auch die Chance, aus den Erfahrungen anderer Länder mit höherer Frauenerwerbsquote und einem besseren Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu lernen.



So stellt Matthies auf dem Hintergrund des finnischen Modells die Frage, „ob man die „Rückständigkeit (West)Deutschlands mit Modellen zu beseitigen versucht, die sich denen der DDR oder von Skandinavien vor 15 Jahren annähern oder ob man sich noch mehr Modernisierung in der Gleichstellungsfrage und in der familienfreundlichen Politik zumutet“ (Matthies 2002, S. 2). Sie weist darauf hin, dass sich in Finnland vor allem junge Eltern mehr Zeitwohlstand wünschen und dass es in der finnischen Gesellschaft eine neue Kontroverse über die Erweiterung öffentlicher Verantwortung hinsichtlich der Nachmittagsbetreuung von Kindern einerseits und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und einem familienfreundlicheren Arbeitsleben insbesondere für Vater auf der anderen Seite gibt. Auf diesem Hintergrund hält sie es für wünschenswert, „dass man in Deutschland bei den an sich berechtigten bildungs- und familienpolitischen Forderungen das skandinavische Modell nicht nur einholt, sondern vielleicht zu überholen im Stande ist – bezogen auf einige Fehlentwicklungen des skandinavischen Modells“ (Matthies 2002, S. 3).

Welchen Gewinn können wir aus Hochschilds Studie für die Diskussion in Deutschland über familienfreundliche Arbeitszeiten, über Möglichkeiten einer besseren Balance von Arbeit und Leben, die auch Zeit lässt für andere zivilgesellschaftliche Aufgaben, und über Essentials von Familienpolitik ziehen? Hochschilds „Keine Zeit“ gibt uns keine einfachen und mühelos in die Praxis umzusetzende Antworten und vielleicht sind die Fragen, die sie stellt, noch wichtiger als ihre Antworten. Hochschilds Blick in die Innenwelt amerikanischer Familien könnte uns helfen, neue Fragen zu stellen, genauer hinzusehen, wenn wir das „doing family“ in den Mikroprozessen familialer Lebensführung unter Bedingungen postfordistischer Entgrenzungen (Jurczyk 2002) untersuchen. Auch wenn ihre Stichprobe begrenzt ist und ihre Diagnose umfassender geprüft werden müsste, so kann sie uns doch für bestimmte Entwicklungstendenzen im Bereich familialer Lebensführung sensibilisieren. Die Lektüre von „Keine Zeit“ schärft den Blick für die Kosten einer postfordistischen Arbeitswelt, die Anerkennung und Wertschätzung in der Arbeit verspricht und immer mehr an Energien und Zeit absorbiert, Zeit und Energie, die zu Hause immer knapper werden. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches *The Future of Success. Wie wir morgen arbeiten werden* betont Robert Reich (2002), dass die deutsche Gesellschaft ebenso wie andere Gesellschaften Europas entscheiden muss, ob sie den von ihm beschriebenen Kapitalismus amerikanischer Prägung übernehmen

und den damit verbundenen Preis in Form eines „Schwunds“ an Familien- und Gemeinschaftsleben bezahlen möchte. Die Lektüre von „Keine Zeit“ kann uns die Tragweite solcher Entscheidungen bewusst machen und unsere Wahrnehmung für den Preis bestimmter Entwicklungen im Verhältnis von Erwerbsarbeit und Zuhause schärfen.

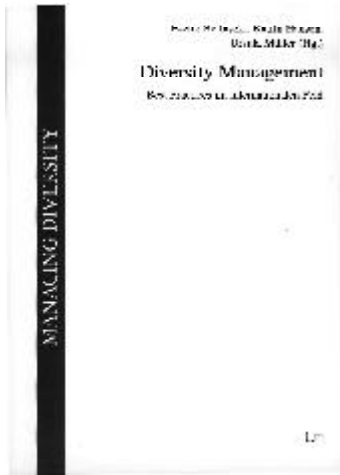
#### Literatur:

- Böhm, S./Herrmann, Ch./Trinczek, R. (2002): Löst Vertrauensarbeitszeit das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? In: WSI-Mitteilungen H.8, S. 435-441
- Bosch, G. u.a. (2002): Zur Zukunft der Erwerbsarbeit. Eine Positionsbestimmung auf der Basis einer Analyse kontroverser Debatten (Arbeitspapier der Hans Boeckler Stiftung Nr. 43) Düsseldorf
- Bertram, H. (2002): Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. In: Berliner Journal für Soziologie, H. 4, S. 517-529
- Erler, G.A. (2004) Work-Life-Balance – Stille Revolution oder Etikettenschwindel? Erscheint 2004 im Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Familienforschung „Arbeitszeit, Familienzeit, Lebenszeit – Verlieren wir die Balance?“, hrsg. von Mechtild Oechsle und Anina Mischau
- Galinsky, E. A. (1999): Ask the Children. What America's Children Really Think About Working Parents. New York
- Jürgens, K. (2002): Arbeitszeitflexibilisierung. Marktanpassung oder neue Balance von Familie und Beruf? In: Diskurs, „Moderne Zeiten. Zur Entgrenzung von Arbeit und Leben“, 12. Jg., H. 3, S. 17-23
- Jurczyk, K./Lange, A. (2002): Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte. In: Diskurs „Moderne Zeiten. Zur Entgrenzung von Arbeit und Leben“, 12. Jg. H. 3, S. 9-16
- Lange, A. (2003): Ansprüche von Kindern und Jugendlichen an Arbeits- und Familienzeiten ihre Eltern. Eine soziologische Perspektive. Vortragsmanuskript
- Ostner, I. (2002): Am Kind vorbei – Ideen und Interessen in der jüngeren Familienpolitik. In: Zeitschrift für Soziologie der Sozialisation und Erziehung, H. 3, S. 249-266
- Pickshaus, K. (2000): Arbeiten ohne Ende und ohne Maß. In: Computer Fachwissen, H. 4, S. 14-17
- Polatnick, M.R. (2002): Quantity Time: Do Children Want More Time with Their Fulltime Employed Parents? Center for Working Families, Working Paper Nr. 37, University of California, Berkeley
- Priddat, B. P. (2002) Mama macht Überstunden. Überlastete Eltern, verwirrte Kinder: Es wird Zeit, die Familie professionell zu organisieren. In: Die Zeit 35/2002
- Reich, R. (2002): The Future of Success. Wie wir morgen arbeiten werden. München; Zürich
- Rinderspacher, J. (2003): Arbeits- und Lebenszeiten im Wandel. Ansätze zu einer Politik der zeitstrukturellen Balance. In: ZSE, 23. Jg., H. 3, S. 236-250
- Shor, Juliet B. (1992): The Overworked American: The Unexpected Decline of Leisure. New York

Prof. Dr. Mechtild Oechsle, Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum (IFF), Universität Bielefeld,  
Email: m.oechsle@uni-bielefeld.de

Der Beitrag erscheint auch in der Zeitschrift für Familienforschung.

**Eszter Belinszki, Katrin Hansen, Ursula Müller (Hg.) Diversity Management. Best Practices im internationalen Feld, Managing Diversity Bd. 2, LIT Verlag, Münster 2003, 360 Seiten, 20.90 € ISBN 3-8258-6097-3**



*Diversity* ist in deutschen Arbeits- und Bildungsorganisationen ein nahezu unbekanntes Konzept. Das belegt die in diesem Sammelband präsentierte Forschung empirisch und eindrucklich (Hansen/Belinszki). Zu Unrecht, wie die glänzende Einordnung von Möglichkeiten und Grenzen dieses Politik-Konzeptes in

den Rahmen von Globalisierung, Organisationsreformen (Hansen/Müller) und Recht (Susanne Baer) herausstellt. Zu Unrecht auch, wenn man die Lernprozesse in den wenigen in Deutschland agierenden Unternehmen betrachtet, die Diversity-Management praktizieren. Diese Prozesse sind spannend, weil widersprüchlich und praxisnah in Interviews unter der Überschrift Best Practices nachzulesen. Hilfreich sind auch die Aufsätze mit Erkenntnissen aus den USA, wo das Konzept Anfang der 1980er Jahre aus Anti-Diskriminierungs- und Affirmative Action-Programmen entstand (Loriann Roberson, Regina Caines, Redia Anderson). Im Gegensatz zu Deutschland ist es in den USA weit verbreitet: 70% der umsatzstärksten und 36% aller Unternehmen praktizieren *Diversity*.

Im besten Fall bedeutet das ganzheitliches organisationales Lernen. Jeder und Jede soll ihre Persönlichkeit in die Organisation einbringen können. Das setzt Wertschätzung und Offenheit gegenüber der Vielfalt der MitarbeiterInnen voraus und zwar im Prinzip in Bezug auf alle denkbaren Unterschiede: Geschlecht, ethnische und kulturelle Herkunft, sexuelle Orientierung, Alter, Behinderungen, Weltanschauungen, soziale Herkunft, Temperament, Arbeitsstil, Lebensform, Religion und so weiter. Dazu ist auch eine positive Haltung gegenüber den Spannungen nötig, die aus diesen Unterschieden entstehen können. Dahinter steht eine gewaltige Entwicklung von der traditionellen westlichen Auffassung von nützlichen Arbeitskräften seit dem 19. Jahr-

hundert als homogen, meist männlich, verheiratet, jung, weiß etcetera, wie sie in Deutschland noch viel stärker verankert ist als in den USA.

Die *Best Practices*-Interviews in den deutschen Unternehmen drehen sich stark um die Frage, wie dort gegen alle Widerstände für den Nutzen dieser neuen Auffassung geworben werden kann. In ihrer Einleitung begründen Katrin Hansen und Ursula Müller den Nutzen von *Diversity* mit durch Globalisierung sowieso erforderlichen Organisationsreformen: „Organisationssoziologisch ist der Gedanke zentral, dass Organisationen in Zeiten einer immer komplexer werdenden Umwelt um so überlebensfähiger sind, je höher ihre Eigenkomplexität ist“ (S. 15). Bei zunehmenden internationalen Verflechtungen sei „die Öffnung einer Organisation für *Diversity* sogar ein Gebot der Stunde“ (ebd.). Durch bessere Leistungen der MitarbeiterInnen stelle *Diversity* einen realen Wert dar. Vor allem aber schafft es einen in der globalen *Shareholder*-Ökonomie überaus wichtigen symbolischen Wert. Die Übernahme von Schlüsselfunktionen durch Frauen und Angehörige ethnischer Minderheiten symbolisiert Innovationsfähigkeit, eine gute internationale Vernetzung und Kompetenz für die Anforderungen der Globalisierung. Dies wiederum kann zu höheren Bewertungen bei Analysten führen.

*Diversity* ist also auch ein Konzept zur Gewinnmaximierung, ein business case, wie es in der Unternehmenssprache heißt. Genau hierin liegen seine Chancen und seine Grenzen. Was könnte es für einen stärkeren Motor für einen Wandel geben, als die Erwartung, dass sich eine Reform finanziell auszahlt? So bietet Lufthansa neuerdings sieben Tage in der Woche eine Ausnahmebetreuung für Kinder an. Dadurch sollen Eltern weniger fehlen – was überprüft wird. Doch je enger und kurzfristiger dieser wirtschaftliche Nutzen verstanden wird, umso begrenzter gestaltet sich auch das *Diversity Management*. Häufig wird es zur schnellen Ressourcennobilisierung praktiziert, und ebenso rasch wieder verworfen.

Die US-amerikanische Forschung ordnet *Diversity*-Ansätze in drei Kategorien ein. Die weitestgehende ist die bereits skizzierte Form des organisationalen Lernens. Das setzt eine mittelfristiger Perspektive voraus und bedeutet, vielfältige Arbeitskräfte aufzubauen, zu pflegen und ihre Unterschiedlichkeit als bereichernd anzusehen. Dagegen geht es beim häufiger anzutreffenden kurzfristigen Denken darum, Vielfalt zu nutzen oder auszubeuten. Beim *Fairness & Discrimination*-Ansatz versuchen Unternehmen mit Quoten und formalen Gleichstellungs-Programmen beispielsweise Frau-

en oder ethnische Minderheiten zu fördern. Die Politik richtet sich gegen Diskriminierungen und es herrscht ein „politisch korrekter“ Ton. Gleichzeitig werden Hierarchien und Machtverhältnisse verschleiert und es gibt keine Öffnung für neue Denk- und Handlungsweisen. Dies wirkt häufig zermürbend auf die Mitglieder von Minderheiten, die die – zum Beispiel – scheinbar frauenfreundliche Organisation oft wegen versteckter Diskriminierung wieder verlassen. „In allen untersuchten Unternehmen konnte der Unternehmensleiter mit einem Beispiel aufwarten, wie er plötzlich auf unerklärliche Weise eine Senkrechtstarterin verlor, die er für großartig hielt und in die er viel investiert hatte. (S. 23)“.

Besonders stark begründen die Unternehmen den Aufbau diversifizierter MitarbeiterInnen mit dem Ziel, dadurch den Bedürfnissen eines ebenso vielfältigen Kundenkreises näher zu kommen und neue Marktsegmente zu erschließen. Diese Begründung fällt in den von der Forschung Access and Legitimacy genannten *Diversity*-Ansatz. Auch wenn es zu begrüßen ist, dass Minderheiten dadurch Positionen und Arbeitsplätze bekommen, ist es fraglich, ob beispielsweise Frauen als Kundinnen weibliche Geschäftspartnerinnen vorziehen. Außerdem werden die MitarbeiterInnen leicht darauf reduziert, für „ihre“ Gruppe zuständig zu sein. Dies lädt zu Stereotypisierungen und damit dem Gegenteil von Vielfalt als Lernprozess ein. Einer solchen Wertschätzung von MitarbeiterInnen kann wieder die Grundlage entzogen werden, wenn der Kundenkreis, den sie repräsentieren, für das Unternehmen nicht mehr interessant ist – sei es auf Grund von Marktverschiebungen oder Kaufkraftverlust. In diesem Zusammenhang bemerken die Herausgeberinnen, dass keines der untersuchten Unternehmen soziale Herkunft oder Klasse als Wert für sein *Diversity-Management* nannte.

Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Religion: Auf den ersten Blick erscheinen die unendlich ergänzbaren Kategorien von *Diversity* starr und unhandlich. Doch in der Praxis setzt jedes Unternehmen Prioritäten: Vor allem Geschlecht und ethnische Herkunft – in Deutschland meist in dieser Reihenfolge, in den USA häufig in der umgekehrten. Es hängt auch stark von den Beschäftigten ab, welche Gruppe sich „Anerkennung verschafft“. So haben in der Deutschen Bank 150 schwule und lesbische MitarbeiterInnen eine Rainbow-Group gegründet und durchgesetzt, dass Lebenspartnerschaften die gleichen Vergünstigungen bekommen wie Ehepaare. Dafür bekam die Deutsche Bank 2002 dann auch prompt den Preis des Bundesverbandes der schwulen Manager. In den meisten anderen deutschen Unternehmen dagegen ist sexuelle Orientierung noch

ein Tabu.

Der Sammelband thematisiert auch die Frage der Konkurrenz von Vielfalts-Kategorien. Wenn Geschlecht nur ein Merkmal unter vielen ist, dann verliert es seinen zentralen Stellenwert im Vergleich zu anderen Konzepten wie Gleichstellung und *Gender-Mainstreaming*. Andererseits ist es aus frauenpolitischer Sicht positiv zu bewerten, dass eine Person mehreren Identitätsgruppen angehören kann. Dadurch werden MitarbeiterInnen nicht mehr auf duale Gegensätze reduziert, wie auf ihr Frau- oder Mann-Sein. Teilzeitmodelle zum Beispiel gelten dann nicht mehr als Vergünstigung – und damit oft Hindernis – für Mütter, oder aufgeklärter, für Mütter und Väter, sondern eröffnen Möglichkeiten für alle Angehörige des Unternehmens, also für die gesamte Organisation. Hinzu kommt, dass Frauen, MigrantInnen oder Alte im *Diversity-Management* keine Benachteiligten sind, sondern hochgeschätzte Potentiale. Sie sind nicht die zu Fördernden, sondern bringen durch Vielfalt einen neuen Wert. Allein diese Wertschätzung würde etwas Grundlegendes verändern. Das belegt der Aufsatz von Eszter Belinszki, in der sie äußerst aufschlussreiche Untersuchungen in deutschen Unternehmen vorstellt. Ihr deprimierendes Fazit lautet: „In der Wahrnehmung überwiegt die Defizit-Perspektive, indem die mangelnde Eignung, fehlende Ausbildung und geringe Motivation als wichtige Barrieren für die berufliche Karriere von Frauen, nicht-deutschstämmigen MitarbeiterInnen und Behinderten in den Mittelpunkt gestellt wird“ (S. 234).

Die Mehrdimensionalität von *Diversity-Management* kann sich aber nur dann positiv entfalten, wenn wirklich Offenheit und Lernbereitschaft besteht. Unternehmen in Deutschland sind weit von einer Wertschätzung von Vielfalt entfernt, wie auch die nicht erfüllte Behindertenquote zeigt. Chronisch fehlende Ausbildungsplätze belegen, dass daran nicht einmal mittelfristige Gewinnerwartungen (als welche man Auszubildende auch betrachten kann) etwas ändern. Daher ist den Herausgeberinnen darin zuzustimmen, dass *Diversity Management* kein Ersatz für eine gesellschaftliche Gleichstellungspolitik sein kann, die auch Personen einbezieht, deren Arbeits-, oder Konsumkraft gar nicht für Unternehmen verwertbar sind. Dennoch: Im Gegensatz zu den meisten im Augenblick diskutierten Reformen ist *Diversity-Management* ein integratives Konzept und politisch, praktisch als auch intellektuell bereichernd.

Karin Gabbert, Berlin,

Email: KarinGabbert@gmx.net

**Christiane Erlemann: Ich trauer meinem Ingenieurdasein nicht mehr nach. Warum Ingenieurinnen den Beruf wechseln – eine qualitative empirische Studie, Kleine Verlag, Bielefeld 2002, 433 Seiten, 24,90 €, ISBN 3-89370-370-5,**



Warum gibt es, trotz zahlreicher Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen oder auch zur Integration von Frauen in entsprechende Berufsfelder, nach wie vor so wenige Ingenieurinnen in Deutschland? Warum wird technische Gestaltungs- und Definitionsmacht nahe-

zu ungebrochen mit „Männlichkeit“ oder dem Bild „des Ingenieurs“ verknüpft? Warum zeigt sich die ingenieurwissenschaftliche Fachkultur, wie die Fachkulturforschung im ingenieurwissenschaftlichen Feld selbst, als besonders „resistent“ oder „widerständig“ gegen die Kategorie Geschlecht? Diesen spannenden und politisch provokanten Fragen geht Christiane Erlemann nach. In ihrem Buch rekonstruiert sie die Hinwendung zum, die Auseinandersetzung mit dem und letztlich die Abwendung vom ingenieurwissenschaftlichen Feld anhand biographisch orientierter narrativer Interviews mit Ingenieurinnen, die ihren Beruf „an den Nagel gehängt“ haben.

#### **Ausgangspunkt, Fragestellung und Methode**

In den ersten drei Kapiteln ihres Buches skizziert Erlemann die Fragestellung ihrer qualitativ empirischen Studie, verortet diese in den bestehenden Diskurs über „Frauen und Technik“ und steckt den von ihr gewählten theoretischen wie methodischen Bezugsrahmen ab. In Kapitel 1 geht sie noch einmal auf die unterschiedlichen Facetten der Situation von Frauen im Ingenieurstudium und im Ingenieurberuf ein und setzt sich dabei sehr fundiert und kritisch mit den bisherigen Schwerpunkten dieses Forschungsfeldes auseinander. Sehr überzeugend legt die Autorin dar, dass sich das Forschungsinteresse und der gleichstellungspolitische Diskurs bislang nahezu ausschließlich auf die Frage konzentriert haben, wie der Frauenanteil in Ingenieurstudiengängen erhöht und den Absolventinnen der Be-

rufseinstieg „erleichtert“ werden kann. Bedingungen, Ursachen und (individuelle wie strukturelle) Prozesse, die zu einem Verbleib oder einem Ausstieg von Frauen aus dem Ingenieurberuf führen, blieben bis heute ein weitgehend vernachlässigtes Thema. Innovativ sind ohne Zweifel Erlemanns Überlegungen zu einem Perspektivwechsel in der empirischen (Fachkultur-)Forschung; diese in den wissenschaftlichen Diskurs aufzunehmen und weiterzuführen, hält die Rezensentin für ein ebenso notwendiges wie vielversprechendes und lohnenswertes Unterfangen. Kapitel 2 bietet eine kurze Zusammenfassung zentraler Aspekte der feministischen Kritik an Naturwissenschaft und Technik. Wichtig für die Verortung von Erlemanns Forschungsinteresse ist vor allem die Diskussion um eine Re-Kontextualisierung von Naturwissenschaft und Technik und die sich anschließende Frage nach den politischen Konsequenzen einer solchen Re-Kontextualisierung, die u. a. die Notwendigkeit einer Thematisierung von Geschlecht zur Ergründung, Erklärung und ggf. Veränderung „fraudiskriminierender“ bzw. „frauenausschließender“ Strukturen, Bilder und Einstellungen im ingenieurwissenschaftlichen Feld impliziert. In Kapitel 3 schließlich führt Erlemann in die von ihr gewählte Methode der interpretativen Textanalyse narrativer Interviews ein. Darüber hinaus beschreibt sie kurz ihr Sample und die Auswahlkriterien für die in ihre Studie aufgenommenen „Biographinnen“.

#### **Von der Kunst wissenschaftlicher Interpretation**

Kapitel 4, das immerhin die Hälfte des gesamten Buches umfasst, stellt den eigentlichen Kern der wissenschaftlichen Arbeit von Erlemann dar. In diesem interpretiert die Autorin die beruflichen Einstiegs-, Umstiegs- und Ausstiegsverläufe dreier Ingenieurinnen. Insgesamt hat Erlemann im Rahmen ihrer Studie mit 12 „ausgestiegenen“ Ingenieurinnen biographisch orientierte Interviews geführt. Zu ihrer Entscheidung, gerade die Lebensgeschichten dieser drei Frauen in den Mittelpunkt ihrer Studie zu rücken, kann man der Autorin nur gratulieren. Kontrastreicher kann das Datenmaterial wohl kaum sein, sowohl hinsichtlich der „Hintergrundvariablen“ (z. B. räumliche Herkunft, Herkunftsfamilie, Familienstatus, Bildungsweg, Fachrichtung, Berufsfeld) als auch mit Blick auf die Bandbreite der lebensgeschichtlichen Erfahrungen dieser Frauen. Dabei geht es der Autorin nicht um das Nacherzählen von (am Ende noch „typischen“) Berufs- und Ausstiegsbiographien von Ingenieurinnen. Der Anspruch der Autorin ist vielmehr, das in den Interviews gewonnene Datenmaterial in einen wissenschaftlichen Kon-

text zu stellen und innerhalb dieses Bezugsrahmens neu zu deuten. Sie will die von den Frauen erzählten Geschichten, in denen diese unausweichlich ihre Erfahrungen, bestimmte (Lebens-)Ereignisse und eigene Handlungen wie die Dritter, bereits auf eine (für sie schlüssige) Sinnstruktur hin interpretiert haben, quasi „gegen den Strich bürsten“. Erlemann will gerade die Diskrepanz zwischen erlebter und erzählter Lebensgeschichte sichtbar machen. Ihr geht es im wissenschaftlichen Interpretationsprozess darum, die soziale Konstruiertheit der Deutung der eigenen Lebensgeschichte durch die Frauen aufzudecken und gleichsam als Gegengewicht zu deren Selbstpräsentation, ausgehend von der latenten Sinnstruktur der Erzähltexte, eine Rekonstruktion der Lebensverläufe dieser drei Ingenieurinnen vorzunehmen. Ein wahrlich hoher Anspruch, nicht nur an die eigene wissenschaftliche Arbeit, sondern auch an die LeserInnen, die diesen Interpretationsprozess letztlich „mitgehen“ und nachvollziehen (können) sollen.

Man kann sich sicherlich trefflich darüber streiten, ob Erlemann in der Darstellung ihrer wissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsschritte manchmal nicht etwas zu akribisch vorgegangen ist und damit zumindest den Lesefluss in diesem Kapitel stellenweise gehörig ins Stocken bringt und ob die Autorin ihre Interpretationsraster an einigen Stellen nicht etwas zu engmaschig gezogen hat und dabei punktuell vielleicht auch zu Überinterpretationen oder einer übertriebenen Pedanterie tendiert. Dies jedoch sollen andere tun. Die Rezensentin selbst war beim Lesen beeindruckt von der Dokumentationsfülle, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Schlüssigkeit der einzelnen Interpretationsschritte. Die Autorin weist sich mit diesem Teil der Arbeit nicht nur als fundierte Kennerin, sondern auch als überaus gewissenhafte Anwenderin qualitativer Methoden der Sozialforschung aus. Ihrem formulierten wissenschaftlichen Anspruch wird sie dabei allemal gerecht.

Leider ist es im Rahmen dieser Rezension nicht möglich, detailliert auf die jeweils sehr ausführlichen Interpretationen der drei Lebensverläufe einzugehen; diese sollten die geneigten LeserInnen besser selbst auf sich wirken lassen. Eindrücklich sind in jedem Fall die erst durch die Interpretationsleistung der Autorin aus der Tiefe der Erzähltexte an die Oberfläche geholten und dadurch sichtbar gewordenen Gemeinsamkeiten (oder charakteristischen Mosaiksteine) in den Einstiegs-, Umstiegs- und Ausstiegsverläufen der Frauen in bzw. aus dem Ingenieurberuf. Diese sind z.B. ihre Umdefinition oder Glättung von „Brüchen“ als Anpassungsfähigkeiten an wechselnde Gegebenheiten des Lebens,

die wiederkehrende Entdramatisierung von eigentlich „einschneidenden“ Ereignissen und/oder Erfahrungen, der eher passive Umgang mit Diskriminierungserlebnissen, ihre (eher zögerliche Akzeptanz der) Erkenntnis, dass man als Frau auch oder gerade in „Männerberufen“ das Geschlecht nicht ablegen kann und in erster Linie immer als Frau wahrgenommen wird, und letztlich ihre Tendenz, den Einstieg in und den Ausstieg aus dem Ingenieurberuf irgendwie als fremdatribuiert und keineswegs als selbstbestimmt erscheinen zu lassen.

### **Fallvergleich und Diskussion?**

Kapitel 5, in dem ein Fallvergleich gezogen werden soll, und Kapitel 6, in dem die Ergebnisse diskutiert werden, fallen in der Qualität gegenüber Kapitel 4 deutlich ab. Einen Fallvergleich nimmt Erlemann leider nicht vor. Was in Kapitel 5 folgt, ist nur eine nach den Einzelfällen sortierte Zusammenfassung der Ergebnisse zu zwei zentralen forschungsleitenden Fragen der Autorin: der nach der Resonanz von biographischer Struktur und Fachstruktur und der nach der Berufsfähigkeit im Kontext der gesamten Lebensplanung der Frauen, wobei die Reflexion der Sonderstellung als Frau in einem „Männerberuf“ eine besondere Beachtung findet. Erlemann bleibt hier weit hinter ihren eigenen Potentialen zurück und schafft es nicht, die Beantwortung dieser Fragen von der individuellen Ebene zu lösen und damit über die rekonstruierten Einzelfälle hinaus auf eine gesellschaftliche Ebene oder Strukturdiskussion zu heben. In Kapitel 6 diskutiert die Autorin die aus den Fallrekonstruktionen gewonnenen Ergebnisse. Nicht schlüssig ist, warum sie diese plötzlich mit Aussagen aus weiteren Interviews ergänzt und z.T. relativ unvermittelt mit Untersuchungsergebnissen angrenzender Forschungsfelder in Beziehung setzt. Diese Vorgehensweise erweckt den Eindruck, die Autorin „traue“ ihrer eigenen Analysekraft nicht und müsse ihre Ergebnisse irgendwie „absichern“. Schade drum: Was die Autorin z.B. unter den Stichworten „Isolation“, „mütterliche Delegation“, „Ingenieurstudium als Fortschrittsträger und Emanzipationsgarant“ und „Reibungspunkte mit der Fachkultur“ eigentlich anhand der von ihr in Kapitel 4 geleisteten Arbeit hätte diskutieren können, ist weit mehr als sie hier getan hat.

### **Resümee**

Ein Verdienst von Erlemann ist es, gründlich mit einem Mythos, den auch die Frauen- und Geschlechterforschung reproduziert und der unbeirrt in frauen- und gleichstellungspolitischen Diskursen hochgehalten

wird, aufzuräumen. Mehr als alles andere zeigt ihre Analyse der Einstiegs-, Umstiegs- und Ausstiegsverläufe der von ihr interviewten Ingenieurinnen, dass es eben nicht reicht, nur Maßnahmen zur Erhöhung der Studentinnenanteile in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern oder zur Erleichterung des Berufseinstiegs der Absolventinnen zu ergreifen, um eine nachhaltige Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse im ingenieurwissenschaftlichen Feld zu erreichen. Mit ihrer Studie öffnet sie die Augen dafür, dass Bedingungen und Strategien, die den Hochschulabschluss und den Berufseinstieg ermöglichen, nicht notwendigerweise auch für den langfristigen und erfolgreichen Verbleib von Frauen im Ingenieurberuf geeignet sind. Allein aus diesem Grund ist die Studie von Erlemann wirklich lesenswert. Darüber hinaus ist sie eine methodisch sehr gelungene Arbeit. Schwächen zeigen sich leider in der Diskussion der erarbeiteten Ergebnisse und in der Skizzierung daraus zu ziehender gleichstellungspolitischer Konsequenzen; beides bleibt im Vergleich zum Rest der Studie etwas „blutleer“.

*Dr. Anina Mischau, Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum (IFF), Universität Bielefeld,  
Email: anina.mischau@uni-bielefeld.de*

Der Beitrag wurde auch veröffentlicht in:  
Querelles-Net. Rezensionszeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung, <http://www.querelles-net.de>,  
Nummer 12, März 2004

**Hildegard Macha, Claudia Fahrenwald (Hg.):  
Körperbilder zwischen Natur und Kultur. Interdisziplinäre Beiträge zur Genderforschung,  
Leske + Budrich, Opladen 2003, Augsburg  
Reihe zur Geschlechterforschung, 201 Seiten,  
19.90 €, ISBN 3-8100-3679-X**



Einen pluralen und aktuellen Überblick geben die Herausgeberinnen Hildegard Macha und Claudia Fahrenwald über den interdisziplinären Diskurs zur Genderforschung. Das Buch ist im Rahmen der Augsburgischen Reihe zur Geschlechterforschung erschienen und in drei Bereiche gegliedert.

Im ersten Teil geht es um „Körperbilder in systematischer Perspektive“ und infolgedessen um den „Körper im Diskurs“. Hier geben u. a. die beiden Herausgeberinnen als Autorinnen eine umfassende Einführung in die pädagogisch-anthropologische Diskussion. Sie erkennen diesbezüglich drei Argumentationsperspektiven, wenn der Körper zum Thema der Frauenforschung wird: den „Essentialismus“, die „Konstruktion“ und die „Inkarnation“. Eine weitere Perspektive gibt Elisabeth Truider, wenn diese vom „Körper als Konstruktionsschauplatz“ spricht.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit „Körperbilder in historischer Perspektive“. Hier ist insbesondere der Artikel von Simone Hess bestechend. Sie stellt „neue Bildungsanforderungen zwischen Körper, Geschlecht und Biographie“ fest.

Abschließend werden aktuelle Situationen von Frauen in den Lebensbereichen von Gesundheit, Sport und Krankheit dargestellt.

Zudem offenbaren sich kritische Selbstreflexionen der Wissenschaftlerinnen, die zu einer erkenntnisreichen und anregenden Gender-Debatte beitragen.

*Prof. Dr. Cornelia Muth, Fachhochschule Bielefeld  
Email: cornelia.muth@fh-bielefeld.de*

## Neuerscheinungen aus den Graduiertenkollegs, an denen das IFF beteiligt ist

Das *Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel“*, von 1991 bis 1997 von der DFG gefördert (gemeinschaftliches Projekt der Universitäten Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen; Sprecherinnen: Sigrig Metz-Göckel und Ursula Müller) hat in 2002 einen lesenswerten Sammlband mit seinen Erträgen vorlegt, der eine Vielfalt neuer Impulse für die Geschlechterforschung enthält (Eva Schäfer/Bettina Fritzsche/Claudia Nagode (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse im sozialen Wandel. Interdisziplinäre Analysen zu Geschlecht und Modernisierung, Reihe Geschlecht und Gesellschaft, Bd. 26, Leske + Budrich, Opladen 2002*). In diesem Band sind Beiträge der beteiligten Hochschullehrerinnen sowie der Kollegiatinnen versammelt. Das Kolleg wirkt jedoch auch nach seiner Beendigung weiter. Immer noch erscheinen weitere Publikationen, denen Dissertationen zugrunde liegen, die im Rahmen dieses Kollegs finanziell oder ideell gefördert worden sind. In 2003 sind die Dissertationen von Edelgard Kutzner und Christa Schmalzhaf-Larsen neu erschienen, die wir im Folgenden kurz vorstellen.

Das von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderte *Promotionskolleg „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalisierten Kontext“* wurde als Pilotvorhaben drei Jahre lang bis 2002 gefördert (gemeinschaftliches Projekt der Universitäten Bielefeld und Bochum; Sprecherinnen: Ursula Müller und Ilse Lenz). Im Rahmen dieses Kollegs ist 2003 die Dissertation von Sabine Marx abgeschlossen worden, die im Anschluss ebenfalls vorgestellt wird.

**Edelgard Kutzner: Die Un-Ordnung der Geschlechter. Industrielle Produktion, Gruppenarbeit und Geschlechterpolitik in partizipativen Arbeitsformen, Rainer Hampp Verlag, München und Mering 2003, 308 Seiten, 29,80 €, ISBN 3-87988-752-7**

Profitieren Frauen von Gruppenarbeit? Verlieren Produktionsarbeiterinnen nicht doch alle ihre Arbeitsplätze? Ist es überhaupt attraktiv für Frauen, um (andere) Arbeitsplätze in der Produktion zu kämpfen? Was ist durch die Beteiligung von Frauen an der Gestaltung ihrer Arbeit veränderbar?

In diesem Buch geht es um Arbeiterinnen und Arbeiter, um Betriebsrätinnen und Betriebsräte, um Frauen und Männer in Vorgesetztenpositionen und im Management. Es wird gezeigt, wie sie die Arbeit gestalten, wie sie sich am Prozess der betrieblichen Umstrukturierung beteiligen, wie sie ihre unterschiedlichen Interessen durchsetzen, welche Vorstellungen ihr Handeln beeinflussen.

Umstrukturierungen sind Prozesse, die durch allerlei Wendungen und Brüche gekennzeichnet sind. Hier verlieren traditionelle Formen der Arbeitsorganisation und mit ihnen auch bestehende Geschlechterdifferenzen als ordnende Strukturen ihren „Gesetzescharakter“. Mit der Einführung von Gruppenarbeit werden alte Grenzziehungen zwischen Frauen und Männern erklärungsbedürftig. Die Folgen sind Gleichzeitigkeiten von Veränderung, Beharrung und Wiederherstellung.

Das zentrale Ergebnis der vorliegenden Arbeit kann mit dem Begriff der Un-Ordnung der Geschlechter beschrieben werden. Un-Ordnung verstanden als Ausdruck der Hin- und Herbewegung, als Ausdruck eines Auseinandersetzungsprozesses, als Ausdruck von Irritation.

Akribisch und differenziert wird der Gestaltungsprozess von Gruppenarbeit in fünf Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der chemischen Industrie nachgezeichnet und analysiert. Dabei werden Prozesse, Aushandlungen und Auseinandersetzungen „unterhalb“ der offiziellen Betriebsrealität sichtbar gemacht, das scheinbar Selbstverständliche enthüllt.

Die vorliegenden Ergebnisse sind aufschlussreich für alle, die sich mit betrieblicher Umstrukturierung befassen. Das Buch richtet sich an Leserinnen und Leser aus Wissenschaft und Praxis.

**Christa Schmalzhaf-Larsen: Geschlechtersozialisation im Kontext. Eine Perspektive auf die mittlere Kindheit und die frühe Adoleszenz, Schriften zur Sozialisationsforschung, Bd. 1, Verlag Dr. Kovac Hamburg 2004, 416 Seiten, ISBN 3-8300-1296-9**

Mit brilliantem soziologischen Sachverstand und einem hohen Maß an soziologischer Phantasie schafft die Autorin dieses Buches inhaltliche Verbindungen zwischen

zwei bisher unverbunden Forschungssträngen, die zu dem verschiedenen Theorietraditionen entstammen.

Bisher liefern vor allem konstruktivistisch inspirierte empirische Studien Erkenntnisse über das subjektive und kollektive Verständnis vom Mädchen- bzw. Junge-Sein, wenn Prozesse der Geschlechtersozialisation in Peergruppen bei Kindern in der mittleren Kindheit (8-10 Jahre) und Jugendlichen in der Frühadolescenz (12-14 Jahre) betrachtet werden. Das Betrachtungsfeld solcher Arbeiten ist auf den Mikrokosmos Peergruppe beschränkt. Mögliche Wirkungen der Kontexte, in welchen diese Peergruppen verortet sind, werden in dieser Forschungstradition nicht berücksichtigt. Demgegenüber arbeitet die sozial-strukturell ausgerichtete Kindheits- und Jugendforschung vor allem über die Wirkungen der familiären und der regionalen Umgebungen auf den Zugang zu Peergruppen in Schulen, Vereinen, auf Spielplätzen oder beim Sport. Prozesse innerhalb dieser Peergruppen, besonders die geschlechtlich relevanten, finden in dieser Forschungstradition keine Berücksichtigung.

Mit ihrem sozialstrukturellen Zugang spezifiziert die Autorin in diesem Band Mikroprozesse innerhalb von Peergruppen so, dass sie sozialstrukturell anschlussfähig werden. Das Ergebnis dieses Vorgehens ist das hoch innovative Modell ‚kontextualisierte Geschlechtersozialisation von Kindern und Jugendlichen in situierten Peergruppen‘.

Die Autorin zeigt, dass Prozesse der Geschlechtersozialisation in Peergruppen sowohl direkt als auch indirekt durch die Umgebungen, in welchen die Peergruppen situiert sind, beeinflusst werden. Als indirekten Einfluss macht sie den familiären und den regionalen Hintergrund von Kindern und Jugendlichen aus: Diese Komponenten der Herkunft sind entscheidend dafür, welche Peerorte überhaupt zugänglich sind. Peerorte ihrerseits stellen darüber hinaus eine Rahmung dar und zwar für Prozesse der Geschlechtersozialisation, die in den dort situierten Peergruppen stattfinden. Bei den Rahmungen handelt es sich entweder um eine sogenannte ‚vergeschlechtlichte‘ oder um eine sogenannte ‚geschlechtsneutrale‘ Kodierung einzelner Peerorte. Der direkte Einfluss der Peerorte besteht in der Analyse dieses Buches darin, dass Mädchen und Jungen sich an ‚vergeschlechtlichten‘ Peerorten in Prozessen der Geschlechtersozialisation als Differente erfahren, während sie sich an ‚geschlechtsneutralen‘ Peerorten als Gleiche konstruieren.

Indirekte und direkte Umgebungseinflüsse werden von der Autorin konstruktiv zusammengeführt, so dass sich für Kinder und Jugendliche je nach familiärer und

regionaler Herkunft unterschiedliche Kombinationen von Gleichheits- und Differenzenerfahrungen an den ihnen zur Verfügung stehenden Peerorten eröffnen. Aus zwei zentralen Dimensionen der Sozialstruktur, nämlich dem familiären Status und der regionalen Zugehörigkeit, entwickelt die Autorin eine innovative Beschreibung sozial-strukturell variierender Konstitutionsbedingungen von Geschlecht.

**Sabine Marx: Kommunikation im Arbeitsteam. Eine Fallstudie mit Ingenieurinnen und Ingenieuren, Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 2003, 324 Seiten, 34,90 € ISBN 3-593-37349-1**

Kommunikation kommt in der Neu/Gestaltung von Organisationen eine Schlüsselrolle zu. Dabei stellen sich einige grundlegende Fragen:

Wie „funktioniert“ überhaupt menschliche Kommunikation? Wie lassen sich kommunikative Ressourcen in Organisationen erfolgreich nutzen? Wie entfaltet sich kommunikative Kompetenz?

Diesen Fragen geht das Buch aufgrund einer Fallstudie mit Ingenieurinnen und Ingenieuren nach. Untersucht wurde die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Es entstanden lebendige Porträts aktueller Teamarbeit, die Einblick geben in den Berufsalltag der Beteiligten jenseits von Managementrhetorik.

Die Autorin schildert die Auflösung wesentlicher Orientierungsfiguren wie Berufs- und Unternehmensidentität, Geschlechterordnung, Zukunft als zentrale Herausforderung an die Akteure. Die in der Studie angewandte Methode der Gruppendiskussion wird ausführlich dargelegt, besonders in ihrem Nutzen für die Organisationsberatung.



**Weitere Neuerscheinungen:**

**Mechthild Rumpf, Ute Gerhard, Mechthild M. Jansen (Hg.): Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion, transcript Verlag, Bielefeld 2003, 319 Seiten, 24,80 € ISBN: 3-89942-153-1**



Mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse wird der Islam häufig als modernitätsfeindliches religiöses und kulturelles System verstanden und einem westlichen Emanzipationsverständnis gegenübergestellt. Die Beiträge dieses Bandes zeigen, wie unverzichtbar differenzierende und interdisziplinäre Perspektiven sind, die sich auf die Vielfalt des Islam (auch in Europa), seine unter-

schiedlichen religiösen Strömungen, Lebensformen und Vorstellungen von Geschlechterordnungen richten.

Diskutiert wird die Beziehung zwischen Islam, Geschlecht und Menschenrechten. Dabei kommt das Potenzial der reform-islamischen Ansätze zur Sprache, die nicht nur eine Herausforderung für die politischen Richtungen des Islam darstellen, sondern sich auch am Konzept der Gleichheit bei der Auslegung des islamischen Rechts im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse orientieren.

**Metz-Göckel, Sigrid: Exzellenz und Elite im amerikanischen Hochschulsystem, Reihe Geschlecht und Gesellschaft Bd. 30, Leske + Budrich, Opladen 2004, 300 Seiten, 24,90 € ISBN: 3-8100-3711-7**

In den USA stehen die knapp 80 Women's Colleges in einer existenziellen Konkurrenz zu den koedukativen Colleges. Sie mussten ihr Selbstverständnis seit den 70er Jahren grundlegend ändern, um überhaupt bestehen zu können. Einige haben sich von Höheren Töchter-

Anstalten zu Ausbildungsstätten entwickelt, die junge Frauen auf erfolgreiche Berufstätigkeiten vorbereiten. Inzwischen beanspruchen einige, eine bessere Ausbildung als die koedukativen Einrichtungen anzubieten. Das Buch untersucht am Beispiel des Wellesley-College, wie diese Programmatik umgesetzt wird und beschreibt das Auswahlverfahren und die Konstruktion eines Studienjahrgangs, die Leitung und Alumnaekultur, das Studien- und Lehrprogramm sowie das studentische Campus-Leben. Es basiert auf Recherchen und Interviews mit Studentinnen, Lehrenden und Verwaltung und gibt als datengestützte ethnographische Studie einen bisher einmaligen Einblick in die Collegeskultur der USA. Damit knüpft es an die aktuelle Diskussion um die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge in der Bundesrepublik Deutschland an.

**Brück, Brigitte: Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien, (Reihe Geschlecht und Gesellschaft Bd. 32), Leske + Budrich, Opladen 2004, 220 Seiten, 15,90 € ISBN: 3-8100-3857-1**

Das Buch führt in die zeitgenössische Rechtsextremismusforschung – sofern sie eine Geschlechterperspektive berücksichtigt – ländervergleichend ein. Anhand von Leitfadeninterviews mit Politikerinnen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien werden das Selbstverständnis und die politische Positionierung dieser Aktivistinnen untersucht. Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Politikerinnen im Mittelpunkt werden analysiert. Dabei wird die Rolle der Politikerinnen in der Traditionsbildung und der Modernisierung ihrer Parteien nachgezeichnet. Das Buch bietet einen fundierten Überblick über rechtsextreme Frauen in Europa und einen Einblick in die geschlechterkritische komparative Rechtsextremismusforschung.

## Infos

**Kongress „Frauen in Naturwissenschaften und Technik“ FiNuT 2004 no limits?!**

**20. - 23. Mai 2004,**

**Zürcher Hochschule Winterthur**

Frauen in Naturwissenschaft und Technik begegnen Grenzen. Grenzen im Kopf, im Raum, in der Zeit. Grenzen die sie behindern, die sie herausfordern und die Frauen immer wieder überschreiten. Frauen durchstoßen alte Vorurteile und bestimmen mit in naturwissenschaftlicher Forschung und technischen Berufen. Frauen brechen wissenschaftliche Grenzen auf und bringen ihre Vorstellungen zu Themen ein, die bisher weitgehend von Männern gestaltet wurden. Frauen überschreiten Grenzen, die sie sich auch oft selbst setzen. Der Kongress gliedert sich in vier Schwerpunkte:

*Grenzen für Frauen:* Wie finden Frauen Zugang zu Naturwissenschaft und Technik? Wo liegen die weiblichen Barrieren in diesen Disziplinen? Wie werden Karrieremöglichkeiten der Frauen behindert? Wie werden Frauen durch gesellschaftliche Strukturen begrenzt?

*Grenzen des Raumes:* Welchen Raum wollen wir? Wo sind die Grenzen der Verdichtung, die Grenzen der Mobilität? Welchen Freiraum möchten wir? Wie sieht ein lebenswertes Umfeld aus der Sicht der an der Planung beteiligten Fachdisziplinen aus? Wir möchten Frauen und Aspekte aus den Fachbereichen Verkehrsplanung, Ökologie, Landschaftsarchitektur, Architektur, Soziologie etc. zu Wort kommen lassen. Wir möchten auch neue Ansätze, z.B. neue Wohnformen diskutieren und viel Freiraum für weitere verwandte Themen lassen.

*Grenzen des Körpers:* Wo ist die Grenze zwischen Mensch und Maschine? Welche Träume vom künstlichen Menschen treiben uns an? Was sieht frau/mann wenn sie in ihren Körper hineinschauen? Wo setzt der weibliche Körper Grenzen? Können und sollen Grenzen des Körpers überwunden werden? Wie hat sich das Körperempfinden der Frauen gewandelt? Wie ist der ärztliche Blick auf den weiblichen Körper?

*Grenzen der Ressourcen:* Welche Grenzen setzt uns die Tatsache, dass die natürlichen Ressourcen unseres Planeten begrenzt sind? Wie geht der Mensch, insbesondere aber die Frauen mit diesem Faktum um? Sind diese Grenzen Chancen? Wenn ja, wie können wir sie nutzen?

Information und Anmeldung unter:

<http://www.finut2004.ch>

**Multiple Marginalities – Gender and education in the global, local and transnational world**

**2. - 4. June 2004, Department of Education, University of Helsinki**

We invite you to the first interim Gender and Education Conference in order to discuss multiple dimensions of marginalization in educational theories, processes and practices. Our aim is to generate dialogue on how the global, local and transnational are played out in diverse educational sites and spaces. How are marginalities lived, embodied, experienced and transgressed and how can they be challenged and transformed? Themes such as pedagogical practices, youth cultures, space, embodiment, sexuality, activism, disabilities and age will be discussed from multiple disciplinary perspectives, such as education, sociology, psychology, women's studies, youth studies and history.

The Conference is organized by EDDI (Education and Difference researchers in Finland), in association with the Gender and Education Association, Department of Education, Department of Sociology, Helsinki Collegium for Advanced Studies, Finnish Youth Research Network and Christina Institute for Women's Studies.

Further informations:

<http://www.helsinki.fi/ktl/gened/>

**towards power**

**Frauen in Entscheidungspositionen in der Wirtschaft**

**16. - 18. Juni 2004, Maritim pro Arte Hotel Berlin**

Die „gläserne Decke“, die den Aufstieg von Frauen in die Führungsetagen verhindert, beschreibt ein mehrdimensionales Problem, das von den betroffenen Frauen vielfach als geschlechter-spezifische Diskriminierung erlebt wird. Fehlende Akzeptanz weiblicher Führungskräfte, geringere Förderung und Entlohnung als männliche Kollegen bei gleichzeitig höheren Leistungsanforderungen, Probleme bei der Balance von Familie und Beruf sind nur einige der Hürden, die Frauen auf dem Weg in Entscheidungspositionen zu überwinden haben. Im Focus der Konferenz „**TO**wards **P**ower – Frauen in Entscheidungspositionen in der Wirtschaft“ steht der Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene, mit Vertretern und Vertreterinnen aus Unternehmen, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik und die Vorstellung erfolgreicher Beispiele aus der Praxis, wobei folgende Themenschwerpunkte

in Vorträgen und Podien vertieft werden:

Themenschwerpunkt 1: Frauen in Entscheidungspositionen in der Wirtschaft – Zahlen, Fakten und Perspektiven, Themenschwerpunkt 2: Gleichstellung von Frauen und Männern – Die rechtliche Situation in den EU-Mitgliedstaaten, Themenschwerpunkt 3: Balance von Familie und Arbeitswelt, Themenschwerpunkt 4: Good practice – Unternehmensbeispiele und Beispiele der Arbeitnehmer-Vertretungen zur Förderung von Frauen

Weitere Informationen:

<http://www.towards-power.de/web/de/index.htm>

Veranstalter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Organisation und Koordination:

FrauenComputerZentrumBerlin

Cuvrystraße 1, 10997 Berlin, Tel: +49-30-617 970-23,

E-Mail: [towards-power@fczb.de](mailto:towards-power@fczb.de)

### **Monoedukative Lehrformen für ein frauenorientiertes Studium in der Informatik und Technik**

**17. - 18. Juni 2004, Fachhochschule Karlsruhe**

Ziel des Seminars ist ein Austausch über den Ansatz der monoedukativen Lehre in der Informatik und Technik. In diesem Seminar sollen einerseits neue Anregungen für eine lebendige und motivierende Lehre gegeben und diskutiert werden. Gleichzeitig ist dieses Seminar als Dozentinnenkonferenz Teil der Vorbereitung für die im September in Bremen und Furtwangen stattfindenden Sommerstudien für Frauen in der Informatik – der Informatica Feminale. Neben Impulsen durch Vorträge steht der Austausch von Erfahrungen mit monoedukativen Lehrkonzepten im Mittelpunkt.

Die Informatica Feminale motiviert Studentinnen in informationstechnischen Studiengängen durch zusätzliche Angebote im Rahmen des Lernens unter Frauen und soll sie in ihrer Studienentscheidung unterstützen. Die monoedukative Lehre stellt eine besondere Lernform dar, mit der den Bedürfnissen von Frauen Rechnung getragen werden soll. Die wissenschaftlichen Hintergründe die für und gegen eine monoedukative Lehre sprechen sollen beleuchtet und deren Besonderheiten diskutiert werden. Anhand einer praktischen Übung lernen die Teilnehmerinnen am Freitagnachmittag das Themenfeld „Frauen in der Technik“ näher kennen machen und sich mit der Thematik näher vertraut.

*Zielgruppe:* Professorinnen, Assistentinnen und Frauenbeauftragte an Fachhochschulen in Baden-Württemberg sowie Frauen, die als Dozentin in einem Sommerstudium für Frauen in der Informatik tätig waren oder an diesem Projekt interessiert sind.

Weitere Informationen und Anmeldung:

Netzwerk Frauen.Innovation.Technik Baden-Württemberg, Tel: 07720 / 307-375,

E-Mail: [vge@fh-furtwangen.de](mailto:vge@fh-furtwangen.de),

<http://www.netzwerk-fit.de>

### **GIST – Gender Perspectives Increasing Diversity for Information Society Technology Internationales Symposium**

**24. - 26. Juni 2004 in Bremen**

Ergebnisse der Forschung und Entwicklung von Technologien für die Informationsgesellschaft (IST) sollen mit denen der Gender-Forschung verbunden werden, um so Potentiale für Synergien und Innovationen auszuloten und IST-Entwicklung auf nachhaltige Weise zu beeinflussen.

Dies ist die Absicht des im Juni 2004 in Bremen stattfindenden Internationalen Symposiums GIST. Die Hauptziele sind: Beeinflussung der IST Entwicklung und das Formen von IST aus der Geschlechtsperspektive, Steigerung der Vielfältigkeit in der Entwicklung von IST, Erweiterung der Perspektiven in den Anwendungen und in den Kontexten von IST, Diskussion über Technologische Unterstützung und Aus-/Bildung, entworfen für die Notwendigkeiten beider Geschlechter, Errichtung und Verstärkung relevanter Netze, um diese Ziele zu erzielen.

Das Symposium „GIST – Gender Perspectives Opening Diversity for Information Society Technology“ wird organisiert von dem GIST Team unter der Leitung von Prof. Dr. Heidi Schelhowe (Arbeitsgruppe DiMeB – Digitale Medien in der Bildung-, Fachbereich Informatik der Universität Bremen). Ein Komitee internationaler Experten wird den Vorsitz des Symposiums übernehmen. Die Vorbereitung des Symposiums wird durch eine elektronische Plattform gestützt, die in einer partizipatorischen Weise als der Ausgangspunkt für ein elektronisches Netzwerk errichtet wird.

Weitere Informationen und die Online-Registrierung sind zu finden unter:

<http://www.e-gist.net>

**„Gender Studies und Naturwissenschaften“ –  
Eine Bestandsaufnahme von Initiativen und  
Aktivitäten an Hochschulen in Deutschland,  
Österreich und der Schweiz“**

**25./26. Juni 2004, Universität Hamburg**

Diese Tagung wird vom Projekt Degendering Science – Ein Projekt zur Erweiterung des Wissenschaftsverständnisses und Curriculums der Naturwissenschaften ([http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/degende\\_ring\\_science/](http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/degende_ring_science/)) am Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Hamburg in Kooperation mit dem Zentrum für Frauen-, Geschlechter- und Queer-Forschung organisiert.

Im deutschsprachigen Raum gibt es unterschiedliche Initiativen, den bisher marginalisierten Bereich der Gender & Science Studies zu fördern und zu institutionalisieren, sowie Brücken zwischen den Gender Studies und den Naturwissenschaften zu schlagen. Ziel dieser Tagung ist es, eine Bestandsaufnahme und Vernetzung derjenigen Aktivitäten zu leisten, Forschung und Lehre im Bereich der Gender & Science Studies betreiben, entwickeln und fördern, ohne sich in Gleichstellungsmaßnahmen für die Naturwissenschaften zu erschöpfen. Die Tagung richtet sich in erster Linie an Lehrende und Forschende in Bereich Gender Studies & Naturwissenschaften, die ihre Aktivitäten interessierten KollegInnen vorstellen und andere Projekte und Initiativen kennen lernen möchten oder generell an einem Erfahrungsaustausch interessiert sind. Gleichstellungsbeauftragte und MultiplikatorInnen, die diesen Bereich an ihren Hochschulen fördern möchten, sind als TeilnehmerInnen willkommen.

Kontakt:

Robin Bauer, Universität Hamburg,  
Fachbereich Erziehungswissenschaft,  
Projekt Degendering Science,  
Email: [Bauer.Robin@erzwiss.uni-hamburg.de](mailto:Bauer.Robin@erzwiss.uni-hamburg.de)

---

**Frauen, Gründung, Förderung  
Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis der  
Förderung**

**28./29. Juni 2004, Universität Hohenheim**

Ziel dieser Tagung ist es, im gemeinsamen Dialog von praxisnaher Forschung und forschungsnaher Förderungspraxis Wissen über Gründerinnen zu erwerben und weiter zu entwickeln. Damit soll der Grundstein für einen dauerhaften Dialog gelegt werden, der letztendlich der effizienteren Förderung weiblichen Grün-

dungsverhaltens dienen soll. Themenschwerpunkte der Tagung sind: 1. Individuelle Merkmale von Gründerinnen, 2. Gründungsaktivitäten von Frauen im internationalen Vergleich, 3. Infrastrukturelle Bedingungen der Gründung von Frauen, 4. Netzwerkaktivitäten im Zusammenhang der Gründung von Frauen. Im Rahmen der Tagung finden sowohl Einzelvorträge wie drei Workshops zu folgenden Themen statt: Workshop I: Förderkonzepte – Pro und Contra, Workshop II: Gründerinnenpraxis – Quo Vadis?, Workshop III: Wissenschaft – Forschungsbedarf.

Mit dieser Tagung wenden wir uns vor allem an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Gründerinnen beschäftigen sowie an Vertreter/-innen von Gruppen, Organisationen, Verbänden, welche die Förderung von Gründerinnen betreiben.

Veranstalterinnen: Bundesweite Agentur für Gründerinnen (IBH GmbH und LGA – ifex), Center of Entrepreneurship der Universität Hohenheim und Heidelberger Institut für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (HIFI) e.V. (Heidelberg). Weitere Informationen zum Tagungsprogramm und

Anmeldung bei:

Christina Laib, Universität Stuttgart, SOWI – Abteilung für Soziologie III, Seidenstr. 36, 70174 Stuttgart, Email: [christina.laib@soz.uni-stuttgart.de](mailto:christina.laib@soz.uni-stuttgart.de)

---

**„Wir bewegen uns – Ver.di bringt Gender in den  
Mainstream! ...und wie läuft das in der Praxis?!“  
Genderpolitische Fachtagung für Betriebs- und  
Personalrätinnen**

**1./2. Juli 2004, Magdeburg, Hotel Ratswaage**

Veranstalter: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V., Ressort 2 – Bereich Genderpolitik

2 Jahre ist ver.di jung ñ eines unserer Ziele ist und war, Geschlechterdemokratie durch konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming zu fördern und zu verwirklichen. Nun wollen wir Resümee ziehen: Was hat sich bewegt, welche Veränderungen in Politik und Tagesarbeit haben stattgefunden, was läuft wo, wo gibt es Stolpersteine, welche Vorbildfunktion haben Führungskräfte? Anhand guter Beispiele soll deutlich werden, welchen Nutzen Gewerkschaft und Betriebe durch die Anwendung von Gender Mainstreaming in der Alltagsarbeit haben und welche Instrumente und Grundlagen dazu notwendig sind.

Die Tagung versteht sich insbesondere als Auftakt für die Ausweitung des Prozesses der Anwendung von Gender Mainstreaming aus der gewerkschaftlichen in die betriebliche Ebene, in das Alltagsgeschäft von Betriebs- und PersonalrätInnen. Dazu wollen wir in teilnehmerInnenorientierten Arbeitsformen Ideen entwickeln und Beispiele bearbeiten. Unterstützt werden wir durch ExpertInnen aus unterschiedlichen Fachgebieten zur Verknüpfung von Fachkompetenz und Genderkompetenz.

Wir laden herzlich dazu ein, an zwei Tagen gemeinsam zu erproben, wie in Betrieben und Verwaltungen und in ver.di mehr Demokratie zwischen den Geschlechtern Alltagspraxis werden kann.

Weitere Informationen unter:

[http://www.verdi.de/genderpolitik/veranstaltungen\\_seminare/genderpolitische\\_fachtagung](http://www.verdi.de/genderpolitik/veranstaltungen_seminare/genderpolitische_fachtagung)  
oder bei: Stefanie Liebe, ver.di Bundesverwaltung,  
Ressort 2 – Bereich Genderpolitik,  
Email: [stefanie.liebe@verdi.de](mailto:stefanie.liebe@verdi.de),

---

**„Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum – Weiterentwicklung in Zeiten der Umstrukturierung von Hochschulen“  
2./3. Juli 2004, Universität Bremen**

(Kooperationsveranstaltung des Zentrums für feministische Studien der Universität Bremen (ZFS) mit dem Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Im letzten Jahr fand veranstaltet vom Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt Universität zu Berlin die 1. Arbeitstagung der Gender Studies Programme im deutschsprachigen Raum statt. Der in Berlin begonnene Austausch und die Vernetzung der Geschlechterstudien sollen mit der 2. Arbeitstagung „Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum – Weiterentwicklung in Zeiten der Umstrukturierung von Hochschulen“ (Arbeitstitel) am 2./3. Juli 2004 an der Universität Bremen fortgeführt werden.

Weitere Informationen unter:

<http://www.zfs.uni-bremen.de/>  
oder über Email: [zfs@uni-bremen.de](mailto:zfs@uni-bremen.de)

**Masterstudiengang „Gender und Arbeit“ der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)**

Die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) besitzt seit 2001 einen interdisziplinären, hochschulübergreifenden Masterstudiengang MA „Gender und Arbeit“, der seit diesem Jahr ohne Auflagen akkreditiert wurde. Im Wintersemester 2004 beginnt der 3. Durchgang im Gender und Arbeit-Master.

Als bisher einziger Masterstudiengang im Genderbereich in Deutschland bietet das viersemestrige Studium die Chance *Genderkompetenz* sowohl für wissenschaftliche Bereiche als auch für die Praxis mit dem *Fokus auf den Bereich der Arbeit* zu erwerben.

Theoretische Module enthalten die Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht und Methoden der Geschlechterforschung. Praxisorientierte Module die Anwendung von Genderwissen in Praxisfeldern: u.a. geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Struktur und den Verfahren des Wohlfahrtsstaats, Gender (Mainstreaming) im Betrieb, die Zukunft der Arbeit aus Genderperspektive sowie spezifische Berufsfeldern. Das Masterprogramm wird hochschulübergreifend angeboten.

Das Angebot richtet sich an Frauen UND Männer, die sich gezielt in den genannten Themen weiterqualifizieren wollen und/oder diejenigen, die Genderkompetenz als einer zukünftigen Schlüsselqualifikation entwickeln und ausbauen möchten.

Ziel ist es, analytische und praktische Fähigkeiten zu vermitteln, um die Prozesse erkennen und verändern zu lernen, über die soziale Positionen, Arbeit und Verantwortung, Bezahlung und Anerkennung geschlechtsspezifisch zugeordnet und zugewiesen werden. Durch die Wahl eines von vier Zusatzangeboten des Masterprogramms besteht die Möglichkeit sich entweder stärker praxis- oder stärker theoretisch auszurichten, je nach den angestrebten Berufsperspektiven.

Der Praxisbezug wird zudem für alle Studierenden über eine zweisemestrige Lernwerkstatt, ein zweimonatiges Praktikum sowie Gender Training hergestellt.

Bewerbungsfrist für das Wintersemester 2004/05 ist der 15. Juni 2004.

Für nähere Informationen wenden Sie sich an Sonja Nielbock : [NielbockS@hwp-hamburg.de](mailto:NielbockS@hwp-hamburg.de) oder 42838-3065.

